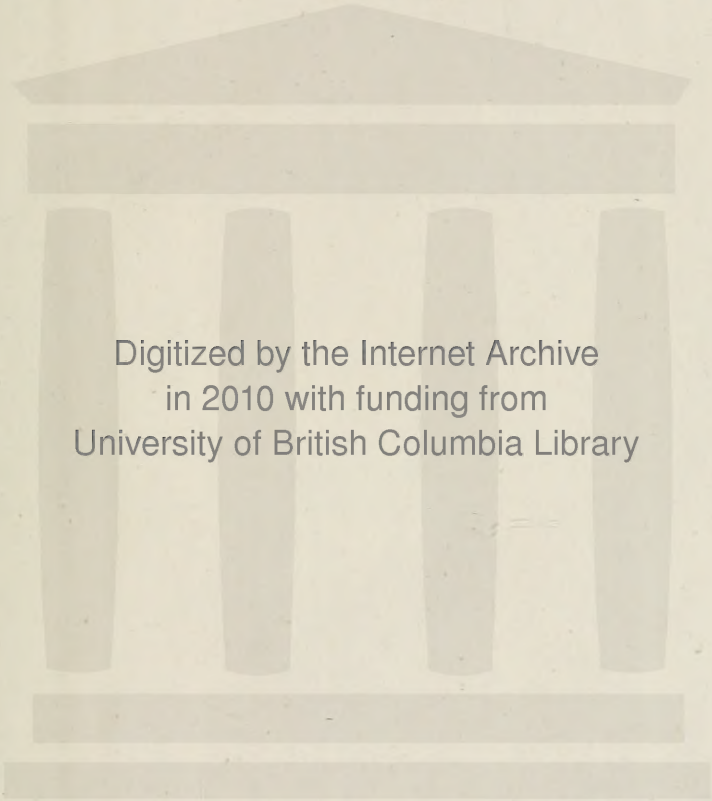
STORAGE-ITEM
MAIN LIBRARY

LP9-R30C
U.B.C. LIBRARY

THE LIBRARY

THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA

10.-



Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of British Columbia Library

http://www.archive.org/details/zentrumundkatho00krue

Politische, Volkswirtschaftliche und Apologetische Studien.

ZENTRUM UND KATHOLIZISMUS

VON

DR. KRUECKEMEYER

VERLAG DER INTERNATIONALEN VERLAGS-BUCHHANDLUNG: „MESSIS" AMSTERDAM

1913.

NACHDRUCK UND UEBERSETZUNG IN FREMDE
□ SPRACHEN VERBOTEN □

Inhaltsverzeichnis.

		Seite.
	Vorwort	V
§	1. Allgemeines	1
	2. Wir müssen aus dem Turm heraus!	25
	3. Was ist eine konfessionelle Partei?	84
	4. Prof. M. Spahn und „Das deutsche Zentrum"	86
	5. Programmatische Auseinandersetzungen	121
	6. Die Osterdienstagskonferenz	131
	7. Prof. M. Spahn's „Glossen zur katholischen Literaturbewegung"	176
	8. „Köln eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus"	189
	9. Kardinal Kopp an Frl. v. Schalscha	192
	10. Montanus und Schmölder	203
	11. „Marodeure" im Zentrum	205
	12. Die Kandidatur Spahn	223
	13. „Die wiederhergestellte Einigkeit"	232
	14. „Unsaubere Machenschaften"	240
	15. „Zur Vorgeschichte der Zentrumspartei"	245
	16. „Lebens- und Gewissensfragen"	256
	17. Eine weitere Resolution des Augustinusvereins	267
	18. Der antiultramontane Reichsverband	269
	19. Graf Oppersdorff und „Oesterreichs Katholisches Sonntagsblatt"	272
	20. Die Katholische Aktion	277
	21. „Die Machenschaften gegen die deutschen Katholiken"	303
	22. Ein Artikel der „Kreuzzeitung"	305
	23. Erneute Stellungnahme des Augustinusvereins	324
	24. Zentrum und Konservative	325
	25. Mandatsniederlegung des Abg. Roeren	328
	26. Schluss	333

VORWORT.

Amicus Plato, magis amica veritas

Fast sieben Jahre dauern nunmehr — von geringen Unterbrechungen abgesehen — die Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Zentrumspartei, die sich um die Frage des Verhältnisses von Zentrum und Katholizismus zu einander drehen. Diese Auseinandersetzungen, die insbesondere für das Zentrum von weitgehender Bedeutung sind, haben nicht nur in Deutschland, sondern weit über dessen Grenzen hinaus, die eingehendste Beachtung erfahren. Die inländische wie die ausländische Presse hat sich vielfach mit den Vorkommnissen, die den Anlass zu den erwähnten Auseinandersetzungen boten, befasst, und es ist dabei auch manch schiefes und ungerechtfertigtes Urteil über das Zentrum, über einzelne Angehörige und Organe desselben gefällt worden. Vor allem dürfte dies infolge Mangels genauer Kenntnis der einzelnen Vorgänge und ihres Zusammenhangs erfolgt sein.

Diesem Mangel soll die vorliegende Schrift abhelfen. Dieselbe bietet eine Zusammenstellung des gesamten einschlägigen Materials. An der Hand desselben wird es jedem möglich sein, sich zu informieren. Eine solche Zusammenstellung war notwendig, nicht nur weil das Material bisher in vielen Zeitungen und Zeitschriften zerstreut und daher seine Benutzung dem Einzelnen kaum möglich ist, sondern auch weil eben infolge dieses Umstandes mancher wertvolle Artikel, manche

Auslassung von kompetenter Stelle, die dauernden Wert besitzen, schon in ein paar Jahren der Kenntnis entschwunden und daher für immer verloren sein würde.

Die Herausgabe dieser Schrift war aber auch deshalb notwendig, weil von anderer Seite — ich denke hier speziell an die im vorigen Jahre erschienene Schrift des Redakteurs an der „Köln. Volksztg." Dr. Karl. Hoeber „Der Streit um den Zentrumscharakter" — der, wenn vielleicht auch unbeabsichtigte, Versuch gemacht worden war, durch eine einseitige Zusammenstellung von Material die Oeffentlichkeit einseitig zu beeinflussen. Das Nähere darüber findet der Leser in dieser Schrift selbst.

Was die Ausführungen im einzelnen anbetrifft, so habe ich mich vielfach auf die Wiedergabe des in Betracht kommenden Materials beschränkt, und dem Leser das Urteil darüber überlassen. Nur wo es absolut geboten war, habe ich selbst zu den einzelnen Vorkommnissen Stellung genommen.

Den Streit um die Gewerkschaftsfrage, der in den Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Zentrumspartei eine so grosse Rolle spielt, habe ich nur hie und da kurz berührt, wo dies zum Verständnis der übrigen Ausführungen nicht zu umgehen war. Im übrigen habe ich denselben ganz ausser Betracht gelassen. Ich habe dies einesteils deshalb getan, weil es sich ja bei den Streitfragen über die gewerkschaftliche Organisation und über das Verhältnis von Zentrum und Katholizismus zu einander um ganz verschiedene Gebiete handelt, und andernteils weil die Fülle des bei Behandlung des Gewerkschaftsstreits zu berücksichtigenden Materials so gross ist, dass es zu dessen Verarbeitung einer eigenen Schrift bedarf. Ich habe die Vorarbeiten dazu bereits in Angriff genommen und hoffe, dass die Schrift noch im Laufe dieses Jahres gleichfalls im Verlage der Internationalen Verlagsbuch-

handlung „Messis" in Amsterdam erscheinen kann.

Bemerkt sei noch, dass ich bei dieser Arbeit auch eine Anzahl früher von mir veroeffentlichter einschlägiger Artikel, namentlich in den „Hist. pol. Blättern" und den „Grenzboten", benutzt habe.

Möge diese Schrift nicht nur eine freundliche Aufnahme dort finden, wo man sich mit dem von mir behandelten Thema zu befassen hat, möge sie auch — das ist vor allem mein Wunsch — zum gegenseitigen Verständnis und zur Versöhnung innerhalb der Zentrumspartei beitragen.

Saarbrücken, den 25 Januar 1913.

Dr. Krueckemeyer.

§ 1. Allgemeines.

Vom ersten Augenblicke an, als das Zentrum ins Leben trat, bis auf den heutigen Tag, sind die Beziehungen zwischen dem von den deutschen Katholiken als rein politische Partei gegründeten Zentrum und der katholischen Kirche, der religiösen Organisation aller Katholiken des Erdenrunds, der Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen gewesen.

In den ersten Jahrzehnten fanden diese Auseinandersetzungen ausschliesslich oder doch fast ausschliesslich zwischen dem Zentrum und seinen Gegnern statt, in den letzten Jahren haben dieselben aber auch innerhalb der Zentrumspartei selbst und in den dem Zentrum freundlich gesinnten Kreisen eine grosse Ausdehnung angenommen, und sie sind hier in noch schärferem Tone geführt worden, wie zwischen dem Zentrum und seinen Gegnern.

Die ganze Entstehung des Zentrums, sein Programm und seine Tätigkeit, seine Entwicklung und Geschichte zeugen von den nahen Beziehungen der Partei zum Katholizismus. Diese Beziehungen sind aber niemals so enge gewesen und konnten der Natur des Zentrums entsprechend niemals so enge sein, dass sie dem Zentrum seine Selbständigkeit genommen und es zu einem Gliede im Organismus der Kirche, zu einer konfessionellen Partei gemacht hätten. Das haben die führenden und verantwortlichen Männer der Partei von Anfang an mit allem nur wünschenswerten Nachdruck betont. Schon als Bismarck in der Sitzung des

preussischen Abgeordnetenhauses vom 30. Jan. 1872 das Zentrum als konfessionelle Partei hinzustellen suchte, widersprach WINDTHORST dem in derselben Sitzung auf's entschiedenste, und ebenso v. MALLINCKRODT am folgenden Tage. „Wir sind nicht nur keine konfessionell gebildete Fraktion, sondern wir wollen es auch nicht sein", erklärte er.

Und Bischof VON KETTELER schrieb in seiner im selben Jahre erschienenen Schrift: „Die Zentrumsfraktion auf dem ersten deutschen Reichstage: „Ich würde mich nie im deutschen Reichstage einer exklusiv katholischen Partei angeschlossen haben". Nichtsdestoweniger ist im Laufe der Jahre derselbe Faden von seiten der Gegner des Zentrums in ungezählten Artikeln, in Abhandlungen und Broschüren weiter gesponnen worden. Selbstverständlich hat man es auf seiten des Zentrums an der nötigen Antwort und Abwehr hierauf nicht fehlen lassen.

Im Zentrumslager selbst bestanden über den politischen, nicht konfessionellen Charakter der Partei, abgesehen von einzelnen, aber kaum ins Gewicht fallenden Ausnahmen, speciell in Oberschlesien, niemals irgend welche Meinungsverschiedenheiten. Aber ebenso sehr hielt man dort auch stets an der Auffassung fest, dass das Zentrum die politische Organisation der deutschen Katholiken ist, und dass eine seiner hervorragendsten Aufgaben in der Verteidigung der Freiheit der katholischen Kirche innerhalb des Deutschen Reiches und in der Erreichung der absoluten rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung der deutschen Katholiken mit den Angehörigen der übrigen Konfessionen besteht. Kein Geringerer als WINDTHORST hat in seiner Schlussrede auf dem Katholikentag in Münster i. W. im Jahre 1885 das Zentrum als die *parlamentarische Vertretung der Katholiken* bezeichnet und mit Rücksicht

darauf an die Versammlung, laut dem offiziellen Bericht des Lokalkomitees über die 32. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die Mahnung gerichtet:

„Um nun aber so zu handeln, muss *Ihre Vertretung im Parlamente* erhalten bleiben, und zwar inmitten der Parteien so erhalten bleiben, dass sie etwas bedeutet; denn sonst wird man sie eben nicht weiter hören. Und das veranlasst mich, Ihnen zu sagen, dass jetzt die Arbeit zunächst bei Ihnen liegt. Sie müssen dafür sorgen, dass in das Abgeordnetenhaus die rechten Männer kommen, und ich richte an Sie den Appell, dass jeder an seiner Stelle aufmerksam mache, wie wichtig die bevorstehenden Wahlen sind. Es muss zunächst dafür gesorgt werden, dass die Zentrumsleute wiedergewählt werden, oder dass da, wo sie ausgeschieden sind oder ausscheiden müssen, andere an ihre Stelle kommen, die das Gleiche tun, was sie getan haben, und in den Bezirken, wo wir unsere Kandidaten nicht durchbringen können, da müssen wir uns den Kandidaten der anderen Parteien aussuchen, welcher am meisten geneigt ist, uns gerecht zu werden. Für uns ist und bleibt *die Hauptsache die kirchliche Freiheit* und die Erhaltung der christlichen Schule. Alles andere ist zwar nicht ohne Bedeutung für dieses Leben und soll gewiss nicht unbeachtet bleiben; wie Sie denn ja gewiss daraus ersehen werden, dass Ihre Vertreter sich auf allen Gebieten an den Arbeiten auch beteiligt haben."

In einem Artikel: „Zur 40 jährigen Gedenkfeier der Centrumsfraktionen", die bekanntlich am 21. März 1911 in Berlin stattfand, schrieb die „*Germania*" (No. 66 v. 21. 3. 11) über die Gründung und das Programm der Zentrumspartei u. a.:

„Gegenüber dem *kirchenfeindlichen* und *opportunistischen* Liberalismus musste ein *Gegengewicht* geschaffen werden, und es lag in der Natur der Dinge, dass die katholische Bewegung im Jahre 1870 den Drang in sich fühlte, sich selbst eine parlamentarische Vertretung zu schaffen, um

gegen die Uebermacht der liberalen Parteien für die katholischen Ideale einzutreten und gegenüber den opportunistischen Anschauungen des Liberalismus politische Grundsätze aufzustellen, die von der Religion, der Sittlichkeit und dem Rechte als von einem positiven und geschichtlichen Boden ausgehen. Am 11. Juni 1870 forderte Peter Reichensperger im Hinblick auf die damals bevorstehenden Wahlen die katholische Bevölkerung auf, sich einen Vereinigungspunkt durch Aufstellung eines gemeinsamen Wahlprogramms zu schaffen. An die Spitze dieses Programms stellte er die „Aufrechterhaltung der durch die preussische Verfassungsurkunde gewährleisteten Selbständigkeit der Kirche in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, insbesondere auch hinsichtlich der Bildung und Entwicklung kirchlicher Gesellschaften". Eine Versammlung katholischer Vereine Rheinlands und Westfalens, die anfangs Juli in Essen tagte, nahm den Aufruf Reichenspergers grundsätzlich an, änderte aber einiges an demselben und nahm insbesondere „die Beseitigung der sozialen Misstände und Förderung aller Interessen des Arbeiterstandes durch eine gesunde christliche Gesetzgebung" in das Programm auf. Das „Soester Programm" vom 28. Oktober 1870, das vom dem noch lebenden jetzigen Prälaten Dr. Hülskamp in Münster redigiert war, stellte in mustergültiger, kurzer und prägnanter Weise ein umfassendes Programm für eine politische *Centrumspartei* auf, und von da bis zur Gründung der *Centrumsfraktion* war nur ein Schritt.

Am Dienstag, 13 Dezember 1870, am Vorabend der Eröffnung des neugewählten Preussischen Landtags, erfolgte in Berlin auf Einladung der Herren Peter Reichensperger, v. Savigny und v. Kehler die Gründung der *Centrumsfraktion des Abgeordnetenhauses*, der sofort 48 Mitglieder des Abgeordnetenhauses beitraten, wozu während der Legislaturperiode noch 6 Abgeordnete hinzutraten; am 21 März 1871 vereinigten sich auch im Reichstage 63 neugewählte Mitglieder des ersten Deutschen Reichstags aus allen Teilen des Reiches und bildeten die *Centrumsfraktion des Deutschen Reichstages*. . .

Die *Programme der Centrumsfraktionen*, welche die

Männer aus den verschiedenen Gauen des Deutschen Reiches und auch den verschiedensten Ständen und Berufen zu einer gemeinsamen parlamentarischen Tätigkeit und zu einer einheitlichen Fraktion vereinten, sind noch dieselben, welche bei der Begründung vor 40 Jahren aufgestellt wurden, während alle anderen Parteien im Laufe der Jahre ihre Programme verändert haben, einige sogar behufs eines neuen „Aufschwungs" mehrere Male. Die beiden Programme enthalten nur wenige leitende Gesichtspunkte und grundlegende Forderungen, die der parlamentarischen Tätigkeit der Centrumsfraktionen als Richtschnur dienen. Die Satzungen der beiden Fraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses sind bis auf eine unwesentliche Verschiedenheit gleichlautend und lehnen insbesondere den sogenannten Fraktionszwang ab, weil dieser bei einigen anderen Fraktionen, u. a. bei den Nationalliberalen, bestehende Zwang mit der verfassungsmässigen Pflicht des einzelnen Abgeordneten, der Vertreter des ganzen Volkes und nicht nur seines Wahlkreises oder einzelner Stände und Interessen zu sein, im Widerspruch steht. Für alle Beratungen sehen die Satzungen den Weg der freien Verständigung ausdrücklich vor.

Justitia fundamentum regnorum — Gerechtigkeit begründet die Dauer der Reiche — so lautet die Devise, welche die Centrumsfraktion an die Spitze ihres Programms gestellt hat, das als Leitstern ihres Handelns bezeichnet:

1. Die Bewahrung des verfassungsmässigen Grundsatzes des Reiches als eines Bundesstaates — nur in dem Notwendigen die Einheit, in allem übrigen die freie Selbstbestimmung der Einzelstaaten des Reichs.
2. Die Förderung des moralischen und materiellen Wohls aller Volksklassen, die Gewinnung verfassungsmässiger Garantien für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches, und insbesondere die Verteidigung des Rechts der Religions-Gesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung."

Einer der Mitbegründer der Zentrumsfraktion, *Ignaz Frhr. v. Landsberg-Steinfurt*, Vizepräsident des preus-

sischen Herrenhauses, äusserte sich auf dem anlässlich des Jubiläums in der Kuppelhalle des Reichstags abgehaltenen Festessen über die Gründung des Zentrums („Germania" No. 68 v. 23. März). u. a.:

„Die Begründer der Centrumsfraktion waren ein sehr kleiner Kreis. Die erste Anregung zu der Gründung hat die Stellung gegeben, die die Katholiken in der Zeit zwischen 1866 und 1870 sowohl im Abgeordnetenhause wie in dem damaligen Norddeutschen Reichstage hatten, wo die frühere kath. Fraktion auf ein sehr geringes Mass zusammengeschmolzen war. Es zeigte sich da eine recht feindselige Stimmung der evang. Mitglieder gegen die kath. Anschauungen, und gerade das veranlasste damals Herrn von Mallinckrodt, mit verschiedenen Katholiken in Verbindung zu treten, um ihnen darzulegen, dass es notwendig wäre, mit Rücksicht auf diese Stimmung im Deutschen Reiche, die auch ihren Ausdruck bei dem damaligen sogenannten Moabiter Klostersturm fand, eine Partei zu gründen, die die christlichen Anschauungen, *insbesondere auch die katholischen Interessen*, vertrete. Zu dieser Besprechung lud er auch mich ein. Wir kamen in einem kleinen Städtchen in Westfalen, Ahlen, zusammen, um das Programm, das Herr von Mallinckrodt uns vorlegte, festzustellen. Wir wurden auch einig. Das war im Sommer 1870. Damals also, als man an den französischen Krieg, der ja bekanntlich ganz plötzlich kam, garnicht dachte, wurde die Grundlage für das Centrum gelegt. Das ist ein klarer Beweis dafür, dass die Gründung des Centrums mit dem deutschen Kaisertum nichts zu tun hat, und so ist es auch. Wir sind bei der Eröffnung des ersten Reichstages gerade so gut mit Begeisterung hierher gekommen für das Deutsche Reich, wie alle anderen. Wir haben mit Begeisterung den Einzug der Truppen aus Frankreich mit angesehen, wie alle anderen. Aber nach dem Zusammentritt des Reichstages entstand bald eine andere Stimmung, die wir nicht hervorgerufen haben, die uns aufgedrängt wurde, gerade weil wir festhalten wollten an der christlichen Anschauung. Wir haben nicht den Kulturkampf

hervorgerufen, wie vielfach behauptet worden ist, sondern wir wurden gezwungen, den betr. Gesetzen mit aller Kraft entgegen zu treten. Wir hatten damals keine angenehme Stellung, denn wir waren ja Reichsfeinde, nicht bloss in der Presse, sondern wir wurden überall so behandelt, im Reichstag sowohl wie hier in Berlin in gesellschaftlicher Beziehung. Wir waren von allem ausgeschlossen! Im Reichstag hatten wir nicht einmal in irgend einer Kommission oder in irgend einer Abteilung ein Mitglied des Centrums, das stellvertretender Vorsitzender war. So sind wir damals überall behandelt worden. Wir haben aber diesen Kampf siegreich bestanden. *Nicht bloss zum Wohle der katholischen Kirche, sondern auch zum Wohle des gesamten Vaterlandes.* Ein grossartiger Erfolg war es, dass ein so grosser und tatkräftiger Staatsmann wie Fürst Bismarck infolge dieser unserer Haltung anerkennen musste, dass es mit den Gesetzen nicht weiter gehen konnte, und dass er selbst aus eigener Initiative diese Gesetze teils abschwächte, teils aufhob. Es war unser Verdienst, dass er zu der Erkenntnis gelangt ist, dass der Weg ein falscher war. Das ist ein grosses Verdienst des Centrums für die katholische Kirche, aber auch für das gesamte Deutschland. Denn dadurch ist ja gerade der konfessionelle Frieden in Deutschland wieder möglich geworden. Wenn wir getreulich für die idealen Güter gekämpft haben, so haben wir auch nicht unterlassen, auch gleichzeitig für reale Güter zu kämpfen. Nach dem Kulturkampf haben wir an der Wirtschaftspolitik, die mit dem Wohlstande des ganzen Landes zusammenhängt, lebhaften Anteil genommen, an dem Schutz unserer heimischen Industrie und Landwirtschaft. Wenn das Deutsche Reich eine so ungeheure Entwicklung in wirtschaftlicher Beziehung genommen hat, und der Reichtum sich in einer ungeheuren Weise vermehrt hat, dann ist das vorzugsweise durch die Wirtschaftspolitik hervorgerufen, die damals eingeleitet worden ist, und an welcher das Centrum ganz lebhaften Anteil genommen hat. Hätte das Centrum an dieser Politik nicht mitgewirkt, sie wäre nicht zustande gekommen, weil die ganzen liberalen Parteien dagegen waren. Wir alten Mit-

glieder können nur den Wunsch haben, dass das Centrum auch in Zukunft, getreu seinen grundlegenden Prinzipien auch fernerhin handeln möge, und Erfolge erringe, *nicht bloss zum Wohle der katholischen Kirche, sondern auch des gesamten deutschen Vaterlandes.*"

Und *Frhr. v. Hertling*, der damalige Vorsitzende der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags, äusserte sich zu dem gleichen Thema in einer bei derselben Gelegenheit gehaltenen Ansprache („Germania" a. a. O.) u. a.:

„So kam es, dass die Zeit der Reichsgründung zu gleicher Zeit die Zeit der Vorherrschaft der liberalen Partei war. Sie, die den Fürsten Bismarck so heftig und lebhaft bekämpft hatte, sie war jetzt die vornehmste Stütze seiner Politik geworden, mit ihr besass er von vornherein die sichere Majorität im Reichstage. Eine grosse Gefahr war darin begründet, denn der Liberalismus ist unhistorisch, weil unitarisch und zentralistisch, und er widerstreitet darum dem Charakter des deutschen Volkes, das die Differenzierung und die berechtigte Eigenart der Teile höher wertet, als die einförmige Schablone. Und der Liberalismus ist Vertreter der staatlichen Omnipotenz, ihm ist der Staat die Quelle des Rechts, und darum ist ihm nichts verhasster, als eine freie Kirche, die sich die Gesetze der Lebensgestaltung selbst gibt. In der liberalen Parteibewegung in den Kleinstaaten des Südens und Westens des Vaterlandes war es gerade die kirchenfeindliche Tendenz, die als massgebend für die liberale Partei hervorgetreten war. Und so kam es, dass, als der Donner der Kanonen verhallte und den heimkehrenden Kriegern überall der verdiente Kranz geflochten war, das deutsche Volk und vor allem den *katholischen Volksteil* die Besorgnis durchzitterte, dass die Ausgestaltung des neuen Reichs einseitig im Sinne des Liberalismus erfolgen werde, und dass insbesondere die Katholiken schweren Tagen entgegengingen. Und in eben diesen Verhältnissen war es begründet, dass die leitenden Gedanken der neubegründeten Centrumspartei, diejenigen zugleich, die von vornherein den lautesten Widerhall fanden,

die die tiefsten Wurzeln im Volksbewusstsein einschlugen, die Hochhaltung des föderativen Prinzips und das *Eintreten für die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche* sein mussten".

Derselbe führende Politiker hielt im Dezember 1909 in München einen Vortrag über Weltanschauung und Politik, in dem er sich nach dem Berichte der „Köln. Volksztg." (No. 21 v. 9. 1.10.) über die Rolle, die die Weltanschauung in der Politik zu spielen hat, wörtlich wie folgt ausliess:

„An diesem Punkte aber steigt vielleicht in manchem von Ihnen ein Zweifel auf, den ich nicht unberührt lassen darf. Christliche Weltanschauung bedeutet nicht mehr für alle das gleiche, seitdem durch Gottes Zulassung die Christenheit in eine Mehrheit von Bekenntnissen gespalten ist. *Muss nun nicht für den katholischen Politiker die christliche Weltanschauung in ihrer spezifisch katholischen Ausprägung grundlegend und bestimmend sein?*

Ich habe das Wort Weltanschauung im ganzen Verlauf der Erörterung anstandslos gebraucht und nur zu Anfang und im Vorbeigehen auf das Unklare und Schillernde des damit Bezeichneten hingedeutet. Zur Lösung der jetzt aufgeworfenen Frage aber ist volle Klarheit nötig, und so empfiehlt es sich, statt von Weltanschauung, wobei immer ein Ton der Subjektivität, des eigenen Beliebens und Dafürhaltens mitklingt, vielmehr *von katholischer Glaubens- und Sittenlehre* zu sprechen.

Muss also bei dem katholischen Politiker die Glaubens- und Sittenlehre seiner Kirche das Verhalten bestimmen? Die so formulierte Frage ist *mit einem unbedingten Ja* zu beantworten. Der gläubige Katholik wird keinen Schritt unternehmen, der ihn damit in Widerspruch bringt. Nur muss man sich hüten, die Tragweite dieser Antwort nach der positiven Seite hin zu überschätzen. Ueber Fragen der Armee und Marine, über Einzelheiten der Justizverwaltung, über die Regelung des Verkehrswesens gibt die katholische Lehre keinen Aufschluss. Hier gilt das zuvor ganz allgemein von dem Christentum Gesagte. Anders, wo das religiöse Gebiet

in Frage kommt. Hier wird in der Regel die Entscheidung für den Katholiken eine grundsätzlich vorgezeichnete sein. Aber etwas anderes ist es, nichts zu tun, was solch' grundsätzlicher Entscheidung widerspricht, und etwas anderes, dieselbe in positiver Weise zur Geltung zu bringen. Die Politik ist, das wusste schon Aristoteles, die Kunst des Möglichen. Oeffentliche Angelegenheiten ausschliesslich nach Massgabe der katholischen Lehrbestimmungen zu gestalten, ist nur solange möglich, als die Gesamtheit oder doch die überwiegende Majorität eines Volkes sich zum katholischen Glauben bekennt. Es ist nicht möglich, wo in einem paritätischen Staate verschiedene christliche Bekenntnisse tatsächlich neben einander zu Recht bestehen.

Ich habe mich bemüht, das Verhältnis von Weltanschauung und Politik tunlichst im Sinne einer wissenschaftlichen Frage zu behandeln, und daher auch — mit einer einzigen Ausnahme — vermieden, auf bestehende politische Parteien und aktuelle Fragen einzugehen. Der Gedanke aber soll zum Schlusse noch abgewiesen werden, als ob jedes Hinübertragen religiöser Elemente in die öffentliche Diskussion ein verwerfliches Vermengen von Religion und Politik wäre. Es hat sich gezeigt, wie enge die Stellung zu den letzten und höchsten Problemen, also das, was man Weltanschauung nennt, mit dem politischen Leben zusammenhängt. Solange es Menschen gibt, die diese Stellungnahme ihrer Religion, und zwar der Religion in Form eines bestimmten Bekenntnisses verdanken, solange es Menschen gibt, denen diese ihre Religion das wertvollste Besitztum des geistigen Lebens ist, werden sie nicht darauf verzichten, dem religiösen Element Einfluss auf ihr politisches Verhalten zu verstatten."

Zu der Wiedergabe dieser Auslassungen bemerkte die „Köln Volksztg." mit Recht, dass gegen die hier von Hertling gezogenen Richtlinien *niemand etwas Stichhaltiges* werde einwenden können.

Von besonderer Bedeutung in dieser Beziehung ist auch eine Rede, die der Abg. *Spahn* sen. am 5. Sept. 1909 in Rheinberg hielt. Nach einem ausführlichen Berichte

der „Köln. Volksztg." (No. 754, 755 v. 6. Sept. 09) äusserte derselbe sich u. a. wie folgt:

„Wenn aus unserem Kampfe für die Selbständigkeit und Freiheit der Kirche die Konfessionalität der Zentrumspartei hergeleitet wird, so liegt ein Trugschluss vor. Die Fraktion ist auf der Grundlage der Verfassung gegründet, sie ist möglich nur auf dieser staatsrechtlichen Grundlage und innerhalb der durch sie gezogenen Grenzen. Die Lösung der dem Reichstage verfassungsrechtlich zufallenden Aufgaben wird von uns erstrebt gemäss unserer Weltanschauung, welche *in allen sittlichen Fragen, von denen sich die wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Fragen nicht lösen lassen, mit den Lehren der katholischen Kirche übereinstimmt.*

Vom Boden unserer Weltanschauung aus haben Fraktion und Partei politisch zu handeln. Das politische Handeln, nicht das Philosophieren ist die Aufgabe einer Fraktion. Die politische Tätigkeit beschränkt sich aber nicht auf die Abwehr von Eingriffen in unser Glaubensleben, sie umfasst positiv alle nationalen Aufgaben verfassungsrechtlicher, sozialer, wirtschaftlicher, kulturpolitischer Art. Will aber das Zentrum im Geiste seines Programms mit Erfolg tätig sein, so ist es auf die *Verständigung mit anderen Parteien* im Reichstage angewiesen. Auf Schwierigkeiten könnten bei dieser Verständigung seine katholischen Mitglieder durch ihre Weltanschauung nur stossen, soweit durch sie ein *Glaubenssatz unserer Kirche* verletzt würde. Ich habe früher einmal bemerkt, einen kirchlich approbierten Kodex der Politik gebe es nicht. Als die katholische Welt im Vorjahre das fünfzigjährige Priesterjubiläum des Heiligen Vaters feierte, wollte der Vorstand der Zentrumsfraktion die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ihm die Glückwünsche der katholischen Fraktionsmitglieder auszusprechen und ihn unser aller Ergebenheit und, soweit wir Katholiken sind, unserer Anhänglichkeit und kirchlichen Treue zu versichern. Der Heilige Vater hat uns daraufhin für unser politisches Verhalten nichts anderes ans Herz gelegt, als die *Sorge für die Religion und unser Vaterland. . . .*

Erschütternd muss auf alle der Hirtenbrief unserer Bischöfe gegen die Unsittlichkeit wirken, dessen Wahrhaftigkeit die Zahlen über die Zunahme der Ehescheidungen bestätigen, auf welche die „Nordd. Allg. Ztg." jüngst aufmerksam gemacht hat. Der stürmische Ruf nach Ordnung, nach Ruhe und Frieden in unserer Mitte, nach Reform der sozialen Schäden, nach Achtung der öffentlichen Autorität, ist wie ein Aufschrei der *anima christiana*, er wird im Luftraum verhallen, wenn nicht die Macht zu ihrem Rechte kommt, die von Gott für die Sittenordnung gegründet worden ist. Deshalb unsere Besorgnis vor dem Kulturkampf, deshalb *das Ringen um die Anerkennung der Bedeutung der Religion wie für das private*, so *auch für das öffentliche Leben als Kernpunkt unserer Bestrebungen.* Die Betätigung religiösen Lebens auf dem Eucharistischen Kongress in Köln, die Anteilnahme an dem Katholikentage in Breslau, den beiden Metropolen Preussens, sind ein deutliches Zeichen dafür, dass wir in dieser Frage alle unsere katholischen Wähler hinter uns haben. Wenn aber aus unserem Kampfe für die Selbständigkeit und Freiheit der Kirche, die *Konfessionalität* der Zentrumspartei hergeleitet wird, so liegt ein *Trugschluss* vor."

Diese Rede des Abg. Spahn, über die die „Köln. Volksztg" (a. a. O.) das Urteil fällte, Abg. Spahn habe sich darin „in klarer Weise" „über den interkonfessionellen, politischen Charakter der Zentrumspartei" geäussert, hat in der gesamten Presse die weitgehendste Beachtung erfahren. Mit Unrecht suchte die gegnerische Presse, so u.a. die „Köln. Ztg.", aus den zu Anfang wiedergegebenen Sätzen einen Schluss auf den von ihr stets zu Unrecht behaupteten angeblichen konfessionellen Charakter der Zentrumspartei zu ziehen. Die „Köln. Volksztg". trat dem in ihrer No. 643 v. 2. 8. 10 entgegen und legte dabei in der Wiedergabe der Worte des Abg. Spahn besonderen Nachdruck auf die Worte *„in allen sittlichen Fragen"*, indem

sie diese besonders durch den Druck hervorhob und dahinter die Worte einklammerte: „Also nicht in allen Fragen!" Sie erhielt darauf eine Zuschrift des Abg. Spahn, worüber sie in ihrer No. 701 v. 21. 8. 10 u. a. berichtete. Abg. Spahn habe sie ermächtigt festzustellen: In dem Artikel in No. 643 der „Kölnischen Volkszeitung" sei „richtig hervorgehoben, es sei in dem strittigen Satze meiner Rede in Rheinbach der Ton auf die Worte „in allen sittlichen Fragen" zu legen, womit sich die Begrenzung meiner Worte von selbst ergibt."

In all' diesen Auslassungen massgebender Zentrumskreise — auf weitere werde ich noch im Verlaufe dieser Schrift zu sprechen kommen — werden übereinstimmend der politische, nicht konfessionelle Charakter der Zentrumspartei wie auch deren enge Beziehungen zum Katholizismus betont. In der Beziehung herrscht überhaupt, wie bereits erwähnt, innerhalb der Zentrumspartei völlige Uebereinstimmung. Ueber den Charakter der Partei haben dort niemals, von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, Meinungsverschiedenheiten geherrscht. Und auch die während der letzten Jahre im Schosse der Partei stattgehabten Auseinandersetzungen haben sich um den Zentrumscharakter nicht gedreht. Ich betone das besonders mit Rücksicht auf eine kürzlich erschienene Broschüre Dr. Hoebers, Redakteurs an der „Köln. Volksztg", unter dem Titel: „Der Streit um den Zentrumscharakter", auf die ich noch ausführlicher zu sprechen komme. In einer längeren Besprechung dieser Broschüre in den „Hist.-pol.-Bl." (Heft 1 Bd. 150 v. 1. 7. 12) habe ich einleitend ebenfalls des politischen Charakters der Zentrumspartei und deren Beziehungen zum Katholizismus wie folgt gedacht:

Das Zentrum ist eine politische Partei, die ihre

politische Tätigkeit auf Grund ihres Programms auf dem Boden der Verfassung ausübt mit den ihr von der Verfassung gegebenen gesetzlichen Mitteln. Das Zentrum wendet sich mit seinem Programm an alle Deutsche, an die Angehörigen aller Berufsstände und die Mitglieder der verschiedenen Konfessionen. Aber trotz dieses seines universalen Charakters war es in Wirklichkeit von Anfang an lediglich die politische Vertretung der deutschen Katholiken, und es ist dies im wesentlichen auch bis auf den heutigen Tag geblieben. Seine Anhänger unter der nicht katholischen Bevölkerung bildeten immer nur einen geringen Bruchteil, wie ihm stets auch nur der eine oder andere Protestant als Fraktionsmitglied angehörte. Dazu kamen eine Anzahl Hospitanten. Das lag und liegt zum grössten Teil daran, dass das Zentrum, wie gesagt, von vielen nicht als politische, sondern als konfessionell-katholische Partei empfunden wird. Gegen eine solche wenden sich naturgemäss nicht nur die Nichtkatholiken sondern auch viele Katholiken, denen mit ihrem politischen Denken und Empfinden eine konfessionelle Partei unvereinbar ist.

Schon daraus erhellt, welchen Wert die Zentrumspartei auf die Festlegung und Anerkennung ihres politischen, nicht konfessionellen Charakters legen muss.

Und noch ein anderes Moment ist es, das die Frage nach dem Charakter der Partei zu einer Existenzfrage für diese gestaltet, indem von ihrer Lösung das Ansehen der Partei und der Erfolg ihrer Tätigkeit abhängig ist. Wäre das Zentrum, wie seine Gegner behaupten, eine konfessionell-katholische Partei, so müsste es naturgemäss auch in rein politischen Fragen die Autorität der katholischen kirchlichen Behörden, also des Papstes und der Bischöfe, anerkennen, es wäre also in seiner Stellungnahme und Entscheidung

in politischen Fragen von Faktoren abhängig, die in erster Reihe naturgemäss bei der Beurteilung aller Fragen religiöse Gesichtspunkte heranziehen, politische und nationale aber erst in zweiter Reihe. Es liegt auf der Hand, dass dies für die Gegner eine Quelle von unzähligen und ungeahnten Verdächtigungen und Angriffen auf das Zentrum sein würde. Das Zentrum, so würde man sagen, lasse sich bei den einzelnen Fragen nicht von sachlichen, in den betreffenden Fragen selbst begründeten Momenten leiten, sondern es betrachte alles, ja müsse alles betrachten unter einem einseitigen konfessionellen Winkel. Damit wäre die Arbeit des Zentrums in ihrer Wurzel getroffen. Aber eine weitere Verdächtigung, die in ihrer Wirkung vielleicht noch schlimmer wäre, da sie das Zentrum um alles Ansehen im Volke bringen müsste, würde gegen dasselbe erhoben werden können. Man würde das Zentrum nämlich nicht nur der Abhängigkeit von der Kirche, sondern auch der von der Regierung beschuldigen. Das Zentrum, würde man argumentieren, ist gar nicht in der Lage, das Interesse des Volkes auch der Regierung gegenüber, wie notwendig, mit Nachdruck zu vertreten, da die Regierung es ja in der Hand hätte, durch ihren Einfluss beim Episkopat bezw. beim Papste das Zentrum jederzeit zum Nachgeben zu veranlassen. Das Beispiel eines solchen — allerdings unfruchtbaren — Versuches haben wir beim Septennat gehabt. Ein solcher Zustand wäre für das Zentrum unerträglich und auch für die kirchlichen Behörden überaus unerwünscht. Das Zentrum kann daher im Deutschen Reiche nur als politische, nichtkonfessionelle Partei existieren, und wenn es bisher eine konfessionelle gewesen wäre, so könnte es nichts Besseres tun, wie sich auflösen, um sich als rein politische neu zu konstituieren.

Nun aber die andere Seite! Das Zentrum ist anerkanntermassen die politische Organisation der deutschen Katholiken. Die deutschen Katholiken haben das Zentrum ins Leben gerufen. Die hervorragendste Betätigung des Zentrums während fast des ganzen ersten Jahrzehnts seiner Existenz bestand in dem Kampf um die Freiheit der katholischen Kirche in Deutschland, und das kirchenpolitische Programm des Zentrums ist auch heute noch von fundamentaler Bedeutung. Die Wähler und die Abgeordneten des Zentrums sind fast nur Katholiken. Die gesamte Zentrumspresse, vielleicht mit einer einzigen Ausnahme („Das Zentrum"), ist ausgesprochen katholisch. Und immer wieder betont diese Presse, dass es die Pflicht der Katholiken sei, Zentrum zu wählen, und immer wieder wird seitens dieser Presse bei allen sich zeigenden Differenzen und Schwierigkeiten der Ruf erhoben: „Katholiken seid einig". Damit soll doch nichts anderes gesagt sein, als die Katholiken sollen über den Meinungsverschiedenheiten des Tages nicht das gemeinsame Band vergessen und deshalb treu am Zentrum festhalten. Das gemeinsame Band der katholischen Zentrumswähler ist neben ihrer gemeinsamen politischen Überzeugung das gemeinsame religiöse Fundament, ihre katholische Weltanschauung. Und was sie gerade als Katholiken so stark an das Zentrum kettet, so fest innerhalb des Zentrums zusammenhält, das ist die unerschütterliche Überzeugung, dass das Zentrum nicht nur ihren sonstigen politischen Idealen entspricht, sondern dass es auch ihrer katholischen Weltanschauung voll gerecht wird, insoweit dies die Aufgabe einer politischen Partei sein kann. Diese Überzeugung gründet sich nicht nur auf das Programm des Zentrums, sondern auch auf eine mehr als 40jährige Erfahrung. Hierdurch unterscheidet sich auch das Zentrum von allen anderen Parteien.

Was dem Zentrum oder so einesteils zum Vorteile bei der katholischen Bevölkerung gereicht, gereicht ihm bei der akatholischen, die zum grossen Teile auf katholiken-gegnerischem Pfade wandelt, zum Nachteil. Während es erstere an sich zieht, bleibt ihm letztere mit verschwindenden Ausnahmen fern.

Nun ist aber das naturgemässe Streben des Zentrums, aus seiner konfessionellen Vereinsamung, seiner *splendid isolation*, herauszukommen. Das läge auch im speziellen Interesse des gegenwärtig fast allein hinter dem Zentrum stehenden katholischen Volksteils, da ja eine allgemeine Anerkennung des Zentrumsprogramms die beste Bürgschaft für die völlige Freiheit der katholischen Kirche im Deutschen Reiche und für die völlige Gleichstellung ihrer Anhänger mit den Angehörigen anderer Konfessionen sein würde. Wenn die Führer des Zentrums also eine auf dieses Ziel gerichtete Politik betreiben, so glauben sie, wie im Interesse des Vaterlandes und der Partei, auch im speziellen Interesse des katholischen Volksteiles zu handeln. Es kommt hinzu, dass Zentrum und Katholiken in Deutschland eine Minoritätspartei sind, die nur durch Zusammengehen und praktische Zusammenarbeit mit andern etwas erreichen kann.

Von den hier dargelegten oder ähnlichen Gedanken geleitet, bemühte man sich auf der einen Seite im Zentrum den politischen, nicht konfessionellen Charakter der Partei immer schärfer herauszuarbeiten, löste aber durch die Art und Weise, in der das mitunter geschah, in manchen katholischen Kreisen Bedenken aus, die dann zu einer stärkeren, selbst übermässigen Betonung des katholisch-religiösen Moments im Parteileben führten. Ich habe darauf auch bereits in einem vor kurzem in den: „Grenzboten" (No. 24 v. 12. 6. 12.) veröffentlichten Aufsatze: „Strömungen innerhalb der Zentrumspartei" hingewiesen und daran folgende Ausführungen geschlossen:

Einen praktischen Ausdruck fand die stärkere Betonung des politischen Moments in der Stellung zu den sogenannten interkonfessionellen Organisationen, speziell zu den christlichen Gewerkschaften, sowie in der Umwandlung konfessioneller Organisationen in nichtkonfessionelle, wie der Windthorstbunde; ferner in dem Bestreben, die im Verbande katholischer Kaufleute organisierte Gehilfenschaft dem gewerkschaftlich organisierten interkonfessionellen Verbande deutscher Handlungsgehilfen zuzuführen, und in so manchem anderen. Das Schlagwort für alle diese auf eine engere Arbeitsgemeinschaft der Katholiken mit den Nichtkatholiken gerichteten Bestrebungen prägte Julius Bachem mit der Überschrift seines bekannten Artikels in den „Historisch-politischen Blättern" (Heft 5, 1906): „Wir müssen aus dem Turm heraus".

Die erste praktische Arbeitsgemeinschaft für Katholiken und Nichtkatholiken in grösserem Massstabe bildeten die christlichen Gewerkschaften. Ihre Gründung ging von katholischer Seite aus; schon dieser Umstand genügte, sie bei der nichtkatholischen Arbeiterschaft verdächtig zu machen, und es dauerte manches Jahr, bis dort das Misstrauen gegen sie zu schwinden begann. Erst in den letzten Jahren sind ihnen in einzelnen Revieren auch Nichtkatholiken in grösserer Zahl beigetreten. Dabei haben gerade die christlichen Gewerkschaften von Anfang an alles getan, um ihren Charakter als neutrale Organisation zu wahren. In diesem ängstlichen Bestreben, den Nichtkatholiken und den Nichtzentrumsanhängern keinen Anlass zum Anstoss zu geben, sind einzelne Führer der christlichen Gewerkschaften mitunter sogar so weit gegangen, dass sie auf katholischer Seite und in Zentrumskreisen Anlass zu Tadel geboten haben. Um von manchem anderen zu schweigen, genügt es

hier wohl, an die Vorgänge auf dem Züricher Kongress zu erinnern.

Die Gründung der christlichen Gewerkschaften sollte, wie betont, vor allem der Arbeitsgemeinschaft zwischen Katholiken und Nichtkatholiken auf sozialem Gebiete dienen und mit dazu beitragen, die in nichtkatholischen Kreisen gegen die Katholiken gehegten Vorurteile zu verscheuchen. Sie sollte mit ihrer Ausscheidung des spezifisch konfessionellen Moments in nichtkatholischen Kreisen werbend für die sozialen katholischen Anschauungen wirken und gleichzeitig das gemeinsame christliche Bewusstsein stärken. Das tat sie auch, aber zugleich wirkte sie zersplitternd in den eigenen katholischen Kreisen. Nach dem Fuldaer Pastorale vom 22. August 1900, dem Begleitschreiben des Erzbischofs Dr. Nörber von Freiburg vom 1. Oktober 1900, der Kölner Resolution des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften (8. November 1900) und dem dritten Kongress der christlichen Gewerkschaften zu Krefeld (1901), auf dem deren prinzipielle Stellung festgelegt wurde, trat die sogenannte Berliner Arbeiterbewegung ins Leben, die im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften eine Organisation der katholischen Arbeiterschaft — auch in gewerkschaftlicher Hinsicht — auf rein katholisch-konfessioneller Grundlage (in sogenannten Fachabteilungen) verlangt.

Diese doppelte Organisierung der Arbeiterschaft in christlichen Gewerkschaften und in katholischen Fachabteilungen führte naturnotwendig nicht nur zu einem schon durch die gegenseitige Konkurrenz gegebenen Kampf der beiden Organisationen, ihrer Führer und Organe gegeneinander, sondern sie gab auch den ersten Anlass zur gegenseitigen Befehdung von Zentrumsangehörigen und Zentrumsblättern. Dieser

Streit zeitigte weiter, etwas im katholischen Deutschland bis dahin ganz Unerhörtes, scharfe Angriffe katholischer Blätter gegen katholische Geistliche, ja selbst gegen Bischöfe, das unwürdige Ausspielen einzelner Bischöfe gegeneinander, und so manche andere hässliche Nebenerscheinung. Der in Wort und Schrift, in der Tagespresse und in besonderen Broschüren geführte Kampf der Katholiken und Zentrumsanhänger untereinander nahm dabei vielfach überaus heftige Formen an. Ein besonders bedauerliches Beispiel hierfür boten die Auseinandersetzungen im Sommer dieses Jahres.

Der Streit um die gewerkschaftliche Organisation hat zuerst die Einigkeit innnerhalb der deutschen Katholiken nachhaltig gestört. Sein Werk ist es auch, dass man sich daran gewöhnt hat, von „Richtungen" zu sprechen und den Kampf dieser Richtungen gegeneinander als etwas Gegebenes hinzunehmen. Die Zentrumspartei hat es offiziell vermieden, in dem Streite Stellung zu nehmen. In der Fraktion und den Parteiorganisationen sitzen Vertreter beider Richtungen nebeneinander. Vom Parteistandpunkte aus ist es niemandem verwehrt, sich zu der einen oder anderen Richtung zu bekennen, wie es auch jedem Katholiken nach den autoritativen Äusserungen der kompetenten kirchlichen Behörden freisteht, der einen oder anderen Organisation beizutreten.

Dementsprechend nehmen auch einzelne grössere Zentrumsorgane den beiden gewerkschaftlichen Richtungen gegenüber eine durchaus neutrale Haltung ein, so die „Germania", „Schles. Volksztg.", „Saarbr. Volksztg.": andere stehen ausgesprochen auf seiten der christlichen Gewerkschaften, so vor allem die „Köln. Volksztg." und die Blätter der Ruhrreviers; wieder andere bekennen sich als Anhänger des Berliner Verbandes, so die „Neunkirchener Ztg." und die „Oberschles. Volkstimme.".

Der Streit in der Gewerkschaftsfrage, bei der die eine Richtung das konfessionelle Moment ausgeschaltet, die andere berücksichtigt wissen wollte, führte von selbst dazu, dass überhaupt die Frage der Religion und Konfession, ihr Zusammenhang mit allen Fragen des öffentlichen Lebens mehr in die Erörterung gezogen wurde. Auch hier gingen die Meinungen auseinander, je nachdem die einen der Religion einen grösseren, die anderen einen geringeren Einfluss auf das öffentliche Leben eingeräumt wissen wollten. Das geschah, ganz abgesehen von der Stellungnahme der einzelnen im Gewerkschaftsstreit. Im Gegenteil, gerade diejenigen, die sich für eine innigere Verbindung von Politik und Religion aussprachen, standen vielfach der Berliner Arbeiterbewegung ablehnend gegenüber, trotzdem ihre Bestrebungen gerade auf Berliner Seite lebhafte Förderung fanden. Man hatte es hier also mit ganz verschiedenen Strömungen zu tun, die sich teils berührten, teils ihre eigenen Wege gingen.

Dagegen machte sich der Gewerkschaftsstreit auch bei diesen Erörterungen insofern unangenehm bemerkbar, als er in grossen Kreisen eine mehr oder minder grosse gegenseitige Gereiztheit und vor allem gegenseitiges Misstrauen geschaffen hatte. Die Folge davon war, dass bei der Erörterung solcher Fragen, die mit der Gewerkschaftsbewegung an und für sich nichts zu tun hatten, gefürchtet wurde, die Stellungnahme in ersteren könne doch auf die Beurteilung der Gewerkschaftsfrage von Einfluss sein. Ja auf seiten der Anhänger der christlichen Gewerkschaftsbewegung innerhalb des Zentrums wurde vielfach die Befürchtung gehegt, die Kreise, die für eine stärkere Betonung des religiösen Moments in der Öffentlichkeit eintraten, wollten auch die christlichen Gewerkschaften bekämpfen und überdies gar noch das Zentrum zu einer konfes-

sionellen Partei umgestalten. Umgekehrt machte sich auf der anderen Seite der Argwohn geltend, den Verteidigern der christlichen Gewerkschaftsidee sei es nicht nur um die Verteidigung dieser, oder um die infolge der Angriffe aus anderen Parteilagern notwendige Verteidigung des allerseits anerkannten politischen, nicht konfessionellen Charakters der Zentrumspartei zu tun, sondern ihr Streben gehe auf eine Zurückdrängung des religiösen Momentes im öffentlichen Leben überhaupt. Dazu trat die Furcht, es könne durch das gehäufte, ohne anscheinend hinreichenden Anlass immer wiederholte Betonen des nicht konfessionellen Charakters der Zentrumspartei das Bewusstsein der katholischen Zentrumswählerschaft Schaden leiden, dass das Zentrum als die politische Organisation der deutschen Katholiken vor allem seine Wurzeln im katholischen Volke habe, und dass es daher auch berufen sei, der katholischen Weltanschauung bei der Behandlung der einschlägigen Fragen, soweit Verfassung und Parteiprogramm dies zulassen, den gebührenden Einfluss einzuräumen.

So geschah es, dass oft an und für sich harmlose und belanglose Äusserungen durch die Deutungen der anderen Seite eine ganz verfängliche Auslegung erhielten, was dann wieder neuen Anlass zu oft scharfen Polemiken gab. Dazu kam der Umstand, dass der katholische Volksverein, also eine ausgesprochen konfessionelle Organisation, sich von Anfang an ausschliesslich für die interkonfessionelle christliche Gewerkschaftsbewegung betätigte. Das machte ihn in manchen auf seiten der Berliner Arbeiterbewegung stehenden katholischen Kreisen unbeliebt, und statt Förderung fand er dort eine sehr kühle Aufnahme, so dass als weitere Folge des Gewerkschaftsstreites die Tatsache zu verzeichnen war, dass ein von Windt-

horst ins Leben gerufener, für das ganze katholische Volk bestimmter Verein gerade in jenen katholischen Kreisen auf Widerstand stiess, die nirgendwo das katholische Moment ausgeschaltet wissen wollen.

Unter allen Zentrumsblättern war keines, das sich so entschieden und nachdrücklich der christlichen Gewerkschaften annahm, und weiter so andauernd und energisch, in so konsequenter Weise für den politischen, nicht konfessionellen Charakter der Zentrumspartei eintrat, wie die „Kölnische Volkszeitung", meist in geschickter Weise, mitunter aber auch weniger glücklich und hier und da direkt verletzend, rücksichtslos selbst dort, wo Kleid und Würde des Gegners eine andere Sprache erfordert hätten. Das erregte vielfach in katholischen Kreisen Anstoss, speziell auch gerade dort, wo man in der Sache mit dem Blatte völlig einer Meinung war. Es kam hinzu, dass viele mit der Haltung des Blattes in einigen den Katholizismus direkt berührenden Fragen, so bei dem Streit um Schell, bei der Bewegung gegen den Index, der Gründung der Münsterschen Kulturgesellschaft usw. nicht zufrieden waren. Weiter wurde es unangenehm empfunden, dass bei der scharfen Sprache, die die „Kölnische Volkszeitung" gegen jeden Verstoss auf katholischer Seite gegen den politischen Charakter der Zentrumspartei und gegen Angriffe auf die interkonfessionelle Gewerkschaftsbewegung fand, Verstösse nach der konfessionellen Seite hin, vor allem wenn dieselben von christlichen Gewerkschaftlern in führender Stellung ausgingen, vielfach so überaus zurückhaltend behandelt wurden. Ob zu dieser Haltung berechtigte Gründe vorlagen oder nicht, kann hier ausser Betracht bleiben. Es kommt in diesem Zusammenhang lediglich auf die Feststellung der Tatsache selbst an. So kam es, dass die „Kölnische Volkszeitung" bei manchen allmählich in den, wenn auch unberech-

tigten, aber nicht ganz unverschuldbaren Verdacht kommen konnte, als sei es ihr mit der Vertretung der katholischen Prinzipien keine rechte Herzenssache mehr. Einzelne gingen soweit, in der Haltung der „Kölnischen Volkszeitung" eine direkte Gefährdung des katholischen Glaubens zu sehen und gaben dieser Ansicht auch offen Ausdruck. Es genügt in der Beziehung an die bekannte Broschüre „Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus" zu erinnern, die übrigens in der Zentrumspresse allgemeine Ablehnung fand.

Allmählich begann man von einer „Kölner Richtung" zu sprechen und stellte in Gegensatz dazu die sogenannte „Berliner Richtung". Beide Begriffe leiden daran, dass ihnen eine feste Umgrenzung fehlt, sie also bald in diesem, bald in jenem, bald in engerem, bald in weiterem Sinne gebraucht werden. Diese Unklarheit war natürlich auch nicht dazu angetan, die Auseinandersetzungen versöhnlicher zu gestalten. Im Gegenteil, diese wurden dadurch noch verschärft, indem gegen die eine oder andere „Richtung" erhobene Anklagen von Personen auf sich bezogen wurden, auf die der Ankläger sie gar nicht bezogen wissen wollte. Ausserhalb des Zentrums machte sich gar die Auffassung geltend, als ob das ganze Zentrum in zwei Richtungen, eine Kölner und eine Berliner, zerfalle.

§ 2. Wir müssen aus dem Turm heraus!

Den eigentlichen Anlass zu den Auseinandersetzungen über den Charakter der Zentrumspartei innerhalb derselben hat — abgesehen von dem entfernteren Anlass des Streites auf gewerkschaftlichem Gebiete — der schon vorher erwähnte Artikel gegeben, den Justizrat Dr. Julius Bachem im Jahre 1906 (Heft 5; i. 3.) der „Historisch-politischen Blätter" unter dem Titel: „Wir müssen aus dem Turm heraus" veröffentlichte. Dieser Artikel hatte folgenden Wortlaut:

„Eines der beliebtesten politischen Bilder ist das vom *Zentrumsturm*. Und zwar bei Freund und Feind. Die Anhänger der Zentrumspartei preisen die Festigkeit und Unerschütterlichkeit dieses Turmes in Prosa und Poesie. In den politischen Organen der Zentrumspartei wird immer wieder mit Genugtuung darauf hingewiesen, der Turm ziert die Parteimarken, die zur Aufbesserung des Wahlfonds aufgeklebt werden, und als vor einigen Jahren der Verlag der „Köln. Volkszeitung" einen Wettbewerb um das beste Zentrumslied ausschrieb, war gewiss in jeder dritten Einsendung von dem Zentrumsturm die Rede, der feststehe in Wind und Sturm. Und anderseits spähen die Gegner der Zentrumspartei eifrig aus nach Rissen im Zentrumsturm, und es gibt für sie keine grössere Freude, als wenn sie einen solchen Riss entdeckt zu haben glauben. Von Zeit zu Zeit geschieht das mit einer gewissen Regelmässigkeit, denn das liberale und konservative Publikum liest es immer gerne, wenn es sich auch schliesslich herausstellt, dass es wieder nichts war.

Die Zentrumspartei hat zweifellos Recht, mit Stolz auf

das *feste Gefüge* der Parteiorganisation hinzuweisen, welches die Anwendung des Bildes von dem unüberwindlichen Turme rechtfertigt. Er steht nun schon über drei Jahrzehnte. Unablässig ist er berannt worden von links und rechts und doch ist noch keiner der Quadern gelockert worden oder gar herausgefallen. Die Zentrumspartei hat auch bisher immer noch die schwerste Probe bestanden, welcher in der Gegenwart eine politische Partei ausgesetzt werden kann: die der Interessengegensätze im eigenen Lager. Fast alle anderen politischen Parteien im Deutschen Reich vertreten hauptsächlich eine bestimmte Bevölkerungsgruppe. Mehr als jede andere politische Partei vereinigt das Zentrum in sich die verschiedensten Kreise und Stände, deren materielle Interessen sich manchmal recht schroff gegenüberstehen, und trotzdem hat das Zentrum es verstanden, immer wieder diese Interessengegensätze zu überwinden und auf dem Boden eines billigen Ausgleiches die Geschlossenheit, welche das wesentlichste Moment der Stärke bildet, zu bewahren oder nach vorübergehender Krise wiederherzustellen. Mehr als ein Mal sind besonders agrarische Kreise schwierig gewesen, auch Arbeiterkreise haben sich zuweilen verstimmt gezeigt, aber der feste Zusammenhalt der Zentrumspartei als Ganzes ist dadurch dauernd nie beeinträchtigt worden. Das ist eine Erscheinung, welche die Gegner oft mit einem aus Bewunderung und Neid gemischten Gefühle haben feststellen müssen.

Die Zentrumspartei darf also nach wie vor von dem unüberwindlichen Turme reden, an welchem alle Angriffe abgeprallt sind. Es könnte daher wie eine politische Ketzerei klingen, wenn ich sage: wir müssen aus dem Turme heraus! Und doch sage ich es aus vollster Ueberzeugung im Hinblick auf die politische Gesamtlage, wie sie sich im Deutschen Reiche gestaltet hat. Die nachstehende Ausführung wird erkennen lassen, in welchem Sinne dieser Ausspruch gemeint ist.

Der Zentrumsturm, um in dem Bilde zu bleiben, wurde in der schweren Zeit des kirchenpolitischen Konfliktes errichtet. Er sollte der Abwehr des staatskirchlichen Ansturmes dienen, welcher unter Führung des gewaltigsten

Staatsmannes des 19. Jahrhunderts gegen die katholische Kirche in Preussen unternommen wurde. Der Zentrumsturm war das stärkste Bollwerk in der *Verteidigungsstellung*, welche die Katholiken gegenüber dem mit allen Mitteln eines mächtigen Staatswesens unternommenen Angriff einzunehmen hatten. Der Angriff erfolgte auf kirchenpolitischem Gebiet; auf diesem Gebiete musste natürlich auch zunächst die Abwehr erfolgen. Und sie war in der Hauptsache erfolgreich. Es ist nicht gelungen, die katholische Kirche in Preussen der Staatsraison im Sinne des Hegel'schen Staatsgedankens — dem Staate als dem „präsenten Gott" — dienstbar zu machen und sie damit als lebendige Potenz des deutschen Volkslebens beiseite zu schieben. Die katholische Kirsche im Deutschen Reich hat, von einzelnen nicht entscheidend ins Gewicht fallenden Bundesstaaten abgesehen, überall das Mass von Freiheit behauptet, dessen sie notwendig bedarf, denn so ist zur Zeit die kirchenpolitische Lage im Deutschen Reiche: Mögen nicht alle Wünsche erfüllt sein, im grossen und ganzen kann die katholische Kirche in Deutschland uneingeschränkt ihres Amtes walten.

Der Kampf, den das Zentrum in der ersten Zeit seines Bestehens zu führen hatte, war, wie gesagt, ein kirchenpolitischer. Aber das Zentrum hat ihn nicht als kirchenpolitische Fraktion lediglich mit den Mitteln der Kirchenpolitik geführt. Bei seiner Gründung gehörten dem Zentrum ausschliesslich katholische Mitglieder an; das war naturgemäss, denn der „Kulturkampf" galt an erster Stelle der katholischen Kirche, es mussten daher in erster Reihe die Katholiken sich zur Abwehr zusammenschliessen. Aber das Zentrum war auch schon zu der Zeit, da es ausschliesslich aus Katholiken bestand, keine katholische, *keine konfessionelle Fraktion*. Die erleuchteten Männer, welche die Fraktion ins Leben riefen, wollten keine konfessionelle Fraktion bilden; sie drückten dies schon durch den Namen aus, den sie der neugebildeten parlamentarischen Gruppe gaben, und in dem Programm, welches die Fraktion sich gab, war nichts, was den Hinzutritt von Nichtkatholiken unmöglich machte.

Tatsächlich haben auch namentlich in der grossen Zeit

des Zentrums der Fraktion *Männer anderen christlichen Bekenntnisses* angehört, darunter Persönlichkeiten ersten Ranges, wie v. Gerlach, Dr. Bruel, Dr. Nieper. An der Seite der Führer des Zentrums traten dieselben für den Gedanken der kirchlichen Freiheit ein, nicht für die Freiheit allein der katholischen Kirche, welche zunächst bedroht war. Es war einer der nichtkatholischen Hospitanten des Zentrums, welcher unter der Rednertribüne des Preussischen Abgeordnetenhauses stand, als Frhr. v. Wendt mit mächtiger Stimme die Enzyklika Papst Pius' IX. verlas, in welcher die Maigesetze als „nichtig in sich" erklärt wurden (has leges irritas esse), und welcher inmitten des furchtbaren Tumultes, der sich bei dieser Verlesung im Hause erhob, dem Zentrumsabgeordneten zurief; „Lassen Sie sich nicht einschüchtern!" Kein Zweifel, dass die Zugehörigkeit evangelischer Mitglieder zum Zentrum ganz wesentlich zu dem allmählichen Umschwung der Stimmung beigetragen hat, der in jener Abendsitzung des preussischen Abgeordnetenhauses zu der berühmten Erklärung des Abg. v. Meyer-Arnswalde führte: „Ich und meine Freunde, wir haben den Kulturkampf satt." Die altkonservative Fraktion, namens deren Hr. v. Meyer-Arnswalde jene Erklärung abgab, zählte damals allerdings nur 9 Mitglieder, aber „Tausende dachten wie er", und so wurde es möglich, die Revision der Maigesetze durchzusetzen, als Fürst Bismarck die Ueberzeugung von der Undurchführbarkeit derselben erlangt hatte und grosszügig, wie er war, das Unhaltbare resolut preisgab.

Wäre das Zentrum eine konfessionelle Fraktion gewesen, so würde es die grosse Bedeutung, welche es in unserem öffentlichen Leben erlangt hat, niemals haben erlangen können. Das erkannten nicht nur die Gründer des Zentrums, das erkannten ebensogut seine Gegner, an der Spitze Fürst Bismarck selber. Immer und immer wieder suchten sie das Zentrum als konfessionelle Bildung hinzustellen, als eine Gruppe, die in unser parlamentarisches Leben gar nicht hineinpasse, als eine Art Fremdkörper, der ausgeschieden werden müsse, wenn unser öffentliches Leben gesunden wolle. Niemand ist diesem oft wiederholten Versuche so

konsequent und energisch entgegengetreten, wie *Windthorst*, der die Gefahr dieser politischen Legendenbildung sofort in ihrem ganzen Umfange erkannte. Schon im Jahre 1872, als bei den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 30. und 31. Januar Ministerpräsident Bismarck bemerkte, er habe es als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, dass sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, erwiderte Windthorst: „Die Fraktion des Zentrums, welcher ich angehöre, ist keine konfessionelle. Das Programm derselben ist öffentlich bekannt gemacht worden, wir haben auf Grund desselben jeden eingeladen, der diese Grundsätze akzeptieren kann und will, und wer darauf akzeptierend eintritt, ist uns willkommen." Ueber Windthorsts Stellung zu dieser Frage konnte in dem dem grossen Führer des Zentrums gewidmeten Artikel des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft auf Grund genauer Kenntnis der Denkungsart Windthorsts gesagt werden: „Windthorst erkannte klar, dass auf dem Boden unserer modernen Verfassungsstaaten eine rein konfessionelle, in der Vertretung konfessionell-kirchlicher Massen aufgehende parlamentarische Gruppe keine Daseinsberechtigung und nicht die Möglichkeit dauernden Bestandes hat, während eine politische, alle Lagen des öffentlichen Lebens in den Bereich ihrer Betätigung ziehende Fraktion den Schutz auch der kirchlichen Freiheit und der Rechtsstellung der Kirche in wirksamster Weise auf dem parlamentarischen Boden zu üben vermag."

Kein Zweifel, dass die führenden Persönlichkeiten des Zentrums heute wie immer auf dem Boden dieser Windthorstschen Anschauungen stehen. Fast alle haben das bei irgend einer Gelegenheit auch ausdrücklich gelehrt und die *Gesamttätigkeit des Zentrums* ist ein vollgültiger Beweis dafür, dass es sich da nicht etwa bloss um Erklärungen taktischer Natur handelt. Insbesondere im Deutschen Reichstage, wo das Zentrum in der Tat ein ausschlaggebender Faktor ist, hat es seine Aufmerksamkeit konstant allen Lagen des öffentlichen Lebens zugewendet; es ist dort insbesondere der Träger der im Vordergrunde stehenen Finanz- und

Sozialpolitik. Alles, was dort im letzen Jahrzehnt und darüber hinaus zustande gekommen ist, ist unter entscheidender Mitwirkung des Zentrums zustande gekommen. Und die Richtung, in welcher sich die Zentrumspolitik im Reichstage bewegte, war derart, dass ein früherer scharfer Gegner des Zentrums, der freikonservative Führer von Kardorff, sich gedrungen fühlte, der Fraktion zu bezeugen, sie treibe „nationale Politik".

Trotzdem wird die Zentrumsfraktion neuerdings von verschiedenen Seiten wieder schärfer angegriffen als zu irgend einem früheren Zeitpunkt, von den schlimmsten Jahren des kirchenpolitischen Konfliktes abgesehen. Für die *kirchenpolitischen Forderungen*, welche sie noch geltend macht, findet sie heute weniger Entgegenkommen, wie noch vor wenigen Jahren, das hat sich anlässlich der jüngsten Beratung des Toleranzantrages gezeigt. Es ist zweifellos an erster Stelle die Einwirkung des Evangelischen Bundes, welche in dieser Beziehung die Temperatur verschlechtert hat; auch Parteien und einzelne Abgeordnete, welche an sich eine minder abweisende Haltung einnehmen, unterliegen dem Druck jener Kampfesvereinigung. Das Zentrum wird bei irgendwelchen kirchenpolitischen Aktionen, auch schon bei der Frage, ob eine kirchenpolitische Aktion überhaupt unternommen werden soll, stets ernstlich mit der augenscheinlich veränderten und zwar verchlechterten Stimmung zu rechnen haben.

Wie zu erwarten war, spielt bei den Angriffen gegen das Zentrum auch die Bezichtigung, die Fraktion sei eine konfessionelle, wieder eine Hauptrolle. Teilweise ohne Zweifel wider besseres Wissen. Der Zweck muss da das Mittel heiligen. Man sagt sich in den verbissen antikatholischen Kreisen, dass es kein wirksameres Agitationsmittel gegen die Stellung des Zentrums in unserem öffentlichen Leben gebe, als die Unterhaltung und Verbreitung der Vorstellung, die Zentrumsfraktionen seien lediglich im Interesse der „römischen" Kirche geschaffene, lediglich dieser Kirche dienstbare Organisationen. In allen Tonarten kehrt immer noch diese Behauptung wieder und — was die Hauptsache ist — sie wird geglaubt.

Wenn man diese im Interesse des friedlichen Nebeneinander der beiden christlichen Konfessionen tief bedauerliche Tatsache feststellt, so erfordert es die Wahrheitsliebe, hinzuzufügen, dass *auch auf katholischer Seite* manches geschehen ist und noch manches geschieht, was geeignet ist, diesen Glauben zu nähren und ihm einen Schein von Berechtigung zu verleihen. Die römische Kurie selbst hat diesem Glauben Vorschub geleistet, als sie auf Bismarcks Betreiben den — glücklicher Weise erfolglosen — Versuch unternahm, auf die Haltung der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages in der Septennatsfrage einzuwirken. Es gibt auch noch katholische Kreise, in denen das Zentrum lediglich die „katholische Volkspartei" ist und der politische Charakter des Zentrums keineswegs immer, wo es angezeigt erscheint, mit einer alle Missdeutung ausschliessenden Klarheit und Entschiedenheit betont wird. Und wenn noch jüngst in Westfalen ein Parteitag der Zentrumspartei mit dem katholischen Grusse eröffnet wurde und anderseits auf einem hessischen Katholikentage ausschliesslich politische Gegenstände in den öffentlichen Sitzungen behandelt wurden, so kann man sich schliesslich nicht wundern, wenn Gegner der Zentrumspartei politische Partei und Konfession nicht auseinanderhalten.

Dazu kommt, dass katholischerseits an einzelnen Stellen *konfessionelle Abgeschlossenheit* auch da noch herrscht, wo sie sachlich nicht berechtigt ist. In dieser Richtung hat offensichtlich am meisten der noch immer nicht aufgegebene Versuch geschadet, die interkonfessionelle berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter unter Geltendmachung spezifisch kirchlicher Gesichtspunkte zu vereiteln oder zu erschweren, während längst für andere Berufsstände (Bauern, Handwerker) interkonfessionelle Organisationen zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen bestehen und unbeanstandet in Tätigkeit sind. Auch diese Überspannung des Konfessionalismus nährt mittelbar das noch in so weiten akatholischen Kreisen bestehende Vorurteil, dass im Grunde genommen auch die Zentrumsfraktion ein ausschliesslich im Interesse des Katholizismus geschaffenes Gebilde sei.

Diese Vorstellung beruht, wie gesagt, auf einem *Vorurteil*, welches in der ganzen Geschichte der Zentrumsfraktion selbst keine Stütze findet. Aber im politischen Leben muss man auch mit Vorurteilen rechnen, besonders muss eine Minderheit damit rechnen. Auch ein Vorurteil kann schwere Störungen im Volksleben hervorrufen. Wir sehen das im Deutschen Reiche, welches unter dem unbefriedigenden Verhältnis der Konfessionen zu einander immer noch leidet und vielleicht noch mehr zu leiden haben wird, wenn es den wohlmeinenden Männern der beiden Bekenntnisse nicht gelingt, hier Wandel zu schaffen. Hieran mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden, der sein Vaterland liebt, und man kann sich dieser Pflicht auch durch den Hinweis darauf nicht entziehen, dass auf der andern Seite eben ein Vorurteil wirksam ist. Man muss vielmehr alles aufbieten, um dieses schädliche, ja gemeingefährliche Vorurteil zu zerstreuen, selbst unter Uebung weitgehender Selbstverleugnung.

In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn ich den Satz an die Spitze dieser Betrachtung gestellt habe: wir müssen aus dem Turm heraus. Heraus nicht insofern, als wir die starke Verteidigungsstellung aufzugeben hätten. Nein, wir können und sollen sie beibehalten. Damit treten wir niemandem zu nahe. Auch dem konfessionellen Frieden dient nicht, wer sich wehrlos macht. Aber die Abschliessung, die Absperrung, welche in dem Bilde des Turmes liegt, darf nicht über die Grenze hinaus gehen, welche durch die Verhältnisse gezogen ist. Wir sollen nicht in dem Turme verbarrikadiert bleiben, sondern uns vor demselben aufpflanzen und in immer weiterem Umkreise mit den Mitteln, welche die Gegenwart an die Hand gibt, für das Programm der politischen Zentrumspartei eintreten, das sich wahrlich sehen lassen kann. Wenn das Zentrum eine wahre Staatspartei ist, so soll es auch als solche sich fühlen und überall als solche sich geltend machen; keines seiner katholischen Mitglieder braucht deshalb ein Tüttelchen seiner religiösen Ueberzeugungen preiszugeben.

Je *weiter* die Kreise sind, in welchen man die Gesamttätigkeit der Zentrumspartei kennen lernt, um so mehr wird

das gegen die Zentrumsfraktion noch bestehende Vorurteil schwinden. Eines der Mittel, vielleicht das wirksamste, um diese bessere Erkenntnis in die nichtkatholischen Provinzen und Bezirke zu tragen, kann erst bei den nächsten allgemeinen Wahlen zur Anwendung gebracht werden. Es muss unbedingt mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet sind. Und zwar wird es m. E. gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen kann. Die Engen, die Aengstlichen, diejenigen, welche überall nur den konfessionellen Gesichtspunkt geltend zu machen gewohnt sind, werden wohl auch an dieser Anregung sich stossen, und doch dürfte sie ernste Beachtung verdienen.

Von solchen Kandidaten darf man kirchenpolitisch nichts anderes verlangen, als dass sie jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des katholischen Volksteils rückhaltlos anerkennen; im Uebrigen muss namentlich ihre sozialpolitische Stellung entscheidend sein! Es gibt solche Männer unter den Evangelischen und es wird ihrer mehr geben, sobald ihnen Gelegenheit geboten wird, im öffentlichen Leben sich zu betätigen. Man denke nur an die evangelischen Christlich-Sozialen. Gegenwärtig ist es ihnen noch fast unmöglich, zu einem Mandat zu gelangen, weil auch sie mit allerhand Vorurteilen zu kämpfen haben. Aber es wurde ein grosser Gewinn für unser öffentliches Leben sein, wenn die Tüchtigsten aus diesen Reihen in die Lage kämen, von der Tribüne des Parlaments für ihre Ideen Propaganda zu machen.

Wenn es nicht anders zu bewirken ist, so müssen weitsichtige Zentrumskreise ihnen diese Möglichkeit verschaffen. Es war seinerzeit ein Leichtes, die Wahl Ludwig v. Gerlach's in dem rheinischen Wahlkreise Sieg-Mülheim-Wipperfürth durchzusetzen. Niemand hat von dem ehemaligen Führer

der preussischen konservativen Partei und Rundschauer der „Kreuzzeitung" verlangt, dass er etwas von seinen religiösen Ueberzeugungen aufgab, als er dem Zentrum als Hospitant beitrat. Ebensowenig von Dr. Bruel, der bis ans Ende seiner Tage ein ernster Lutheraner geblieben ist. Aber wie diese beiden bedeutenden Männer, namentlich der letztere, auch in treuester persönlicher Freundschaft mit Mitgliedern der Zentrumsfraktionen verbunden blieben, so hat auch allein die Tatsache ihrer Zugehörigkeit zum Zentrum und haben insbesondere die Wahrnehmungen und Erfahrungen, welche sie dank dieser jahrelangen Zugehörigkeit zu machen Gelegenheit hatten, nicht wenig dazu beigetragen, die Ansichten über das Zentrum in nicht kleinen evangelischen Kreisen zu korrigieren, und dieselben namentlich die Haltlosigkeit der politischen Legende von der konfessionellen Zentrumsfraktion erkennen zu lassen.

Das ist ein Punkt von geradezu vitaler Bedeutung für unser parlamentarisches Leben und für unser öffentliches Leben überhaupt. Das Zentrum darf nicht unter der Einwirkung der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze, an der so viele arbeiten, in eine *splendid isolation* geraten, welche die Erfüllung seiner Aufgabe für Reich und Volk aufs äusserte erschweren würde. Dem Bestreben, diese Gefahr zu verringern, sollen die vorstehend entwickelten, bezw. angedeuteten Gedanken dienen."

Dieser Artikel rief in der gesamten Presse lebhafte Debatten hervor. Die Zentrumspresse nahm fast einhellig gegen denselben Stellung. Demgegenüber suchte Julius Bachem in einem weiteren Artikel „Nochmals: Wir müssen aus dem Turm heraus!" in den „Hist.-pol.-Bl." (Heft 7 v. 1.4.06) seinen Standpunkt zu rechtfertigen. Dieser Artikel hatte folgenden Wortlaut:

„Die politische Betrachtung, welche unter obigem Titel im letzten Hefte der „Histor.-polit. Blätter" veröffentlicht wurde, hat in der deutschen Presse eine ganz ungewöhnlich grosse Beachtung gefunden. Der Inhalt der fraglichen Darlegung kann wohl allein diese Erscheinung nicht erklären.

Vielleicht kommt dieselbe ein wenig auf Rechnung der Ueberschrift, welche für manchen etwas zu versprechen scheinen mochte, was der Inhalt nicht halten wollte.

Wenn die Blätter sich (wie die „Norddeutsche allgemeine Zeitung" und die „Freie deutsche Presse") darauf beschränkt hätten, die Hauptstelle aus dem Artikel der „Histor.-polit.-Blätter" wiederzugeben und für sich wirken zu lassen, so wäre darüber einfach dankend zu quittieren. Fast alle knüpfen aber an die Wiedergabe einiger Stellen mehr oder minder eingehende Erörterungen, welche keineswegs immer dem leitenden Gedanken des Aufsatzes gerecht werden, so dass sich mir geradezu die Notwendigkeit aufdrängt, denselben gegen Missverständnisse oder Missdeutungen nach Möglichkeit zu sichern.

Zunächst ist festzustellen, dass eine ganze Reihe von Blättern verschiedener Parteirichtung den an die Spitze des Artikels gestellten Satz, dass das Zentrum *eine politische und keine konfessionelle Partei* sei, nicht gelten lassen. So schreibt die „National-Zeitung": das Zentrum sei doch konfessionell. Nur durch die katholisch konfessionellen Eisenklammern habe der Turm, in dem westfälische Bergarbeiter und oberschlesische Kohlenmagnaten, rheinische Industriearbeiter und bayrische Gerstenbauern mehr oder weniger friedlich beisammen wohnten, bis heute zusammengehalten werden können. Die „Kölnische Zeitung" erklärt: „das Zentrum muss eine konfessionelle Partei sein, selbstverständlich, denn aus dem Konfessionalismus zieht es ja seine ganze Kraft". Die „Berliner Neuesten Nachrichten" versichern: „Es ist unwahr, dass das Zentrum keine konfessionelle Partei sei. Die Interkonfessionalität ist Sand in die Augen!" Die Münchener „Allgemeine Zeitung" insinuiert, es solle durch den Artikel, um dem Zentrum seine und auch die anderen rechtsstehenden Kreise zu sichern, „eine Maske aufgesetzt" werden, durch die sich freilich kaum jemand täuschen lassen werde, der sich nicht täuschen lassen wolle. Es treffe sich da schlecht, dass gerade in diesem Augenblicke der Strassburger Bischof seine Diözesanen auf das Zentrum als die Organisation der deutschen Katholiken hingewiesen habe und so werde der Verfasser

wohl darauf verzichten müssen, irgend einen nennenswerten Erfolg mit seinem „Kniff" zu erzielen. Die „Vossische Zeitung" meint: der Verfasser des Artikels werde nicht im Ernst behaupten, es sei nur eine haltlose politische Legende, dass das Zentrum eine konfessionelle Fraktion sei. Und der „Reichsbote" ruft aus: „Möchte man uns doch endlich mit der Behauptung, dass das Zentrum keine konfessionelle Partei sei, verschonen!" Alle die genannten Blätter haben das miteinander gemeinsam, dass sie die in dem Artikel der „Hist.-polit. Blätter" für den nichtkonfessionellen, politischen Charakter des Zentrums angeführten *Beweise* vollständig ignorieren. Das ist jedenfalls sehr unsachlich und macht eine fruchtbringende Erörterung fast unmöglich.

Mehr wie ein Blatt zerbricht sich dabei den Kopf der Zentrumspartei. So meint die schon erwähnte „Nationalzeitung," dass in dem Artikel „lebensgefährliche Lehren für den Fortbestand der „herrschenden Partei" in äusserlich einleuchtender Weise und in geschickter Form gepredigt" würden. „Wenn der Artikel sage: wir müssen aus dem Turm heraus, so erwidere sie (die „Nationalztg".) wenn ihr das tut, so seid ihr als Partei verloren". Die ebenfalls schon genannte „Kölnische Zeitung" bemerkt: „sobald das Zentrum seinen konfessionellen Boden verlässt, verliert es den Grund seiner Existenz; es wird konfessionell sein, oder es wird nicht sein". Die „Leipziger Volkszeitung" ist der Ansicht: „Wird die Bachemsche Parole befolgt, so untergräbt das Zentrum selbst die Wurzeln seiner Macht." Und die „Vossische Zeitung" meint gar: die Parole „Heraus aus dem Turm" bedeute „Los von Rom" und fügt besorgt hinzu, der Verfasser möge zusehen, dass er nicht exkommuniziert werde!

Während aber so die genannten Blätter die Ausführungen des Artikels der „Histor.-polit. Blätter" als höchst bedenklich für die Zentrumspartei hinzustellen belieben, wittern andere Pressorgane in demselben Artikel ein ganz gefährliches Strategem zu Nutz und Frommen der Zentrumspartei. Unter anderen erblickt die „Weserzeitung" darin ein „interessantes Dokument der politischen Entwickelungstendenzen"

des Zentrums. Die „Frankfurter Zeitung" äussert: das Zentrum sehe einerseits die Bestrebungen auf Einigung der Linken, andererseits die unversöhnliche Gegnerschaft des freier gesinnten Protestantismus. Da könne schon „einem klugen Manne der Gedanke kommen, dass es vielleicht an der Zeit sei, engere Verbindung mit dem orthodoxen Protestantismus zu suchen". Der Linken aber sollte dies wieder eine ernste Mahnung sein. Die „Rhein- und Ruhrzeitung" vermutet: „Bachem will dem Zentrum eine evangelische Leibgarde schaffen, die dem taktischen Bedürfnis des Zentrums nach neuen Mandaten abhelfen und das politische Herrschaftsgebiet des Zentrums erweitern soll." Die „Rheinische Zeitung" endlich hält dafür: der Artikel beispiele zwar nur auf die Christlichsozialen, aber der Wink gehe wohl weit über diese hinaus. Bei den nächsten Reichstagswahlen stehe eine Aufteilung des Industriebezirkes zwischen Zentrum und Nationalliberalen bevor. Das Zentrum trete aus seinem Turm heraus, um Hilfskräfte um sich zu sammeln. Die Sozialdemokratie müsse dafür sorgen, dem gedoppelten Feinde gewachsen zu sein.

Wie man sieht, heben die Deutungen des Artikels der „Histor.-politischen Blätter" in den dem Zentrum gegnerischen Pressorganen sich untereinander auf. Die einen halten dafür, das Zentrum werde bei Befolgung dieser Vorschläge zugrunde gehen, die anderen, die Verwirklichung der Vorschläge würde dem Zentrum neue Kraft zuführen. Es wird daher kaum nötig sein, länger bei diesen so verschiedenartigen Urteilen zu verweilen. Dagegen erfordern die Auslassungen in der *Zentrumspresse* eine eingehendere Würdigung. An die Zentrumspartei richtet sich ja an erster Stelle die Aufforderung des Artikels, mehr aus dem Turm herauszutreten; nach dieser Seite muss daher der Artikel vor allem gegen unrichtige Auffassungen gesichert werden.

Ausnahmslos bekennt sich, soweit ersichtlich, auch bei dieser Erörterung die Zentrumspresse zum Zentrum als einer nichtkonfessionellen, politischen Partei und erhebt sie Einspruch gegen die krampfhaften Bemühungen gegnerischer Blätter, entscheidenden Tatsachen zum Trotz die Zentrumspartei auch ferner als eine konfessionell-katholische Partei

hinzustellen. Diese Haltung wird auch von solchen Zentrumsblättern eingenommen, in denen auf anderen Gebieten konfessionelle Absonderung über Gebühr hervortritt.

Was im Einzelnen die Stellungnahme der Zentrumspresse zu der Darlegung in den „Histor.-polit. Blättern" anlangt, so äussern sich manche Blätter schlechthin zustimmend; andere geben dieselbe mit dem allgemeinen Vorbehalt wieder, dass sie nicht mit allem einverstanden seien; wieder andere üben Kritik an einzelnen bestimmten Sätzen. Mit der letzteren Kategorie habe ich es hier allein zu tun, und zwar greife ich hier dasjenige Blatt heraus, welches seinen Widerspruch zuerst am schärfsten zum Ausdruck gebracht hat und von anderen Blättern am häufigsten zustimmend zitiert worden ist: die Berliner „Germania". Auch sie tritt dabei nachdrücklich für den nichtkonfessionellen, politischen Charakter der Zentrumspartei ein und bemerkt in dieser Beziehung zutreffend: „Weder sein Programm, noch seine Taten bieten den mindesten Anlass, das Zentrum vom konfessionellen Standpunkte aus zu bekämpfen; denn sein Programm enthält nichts Konfessionelles, nichts, was nicht jeder Protestant unterschreiben könnte, und niemals hat es auch nur das Geringste getan oder versucht, was die Rechte und Freiheiten der Protestanten verletzen könnte. Wenn es fast ausschliesslich aus Katholiken besteht und bestanden hat, so ist das sehr wider Wunsch und Willen seiner Gründer, insbesondere auch Windhorsts geschehen. Ihm wäre es viel lieber gewesen, wenn sich ihm möglichst viele Protestanten angeschlossen hätten, wie sie es auf Grund des Programms konnten. Dass es nicht geschah, ist lediglich Schuld der Gegner, die es geflissentlich als konfessionell-katholische und als ‚ultramontane' Partei hinstellten. Dass man sich infolgedessen auch auf katholischer Seite verschiedentlich gewöhnte, das Zentrum als eine katholische Partei zu betrachten, ist nicht zu verwundern. Aber dem Sinn und der Absicht des Zentrums entspricht das nicht, und immer wieder hat es Gewicht darauf gelegt, dass es eine politische Partei sei. Nur als politische Partei hat es sich auch so lange lebenskräftig zu erhalten und seine politische Stellung zu behaupten vermocht."

Dann aber wendet sich die „Germania" gegen den Kernsatz des Artikels: es müsse mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet seien, und zwar werde es gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen könne. Dazu meint die „Germania": Eine so eigenartige Zumutung, wie hier, sei wohl noch niemals von einer Partei(?) ihren Anhängern gemacht worden: „Die Zentrumswähler sollen dort, wo sie einen Zentrumsmann haben können, jemand wählen, der nur mit dem einen Fusse auf dem Boden ihres Programms, mit dem anderen aber in einem anderen Lager steht. Das würde verwirrend auf die Wähler und zersetzend auf die Partei wirken."

Der Verfasser dieser Polemik hat wohl den Satz, gegen den er sich wendet, nicht genau gelesen. Es ist darin gar nicht gesagt, dass die Zentrumspartei irgend ein sicheres Mandat aufgeben solle, um geeigneten protestantischen Kandidaten zur Wahl zu verhelfen, obwohl auch das m. E. unter Umständen gute Politik wäre. Es sind sehr wohl Fälle denkbar, in denen es rätlich sein würde, ein katholisches Zentrumsmitglied durch einen dem Zentrum nahestehenden Protestanten zu ersetzen. Der lutherische Abg. Dr. Bruel wog unter den damaligen Verhältnissen mehr als ein katholisches Zentrumsmitglied auf. Wer ihn an der Arbeit gesehen hat, weiss das. Auch die kulturkämpferischen Regierungskreise wussten das. Darum machten sie ganz ungewöhnliche Anstrengungen, um Dr. Bruel zu beseitigen, und stellten insbesondere — es ist mir das noch vor wenigen Tagen in Osnabrück von Wissenden bestätigt worden — das Eintreten für einen katholischen Zentrumskandidaten in Aussicht, wenn man nur den Lutheraner Bruel fallen lassen wolle. Aber Windthorst, der am besten wusste, was der ebenso scharfsinnige und kenntnisreiche wie tiefreligiöse lutherische Hospitant für das Zentrum wert war, erklärte rundweg, dass er denselben

nicht entbehren könne, und damit war für das Wahlkomitee der Zentrumspartei in Melle-Iburg die Sache abgetan.

Mein Vorschlag hat aber zunächst nur solche Wahlkreise im Auge, wo das Zentrum „vielleicht" allein die Mehrheit erlangen kann, d. h. also Wahlkreise, in welchen die Zentrumspartei an die Mehrheit heranreicht, dieselbe aber bisher nicht oder nur vorübergehend unter ausnahmsweise günstigen Umständen erlangt hat. Solcher Wahlkreise gibt es eine ganze Reihe. Dabei bedarf es keiner weiteren Ausführung, dass nicht *überall* auch nur ein Versuch in der angedeuteten Richtung gemacht werden kann. Hier heisst es: Regionum ratione habita. Schon der Versuch setzt eine besonders gut geschulte Wählerschaft mit einsichtiger und kraftvoller Führung voraus. Es liegt nahe, vorab an Rheinland und Westfalen, an Baden und die Rheinpfalz zu denken. Warum sollte man es beispielsweise nicht im Wahlkreise Duisburg-Mühlheim a. d. Ruhr-Oberhausen-Ruhrort, oder in Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen, oder in Dortmund mit einer Kandidatur, wie sie mir vorschwebt, versuchen? In Dortmund hat man es schon einmal mit Erfolg gemacht.

Mehr Beachtung als das bisher behandelte Bedenken verdient der von zahlreichen Zentrumsblättern erhobene Einwand, es würden sich keine Protestanten finden, welche bereit wären, in der Hauptsache auf den Boden des Zentrumsprogramms sich zu stellen und durch die Zentrumspartei sich wählen zu lassen. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass der frühere Handelsminister Freiherr von Berlepsch, der sozial-politisch dem Zentrum nicht ferne steht, es abgelehnt habe, sich von der Zentrumspartei in einem Saarkreise als Kandidat aufstellen zu lassen. Gewiss, es wird auch hier viel protestantisches Vorurteil zu überwinden sein, aber deswegen soll man auf den Versuch nicht verzichten. Diejenen, welche ihn als gänzlich aussichtslos hinstellen, huldigen doch wohl einem zu weit gehenden Pessimismus, während sie mir Optimismus vorwerfen. Selbst in den erregtesten Zeiten des kirchenpolitischen Konfliktes hat es im preussischen Landtage Männer gegeben, die in keinen näheren Beziehungen zum Zentrum standen, mit denen man aber in manchen Fragen

ein gut Stück Weges zusammengehen konnte. Das waren in den siebenziger und achtziger Jahren nicht nur das kleine Häuflein der Altkonservativen, welche sich der kulturkämpferischen Strömung entgegenstemmten, sondern selbst unter den Nationalliberalen Männer wie Jakobi (Liegnitz) und in späteren Jahren auch Miquel, in der ehemaligen Fortschrittspartei Männer wie Wissmann (Ober-Westerwaldkreis) und Dirichlet und in gewissem Sinne auch Eugen Richter und Dr. Stern (Frankfurt a. Main).

Sollte es da vermessen sein, zu hoffen, dass heute, nach den ernsten Erfahrungen des kirchenpolitischen Konfliktes der 70er Jahre, sich Nichtkatholiken finden werden, welche vom Boden des Zentrumsprogramms aus und in Fühlung mit dem Zentrum — die äussere Form dieser Beziehungen ist dabei nicht entscheidend — einer für Reich und Land verhängnisvollen Entwickelung entgegenzutreten bereit wären, wenn ihnen durch die Zentrumspartei die parlamentarische Möglichkeit dazu geboten würde?

In dieser Auffassung kann mich auch nicht irre machen, dass unter Bezugnahme auf den Artikel in den „Historisch-politischen Blättern" die christlich-soziale Zeitung „Das Reich" erklärt: Die Christlichsozialen vermöchten durch keine Konzession und durch keine Bindung die Wahlhilfe der Zentrumspartei zu erkaufen. Es sei vollends unmöglich, dass sich Christlichsoziale dem Zentrum als Hospitanten anschlössen. Diese Erklärung hat nichts Verwunderliches. Die kleine christlich-soziale Partei steht z. Z. wie alle Parteien mit ausschliesslich oder fast ausschliesslich protestantischen Mitgliedern unter starkem kirchenpolitischem Druck. Für meine Betrachtungsweise kommen auch weniger die *Parteien*, sondern es kommt vor allem die *Einzelpersönlichkeit* in Frage, auf die es überhaupt auch im politischen Leben ankommt.

Wenn aber selbst der Versuch scheitern sollte, nichtkatholische Persönlichkeiten, welche in der Hauptsache auf dem Boden des Zentrums stehen — auch die katholischen Mitglieder des Zentrums sind niemals immer in allen Fragen eines Sinnes gewesen und sind es auch heute nicht — durch Ermöglichung ihrer Wahl in nähere Beziehungen zu dem

Zentrum zu bringen, so wäre das kein Grund, den Versuch zu verwerfen. *Der Versuch an sich* wäre Gewinn, weil er wesentlich dazu beitragen müsste, das protestantische Vorurteil gegenüber der Zentrumspartei zu zerstören oder wenigstens zu vermindern; es könnte aus dem Versuch nur Gutes, nichts Bedenkliches entstehen.

Man hat gegenüber dem Artikel der „Historisch-politischen Blätter" auch wohl gesagt, das Zentrum möge nur ruhig seinen Weg weiter gehen, die einsichtigeren Protestanten würden schon im Laufe nicht ferner Zeit von selbst sich ihm zuwenden. Mag sein, wenn auch in dieser Auffassung ein Optimismus sich verrät, an welchen der mir vorgeworfene nicht heranreicht. Jedenfalls sollte man den Protestanten diese Annäherung erleichtern und alles sorgsam vermeiden, was sie erschweren könnte. Unter der Einwirkung der gründlich verfehlten preussischen Kirchenpolitik der 70er Jahre sind die Katholiken die besser Organisierten und insoweit im öffentlichen Leben Stärkeren; daher steht ihnen ein weitsichtiges Entgegekommen wohl an. Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, so mag auch hier Mohammed zum Berge kommen.

Ganz unverständlich ist, beiläufig gesagt, die Erscheinung, dass ein polnisches Blatt, und zwar ein angeblich gemässigt polnisches Blatt, der „Dziennik Sląski" den Artikel der „Histor.-polit. Blätter" zu einer Polemik gegen das Zentrum benutzen möchte, von dem es im Tone des Vorwurfs sagt, es sei niemals eine rein katholische Partei gewesen und wolle sich nun den Protestanten in noch höherem Masse wie bisher nähern. Das liest sich sehr eigentümlich gerade in den Spalten eines polnischen Blattes. Der „Dziennik Sląski" ist wohl noch zu jung in der polnischen Bewegung, als dass er die Geschichte der polnischen Fraktion ansreichend hätte studieren können. War oder ist denn die polnische Fraktion etwa eine katholische Fraktion? Keineswegs. Die polnische Fraktion war immer eine wesentlich nationale Gruppe, unter schärferer oder weniger scharfer Betonung des Nationalismus, je nach den Zeitverhältnissen und der den Polen gegenüber verfolgten Politik. Sie hat, obwohl die Polen in Posen und

Westpreussen fast ausschliesslich katholischen Bekenntnisses sind, auch protestantische Mitglieder in ihrer Mitte gehabt. Zugleich mit dem damaligen Propste von Wreschen, dem heutigen Erzbischof von Posen-Gnesen, gehörte der polnischen Fraktion der protestantische Kreisgerichtsrat Pilaski als vollberechtigtes Mitglied an. Dabei sei ganz davon abgesehen, dass gerade die polnische Fraktion neben streng gläubigen Katholiken stets auch Mitglieder gezählt hat, welche religiös indifferent oder sogar ausgesprochen freigeistig waren.

Doch zurück zur Zentrumspresse. Die „Engen und Aengstlichen im eigenen Lager", von denen im ersten Artikel der „Histor.-polit. Blätter" die Rede war, sollten sich sagen, dass auch bei dem erwünschten Hinzutritt von mehr protestantischen Mitgliedern zum Zentrum die Gemeinsamkeit der religiösen Ueberzeugung, aus der die Uebereinstimmung der Welt- und Lebensanschauung in den Grundfragen hervorgeht, doch für die katholischen Mitglieder wirksam, auch politisch wirksam bleiben würde. Ausgeschlossen bliebe allerdings dann erst recht eine Betätigung dieser Ueberzeugung im öffentlichen Leben, welche mit dem paritätischen Charakter des deutschen Staatswesens in Widerspruch geraten würde. Kardinalpunkt des Zentrumsprogramms ist heute mehr denn je, dass die Fraktion einzutreten hat für das moralische und materielle Wohl *aller* Volksklassen. Durch die umsichtige und energische Geltendmachung dieses Grundsatzes der sozialen Gerechtigkeit hat die Fraktion im deutschen Reichstage wie im deutschen Volksleben ihre zentrale Stellung erlangt; mit ihm steht und fällt die Fraktion. Und gerade in diesem Kardinalpunkte des Zentrumsprogramms ist nichts, was einen nichtkatholischen Politiker als solchen zurückstossen könnte.

Und so bleibe ich dabei: ein Heraustreten aus dem Zentrumsturme in dem von mir entwickelten Sinne und in den von mir gezogenen Grenzen wäre etwas politisch zu Erstrebendes, ja politisch Notwendiges. Es kommt vor allem darauf an, dass das Zentrum immer und überall das sei, was es ist und sein muss. Alles, was in dieser Richtung getan und unterlassen wird, wird dem Zentrum selbst zugute

kommen; es wird seinen politischen Einfluss verstärken, nicht als einer katholischen, sondern als einer interkonfessionellen, politischen Partei, bei welcher aber die Wahrung der kirchlichen Freiheit, an der die Katholiken sich genügen lassen müssen, zugleich am besten aufgehoben bleibt. Mehr noch aber als dem Zentrum selbst würde der Versuch, das Zentrum auf eine breitere Basis zu stellen, dem *deutschen Volksganzen* zugute kommen, das bei weiterer Verschärfung der konfessionellen Gegensätze je länger desto mehr schweren, unwiederbringlichen Schaden nehmen muss.

Im Uebrigen bin ich mir klar darüber, dass Anregungen dieser Art nicht von heute auf morgen sich durchsetzen. Es genügt mit einstweilen, sie zur Erörterung gestellt zu haben."

Den Ausführungen Julius Bachems in den beiden hier wiedergegebenen Artikeln bin ich dann in einem Artikel unter der Ueberschrift: *„Müssen wir aus dem Turm heraus?"* („Hist.-pol. Bl." Heft 9 v. 1. 5. 06) entgegen getreten. Dieser Artikel hatte folgenden Wortlaut:

„Justizrat Dr. Julius Bachem hat in Heft 5 des laufenden Jahrganges der „Histor.-polit. Blätter" unter der Ueberschrift „Wir müssen aus dem Turm heraus" einen Artikel veröffentlicht, der in der Presse aller politischen Parteien, und nicht zuletzt in der des Zentrums, bedeutendes Aufsehen hervorgerufen hat. Insbesondere in der Zentrumspresse wurden gegen den Kardinalpunkt des Bachem'schen Artikels lebhafte Bedenken geäussert. In einem weiteren Artikel in Heft 7 der „Histor.-polit. Blätter" beschäftigt sich dann der Verfasser mit seinen Kritikern in einem Artikel „Nochmals: Wir müssen aus dem Turm heraus!" Nachdem er darin zunächst die gegnerische Presse abgetan, kommt er auf die Stellungnahme der Zentrumspresse zu seinem Vorschlage zu sprechen. Er schränkt seinen Standpunkt, der ihm so manche Angriffe seitens der Zentrumspresse eingetragen hat, zwar in etwa ein, hält

denselben aber im grossen und ganzen völlig aufrecht. Bessere Gründe für denselben, wie im ersten Artikel bringt er jedoch nicht bei, so dass er damit kaum einen seiner früheren Gegner überzeugen dürfte. Im Gegenteil dürfte die eine oder andere Aeusserung seines letzteren Artikels noch weiteren Anstoss erregen. Ich werde im weiteren darauf zurückkommen.

Die Ausführungen des ersten Artikels zerfallen in zwei Teile. In dem ersteren und ausführlicheren Teile stellt Dr. Julius Bachem gegenüber den bei den meisten Protestanten und vereinzelt auch auf katholischer Seite herrschenden Vorurteilen, als sei das Zentrum eine einseitig katholisch-konfessionelle Partei, den interkonfessionellen Charakter des Zentrums fest. Er beweist denselben durch Anführung von Autoritäten, insbesondere Windthorsts, durch den klaren Willen der Gründer des Zentrums, die keine konfessionelle Partei ins Leben rufen wollten, sowie endlich durch das Programm und die Tätigkeit des Zentrums seit seinem Bestehen. Das Zentrum ist nie eine spezifisch katholisch-konfessionelle Partei gewesen und wollte es nie sein. Wenn dem Zentrum bei seiner Gründung ausschliesslich katholische Mitglieder angehörten, so war das, wie der Verfasser betont, naturgemäss; denn der Kulturkampf galt an erster Stelle der katholischen Kirche, es mussten daher in erster Reihe die Katholiken sich zur Abwehr zusammenschliessen. Soweit stimme ich mit Dr. Julius Bachem völlig überein, und soweit werden seine Ausführungen auch die Zustimmung der gesamten Zentrumspresse und aller führenden Persönlichkeiten des Zentrums finden, haben dieselben sich doch selbst wiederholt bei Gelegenheit in gleichem Sinne ausgesprochen.

Anders ist es mit dem zweiten Teile des Artikels, in dem der Verfasser darlegt, wie dem trotzdem ins-

besondere bei unsern Gegnern herrschenden Vorurteile, das Zentrum sei eine einseitig konfessionell-katholische Partei, abzuhelfen sei. Dr. Julius Bachem stellt zunächst fest, dass das Zentrum neuerdings wieder von verschiedenen Seiten schärfer angegriffen werde als zu irgend einem früheren Zeitpunkt, abgesehen von den schlimmsten Zeiten des kirchenpolitischen Konfliktes, und dass es insbesondere für seine kirchenpolitischen Forderungen so wenig Entgegenkommen finde. Bei diesen Angriffen gegen das Zentrum spiele auch die Bezichtigung, es sei eine konfessionelle Partei, wieder eine Hauptrolle, allerdings teilweise, wie Dr. J. Bachem betont, ohne Zweifel wider besseres Wissen. „In allen Tonarten kehrt immer noch diese Behauptung wieder und — was die Hauptsache ist — sie wird ‚geglaubt'". „Diese Vorstellung beruht, wie gesagt, auf einem Vorurteil, welches in der ganzen Geschichte der Zentrumsfraktion selbst keine Stütze findet. Aber im politischen Leben muss man auch mit Vorurteilen rechnen, besonders muss eine Minderheit damit rechnen". „Hieran mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden, der sein Vaterland liebt, und man kann sich dieser Pflicht auch durch den Hinweis darauf nicht entziehen, dass auf der andern Seite eben ein Vorurteil wirksam ist. Man muss vielmehr alles aufbieten, um dieses schädliche, ja gemeingefährliche Vorurteil zu zerstreuen, selbst unter Uebung weitgehender Selbstverleugnung," In diesem Sinne will der Verfasser die Ueberschrift seines Artikels „Wir müssen aus dem Turm heraus" verstanden wissen.

Gewiss, darin hat Dr. Bachem recht, das von ihm gekennzeichnete Vorurteil besteht, dasselbe ist schädlich, ja gemeingefährlich, und es ist die Pflicht eines jeden, der sein Vaterland liebt, an der Hinwegschaffung dieses Vorurteils mitzuarbeiten, „selbst unter

Uebung weitgehender Selbstverleugnung". Aber, und das ist hier der springende Punkt, diese Selbstverleugnung darf nicht zu weit gehen. Das aber wäre m. E. der Fall — und ich finde mich darin, soweit ich es überblicken konnte, in Uebereinstimmung mit dem grössten Teile der Zentrumspresse — wenn der von Dr. Bachem gemachte Vorschlag zur Hebung dieses Vorurteils in seiner ganzen Ausdehnung in den Kreisen des Zentrums Zustimmung fände. Er schreibt nämlich:

„Je weiter die Kreise sind, in welchen man die Gesamttätigkeit der Zentrumspartei kennen lernt, um so mehr wird das gegen die Zentrumsfraktion noch bestehende Vorurteil schwinden. Eines der Mittel, vielleicht das wirksamste, um diese bessere Erkenntnis in die nichtkatholischen Provinzen und Bezirke zu tragen, kann erst bei den nächsten allgemeinen Wahlen zur Anwendung gebracht werden. Es muss unbedingt mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet sind. Und zwar wird es m. E. gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen kann. Die Engen, die Aengstlichen, diejenigen, welche überall nur den konfessionellen Gesichtspunkt geltend zu machen gewohnt sind, werden wohl auch an dieser Anregung sich stossen, und doch dürfte sie ernste Beachtung verdienen.

Von solchen Kandidaten darf man kirchenpolitisch nichts anderes verlangen, als dass sie jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des katholischen Volksteils rückhaltlos anerkennen; im Uebrigen muss namentlich ihre sozialpolitische Stellung entscheidend sein! Es gibt solche Männer unter den Evangelischen, und es wird ihrer mehr geben, sobald

ihnen Gelegenheit geboten wird, im öffentlichen Leben sich zu betätigen. Man denke nur an die evangelischen Christlich-Sozialen. Gegenwärtig ist es ihnen noch fast unmöglich, zu einem Mandat zu gelangen, weil auch sie mit allerhand Vorurteilen zu kämpfen haben. Aber es würde ein grosser Gewinn für unser öffentliches Leben sein, wenn die Tüchtigsten aus diesen Reihen in die Lage kämen, von der Tribüne des Parlaments für ihre Jdeen Propaganda zu machen".

Zweifellos liegt in diesen Ausführungen ein richtiger Kern. Dem Charakter des Zentrums als einer interkonfessionellen Partei entspricht es, dass ihm auch Abgeordnete verschiedener Konfessionen, also nicht nur Katholiken, sondern auch Protestanten angehören. Notwendige Voraussetzung hiefür ist aber, dass sich auch solche Protestanten finden, die geeignet und gewillt sind, ein Zentrumsmandat anzunehmen, die bereit sind, sich vollkommen auf den Boden des Zentrumsprogramms zu stellen und dasselbe in allen Punkten zu vertreten. Solche geeignete Männer unter den Protestanten zu finden, dürfte aber recht schwer fallen, und selbst wenn sich solche Männer fänden, so dürften sie kaum die Lust haben, sich den aus der Uebernahme eines Zentrumsmandats entspringenden gehässigen Angriffen der protestantischen Zionswächter, insbesondere seitens des Evangelischen Bundes, auszusetzen. Man will auf jener Seite überhaupt nichts von uns wissen. „Wenn Herr Dr. Bachem", schreibt die „Augsburger Postzeitung" (Nr. 66 v. 23. März), „mit Engelszungen reden würde — er findet auf protestantischer Seite keine oder doch nur wenige Zustimmung. Wenn wir aus dem Zentrumsturm herausgehen, wie Herr Bachem meint, was wir ja schon lange und oft versucht haben, so finden wir ausserhalb niemand, der uns entgegenkommt. Die wenigen Ausnahmen bestätigen nur die Regel".

Ebenso wie wir bereit sind und bereit müssen, in solchen Wahlkreisen, wo dies angängig erscheint, protestantische Zentrumsabgeordnete zu wählen, werden wir naturgemäss auch in anderen Wahlkreisen, wo die Wahl eigener Zentrumsabgeordneter, gleichgültig welchen Bekenntnisses, unmöglich ist, darnach trachten müssen, solche Abgeordnete nichtkatholischen Bekenntnisses zu wählen, welche „gute Fühlung mit dem Zentrum zu unterhalten willens und geeignet sind". Aber das haben wir ja auch bisher schon stets getan, leider mit nur geringem, um nicht zu sagen mit gar keinem Erfolge. War dies schon in der Vergangenheit der Fall, so dürften wir für die Zukunft in der Beziehung noch viel schlechtere Aussichten haben. Ist doch die konfessionelle Abneigung bei den Protestanten gegen alles, was katholisch ist, heute dank der masslosen konfessionellen Verhetzung des Evangelischen Bundes stärker wie je zuvor. Ist es doch vielfach bereits so weit, dass schon allein die Tatsache, dass Katholiken für einen Protestanten eintreten — und zwar ohne jedwede ihrerseits aufgestellte Bedingung bezüglich der Haltung dieses protestantischen Kandidaten — genügt, dessen Wahl zu vereiteln. Mit Recht verweist die „Augsbg. Postztg." in dem erwähnten Artikel auf die vorjährigen bayerischen Landtagswahlen, speziell auf die Vorgänge in den Wahlkreisen Neustadt-Dürkheim und Homburg-Kusel in der Pfalz. „Stimmen aus Zentrumskreisen hatten dort verlauten lassen, dass die Katholiken geneigt wären, für die Kandidatur des protestantischen Pfarrers Schowalter in Jettenbach einzutreten. Schon dieses Gerücht war hinreichend, den protestantischen Pfarrer bei den protestantischen Wahlmännern unmöglich zu machen. Die protestantischen Landbündler wählten in Homburg-Kusel lieber einen liberalen Beamten, als dass sie durch die dortige Wahl

eines Zentrumslandwirtes dann vom Zentrum in Neustadt-Dürkheim sich einen protestantischen Landwirt geben liessen. So ist Neustadt-Dürkheim noch heute unvertreten. Und solcher Beispiele haben wir noch mehr erlebt".

Charakteristisch ist in der Beziehung auch eine Rede des Miteigentümers der Münchener „Allgemeinen Zeitung", Dr. Bürklin, die derselbe am 22. Jan. 1905 in Neustadt a. d. H. hielt. Damals äusserte dieser nach der „Speyerer Zeitung" (Nr. 20. 1905) u. a.:

„Dass sich aber ein Protestant an seinem Gewissen so versündigen könnte, dass er sich zu dem ärgsten Feinde seiner Kirche, dass er sich zu dem hielte, der ihn bis über den Tod hinaus verfolgt — man sehe Fameck — das ist mir rein undenkbar und unerklärlich. Seine Voreltern würden sich im Grabe herumdrehen ob einer solchen Verräterei und seinen Kindern gegenüber würde er, der vielleicht irrtümlich meint, dadurch einen höheren Zollsatz zu erringen, ein Beispiel von Charakterlosigkeit geben, das durch viele, viele Silberlinge nicht wieder auszugleichen wäre. So schlechte Protestanten gibt es in der Pfalz nicht."

Das ist doch klar genug.

Das hier von mir in Uebereinstimmung mit einem grossen Teile der Zentrumspresse geäusserte Bedenken sucht Dr. Bachem in seinem zweiten Artikel damit hinwegzuräumen, dass er meint, es entspringe „einem zu weitgehenden Pessimismus." Selbst in den erregtesten Zeiten des kirchenpolitischen Konfliktes habe es im preussischen Landtage Männer gegeben, die in keinen näheren Beziehungen zum Zentrum standen, mit denen man aber in manchen Fragen ein gut Stück Weges zusammengehen konnte. Er nennt in der Beziehung Jakobi, Miquel, Wissmann, Dirichlet, Eugen Richter und Dr. Stern. Das ist ganz richtig, solche Männer hat es gegeben, es gibt deren auch heute noch und

es wird deren sicher auch in Zukunft geben. Das Programm des Zentrums ist eben so umfassend, dass es „in manchen Fragen" sich mit den gleichen oder ähnlichen Forderungen anderer Parteien deckt. Finden sich doch selbst unter den Sozialdemokraten, der dem Zentrum heterogensten Partei, Männer, mit denen man „in manchen Fragen" ein gut Stück Weges zusammengehen kann. Dafür sind sie dann aber auch in anderen Fragen um so schärfere Gegner. Im übrigen ist es doch ein himmelweiter Unterschied, ob jemand bereit ist, „in der Hauptsache auf den Boden des Centrumsprogramms sich zu stellen und durch die Centrumspartei sich wählen zu lassen", oder ob er nur ohne irgendwelche nähere Beziehungen zum Centrum mit diesem „in manchen Fragen ein gut Stück Weges zusammengehen" will. Und was betrachtet Dr. J. B. denn als die Hauptsache des Centrumsprogramms? Aus seinen Ausführungen entnehme ich, dass er als solche die sozialpolitischen Forderungen des Centrums ansieht, ich halte demgegenüber die *kirchenpolitischen* Forderungen als die Hauptsache, neben denen allerdings auch das übrige Programm des Centrums keineswegs vernachlässigt werden darf. Seinem kirchenpolitischen Programm vor allem, das das Fundament bei seiner Gründung war, verdankt das Centrum sein stetes Wachstum, und es ist sein festestes Ferment. Protestanten aber, die bereit wären, sich in kirchenpolitischer Hinsicht vollkommen auf den Boden der Centrumspartei zu stellen, werden sich gegenwärtig nur schwer finden. Männer, wie der von Dr. J. Bachem angeführte lutherische Abg. Bruel sind heutzutage überaus selten. Aber selbst wenn sich solche Männer in genügender Anzahl finden würden, so wäre doch ausser den Katholiken niemand da, der sie wählen würde. „So schlechte Protestanten gibt es nicht," wie Dr. Bürklin sagte.

Und noch eins. In seiner Sorge um die Wahrung des interkonfessionellen Charakters der Centrumspartei geht Dr. Julius Bachem in seinem zweiten Artikel entschieden zu weit, so weit, dass Katholiken m. E. ihm darin unmöglich folgen können. Man muss bedenken, dass das Centrum überhaupt die einzige Partei ist, die sich die Vertretung der kirchenpolitischen Wünsche der Katholiken zur Aufgabe gemacht und bisher nach besten Kräften hat angelegen sein lassen. Ohne das Centrum bestände der Kulturkampf heutzutage höchst wahrscheinlich noch in seiner alten Schärfe, ohne dasselbe hätten wir den „aditus ad pacem" noch längst nicht erreicht. Auf das Centrum allein sind die Katholiken auch zur Verwirklichung ihrer übrigen Wünsche in allen kirchenpolitischen Fragen und dem, was damit zusammenhängt, angewiesen. Da können die Katholiken, die das Centrum doch fast ausschliesslich allein geschaffen haben, von dieser ihrer einzigen politischen Vertretung auch erwarten, dass es sich auch in Zukunft aller ihrer kirchenpolitischen Wünsche annimmt und deren Durchführung energisch betreibt. Damit harmoniert aber keineswegs das von Dr. J. Bachem in seinem zweiten Artikel gestellte Verlangen, die Katholiken müssten sich, „die Wahrung der kirchlichen Freiheit" „genügen lassen". Ja warum denn in aller Welt sollen wir uns denn an der Wahrung der kirchlichen Freiheit genügen lassen? Warum sollen wir denn auf einmal so bescheiden sein? Unsere protestantischen Mitbürger tun das doch auch nicht, und sie würden uns schön auslachen, wenn wir mit einem solchen Ansinnen an sie herantreten würden. Die Wahrung der kirchlichen Freiheit allein genügt uns keineswegs. Wir verlangen mehr. Wir sind nicht zufrieden damit, privatim nach den Gesetzen unserer Kirche leben, unsere religiöse Überzeugung betätigen,

für unsere katholische Weltanschauung Propaganda machen zu dürfen, sondern wir verlangen, und es ist unser Bestreben, dass unsere katholische Weltanschauung das gesamte öffentliche Leben wie ein Sauerteig durchdringe. Wir verlangen und erstreben die Betätigung und Durchführung der katholischen Weltanschauung, an deren endlichen Sieg wir glauben und glauben müssen, wenn anders wir von der Wahrheit und Unüberwindlichkeit unserer hl. Kirche überzeugt sind, im gesamten Leben unseres Staatswesens. Auch in der Politik muss dieselbe zur Anerkennung und Geltung gelangen. Seitens des Staates muss dieselbe sich insbesondere in der Gesetzgebung betätigen — insoweit kein Gesetz derselben widerstreiten darf — sowie in der völlig paritätischen Behandlung der Katholiken mit den Angehörigen anderer Konfessionen. Von diesen Forderungen darf das Centrum auch kein Jota nachlassen. Das müssen die Katholiken von ihm verlangen, umsomehr, als das Centrum ja, wie betont, die einzige Partei ist, die sich die Durchführung der Wünsche der Katholiken im öffentlichen Leben zur Aufgabe gemacht hat, und als es gerade die Katholiken waren, die sich das Centrum als ihre politische Partei geschaffen haben, als eine Partei, die vor allem ihren Interessen dienen soll, selbstverständlich ohne den Rechten der Angehörigen anderer Konfessionen auch nur im geringsten nahezutreten. Sollte die Centrumspartei, was aber als ausgeschlossen gelten muss, sich in Zukunft dieser ihrer Aufgabe nicht mehr unterziehen wollen, so wäre sie damit nicht mehr existenzberechtigt und die Katholiken müssten sich eine andere Vertretung schaffen, denn sie sind nicht der Partei wegen da, sondern die Partei ist in erster Reihe ihretwegen da.

Damit lässt sich auch der interkonfessionelle Charakter der Zentrumspartei vollkommen aufrecht erhalten,

denn ihr gesamtes Programm enthält nichts, was nicht auch jeder gläubige Protestant ruhig unterschreiben könnte. Auch die von mir verlangte Betätigung der katholischen Weltanschauung im öffentlichen Leben unseres Staatswesens, insbesondere in der Gesetzgebung und in der paritätischen Behandlung aller Staatsbürger, widerspricht dem nicht. Diese katholische Weltanschauung ist eben in ihren Grundzügen identisch mit der allen gläubigen Christen gemeinsamen christlichen Weltanschauung. Daher könnte das Zentrum neben Katholiken ebenso gläubige Protestanten zu seinen Mitgliedern zählen. Es ist eben keine kirchliche, sondern eine politisch-christliche Partei. Dass das Zentrum sich „bei dem erwünschten Hinzutritt von mehr protestantischen Mitgliedern" ändern würde, ist ausgeschlossen. Ich verstehe nur nicht, weshalb Dr. J. Bachem sagt, „Ausgeschlossen bliebe allerdings dann erst recht eine Betätigung dieser (katholischen) Ueberzeugung im öffentlichen Leben, welche mit dem paritätischen Charakter des deutschen Staatswesens in Widerspruch geraten würde". Das klingt doch gerade so, als ob dies bisher nicht immer der Fall gewesen wäre. Wie Dr. Julius Bachem dem Zentrum einen solchen versteckten Vorwurf machen kann, ist mir unerklärlich. Derselbe widerspricht erstens durchaus der Wirklichkeit der Tatsachen, und dann meine ich, sollten wir uns doch selbst hüten, dem Zentrum derartige Vorwürfe in konfessioneller Hinsicht zu machen, umsomehr, als unsere Gegner in der Beziehung gerade genug tun.

Doch kehren wir zu dem ersten Artikel Dr. Bachems zurück. Er verlangt in demselben nicht nur, dass das Zentrum im allgemeinen für protestantische Kandidaten eintrete, die „gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet sind", sondern er hält es sogar für gute Politik", dies

selbst „in einer Anzahl von Wahlkreisen" zu tun, „wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen kann". Ich gehöre nun keineswegs zu den „Engen" und „Aengstlichen", welche überall nur die konfessionellen Gesichtspunkte geltend zu machen gewohnt sind, und von denen Dr. J. Bachem daher meint, dass sie sich deshalb an dieser Anregung stossen würden, aber ich halte dennoch diesen Vorschlag als geradezu verderblich. Das hiesse nicht mehr aus dem Zentrumsturm herausgehen, das hiesse selbst Hand an die Zerstörung dieses Turmes legen, feste Quadern aus diesem Turme herausbrechen und ihn aus Rücksicht auf die Feinde des Turmes, die ihn unaufhörlich berennen, selbst schwächen. Was ist denn der Zentrumsturm anders als die Zentrumsfraktion, die sich das katholische Volk in Jahrzehnte langer, mühevoller Arbeit geschaffen hat. Die einzelnen Quadern desselben sind die einzelnen Mandate. Je mehr Zentrumsabgeordnete wir haben, je höher ist der Turm, je stolzer steht er da. Und da sollten wir aus Opportunitätsrücksichten selbst Hand an der Zerbröckelung dieses Turmes anlegen, selbst wieder die Steine herunterholen, die wir in mühevoller Arbeit aufgeschichtet haben? Das kann doch unmöglich ernstlich gemeint sein. Im Gegenteil, wir müssen, wie bisher, eifrig streben und arbeiten, immer neue Quadern auf den Zentrumsturm durch Erringung neuer Mandate zu setzen, ihn immer weiter auszubauen. Wo immer es möglich ist, einen Zentrumsabgeordneten zu wählen, da darf nicht geruht und gerastet werden, bis das Ziel erreicht ist. Es ist uns nicht so notwendig, aus dem Turm herauszukommen, als vielmehr an dem Turme weiterzubauen. In einer Kritik des Bachemschen Vorschlages hatte die „Germania", die denselben ebenfalls durchaus ablehnt, u. a. bemerkt:

„Eine so eigenartige Zumutung, wie hier, ist wohl noch niemals von einer Partei ihren Anhängern gemacht worden: die Zentrumswähler sollen dort, wo sie einen Zentrumsmann haben können, jemand wählen, der nur mit dem einen Fusse auf dem Boden ihres Programms, mit dem anderen aber in einem anderen Lager steht! Das würde verwirrend auf die Wähler und zersetzend auf die Partei wirken".

Dazu schreibt Dr. J. Bachem in seinem zweiten Artikel:

„Der Verfasser dieser Polemik hat wohl den Satz, gegen den er sich wendet, nicht genau gelesen. Es ist darin gar nicht gesagt, dass die Zentrumspartei irgend ein sicheres Mandat aufgeben solle, um geeigneten protestantischen Kandidaten zur Wahl zu verhelfen, obwohl auch das meines Erachtens unter Umständen gute Politik wäre. Es sind sehr wohl Fälle denkbar, in denen es rätlich sein würde, ein katholisches Zentrumsmitglied durch einen dem Zentrum nahestehenden Protestanten zu ersetzen".

Er exemplifiziert dann auf den ehemaligen Zentrumsabgeordneten Dr. Bruel, der „unter den damaligen Verhältnissen mehr als ein katholisches Zentrumsmitglied" aufgewogen habe. Das letztere ist ganz richtig. Aber abgesehen davon, dass Dr. Bruel nicht etwa nur „gute Fühlung" mit dem Zentrum genommen, sondern sich völlig auf den Boden des Zentrumsprogramms gestellt hatte, bildete er auch nur eine Ausnahme, die im allgemeinen die entgegengesetzte Regel bestätigt. Ich will auch nicht bestreiten, dass Fälle „denkbar" sind, in denen es rätlich sein würde, „ein katholisches Zentrumsmitglied durch einen dem Zentrum nahestehenden Protestanten zu ersetzen" und das dies „unter Umständen" gute Politik wäre. Aber diese „denkbaren Fälle" und diese „Umstände" sind etwas so Unwahrscheinliches, dass sie die Ausgabe der Parole „Wir müssen aus dem Turm heraus" nicht im geringsten rechtfertigen.

Dr. Julius Bachem hatte es in seinem ersten Artikel für gute Politik erklärt, die von ihm empfohlene Wahl von protestantischen Nicht-Zentrumsabgeordneten „in einer Anzahl von Wahlkreisen" vorzunehmen, „wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen" könne. In seinem zweiten Artikel interpretiert er das Wort „vielleicht" dahin, dass er zunächst nur solche Wahlkreise im Auge gehabt habe, „in welchen die Zentrumspartei an die Mehrheit heranreicht, dieselbe aber bisher nicht oder nur vorübergehend unter ausnahmsweise günstigen Umständen erlangt hat". Solcher Wahlkreise gebe es eine ganze Reihe. Dabei bedürfe es keiner weiteren Ausführung, dass nicht überall auch nur ein Versuch in der angedeuteten Richtung gemacht werden könne. Hier heisse es: Regionum ratione habita. Schon der Versuch setze eine besonders gut geschulte Wählerschaft mit einsichtiger und kraftvoller Führung voraus. Das kommt im grossen und ganzen wieder auf dasselbe hinaus, wie oben, dass nämlich Fälle denkbar sind, in denen „unter Umständen" nach dem Bachem'schen Rezept gehandelt werden könne. Das ist richtig, in solchen Fällen ist auch bisher schon, wie Dr. Jul. Bachem selbst bezüglich Dortmunds anführt, entsprechend vorgegangen worden. Aber es handelt sich hier um solch' seltene Ausnahmen, dass sie die allgemeine Wahltaktik der Centrumspartei völlig unberührt lassen.

Wollte man diese Ausnahmefälle in der von Dr. Julius Bachem gewollten Weise verallgemeinern und „in einer Anzahl von Wahlkreisen," „wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen kann", ja diese sogar wohl schon „vorübergehend" erlangt hatte, an Stelle von Centrumsabgeordneten Leute aufstellen, die nur „gute Fühlung" mit dem Centrum nehmen wollen, so würde damit nur Verwirrung in die Centrums-

wählerschaft hineingetragen werden. Unser katholisches Volk, das doch fast allein diese Wählerschaft ausmacht, würde es nicht begreifen, wie man ihm auf einmal diesen politischen Selbstmord zutrauen könnte, nachdem man ihm seit dem Bestehen des Centrums immer wieder und wieder, in Wort und Schrift, mit allen nur zur Verfügung stehenden Mitteln dargelegt hat, dass es allein im Centrum und in keiner andern Partei die wirksamste Vertretug aller seiner Interessen, sowohl der religiösen wie der politischen und sozialen, finden könne. Man würde es direkt an der Partei und seinen Führern irre machen, und die notwendigen Folgen wären Spaltungen und Niederlagen. Dass ein nicht der Centrumspartei angehörender Kandidat, mag er im übrigen dem Centrum noch so nahe stehen, nicht dieselbe Zugkraft auf die Centrumswählerschaft ausüben würde, wie ein wirklicher, echter Centrumskandidat, ist selbstverständlich. Das hat sich auch bisher bei allen Wahlen stets gezeigt. Niemals wird für einen fremden Kandidaten eine solche Begeisterung, ein solcher Wahleifer bis auf den letzten Mann herrschen, wie für einen eigenen. Aber was noch schlimmer ist, das Volk würde wahrscheinlich überhaupt nur teilweise der ausgegebenen Parole folgen, der übrige Teil würde ohne Zweifel die Heeresfolge versagen und für einen eigenen selbstgewählten Centrumskandidaten auftreten. Damit wäre den Gegnern das ergötzliche Schauspiel einer Spaltung im Centrum selbst gegeben. Mag die Parteiorganisation auch noch so gut und die Parteidisziplin auch noch so straff sein — in manchen Wahlkreisen lässt sie noch recht viel zu wünschen übrig — so gibt es doch auch hier eine Grenze, die nicht überschritten werden kann. Und diese Grenze ist dort erreicht, wo die ausgegebene Parteiparole sich mit den Anschauungen der Allgemeinheit oder

eines grossen Teiles in Widerspruch setzt. Auch dafür bietet die Parteigeschichte zahlreiche Belege. Ich brauche nur an Oberschlesien zu erinnern, wo es in Centrumswahlkreisen wiederholt zu Gegenkandidaturen gegen den offiziellen Kandidaten — und zwar handelte es sich hier sogar noch um Centrumskandidaten — kam, weil dessen nationale Haltung zu einem Teile der Centrumswählerschaft in Gegensatz stand. Was würden wir da erst erleben bei solchen Kandidaten, die sich *nicht* zur Centrumspartei bekennen!

Und dann noch eins. Ich habe schon vorher darauf verwiesen, mit welchen Augen unsere Gegner vielfach einen Kandidaten betrachten, der absolut nichts mit dem Zentrum zu tun hat, der vielmehr nur vom Zentrum empfohlen wird. Wie würde es daher erst einem Kandidaten ergehen, der offiziell von Zentrum aufgestellt würde, und der sich zudem verpflichtet hätte, in der von Dr. Julius Bachem skizzierten Weise mit dem Zentrum „gute Fühlung" zu halten? Um dessen Reputation wäre es bei den Gegnern von vornherein geschehen. Jeder andere Kandidat würde dort mehr Aussicht auf Erfolg haben. Und da auch das Zentrum nicht geschlossen für ihn einträte, wäre seine Niederlage von vornherein besiegelt.

Im Zentrumslager selbst aber entstände, wie bereits erwähnt, die grösste Verwirrung. Zu Beginn seines ersten Artikels betont Dr. Julius Bachem, wie das Zentrum, das die verschiedensten Kreise und Stände mit den sich oft schroff gegenüberstehenden Interessengegensätzen in sich vereinigt, es stets verstanden hat, einen Ausgleich der sich widerstrebenden Interessen herbeizuführen und die Geschlossenheit zu bewahren oder nach vorübergehender Krise wieder herzustellen. Das ist richtig, und das liegt vor allem an der vom Zentrum stets betriebenen Politik der Mitte und an

der ausgleichenden Gerechtigkeit, von der es sich stets bei seiner Politik hat leiten lassen. Aber dass die Massen des Zentrums mit dieser Politik der Mitte, mit dieser Politik der ausgleichenden Gerechtigkeit einverstanden waren, dass sie trotz Kollidierung ihrer Interessen mit der Zentrumspolitik dem Zentrum ihre Treue bewahrten und unentwegt zur Fahne des Zentrums hielten, das hatte seinen Grund in der christlichen, in der katholischen Weltanschauung, in der das ganze Zentrum wurzelt. Auf dem Boden dieser gemeinschaftlichen Weltanschauung fanden sich die divergierenden Elemente immer wieder. Sie blieb das gemeinsame, einigende, unzerreissbare Band. Gewiss ist das Zentrum theoretisch nach seiner Gründung und ganzen Geschichte eine interkonfessionelle Partei, der jeder Protestant, ohne ein Tüttelchen seiner Ueberzeugung zu opfern, beitreten könnte, aber praktisch ist es fast ausschliesslich eine katholische Partei, eine Vertretung des katholischen Volkes. Man mag das, wie auch Dr. Julius Bachem es tut, bedauern — und ich bedauere es auch —, aber das tut der Tatsache keinen Abbruch, dass es nun einmal so ist, und aller Voraussicht nach auch noch recht lange bleiben wird. Mit dieser nackten Wirklichkeit muss nun einmal jeder Politiker rechnen. Gewiss ist die Zentrumsfraktion nicht ausschliesslich im Interesse des Katholizismus geschaffen, aber doch hauptsächlich. Man kann ganz ruhig sagen, dass wir ohne den Kulturkampf heute keine so machtvolle Zentrumspartei hätten, und dass die Gegner des Zentrums kein wirkungsvolleres Mittel zu seiner Zerbröckelung finden könnten als die Erfüllung aller seiner kirchenpolitischen Wünsche und eine völlig paritätische Behandlung der Katholiken mit den Angehörigen der übrigen Konfessionen. Allerdings hat es bis dahin noch gute Zeit.

Ist nun aber die christliche, die katholische Weltanschauung der Boden, auf dem die ganze Zentrumspartei ruht, so ergibt sich von selbst, dass auch bei den Wahlen auf diesen Boden Rücksicht genommen werden muss. Es muss daher auch von den aufzustellenden Kandidaten gefordert werden, dass sie entweder selbst völlig auf diesem Boden stehen, oder dass sie doch in allen hierhin gehörigen Fragen Hand in Hand mit dem übrigen Zentrum gehen. Sie müssen nicht nur in sozialpolitischer, sondern auch in kirchenpolitischer Hinsicht — wie in allen Fragen — völlig auf dem Boden des Zentrumsprogramms stehen und dies auch äusserlich durch Beitritt zur Zentrumsfraktion dartun, sie müssen, mit einem Worte gesagt, Zentrumsabgeordnete sein.

Der ganze Vorschlag Dr. Julius Bachems scheint mir überhaupt einer etwas zu weitgehenden Rücksichtnahme auf unsere Gegner entsprungen zu sein. Gewiss soll man auch auf den Gegner und seine Vorurteile Rücksicht nehmen. Aber diese Rücksicht darf doch nicht zu weit getrieben werden, man darf nicht selbst darunter leiden. Auch im politischen Leben gilt der Grundsatz, dass jeder sich selbst der Nächste ist, und dass das Hemd einem näher liegt wie der Rock. Die ganze Zentrumspresse klagt immer in Uebereinstimmung mit unseren Abgeordneten in den Parlamenten, dass die Katholiken überall hintangesetzt würden, und da sollten wir Katholiken dort, wo wir es in der Hand haben, Katholiken als unsere Vertreter ins Parlament zu entsenden, „in einer Anzahl von Wahlkreisen" Protestanten wählen, die zudem nicht einmal vollkommen auf dem Boden unseres bewährten Zentrumsprogramms stehen? Das wäre doch noch mehr wie inkonsequent. Auch der Versuch unserer Gegner, das Zentrum als eine konfessionelle Partei hinzustellen,

darf uns dazu nicht verleiten, umsomehr als Dr. Julius Bachem ja selbst zugibt, dass dies „teilweise ohne Zweifel wider besseres Wissen" geschieht. Durch die von Dr. Julius Bachem empfohlene Taktik würden wir auch kaum den Gegnern eine andere Meinung beibringen. Mit Recht bemerkt in der Beziehung die „St. Joh.-Saarb. Volksztg.":

„Wir haben im allgemeinen von der Möglichkeit einer Besserung der Ansichten unserer Gegner über das Centrum eine herzlich schlechte Meinung. Die unbefangenen werden auch heute schon unserer durch die Geschichte der Partei bestätigten Versicherung glauben, dass wir keine ausschliesslich katholische Partei sind, die übrigen aber — und das wird die weitaus überwiegende Mehrheit sein, werden sich auch durch unsere Wahl nichtkatholischer Abgeordneter, „die gewillt und geneigt sind, gute Fühlung mit dem Centrum zu halten", nicht von dem Gegenteil überzeugen lassen. Darüber brauchen wir uns gar keinen Illusionen hinzugeben. Was man an uns bekämpft, ist nicht das religiöse Bekenntnis des einzelnen Abgeordneten oder deren Gesamtheit — auch andere Fraktionen zählen Katholiken zu ihren Mitgliedern — sondern das vom Centrum aufgestellte und vertretene Programm. Dieses Programm, insbesondere soweit es die freie und ungehemmte Ausübung der Religion, speziel der katholischen, verlangt, wird von unsern Gegnern bekämpft und wird von ihnen stets bekämpft werden. Es ist eben der Kampf der Weltanschauungen, der uns von unsern verschiedenen Gegnern trennt. Wir mögen unsern Gegnern noch so weit entgegenkommen und ihnen noch so viele Konzessionen machen; an der Grundanschauung uns gegenüber werden wir wenig ändern. Man nimmt Rücksicht auf uns, weil wir stark sind; man wird aber auch in Zukunft nur Rücksicht auf

uns nehmen, solange wir stark sind. Jedes Entgegenkommen unsererseits in der von Julius Bachem angedeuteten Weise wird man nur als eine Schwäche unserseits auffassen, als eine Schwäche, die weniger Rücksichtnahme wie bisher erfordert."

Die ablehnende Stellungnahme der „Germania" zu dem Bachem'schen Vorschlage habe ich schon kurz erwähnt. Aehnlich äussert sich der Centrumsabgeordnete Dr. Jäger in dem letzten Märzheft der „Allgem. Rundschau" in einem Artikel: „Heraus aus dem sechszehnten Jahrhundert":

„Würde man den Bachem'schen Vorschlag in breiterem Masse befolgen, so könnten Missgriffe und Enttäuschungen nicht ausbleiben. Der Zustand, der in vielen Gegenden Deutschlands nach Niederwerfung der Aufstände von 1849 herrschte, dass die konservativen Männer beider Konfessionen sich bei den Wahlen vereinigten, wobei die Katholiken die übergrosse Zahl der Wähler, die Protestanten aber zumeist die Abgeordneten stellten, dieser Zustand darf denn doch als Endergebnis der Zentrumsbewegung nicht eintreten. Auch würde die Bachem'sche Taktik uns nichts helfen. Wer guten Willens ist, weiss jetzt schon, dass das Zentrum keine konfessionelle Partei ist. Das Wort „katholisch" kommt im Programm des Zentrums überhaupt gar nicht vor. Wer aber nicht guten Willens ist, der wird auch durch die Bachem'sche Taktik nicht bekehrt werden."

Den Christlich-Sozialen, zu deren Gunsten hauptsächlich Dr. Julius Bachem seinen Vorschlag gemacht hat, damit sie „in die Lage kämen, von der Tribüne des Parlaments für ihre Ideen Propaganda zu machen", bleibt übrigens für diese Propaganda genug Gelegenheit durch die Presse, durch Flugschriften und durch öffentliche Versammlungen; und von dieser Gelegenheit machen sie ja auch reichlichen Gebrauch. Man kann sich ja ganz gut im öffentlichen Leben betätigen,

ohne gerade über das eine oder andere Mandat zu verfügen. Und schliesslich muss man bedenken, dass die Ideen der Christlich-Sozialen denen des Zentrums doch vielfach gerade entgegengesetzt sind, so dass wir gar keinen Anlass haben, denselben zu einer weitgehenden Verbreitung zu verhelfen. Im übrigen haben ja auch die Christlich-Sozialen in ihrer Zeitung „Das Reich" den Bachem'schen Vorschlag glatt abgelehnt. Wenn Dr. Julius Bachem sich darüber in seinem Artikel damit tröstet, dass für seine Betrachtungsweise mehr die Einzelpersönlichkeit in Frage komme, so ist dieser Trost recht schwach angesichts des Umstandes, dass es z. Z. auch noch an solchen Einzelpersönlichkeiten fehlt.

Zur Kennzeichnung der Stellungnahme unserer Gegner, wenigstens eines grossen Teiles derselben zu dem Bachem'schen Vorschlage sei ein Zitat aus einem von mehreren liberalen Blättern abgedruckten Artikel „Eine Mauserung des Zentrums" mitgeteilt. Es heisst daselbst:

„Man merkt die Absicht. Und die Betrachtung, trotz ihrer mannigfachen Ketzereien, wird kaum sonderlichen Eindruck machen, wenigstens nicht ausserhalb der Kreise, die auch ohne solche neue Maskierung kein Bedenken tragen, dem Zentrum Heeresfolge zu leisten. Das Zentrum will der führende Mittelpunkt eines antiliberalen Blocks werden, und die, die in dem Liberalismus „den Feind" sehen, sollen ihm zu willen sein, wie es ja zum grossen Teil schon jetzt der Fall ist. Die Erklärung, die das Hauptparteiblatt des Zentrums veröffentlicht, soll die Haltung für die Zukunft noch erleichtern. Man verlangt ja freilich nicht viel Entgelt für die Unterstützung durch das Zentrum. „Jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben", das scheint die einzige Bedingung zu sein. Wer sollte sie nicht erfüllen wollen? Aber die Definition des Begriffs „Beschränkung kirchlicher Freiheit" stellt natürlich das Zentrum zur Ver-

fügung. Toleranzantrag, Jesuiten, Syllabus; was vor dieser Dreiheit nicht bestehen kann, ist selbstverständlich Feind der Freiheit, die das Zentrum meint.

Wer nicht getäuscht sein will, wird sich auch von der neuesten Phraseologie des Zentrumsmannes nicht täuschen lassen. Will man den Glauben, dass das Zentrum eine konfessionelle Partei sei, wirksam beseitigen, so führe man die Anregungen Bachems (es ist übrigens nicht der Reichstagsabgeordnete) durch und hebe zunächst einmal die katholischen Berufsvereine auf, die katholischen kaufmännischen, Gesellen-, studentischen Vereine usw. Bis dahin wird man sich den schönen Worten Bachems gegenüber an die tatsächlichen Verhältnisse halten usw."

Nach all dem werden wir wohl am besten tun, in unserm Zentrumsturm zu bleiben und, statt Konzessionspolitik zu treiben, denselben nach Kräften weiter auszubauen."

Der hier erwähnte Artikel des Abg. Jäger in der „Allg. Rundschau" (Nr. 13 v. 31. 3. 06.) führte aus:

„Unter dem Titel „*Heraus aus dem festen Turm*" hat Justizrat *Dr. Julius Bachem* in Köln in den „Historisch-politischen Blättern" einen Artikel veröffentlicht, der den Wunsch ausspricht, die Zentrumspartei möge in sicheren Wahlkreisen geeignete *Protestanten* zu Abgeordneten wählen, um den Einwand zu beseitigen, als ob das Zentrum eine konfessionell-*katholische* Partei sei. In Wirklichkeit ist das Zentrum eine *christliche Volkspartei* und hat sich zur Aufgabe gestellt, die christliche Weltanschauung nach den verschiedenen Richtungen hin auszugestalten, sowohl im Leben des einzelnen als auch in der Familie, ferner im öffentlichen Leben auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung der Jugend, auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, der Sozialpolitik und auch der eigentlichen Politik. Infolgedessen haben auch immer gläubige Protestanten, die einen weitschauenden Blick haben und unberührt blieben von überkommenen Vorurteilen, dem Zentrum angehört, für dasselbe gestimmt

und in seinen Reihen als Abgeordnete mitgewirkt. Das katholische Volk hat nie daran Anstand genommen und war auch stets bereit, bei passender Gelegenheit Protestanten die Stimme zu geben. Herr Julius Bachem will nun dieses Verhalten des katholischen Volkes verbreitern. Dagegen wurden in der Presse schon Bedenken erhoben und diese Bedenken sind in der Tat sehr bedeutend. Das Hauptbedenken dürfte darin liegen, dass die Katholiken ihre günstige Position schwächen, ohne nennenswerte Vorteile für sich und das Vaterland dabei zu gewinnen. Die Zahl jener weitschauenden Protestanten, die im Hinblick auf die ernste Lage der Gegenwart und die *schweren Gefahren der Zukunft* über die trennenden Schranken hinweg den Katholiken die Hand zum politischen Bunde reichen wollen, dürfte allmählich wieder zunehmen, aber die Zahl solcher Männer ist noch sehr gering und von ihrem Einfluss gegenüber der Wühl- und Hetzarbeit des Evangelischen Bundes ist nichts zu bemerken."

Unmittelbar hieran schliesst sich der bereits mitgeteilte Passus und sodann Mitteilungen über Einzelvorkomnisse aus dem politischen Leben, die die — im Gegensatz der Bachem'schen Aufforderung an Katholiken — an die Protestanten gerichtete Aufforderung rechtfertigen: „Heraus aus dem sechszehnten Jahrhundert!"

Der erwähnte Artikel der „*Germania*" (14. 3. 06) führte die Überschrift „*Zum 14. März 1906*" und lautete wie folgt:

„Anderthalb Jahrzehnte sind seit dem Tode Ludwig Windthorsts verflossen. Es ist selten, dass das Andenken eines verstorbenen Parlementariers und Parteiführers so lange lebendig bleibt, noch seltener, dass sein Geist so lange in seiner Partei fortwirkt. Heute ist Eugen Richter begraben worden. Er war gewiss ein bedeutender Mann; aber wir bezweifeln, dass seine Reden und Handlungen nach 15 Jahren noch auf seine Partei von irgendwelchem Einfluss

sein werden, falls diese dann überhaupt noch besteht. Windthorsts Reden und Taten werden dem Zentrum heute sogar noch von seinen Gegnern ins Gedächtniss gerufen und das Zentrum legt stets das grösste Gewicht darauf, in den Bahnen seines verstorbenen Führers fortzuwandeln, und fragt sich bei allen wichtigen Entscheidungen: „Was hätte Windthorst in diesem Falle getan?"

Als Windthorst starb, hofften die Gegner und befürchteten manche Freunde des Centrums, dies werde nun bald zerfallen oder „verduften." Es ist aber nicht zerfallen oder „verduftet", sondern steht heute so geschlossen und kräftig da wie je und hat sich eine Stellung zu verschaffen gewusst, wie es sie unter Windthorst nicht erreicht hatte. Man sagt, es habe sich gewandelt: wir zweifeln aber gar nicht, dass Windthorst diese „Wandlungen" mitgemacht haben würde, denn er war ein Mann praktischer Politik, nicht der leeren Negation und des doktrinären Eigensinns. Von ihm hat das Centrum gelernt, immer einen offenen Blick für die Aufgaben der Gegenwart zu haben und an der Lösung dieser Aufgaben mitzuarbeiten nach Massgabe seiner Grundsätze.

Ueber ein Menschenalter besteht nun schon die so lange und in den schwierigsten Zeiten von Windthorst geleitete Partei. Alle anderen Parteien haben inzwischen mannigfache Wandlungen durchgemacht. Man denke nur an die Schicksale des Liberalismus und an die vielfachen Umgestaltungen der konservativen Partei. Das Zentrum ist in all der Zeit der „unerschütterliche Turm" geblieben. Man führt das von gegnerischer Seite gern auf den „klerikalen Druck" zurück, unter dem seine Wähler stehen sollen. Das ist eine sehr kleinliche Auffassung. Weder moralischer, noch materieller Druck auf die Wählermassen ist für eine Partei von wesentlicher Bedeutung, sondern allein ihre eigene Lebenskraft. Wie hätte sonst der Nationalliberalismus so jäh von seiner Höhe herabsinken können, der doch über eine materielle Macht gebot wie kaum eine andere Partei, und wie hätte die Sozialdemokratie trotz alles zu ihren Ungunsten ausgeübten Druckes emporkommen können? Das Zentrum lebt und ist stark, weil es innere Kraft hat; weil es ein

lebenskräftiges, den Aufgaben der Zeit angepasstes Programm besitzt und seine Tätigkeit diesem Programm entsprechend gestaltet.

Keine starke und einflussreiche Partei bleibt ohne erbitterte Feinde, und das Zentrum hat alle Zeit ein grosses Heer von Feinden gehabt. Vielleicht wird es heute, wo es eine entscheidende Stellung in unserem öffentlichen Leben einnimmt, noch mehr gehasst, als zu der Zeit, wo es einer rücksichtlosen Mehrheit gegenüber ohnmächtig war. Heute aber wie früher entspringt dieser Hass dem konfessionellen Vorurteil und Fanatismus. Weder sein Programm, noch seine Taten bieten den mindesten Anlass, es vom konfessionellen Standpunkte aus zu bekämpfen; denn sein Programm enthält nichts Konfessionelles, nichts, was nicht jeder Protestant unterschreiben könnte, und niemals hatte es auch nur das geringste getan oder versucht, was die Rechte und Freiheiten der Protestanten verletzen könnte. Wenn es fast ausschliesslich aus Katholiken besteht und bestanden hat, so ist das sehr wider Wunsch und Willen seiner Gründer, insbesondere auch Windthorsts geschehen. Ihm wäre es viel lieber gewesen, wenn sich ihm möglichst viele Protestanten angeschlossen hätten, wie sie es auf Grund des Programms konnten. Dass es nicht geschah, ist lediglich Schuld der Gegner, die es geflissentlich als konfessionell-katholische und als „ultramontane" Partei hinstellten. Dass man sich infolge dessen auch auf katholischer Seite verschiedentlich gewöhnte, das Centrum als eine katholische Partei zu betrachten, ist nicht zu verwundern. Aber dem Sinn und der Absicht des Centrums entspricht das nicht, und immer wieder hat es Gewicht darauf gelegt, dass es eine politische Partei sei. Nur als politische Partei hat es sich auch so lange lebenskräftig zu erhalten und seine politische Stellung zu behaupten vermocht.

Tatsächlich haben sich ja nun freilich die Dinge so gestaltet, dass die Centrumspartei auf den katholischen Volksteil beschränkt geblieben ist. Protestantische Anhänger der Centrumspartei gibt es nicht. Wenn die parlamentarischen Fraktionen zu allen Zeiten auch einzelne protestantische

Mitglieder aufzuweisen gehabt haben, so beweist dies nur, dass das Centrum nach seinem Programm und seinen Grundsätzen eine politische Partei ist, nicht aber, dass es in der protestantischen Bevölkerung auch eine Anhängerschaft habe. Diese tatsächlichen Verhältnisse werden nun von Leuten, die in Wirklichkeit die katholische Kirche treffen wollen, benutzt, um die konfessionellen Leidenschaften anzustacheln. Man gibt das Centrum für eine konfessionelle Partei aus, und indem man seinen Einfluss ungeheuerlich übertreibt, sucht man kurzsichtige Protestanten glauben zu machen, dass das deutsche d. h. hier protestantische Volk unter dem Druck des herrschsüchtigen Ultramontanismus seufzt, und dass das Reich zu Grunde gehen müsse, wenn man das „ultramontane Joch" nicht abschüttele, das Centrum nicht unschädlich mache. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre lehren, ist diese terroristische Hetze, die vom Evangelischen Bunde systematisch betrieben wird, auf weite protestantische Kreise nicht ohne Wirkung geblieben.

Was können die Katholiken und das Centrum dagegen tun? Wir glauben: Das beste ist, auf dem bisherigen Wege fortzufahren. In den „Historisch-politischen Blättern" ist jüngst vorgeschlagen worden, die Katholiken sollten für die Wahl solcher nichtkatholischer Abgeordneten sorgen, die gute Fühlung mit dem Centrum zu nehmen willens sind, die staats-bürgerliche Gleichberechtigung der Katholiken anerkennen und jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben. Insbesondere wird auf die Christlich-Socialen verwiesen. Es sollen ihnen direkt Centrumswahlkreise angeboten werden. Die Antwort, die der Vorschlag in der nichtkatholischen Presse gefunden hat, ist nicht sehr ermutigend. Man stellt ihn als einen Notschrei oder als Bauernfängerei hin und weist ihn höhnisch oder entrüstet zurück. Wir unsererseits müssen gestehen: eine so eigenartige Zumutung wie hier, ist wohl noch niemals von einer Partei ihren Anhängern gemacht worden: die Centrumswähler sollen dort, wo sie einen Centrumsmann haben können, jemand wählen, der nur mit dem einen Fusse auf dem Boden ihres Programms, mit dem anderen aber in einem anderen Lager steht! Das

würde verwirrend auf die Wähler und zersetzend auf die Partei wirken.

Wir haben natürlich nichts gegen die Wahl eines Protestanten, der sich rückhaltslos auf den Boden des Centrumsprogramms stellt, aber wo ihn finden? Wir glauben, dass sich selbst unter den Christlich-Socialen niemand bereit finden würde, sich von Centrumswählern auch nur auf Grund des „beschränkten" Centrumsprogramms wählen zu lassen; denn er würde fürchten, vom Evangelischen Bunde als „Verräter am Evangelium", „Schleppträger des Centrums" und „Knecht Roms" ausgeschrien zu werden. Was eine solche Diffamierung vermag, haben wir ja hinreichend gesehen. Ein so „Gebrandmarkter" würde die Stimmen seiner eigenen Glaubensgenossen nicht erhalten und als Abgeordneter nichts dazu beitragen können, das Centrum aus seiner „Isoliertheit" zu befreien, ja er würde den Gegnern nur als Mittel dienen, es noch mehr zu isolieren.

Uebrigens ist es mit der „Isoliertheit" des Centrums in Wirklichkeit gar nicht so schlimm. „Isoliert" sind mehr oder weniger alle Parteien; jede hat alle anderen mehr oder weniger zu Gegnern; wenn es anders wäre, wäre sie überhaupt nicht existenzberechtigt. Das Centrum nun, finden wir, kommt trotz alles Geschreies draussen aus der künstlichen und übertriebenen Isoliertheit immer mehr heraus. Regierung wie Parteien haben sich längst daran gewöhnt, mit ihm zusammen zu arbeiten. Es fällt niemand mehr ein, zu sagen, es sei keine nationale, es sei eine vaterlandlose Partei, mit der man sich nicht zu positivem Schaffen verbinden könne. Wir halten es für das beste Mittel, um dem Centrum zur verdienten Anerkennung zu verhelfen und die konfessionellen Gegensätze zu mildern, wenn es seine jetzige parlamentarische Stellung festhält und fortfährt positive Arbeit zu leisten. Dann wird man sich schliesslich auch im protestantischen Volke durch die Hetzer nicht mehr schrecken und verwirren lassen. Auch die Wahlen können die Katholiken gewiss zur Milderung der konfessionellen Gegensätze verwenden, aber unseres Erachtens nicht sowohl indem sie Protestanten Centrumswahlkreise anbieten, die niemand haben

will, als indem sie ihre ansschlaggebenden Stimmen gebührend ausnutzen und möglichst durch Wahlkompromisse den protestantischen Wählern begreiflich zu machen suchen, dass sie den Widerwillen gegen einen Centrumsstimmzettel in dem einen Wahlkreise überwinden müssen, wenn sie in dem andern ihrer Partei mit Hilfe der katholischen oder Centrumswähler zum Siege verhelfen wollen".

Auf der am 10 Oct. 1906 in Düsseldorf abgehaltenen Generalversammlung der Windthorstbunde kam *Julius Bachem* dann nochmals auf dasselbe Thema zu sprechen. Er führte dort einen Teil der Beachtung, den sein Turm-Artikel gefunden, auf den Titel des Artikels zurück, der „so etwas wie ein journalistischer Trick, aber kein unstatthafter Trick" gewesen sei. Weiter führte er dann aus (Hoeber, „Der Streit um den Zentrumscharakter" S. 21/22):

„Man stellte sich hier und da an, als wollte ich den Zentrumsturm mit Dynamit in die Luft sprengen. Ich kann Ihnen versichern: Nichts liegt mir ferner. Wenn Sie die Zeichen der Zeit beobachten, kann Ihnen nicht entgangen sein, dass man darauf aus ist, das Zentrum zu isolieren. Man hat es immer gewollt, aber niemals ist dies so deutlich und so energisch in die Erscheinung getreten, als in der Gegenwart. Blockpolitik überall. In Baden ist sie bei den letzten Landtagswahlen auf der ganzen Linie wirksam gewesen, ebenso bei den Bezirkstagswahlen in Elsass-Lothringen. In Bayern bereitet sie sich für die nächsten Landtagswahlen vor, und auch in Preussen sind Ansätze vorhanden. Es wird die Blockpolitik, wenn nicht im ganzen Lande, so sicher in einer Anzahl von Provinzen wirksam werden. Die nächsten Reichstagswahlen werden, darüber muss man sich klar werden, unter dem Zeichen der Blockpolitik stehen. Soll nun die Zentrumspartei einer solchen Situation gegenüber untätig sich verhalten, nicht den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen, nicht alles aus dem Wege räumen, was diese immerhin schwierige Situation noch erschweren kann und muss? Soll

sie sagen: „Ich sitze hier in meinem Turm und weiss von nichts; hier steh' ich, ich kann nicht anders?" Das ist nicht meine Meinung. Auch der stärkste Turm kann zu einem Hungerturme werden, und ich will nicht, dass der Zentrumsturm zu einem Hungerturme werde! Wenn eine Festung belagert wird, begnügen sich die Belagerten damit, in ihrem Festungswerke zu sitzen? Treffen sie nicht alle Vorkehrungen, um die Belagerung wirksam abzuweisen? Zunächst fegen sie die Bäume und Baulichkeiten weg, die den freien Ausblick beeinträchtigen. Sie sorgen für hinreichenden Proviant, sie haben schon für Aussenwerke gesorgt, für detachierte Forts; wenn Minen gezogen werden, dann werden Gegenminen gelegt, und vor allem sorgt man dafür, die Verbindung mit der Aussenwelt aufrecht zu erhalten. Also: man muss in solchen Situationen auf strategische Gegenzüge bedacht sein. Das war der Gedanke meines Artikels in den „Historisch-politischen Blättern.""

Des weiteren hatte *Julius Bachem* sich in Düsseldorf auch mit der *schlesischen* Zentrumspartei befasst. Die betreffenden Ausführungen sind in der nachfolgenden Auslassung enthalten, die der Vorsitzende der schlesischen Zentrumspartei, Geheimrat *Porsch*, aus dem Anlass auf dem 14 Tage später (Oktober 1906) in Neisse abgehaltenen Parteitag der schlesischen Zentrumspartei machte. *Dr. Porsch* führte dort, wie die „Schles. Volksztg" (Nr. 477 v. 17. 10. 11.) neuerdings in Erinnerung brachte, folgendes aus:

„Es hat im Laufe dieses Monats — vor 14 Tagen ungefähr — in Düsseldorf eine Versammlung des Windthorstbundes stattgefunden; da hat ein sehr verehrter Parteigenosse, der bekannt ist durch Artikel über den „Turm" des Zentrums, aus welchem das Zentrum herausmüsste, Veranlassung genommen, dieses Turm-Thema weiter zu verarbeiten. Er hat über den nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums eine Reihe grundsätzlicher Ausführungen gemacht, denen ich durchweg zustimme; er hat aber im Anschluss daran Aus-

führungen gemacht, denen vom Standpunkte des schlesischen Zentrums aus ich aufs nachdrücklichste widersprechen muss, und zwar nicht bloss für mich allein, sondern nach den Verhandlungen, die wir in der Vertrauensmänner-Versammlung gestern hatten, im Namen unserer Gesinnungsgenossen von Schlesien. In diesen Ausführungen heisst es:

„Ist es nötig, dass man heute in der Zentrumspartei für die strikte Aufrechterhaltung der Windthorstschen Tradition eintritt? Leider muss man sagen: ja! es ist nötig. Ich könnte eine ganze Wolke von Entgleisungen im eigenen Lager zum Beweise dafür anführen, dass der Gedanke der politischen Zentrumspartei nicht überall in Fleisch und Blut übergegangen ist."

Nur zwei Beispiele griff der Redner heraus; nämlich die Reichstagsersatzwahl in Hannover und dann etwas Schlesisches. Er sagte nämlich wörtlich:

„Der zweite Punkt betrifft ein im April d. I. erlassenes Organisationsstatut einer Zentrumspartei im Osten. In diesem Statut findet sich der Satz: „Die neuen Kandidaten müssen überzeugungstreue Katholiken sein". Demnach würde die Wahl eines v. Gerlach und eines Dr. Brüel unmöglich gewesen sein. Es würde bei der letzten Bezirkstagswahl die Wahl des Rechtsanwalts Preiss in Kolmar, eines überzeugten Zentrumsanhängers, nicht haben erfolgen dürfen. Von welch grossem Wert war die Zugehörigkeit v. Gerlachs und Dr. Brüels zum Zentrum! Und nun sollte es unmöglich sein, unter Verhältnissen, die fast so kritisch sind, wie die damaligen, derartige Männer eventuell in Zentrumswahlkreisen aufzustellen? Das verstehe ich nicht; das ist ein schwerer Verstoss gegen die Windthorstsche Tradition."

Es folgt dann zum Schluss die Apostrophe des Redners:

„Wenn Sie die Windthorstsche Tradition wahren, dann werden Sie sich um die Zentrumspartei ein grosses Verdienst erwerben."

M. H.! Demgegenüber muss ich auch hier hervorheben, dass diese in Düsseldorf bemängelte Bestimmung im Frühjahre dieses Jahres gar nicht

neu beschlossen worden ist, sondern, dass sie wörtlich seit mehr als einem Jahrzehnt in unserm Organisationsstatut steht, und dass sie praktisch geübt worden ist, so lange überhaupt eine Zentrumspartei in Schlesien existiert! dass sie geübt worden ist nicht im Widerspruch, sondern in Uebereinstimmung mit Windthorst!

Es ist richtig, das *Zentrum ist keine konfessionelle Partei.*

Den Begriff einer solchen hat man neulich in einer Sitzung des Hauptvorstandes des rheinisch-westfälischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes in Mülheim dahin präzisiert:

> „Das Streben des Zentrums geht eingestandenermassen auf Durchführung der römisch-katholischen Weltanschauung im gesamten Leben unseres Staatswesens aus."

Im „Reichsboten" hat vor wenigen Tagen sogar der — verzeihen Sie das harte Wort! — blödsinnige Satz gestanden:

> „Das Zentrum mag sich noch so national gebärden, die Tatsache bleibt, dass die Leitung der Partei doch der Jesuitenorden bleibt. Er beherrscht Rom, beherrscht die katholische Kirche und beherrscht auch das Zentrum. Das letzte Ziel des Ordens ist aber, das betont auch Fürst Chlodwig in seinen Denkwürdigkeiten, die Zertrümmerung der protestantischen Kaisermacht."

M. H.! Demgegenüber will ich für Leute, die guten Willens sind und klar denken können, hervorheben: Eine konfessionelle Partei sind wir nicht, wir wollen nicht das Staatsleben nach der katholischen Elle abmessen, die Zentrumsfraktionen haben sich vielmehr ausschliesslich auf den Boden der Reichsverfassung und der preussischen Staatsverfassung gestellt; und es ist auf deren Grund ein Programm der Zentrumsfraktion aufgestellt worden, das nicht bloss Katholiken, sondern auch nicht-katholische gläubige Christen unterschreiben können, welches auch verschiedene Evangelische unterschrieben haben, indem sie Mitglieder des Zentrums geworden sind,

insbesondere die in Düsseldorf genannten Herren. Insofern muss man sagen, das Zentrum ist nicht eine konfessionelle, sondern eine politische Partei. Aber m. H.! wenn man keine Verwirrung in unserem Volke anrichten will, so muss man, indem man das ausspricht, gleichzeitig sagen: In den schweren Jahren des Kulturkampfes ist *das Zentrum die politische Partei des katholischen Volkes geworden, und die ganze Wurzel des Zentrums ruht ausschliesslich im katholischen Volke.* Niemals haben wir in Schlesien meines Wissens einen nichtkatholischen Zentrumsanhänger gehabt, und es ist nach meinem Dafürhalten auch nicht anzunehmen, dass wir in absehbarer Zeit einen solchen haben werden. Niemals wären wir in der Lage gewesen, einen nichtkatholischen Zentrumsmann in Schlesien als Kandidaten aufzustellen; ich wüsste keinen für die Vergangenheit und auch keinen für die Zukunft; deswegen sind wir, was unsere Zusammensetzung anlangt, allerdings die politische Partei des katholischen Volkes, *aber deswegen sind wir keine konfessionelle Partei, ebensowenig wie die konservative Partei,* bezüglich deren ich von sehr beachtenswerter konservativer Seite neulich die Ausführung gelesen habe: die konservative Partei sei, wenn sie auch katholische Anhänger habe, doch belebt von evangelischem Geiste, und *tatsächlich ist sie die politische Vertretung des kirchlich gerichteten evangelischen Volkes*, wenigstens die konservative Parteipresse ist im wesentlichen im evangelischen Geiste redigiert. Trotzdem wird niemand behaupten können und wollen, dass die konservative Partei eine konfessionelle Partei sei. Uebrigens, wenn Sie die anderen Parteien im Vaterlande untersuchen, so werden Sie bei allen mehr oder weniger einen konfessionellen Untergrund finden, allerdings stellenweise auch einen antikonfessionellen, sogar einen religionslosen: aber die Religion spielt bei allen Parteibildungen mehr oder weniger mit.

So können wir Schlesier allerdings sagen, dass die schlesische Zentrumspartei von jeher mit den treuen Anhängern der katholischen Kirche in Schlesien sich gedeckt hat

und voraussichtlich und hoffentlich auch in Zukunft nach derselben Richtung geartet sein wird. Das, meine Herren, schliesst nicht aus, dass wir mit nichtkatholischen Männern auch in Wahlangelegenheiten offen, ehrlich und tatkräftig zusammenarbeiten, und gerade die Anhänger der schlesischen Zentrumspartei haben das im weitesten Masse getan, zum Teil früher, als die Anhänger der Zentrumspartei in anderen Provinzen. Ich darf erinnern, dass wir in Breslau seit dem Jahre 1880 mit den Evangelischen im weitesten Masse bei den Kommunalwahlen zusammengehen, dass wir das in Breslau wiederholt bei den politischen Wahlen getan haben, insbesondere mit den Konservativen und dem Neuen Wahlverein bei der letzten Landtagswahl, wo wir zwei Evangelische und einen Katholiken wählten; ebenso ist es in anderen Kreisen der Provinz geschehen, und wenn man uns konfessionelle Absonderung und konfessionelle Parteiung vorwirft, so kann ich aus meiner langjährigen Tätigkeit im Provinzialkomitee der schlesischen Zentrumspartei nur das eine sagen: Mir ist bei Stichwahlen nach meiner Erinnerung noch niemals aus einem Zentrumswahlkreise das Bedenken laut geworden, „wir Katholiken können auch bei Stichwahlen unmöglich für einen Evangelischen stimmen"; aber ich erinnere mich in mehr als einem Falle, von hervorragenden evangelischen Männern anderer Parteirichtung gehört zu haben: „Ja, Ihnen folgen Ihre Wähler, aber in meinem Wahlkreise würde ich es auch bei der Stichwahl nicht erreichen, dass die Evangelischen für einen Katholiken stimmen." Also den Vorwurf konfessioneller Absonderung müssen wir ablehnen. Wir waren immer so, wie wir jetzt sind, und wir werden hoffentlich immer so bleiben, denn nur darin kann, so scheint mir, die Gewähr unserer Dauer liegen."

Die „Schles. Volksztg" (a. a. O.) bemerkte dazu:

„Der § 17 des Wahlorganisationsstatuts der Schlesischen Zentrumspartei vom 10. April 1906 bezw. 12. Oktober 1908 enthält nun in der Fassung, wie sie auf Veranlassung des verstorbenen Grafen Franz Ballestrem angenommen worden war, nicht nur die Bedingung, dass der Kandidat „über-

zeugungstreuer Katholik" sein soll, wobei der Schwerpunkt auf das Wort „überzeugungstreu" zu legen ist, sondern auch die Bestimmung, dass er die „bindende Erklärung" abgeben muss, dem Zentrum beizutreten."

Dr. Hoeber, der sich in seiner erwähnten Broschüre ausführlich mit dem Turm-Artikel befasst, giebt diesen selbst zwar im Wortlaut wieder, desgleichen von den Auslassungen Bachems in Düsseldorf einen längeren Passus. Dagegen findet man bei Hoeber nichts von den zahlreichen Entgegnungen, die in der Zentrumspresse damals erschienen. Nur von der „Germania" wird gesagt, dass sie einen bestimmten Satz des Artikels angegriffen habe. Den oben wiedergegebenen Artikel der „Germania" selbst sucht man vergebens. Meine hier abgedruckte Entgegnung in denselben „Histor.-polit. Blättern" erwähnt Hoeber ebensowenig wie den von mir mitgeteilten Artikel des Abg. Dr. Jäger in der „Allg. Rundschau": „Heraus aus dem sechszehnten Jahrhundert", ebensowenig irgend eine andere Entgegnung.

Es wird einfach nur von den „unrichtigen Kommentaren, die sich in der Zentrumspresse da und dort an den Turmartikel selbst angeknüpft haben", gesprochen. Einen dieser „Kommentare" selbst zu prüfen, ist dem Leser nicht möglich. Dabei erklärt Hoeber im Vorwort seiner Broschüre ausdrücklich, sie solle hauptsächlich eine *Materialiensammlung* sein für alle diejenigen, die über den Streit um den Zentrumscharakter und die damit zusammenhängenden politischen und kulturellen Fragen sich unterrichten wollen". Es sei „oft der Wunsch ausgesprochen" worden, „das *ganze auf diesen Streit bezügliche Material zu sammeln* und es in einer geschichtlichen Übersicht der letzten Jahre der Öffentlichkeit zu übergeben". Diesem Zweck ist Hoeber weder bezüglich der sich unmittelbar an den Turm-

Artikel anknüpfenden Auseindersetzungen, noch bezüglich der späteren gerecht geworden. Er bringt fast ausschliesslich nur das Material, das zur Rechtfertigung der Stellungnahme Julius Bachems und der „Köln. Volksztg" dienen könnte.

Den Grund der Entstehung des Turm-Artikels will Hoeber in der damaligen Gesamtsituation sehen, insbesondere aus den Vorgängen im Jahre 1905, in dem „die gesamte öffentliche Betätigung der deutschen Katholiken einer falschen, entstellenden und oft geradezu gehässigen Schätzung und Wertung ausgesetzt war". Unter dieser falschen Beurteilung der Katholiken, an der „die bündigsten und wohlmeinendsten Erklärungen und Kundgebungen auf katholischer Seite" keine Änderung herbeiführen konnten, habe auch das Zentrum zu leiden gehabt, „das die Gegner so gerne und absichtsvoll als einseitig und ausschliesslich konfessionelle Partei hinzustellen sich bemühen". „Dieser Situation", schreibt dann Hoeber weiter, „entsprach der am 1. März 1906 in den „Histor.-polit. Blättern' (Heft 5) erschienene Aufsatz: Wir müssen aus dem Turm heraus! von Dr. Julius Bachem." Der Schilderung der damaligen „Situation" widmet Hoeber das ganze erste Kapitel, in dem er sich darzutun bemüht, wie der Katholizismus als ein „Fremdkörper im deutschen Staats- und Kulturleben" betrachtet und hingestellt worden sei. Dieses Vorgehen unserer Gegner dem Katholizismus gegenüber beschränkt sich aber, wie ich in meiner erwähnten Besprechung der Hoeber'schen Broschüre in den „Hist.-pol.-Bl.", der diese Ausführungen entnommsn sind, betont habe, leider nicht auf das Jahr 1905, ist auch nicht einmal eine besondere Spezialität gerade dieses Jahres. Ähnliche Vorgänge und ähnliche Zeitungsstimmen wie Hoeber sie für das genannte Jahr zusammenstellt, liessen sich mutatis

mutandis für alle anderen Jahre bis auf den heutigen Tag beibringen. Ich selbst besitze in meiner Registratur dafür massenhafte Belege. Weshalb daher also gerade die Situation im Jahre 1905 ein *besonderer* Anlass für die Abfassung des Turm-Artikels gewesen sein soll, will mir nicht einleuchten.

Was nun den Inhalt des Artikels betrifft, so schreibt Hoeber (S. 16), er habe „zahlreiche Erklärungen und *grossenteils auch falsche Ausdeutungen* zur Folge gehabt", sei „aber *weder in seiner zeitgeschichtlichen Bedingtheit noch* in seiner *wahren Tendenz allseitig richtig verstanden* worden"; dagegen heisst es ein paar Seiten weiter (S. 20): „Die *gesamte* deutsche Presse widmete diesen Ausführungen eine ungewöhnlich grosse Beachtung, ein Zeichen, dass sie *deren politische Bedeutung erkannte* und die *Tragweite* der scharf und präzis herausgearbeiteten Kernpunkte *erfasste*." Und wieder vier Seiten weiter (S. 24) liest man: „Die Kritiker der Bachem'schen Anregung haben den *wahren und eigentlichen Sinn* derselben völlig *verkannt*". Wie der Verfasser diese, sich direkt widersprechenden Sätze über das dem Turm-Artikel entgegen bzw. nicht entgegengebrachte Verständnis mit einander vereinbaren will, bleibt sein Geheimnis. In Wirklichkeit war die Aufnahme dieses Artikels ebenso widerspruchsvoll wie sein Inhalt. Hoeber gibt diesmal eine neue Erklärung für ihn, indem er ihn als ein «Memorandum" bezeichnet, das »eine *Parole für den bald zu erwartenden Wahlkampf* geben" wollte. Dazu ift zu bemerken, dass zur Zeit als der Turm-Artikel erschien, niemand auch nur im entferntesten daran dachte, dass für das Ende des Jahres eine plötzliche Reichstagsauflösung in Aussicht stehen würde. Meines vielleicht irrigen Erachtens wurde die politische Situation nicht durch die konfessionelle Verbitterung und Verhetzung, sondern durch die Ableh-

nung des Kolonialstaatssekretärs (Erbprinz Hohenlohe) seitens des Zentrums Ende Mai 1906 beeinflusst; daher Bülows Abrücken, weil der Kaiser hierüber verärgert war. Die ordentlichen Wahlen hätten aber erst im Jahre 1908 stattfinden sollen. Dass man nun nicht mehrere Jahre im Voraus eine allgemein gültige *Wahlparole* ausgeben kann, darüber bedarf es wohl keines Wortes. Das hat Hoeber wohl auch empfunden, denn S. 27 nennt er den Turm-Artikel nur noch »eine aus *taktischen* Erwägungen entsprungene, der gesamten innerpolitischen Lage in Preussen und in Deutschland Rechnung tragende *Anregung*."

Im übrigen aber verdient es festgestellt zu werden, dass Hoeber, zweifellos im Einverständnis mit Julius Bachem, die Geltung des im Turm-Artikel ausgesprochenen Programms bedeutend einschränkt, indem er diesem nicht mehr eine allgemeine Gültigkeit zuschreibt, sondern es nur auf die damalige Zeitgeschichte (Stellung der Akatholiken den Katholiken gegenüber) zugeschnitten und als Parole für den Reichstagswahlkampf 1906 1907 verstanden wissen will. S. 55 bezeichnet er es als „nur eine auf die politische Lage i. J. 1906 zugeschnittene *parteitaktische Wahlparole*", Damit wird der Turm-Artikel seines prinzipiellen Charakters entkleidet und zu einer taktischen Anleitung für das Vorgehen bei einer einzelnen Wahl gestempelt. Über die Taktik in einzelnen Fällen, selbst über die Taktik bei einer Gesamtschlacht, kann man aber sehr wohl verschiedener Meinung sein. Darüber braucht man sich unter Freunden weiter nicht zu streiten. Die Hauptsache ist, dass man im Prinzip auf demselben Boden steht. Diese Preisgabe des Turm-Artikels durch Hoeber fällt um so mehr in die Wagschale, als die „Köln. Volksztg" seinerzeit (No. 628 v. 22. 7-07) in einem an leitender Stelle veröffentlichten Artikel „Konfessionelle Streitig-

keiten" ausdrücklich schrieb, Julius Bachem habe bei seinem Turm-Artikel ein allgemeineres Zentrum vorgeschwebt. Wörtlich heisst es dort: „Voraussetzung für Verwirklichung aller Zentrumsforderungen wäre ein *allgemeineres* Zentrum, wie es dem Urheber der Parole: „Heraus aus dem Turm!" offenbar vorschwebte."

Mit dieser damals ein Jahr noch Veröffentlichung des Turmartikels gegebenen Interpretation durch die „Kölnische Volkszeitung" ist die jetzige Hoebers schlechterdings unvereinbar. Im übrigen ist festzustellen, dass bei den 1907 erfolgten Reichstagswahlen auch nicht in einem einzigen Wahlkreise nach der Bachem'schen Wahlparole gehandelt worden ist. Hoeber schreibt selbst: „Früher hatte die Zentrumsfraktion im Reichstage bis zu zehn protestantische Mitglieder, im Reichstage 1907—1912 nur noch eins!" Und dieser eine war nur ein Hospitant: der Welfe Götz von Olenhusen. Eine schärfere Verurteilung einer „Wahlparole" durch die Praxis, wie sie hier erfolgt ist, kann man sich kaum denken. Um das Verkehrte der Bachem'schen Wahlparole darzutun, war es daher auch gar nicht nötig, dass damals „im Jahre 1906 die berufenen Instanzen der Zentrumsfraktion dagegen Einspruch erhoben" hätten. Wenn Hoeber aus dem Umstande, dass das nicht geschehen ist, die Richtigkeit der Bachem'schen „Parole" herleiten will, so geht er damit doch etwas allzuweit. Die „berufenen Instanzen der Zentrumsfraktion" hätten viel zu tun, wenn sie gegen jede unhaltbare Behauptung oder Parole des Artikels eines Zentrumsjournalisten zu Felde ziehen sollten, selbst wenn es sich dabei um einen so angesehenen Publizisten wie Julius Bachem handelt. Schliesslich war auch Julius Bachem gar nicht kompetent dazu, eine offizielle Wahlparole auszugeben, das wollte er auch gar nicht. Julius Bachem hat in dem Turm-Artikel lediglich seine Privatansicht aus-

gesprochen, der ein jeder nach Belieben zustimmen oder nicht zustimmen konnte, und er beanspruchte dafür keine andere Autorität und konnte dafür keine andere beanspruchen wie seine eigene. Falsch ist auch, wenn Hoeber zur Rettung des Ansehens des Turm-Artikels behauptet, bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 sei „gerade das praktisch ausgeführt" worden, „wozu der Turm-Artikel im allgemeinen die Anregung gab, indem in 45 Wahlkreisen — in *allen* Teilen des Reiches — nach folgenden von der Generalversammlung des Augustinusvereins am 20. März 1911 angenommenen Leitsätzen verfahren worden sei.

„Es muss vermieden werden, dass der Kandidat der Zentrumspartei in eine *Stichwahl* kommt, in welcher er nach Lage der Verhältnisse in dem betreffenden Wahlkreise *nicht durchdringen* kann, und bei welcher der Sieg der Linken dadurch herbeigeführt wird, dass eben ein Zentrumskandidat in die Stichwahl gelangt ist. Unter solchen Verhältnissen wird der Zentrumssache wesentlich dadurch gedient, wenn unter Verzicht auf eine eigene Kandidatur *rechtsstehende* Kandidaten in die Stichwahl gebracht werden."

Mit dieser zweifelsohne richtigen und beherzigenswerten Warnung vor falschen Stichwahlen hat die „Wahlparole" des Turm-Artikels, die Julius Bachem 1906 ausgab, absolut nichts zu tun. Dort ist von *Stichwahlen* überhaupt keine Rede. Und wenn Julius Bachem damals im wesentlichen nichts anderes wollte, so hätte er das sagen müssen. Aus seinen damaligen Ausführungen liess sich der von Hoeber hinein interpretierte Sinn jedenfalls nicht erkennen. Der Leser vergleiche selbst. In seinem Turm-Artikel schrieb Julius Bachem:

„Es muss unbedingt mit vermehrter Umsicht auf die *Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses* hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet sind.

Und zwar wird es m. E gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch *in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein* vielleicht die *Mehrheit erlangen* kann" ... „Von solchen Kandidaten darf man kirchenpolitisch nichts anderes verlangen, als dass sie jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des katholischen Volksteils rückhaltlos anerkennen ; im Übrigen muss namentsich ihre sozial-politische Stellung entscheidend sein!"

Der Unterschied zwischen den beiden Lesarten ist so in die Augen fallend, dass ich mir wohl ersparen kann, darauf noch des Näheren einzugehen.

Für die hier von mir vertretene Ansicht, dass die konfessionelle Verbitterung und Verhetzung nicht nur speciell zur Zeit der Entstehung des Turm-Artikels so aussergewöhnlich arg gewesen und dass nicht gerade durch sie die politische Situation 1906, die den bekannten Ausgang brachte, beeinflusst wurde, kann ich mich u. a. auch auf die „Köln. Volksztg" berufen, der Herr Dr. Hoeber ja so nahe steht. In einem Artikel an leitender Stelle des Kölner Blattes (No. 436 v. 19. 5. 07) heisst es mit Bezug auf den Katholikenhass, „der gegenwärtig seine Orgien feiert": „Die Tatsache des Hasses besteht. Ob er ärger ist, als der Hass von 1870 oder als der des Jahres 1887, da der Reichstag wegen des Septennats aufgehoben wurde, lässt sich nicht abmessen" .... „Dann freilich kommen hier auch die bekannten Entgleisungen einzelner Mitglieder des Zentrums in Betracht." Der ganze Artikel im Wortlaut findet sich einige Seiten weiter in dieser Schrift.

§ 3. Was ist eine konfessionelle Partei?

Ende 1906 gab der altkatholische *Prof. Dr. Goetz* in Bonn eine Schrift heraus unter dem Titel: „Das Zentrum eine konfessionelle Partei", in der er den Nachweis zu führen suchte, dass das Zentrum eine konfessionelle Partei sei, wie er dies auch bereits in mehreren in der „Köln. Ztg." unter seinem Namen veröffentlichten Artikeln getan hatte. Demselben Zwecke dienten zwei i. J. 1907 erschienene Schriften, nämlich „Des Zentrums Wandel und Ende", von dem inzwischen verstorbenen *Prof. Leo von Savigny-Münster*, einem Führer der deutschen Vereinigung, und „Der Ultramontanismus und das Zentrum" von dem demokratischen Rechtsanwalt *Muser*-Offenburg. Diese Schriften erfuhren in der Zentrumspresse, soweit diese sich überhaupt damit befasste, einmütige Zurückweisung. In einem längeren Artikel in der „Köln. Ztg." (No. 1154 v. 30. 10. 06) hatte Prof. Goetz geschrieben, man „bestreite in führenden ultramontanen Kreisen immer den konfessionellen Charakter der Partei, aber man rede nicht darüber, was denn einer Partei im politischen Leben den konfessionellen Anstrich gibt." Das Zentrum operiere hier unredlich, indem es den Worten einen anderen Begriff unterlege, wie ihn die nichtultramontane Welt habe, und erkläre dann die nicht ultramontane Anschauung für falsch. Man möge daher einmal von ultramontaner Seite kommen und erklären, was man eigentlich unter „konfessioneller Partei" verstehe. Dann wolle er „weiter darüber reden, ob sich nicht auch

nach einem ultramontanen Begriff beweisen lässt, dass das Zentrum eine konfessionelle Partei ist". Da Goetz mich in seiner erwähnten Schrift als einen Zeugen für den angeblichen konfessionellen Charakter des Zentrums zu erklamieren suchte, bin ich dem von ihm in der „Köln. Ztg." ausgesprochenen Wunsche nachgekommen und habe in einem in den „Hist. pol. Bl." (Heft 11, 1907) veröffentlichten Artikel „Ist das Zentrum eine konfessionelle Partei?" Goetz gegenüber nachfolgende Definition aufgestellt:

„Eine konfessionelle Partei im politischen Leben ist eine Partei, die entweder gewolltermassen nur aus Anhängern einer Konfession besteht, oder die zwar auch Angehörige anderer Konfessionen aufnimmt, ihren Zweck und ihre Tätigkeit aber nach den spezifischen Normen und Lehren einer bestimmten Konfession regelt, Weisungen der kirchlichen Organe dieser Konfession als für ihre politische Tätigkeit massgebend erachtet und im letzten Grunde die einseitige Förderung der Interessen dieser Konfession in ihrer gesamten Wirksamkeit im Auge hat."

In einer im folgenden Jahre unter dem gleichen Titel veröffentlichten Schrift (Hamm, Breer u. Thiemann), die sich sowohl gegen Goetz wie v. Savigny und Muser wandte, habe ich dann die gleiche Definition wiederholt, aber trotz wiederholter Anfforderung meinerseits und trotz seines Versprechens hat Goetz bis auf den heutigen Tag nicht „weiter darüber geredet," „ob sich nicht auch nach einem ultramontanen Begriff beweisen lässt, dass das Zentrum eine konfessionelle Partei ist." Goetz hat wohl selbst die Aussichtslosigkeit eines dahin gehenden Versuchs eingesehen.

§ 4. Prof. M. Spahn und „Das deutsche Zentrum".

Ende 1906 erschien die Schrift Martin Spahns „Das deutsche Zentrum," in der Spahn sich auch ausführlich mit der Stellung des Zentrums dem Katholizismus gegenüber und mit den wechselseitigen Beziehungen beider beschäftigte. Die Schrift erfreute sich weitgehendster Beachtung. Besonderes Aufsehen rief aber eine eingehende Kritik derselben hervor, die im „Hochland" (Heft 8 Jahrgg. 4. v. 1. 5. 07) erschien. Der ungenannte Verfasser, der sich nur als V. E. T. bezeichnete, führte folgendes aus:

„Professor Martin Sphan hat eine Studie[1]) über das deutsche Zentrum veröffentlicht. Geistreich pointiert wie alles, was der Verfasser schreibt, hat sie viel Beifall und Zustimmung gefunden. Ein abweichendes Urteil wird daher überraschen und Widerspruch hervorrufen. Es soll trotzdem im folgenden kurz begründet werden, zur Steuer der geschichtlichen Wahrheit, was die Vergangenheit, zur Ausräumung verhängnisvoller Täuschungen, was Gegenwart und Zukunft angeht.

Merkwürdig: den Historiker scheinen die grossen und kleinen geschichtlichen Faktoren nicht zu interessieren, welche das Zentrum als ein historisches Gebilde entstehen liessen. Für ihn ist es eine Partei, welche vorschauende politische Weisheit gemacht hat, zuerst der geniale Windthorst, dann dessen kluge Nachfolger, von denen Lieber ausdrücklich genannt wird. Im Halbdunkel der bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung, der er im norddeutschen Reichstage ange-

[1]) Das deutsche Zentrum. Von Marthin Spahn. In der Sammlung „Kultur und Katholizismus". Kirchheimsche Verlagsbuchhandlung. Mainz und München.

hörte, hatte Windthorst gewartet, so heisst es auf Seite 32. „Die Partei aber, auf die er wartete, sollte dem Geiste des deutschen Verfassungsrechts entsprechen, ihre parlamentarische Wirksamkeit zugleich auf gefestigte konstitutionelle Grundlagen stellen und sich den werdenden Bedürfnissen der Nation mit der Schmiegsamkeit praktischer Politik anpassen können". Glaubt Spahn wirklich, die Eigenart des Zentrums damit erschöpfend angegeben zu haben?

Und woher kam ihm denn die Partei, wie entstand sie ursprünglich, was machte sie *notwendig?* Darüber bleiben wir völlig im Dunkeln. Der Artikel wird erwähnt, welchen „einer der hervorragendsten Führer der katholischen Partei" — es war Peter Reichensperger — am 11 Juni 1870 in der „Kölnischen Volksztg". veröffentlichte. Im Hinblicke auf die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhause wurde darin ein Programm für die katholische Bevölkerung Preussens entworfen. Von den fünf Punkten, die es enthielt, müssen die beiden ersten auch hier mitgeteilt werden. Sie fordern: „1) Aufrechterhaltung der durch die preussische Verfassungsurkunde gewährleisteten Selbständigkeit der Kirche in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, insbesondere auch hinsichtlich der Bildung und Entwicklung kirchlicher Gesellschaften; 2) Abwehr aller gegen den konfessionellen Charakter des Volksunterrichts gerichteten Bestrebungen und Angriffe zur Sicherung des heiligsten Rechts der christlichen Familie, sowie endlich Verwirklichung der verfassungsmässig verheissenen Unterrichtsfreiheit". Spahn ist mit dem Programm wenig zufrieden. Er findet auffallend, „dass von der Selbständigkeit der Kirche, der Freiheit des Unterrichts, der Selbstverwaltung von Gemeinde, Kreis und Provinz, dem Schutze der Rechte der Einzelstaaten die Rede ist", „dagegen der Staat gar keine Rolle spielt". Das Programm ist ihm eine „unverfälschte Kundgebung der alten liberalen Auffassung vom Wesen des Parlaments, die auch den Katholiken geläufig war". Vor allem aber nimmt er Anstoss daran, dass der Aufruf deutlich an die alte „katholische Fraktion" des Abgeordnetenhauses anknüpft. Auf diese ist er nicht gut zu sprechen. Stimmt er auch nicht ausdrücklich denen bei, welche darin „ein gewaltsames Sichaussondern

und eine Herausforderung an die nicht-katholischen Bürger" erblicken wollten, so gilt sie ihm doch als eine „zeitweilige Anormalität", der „Ausdruck einer dem preussischen Staatsgebilde anhaftenden Unvollkommenheit". Die beiden Provinzen, aus denen die Fraktion sich rekrutiert hatte, seien damals mit dem Ganzen des preussischen Staatsorganismus noch nicht zu voller nationaler Einheit verwachsen gewesen. Sie führten „ein Sonderleben nach der unpolitischen Weise der Kleinstaaten". Das ist schwerlich richtig und keinesfalls trifft es den Kern der Sache. Wenn die katholischen Rheinländer und Westfalen sich nicht mit der gleichen Rückhaltlosigkeit und Wärme als Preussen fühlten, wie die Söhne der östlichen Provinzen, so war der konfessionelle Gegensatz die Ursache, und wenn Abgeordnete dieser Provinzen sich zu einer besonderen parlamentarischen Fraktion zusammentaten, so bestimmte sie dazu der Umstand, dass für zahlreiche Beschwerden der Katholiken über nicht ausgeführrte Versprechungen und schreiende Ungleichheit in der Behandlung Abhilfe nur auf dem Wege parlamentarischer Wirksamkeit zu erhoffen war. Ihren signifikanten Ausdruck hatten diese Bestrebungen in dem Antrage Otto vom Jahre 1853 gefunden. Dass es der auf konfessioneller Basis errichteten Vereinigung nicht gelungen war, sich zu einer politischen Partei im vollen Sinne durchzuarbeiten und ihr insbesondere die Konfliktsjahre verhängnisvoll wurden, ist richtig, trotzdem hatte Peter Reichensperger allen Grund zu seinem Vorgehen, und es war kein Anachronismus, wenn er an die frühere Parteibildung anknüpfte. Man erinnere sich doch an die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhause am Schlusse der abgelaufenen Legislaturperiode!

Im Sommer 1869 hatte in der Berliner Vorstadt Moabit der sogenannte Klostersturm stattgefunden, ein Pöbelexzess, wie er in jeder Grossstadt aus geringfügigem Anlasse sich ereignen kann. Aber im Anschlusse daran und wohl auch unter der Nachwirkung des in Worms abgehaltenen Protestantentages, waren bei dem preussischen Abgeordnetenhause Petitionen eingegangen, welche Aufhebung der Klöster forderten. Die Kommission, welcher dieselben in herkömmlicher

Weise zur Vorberatung überwiesen waren, trat in grosser Mehrheit dem Verlangen der Petenten bei und vertrat im Gegensatze zu den Ausführungen des Regierungskommissars den Standpunkt, dass die Zulassung der Klöster in Preussen der rechtlichen Unterlage entbehre. Berichterstatter war der Abgeordnete Gneist. Zu einer sachlichen Behandlung im Plenum kam es nicht, weil die Majorität des Hauses eine solche nicht wünschte. Um so interessanter waren die Geschäftsordnungsdebatten vom 8 und 9 Februar 1870. Der Reihe nach verlangten P. Reichensperger, Mallinckrodt und — Windthorst, dass der Petitionsbericht zur Diskussion gestellt werde. Letzterer, der nach Spahn als Mitglied des Reichstags im Halbdunkel der bundesstaatlich-konstitutionellen Fraktion auf die neue Partei wartete, trat hier, im preussischen Abgeordnetenhause, mit solchem Nachdrucke hervor, dass es ihm einen Ordnungsruf des Präsidenten eintrug. Von dem Kommissionsberichte hatte er gesagt, dass ihm in seinem langen parlamentarischen Leben kein Schriftstück vorgekommen sei, welches „gegen einen grossen Teil der Bevölkerung mehr provokatorische Beleidigungen enthalte," und mit den Worten geschlossen: „*Wir können den uns hingeworfenen Fehdehandschuh so nicht liegen lassen.*" Weit über den einzelnen Anlass hinaus bezeichnet dieser Satz die Situation. Die preussischen Katholiken, an ihrer Spitze Männer wie die drei genannten Abgeordneten, sahen, welche Angriffe sich gegen ihre Rechte und Freiheiten vorbereiteten und waren zur Abwehr entschlossen. In dem von P. Reichensperger entworfenen Programm kommt dies zum Ausdruck. Auch die zweite der dort formulierten Forderungen war durch bestimmte Vorkommnisse veranlasst.

Am 3. Dezember 1868 war die Mehrheit des Abgeordnetenhauses einer Petition des Breslauer Magistrates beigetreten, welche die Errichtung einer konfessionslosen Schule verlangte. In der gleichen Sitzung wurde das Verlangen der katholischen Bürgerschaft Breslaus verworfen, welches auf Errichtung einer katholischen stadtischen Realschule gerichtet war. Man sah deutlich, wohin die liberale Partei steuerte, nachdem sie ihren Frieden mit Bismarck gemacht hatte.

Als eine Partei der Abwehr war die zu begründende Partei von Anfang an gedacht. Daran änderte nichts, dass auf Versammlungen in Essen und Soest das Programm durch den Hinweis auf soziale Aufgaben der Gesetzgebung ergänzt wurde. Die soziale Frage bildete seit Jahren ein ständiges Thema der katholischen Generalversammlungen, aber die Erörterungen trugen noch auf Jahre hinaus ein akademisches Gepräge. Als eine Partei der Abwehr trat sie unter dem Namen Zentrum (Verfassungspartei) nach den im November 1870 erfolgten Wahlen ins preussische Abgeordnetenhaus ein. Von ihr ging sodann der Anstoss zur Bildung der Zentrumsfraktion des Reichstags aus. In einem Aufrufe vom 11 Jan. 1871 forderte sie die Wahl von Männern, „welchen das Wohl aller Volksklassen wie aller das deutsche Reich bildenden Stämme am Herzen liegt, welche die *bestehenden Besonderheiten nur insoweit der Einheit geopfert sehen* wollen, als dieselben nachweislich dem Ganzen zu Schaden gereichen, welche endlich — wie die politische — so auch die *kirchliche* Freiheit und das Recht der Religionsgesellschaften gegen mögliche Eingriffe der Gesetzgebung sowohl als gegen feindliche Parteibestrebungen entschieden gewahrt wissen wollen." Die gleichen Forderungen, nur etwas genauer präzisiert, kehren in dem Programm wieder, welches die aus den Reichstagswahlen hervorgegangene Fraktion im Frühjahr 1871 veröffentlichte. Unter Ziffer 1 erscheint die Aufrechterhaltung des föderativen Charakters der Reichsverfassung. Unter Ziffer 2 heisst es wörtlich: „Das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen ist nach Kräften zu fördern; für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reichs ist die verfassungsmässige Festsetzung von Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen." Zwanzig Mitglieder des preussischen Zentrums, darunter Savigny, die beiden Reichensperger, Mallinckrodt, Windthorst, Schorlemer-Alst, waren zugleich Mitglieder der Reichstagsfraktion; Savigny, Peter Reichensperger, Mallinckrodt und Windthorst gehörten da wie dort zum Vorstande. So bestand von Anfang an zwischen beiden Fraktionen der denkbar

engste Zusammenhang grundsätzlicher Art. Und dabei blieb es durch alle die Jahre hindurch. Kämpfe wie Erfolge der einen blieben niemals ohne Rückwirkung auf die andere. Auffallenderweise ist hiervon bei Spahn so gut wie keine Rede. Aber die Eigenart der Reichstagsfraktion ist ohne Berücksichtigung jenes engen Zusammenhanges nicht zu verstehen. Hätte es ihr selbst an Anlässen gefehlt, sich als eine Partei der Abwehr zu betätigen, so würden die Aufgaben der Fraktion des Abgeordnetenhauses sie immer wieder daran erinnert haben.

Noch auffallender ist, wenn Spahn zu glauben scheint, Parteibildungen auf konfessioneller Grundlage und mit kirchenpolitischen Zielen seien süddeutsches Gewächs. Richtig ist, dass in Baden schon seit Beginn der fünfziger Jahre kirchliche Fragen und konfessionelle Gegensätze das öffentliche Leben bewegten und bestimmten, dass in Hessen noch vor dem Kulturkampfe im Reiche und in Preussen die liberale Partei in ihrem Kampfe gegen das Ministerium Dalwigk zugleich ihrem Hasse gegen die katholische Kirche Luft machte. Aber „Ansätze kirchenpolitischer Parteibildung" gab es weder da noch dort. Soweit nicht die Verteidigung der kirchlichen Interessen von den kirchlichen Organen selbst geführt wurde, waren es höchstens einzelne Persönlichkeiten, welche in der Kammer dafür eintraten, so Buss in Baden, Seitz in Hessen. In Bayern aber lagen die Dinge überhaupt anders. Hier war der entscheidende und die Parteileidenschaft aufrüttelnde Gegensatz der zwischen altbayrisch-konservativ und preussenfreundlich-liberal. Nicht darüber ärgerte man sich in Bayern, dass die von Max II. berufenen Dichter und Gelehrten Protestanten, sondern dass es „Nordlichter" waren, und noch viele Jahre später machte der extreme Flügel des altbayrischen Partikularismus gar kein Hehl daraus, dass ihm ein liberaler Bayer immer noch erwünschter war, als ein preussischer Katholik. Hätte es in Süddeutschland Ansätze zu kirchenpolitischer Parteibildung gegeben, sie hätten schon 1868 bei den Wahlen zum Zollparlament in die Erscheinung treten müssen. Aber in Bayern wählten damals die späteren Zentrumswalhkreise „bayrisch-konser-

vativ"; mit dieser Etikette erschienen die späteren Zentrumsabgeordneten Freiherr von Aretin, Freiherr zu Frankenstein, Freytag, Freiherr von Hafenbrädl, Krätzer, Freiherr von Ow in Berlin. In Württemberg nannte sich das spätere Zentrumsmitglied Probst „grossdeutsch". Hessen sandte nur Liberale verschiedener Schattierung, und wenn der Badener Lindau als „klerikal" verzeichnet wurde, so lag dies nicht daran, dass dort eine organisierte klerikale Partei im öffentlichen Leben bestanden hätte, sondern daran, dass man für den keiner politischen Partei angehörenden katholischen Volksmann eine andere Bezeichnung nicht hatte. Spahn sagt: „In den kleinen deutschen Staaten fristeten die Ansätze kirchenpolitischer Parteibildungen ihr Dasein noch weiter, bis die vorbildliche Entwicklung des Parteiwesens im Reich sie zwang und zwingt, den konfessionellen Charakter zunächst satzungsgemäss, allmählich auch tatsächlich abzustreifen." Das Umgekehrte ist das Richtige! Nicht nur den Namen entlehnten die bayerische, württembergische, badische und hessische Zentrumsfraktionen von dem Zentrum in Berlin, sondern sie hatten von dort auch gelernt, sich auf kirchenpolitische Grundsätze zu stellen und diese im parlamentarischen Kampfe zu verteidigen oder zu verwerten. Noch in den achtziger Jahren unternahm es das bayrische Zentrum, nachdem es kurz zuvor seinen alten Namen der patriotischen Partei aufgegeben hatte, auf diesem Wege das Ministerium Lutz zu Fall zu bringen.

Die Süddeutschen, welche 1871 zum Zentrum kamen, suchten in erster Linie Schutz und Rückhalt für ihren Gegensatz gegen preussischen Unitarismus. Nur wenigen mag der Gedanke aufgegangen sein, dass in dem seit 1866 völlig veränderten Deutschland und bei der weitgehenden Verschiebung des konfessionellen Verhältnisses innerhalb der Bevölkerung eine politische Organisation der deutschen Katholiken nötig geworden sei. Nicht sie waren es, die den konfessionellen Einschlag brachten.

Spahn meint, daran habe man bei der Begründung der Partei nicht oder nicht ernstlich gedacht, „dass man eine dauernde Oppositionsstellung mit der Front gegen die Regie-

rung beziehen werde." Von den preussischen Mitgliedern trifft dies nicht zu. Savigny, Mallinckrodt, die beiden Reichensperger und erst recht Windthorst waren schwerlich im Unklaren, dass es auch im Reiche zu schweren Kämpfen kommen werde, und eine Oppositionsstellung der Regierung gegenüber war ihnen nichts Neues oder Unbehagliches. Der Bischof von Mainz freilich hoffte auf die Regierung. Er sah den Feind im Liberalismus und seinen Vertretern, deren kleinliche Böswilligkeit er in Hessen kennen gelernt hatte. Sein Ideal waren die Bestimmungen der preussischen Verfassung, welche die Selbständigkeit der katholischen Kirche gewährleisteten. Diese wollte er in die Verfassung des neuen Reichs aufgenommen wissen. Was er demnächst in Berlin erfuhr, gehörte zu den bittersten Enttäuschungen seines Lebens. Der Versuch, welchen das Zentrum in der bezeichneten Richtung unternahm, schlug fehl Aber noch vor der „Grundrechtsdebatte", welche in den ersten Tagen des April stattfand, hatte sogleich bei Beginn des Reichstags die Adressdebatte ein grelles Licht auf die Situation geworfen. Sie war nach Kettelers Ausdruck „entscheidend und verhängnisvoll für die Stellung der überwiegend protestantischen Majorität bei allen Verhandlungen, welche nach irgend einer Seite mit konfessionellen Fragen in Zusammenhang standen".

Überraschender aber als alles Bisherige ist, was Spahn über die Bedeutung des Kulturkampfes für das Zentrum zu sagen weiss. Hier stellen sich ihm die Dinge förmlich auf den Kopf. Nach seiner Auffassung war Bismarck allein der Verantwortliche. Seine gewaltige Imperatorennatur ertrug kein Parlament als selbständigen Machtfaktor. Die liberale Opposition der sechziger Jahre hatte er besiegt. Der grössere Teil der früheren Gegner folgte jetzt der Führung des Reichskanzlers. Ein anderer Teil, die Fortschrittspartei, schreckte ihn nicht; sie war ein mehr lästiger als gefährlicher Gegner. Aber das Zentrum! Wäre es die alte katholische Fraktion gewesen, „auf konfessioneller Grundlage errichtet, ohnmächtig von den übrigen Parteien und von der positiven Teilnahme am Staatsleben abgeschnitten," — er würde sich nicht darum gekümmert haben. Statt dessen sah er sich gegenüber

„einer grossen, wohlgeordneten politischen Partei mit selbständigem Programm, unter der Führung eines Mannes, dessen bedeutende Eigenschaften er durch amtliche und parlamentarische Verhandlungen der letzten Jahre kannte". „Das Parlament . . . als gleichberechtigter politischer Faktor, als organisierte Volksvertretung gewann für Bismarcks scharfes Auge in dem kleinen Manne zum ersten Male während der deutschen Verfassungsgeschichte Leben, Bedeutung. Er nahm diese Tatsache zunächst persönlich, Windthorst konnte nur vorhaben, ihn zu stürzen. Aber in dem Masse, wie er seinen Willen und sein Genie mit dem Wohl des Reiches ehrlich zu identifizieren gewohnt war, fand er auch das Reich gefährdet." Darum also unternahm er den Kulturkampf, den Kampf gegen die katholische Kirche, ihre Diener und Würdenträger, ihre Organisation und ihr innerstes Leben, gegen ein starkes Drittel der Bevölkerung des neuen Reiches, — nur um dem Zentrum das Wasser abzugraben, um sich den lastigen parlamentarischen Einfluss vom Halse zu schaffen!

Allen Respekt vor der Reichstagsfraktion jener Tage, und Windthorst, der Unvergessliche und Unvergleichliche in allen Ehren, — aber das klingt doch stark nach Überschätzung. Was bedeutete denn das 67 Mann starke Zentrum, trotz der Kapazitäten, über welche es verfügte, gegenüber der grossen Majorität des Reichstags, auf deren Gefolgschaft Bismarck zählen konnte? Nichts! Es war eine Partei der Abwehr, und die Reden seiner grossen Führer verbreiteten weithin im Lande Klarheit über den unverfälschbaren Sinn der kirchlichen Grundsätze und die Pläne und Tücken der Gegner. Praktische Erfolge waren nicht zu erreichen. Von jeder positiven Mitarbeit waren die Mitglieder tatsächlich ausgeschlossen. Wie sehr der Kanzler Windthorst hasste, wissen wir aus seinem eigenen Munde; ob er ihn je als ebenbürtigen Gegner anerkannt hat, steht dahin. Ausserdem hatte Windthorst dazumal noch gar nicht die Führung; erst als Mallinckrodt im ersten Jahre der zweiten Legislaturperiode gestorben war und Franckenstein nach dem Tode Savignys den Vorsitz übernahm, fiel sie ihm unbestritten zu. Der Ärger über die neue Partei und den Welfen in ihr hat zwei-

fellos bei Bismarck mitgewirkt; für sich allein hätte er ihn nicht zum Kulturkampf getrieben, und als einen Kampf gegen den Parlamentarismus hat er diesen gewiss nicht aufgefasst.

Spahn meint sodann den Kulturkampf auch darum beklagen zu müssen, weil durch ihn „das Zentrum in seiner Entwicklung als politische Partei beeinträchtigt wurde". Bisher glaubte man umgekehrt, das Zentrum verdanke dem Kulturkampf seine Stärke und innerliche Geschlossenheit. Er gab das Feuer, in welchem die nach Stammeszugehörigkeit und sozialer Stellung, nach beruflichen und wirtschaftlichen Interessen so ganz verschiedenen Elemente zusammengeschmiedet wurden. Weil man jahrelang treue Waffenbrüderschaft gehalten, weil man die heiligsten Überzeugungen in schwerer Zeit gemeinsam vertreten und verteidigt hatte, darum wollte und darum *konnte* man auch späterhin zuzammenbleiben. Die hundertköpfige Fraktion war ein einheitliches Ganzes geworden. Kein Führergenie und keine planmässige Erziehung hätte sie dazu machen können, am wenigsten, wenn hierfür dasjenige leitend gewesen wäre, was sich der Verfasser als Gedanken Windthorsts zurecht legt. Auf eine staatsrechtliche oder politische Theorie lässt sich keine Partei aufbauen. Ihr Zustandekommen erheischt wirksamere Impulse, die jeder einzelne in sich erleben kann und die sich im Kontakt mit den Wählermassen steigern und verstärken. Aber die *geschichtlich gewordene* Partei konnte sich getrost auch unter veränderten Verhältnissen der Führung des Mannes anvertrauen, dessen Weitblick und dessen nie versagende erfinderische Taktik sie in den Tagen des Kampfes kennen gelernt hatte.

Eine *politische* Partei aber war das Zentrum von allem Anfang an. Es wollte eine politische Partei sein nach seinem Programm und nach den Absichten seiner Führer. Das hat schon Bischof Ketteler in seiner Schrift vom Jahre 1872 nachdrücklich geltend gemacht. Durch die geschichtliche Entwicklung aber ist es erst dazu geworden. Der lange Kampf gegen die Regierung und gegen die Majoritätsparteien machte es naturgemäss zu einem der vornehmsten Hüter des verfassungsmässigen Rechts. Niemals konnte es der Partei in

den Sinn kommen, an der Grundlage zu rütteln, auf der sie stand. Aus ihrer Zusammensetzung erwuchs ihr die Aufgabe, bei jeder grossen Frage zunächst in sich selbst den Ausgleich der verschiedenen Meinungen und Interessen zu suchen und so einer jeden gegenüber eine eigene positive Stellung zu gewinnen. Neue politische Pflichten fielen ihr zu, als die geschichtliche Entwicklung sie in die Rolle einer führenden und ausschlaggebenden Partei versetzt hatte. Nach M. Spahn gewinnt es den Anschein, als ob es dies der politischen Weisheit seiner Führer verdankt hätte. Darin läge nicht nur eine Verkennung der Tatsachen, sondern zugleich eine verhängnisvolle Täuschung. Nicht das überragende Talent Windthorsts, welcher zudem am 14 März 1891 starb, noch die überraschende Sachkenntnis Liebers in Marinefragen, noch Spahns, des Vaters, juristische Technik, noch Hitzes sozialpolitische Detailarbeit konnten der Partei diese Stellung verschaffen. Herbeigeführt wurde dieselbe vielmehr durch den unaufhaltsamen Niedergang der nationalliberalen Partei und das wachsende Anschwellen einer radikalen Linken. So wurde das Zentrum, die Partei der Mitte und zugleich die numerisch stärkste Partei, der unentbehrliche Bestandteil jeder Majoritätsbildung im Reichstag und damit diejenige Partei, auf welche die Regierung notgedrungen sich stützen musste.

Trotzdem durfte der Ausspruch nie vergessen werden, welchen Windthorst am 8 Mai 1879 im Reichstage tat, als der Umschwung in der Wirtschaftspolitik zum ersten Male eine Änderung in der Stellung der Parteien gebracht hatte: „Wir sind heute, was wir gestern waren und werden morgen sein, was wir heute sind." Das Zentrum im Reichstage war und ist die politische Organisation der deutschen Katholiken. Wohl wünschten und hofften schon die Begründer, dass auch Angehörige anderer Konfessionen beitreten möchten. Das Programm, welches die kirchliche Freiheit niemals im Sinne einer Privilegierung der katholischen Kirche verstanden wissen wollte, war kein Hindernis. Die historische Entwicklung, das Zurücktreten der religiösen Fragen in den Verhandlungen des Reichstags, die grundsätzliche Stellung, welche die Fraktion den wichtigsten verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen

und sozialen Fragen gegenüber einnahm, hätten den Beitritt Andersgläubiger fördern müssen. Er ist trotzdem zu keiner Zeit in nennenswertem Umfange erfolgt. Die letzten Wahlen haben die hannoverschen Hospitanten bis auf einen einzigen beseitigt.

Hier liegt der Punkt, wo Spahn weit über das Ziel hinausschiesst. Oder richtiger: er übersieht die Imponderabilien, welche das Parteileben der Völker am tiefsten zu beeinflussen pflegen.

Die „Konfessionalität der sie tragenden Volksbewegung" gab, wie er meint, der jungen Fraktion „eine schmale und in Deutschland besonders bedenkliche Basis". Dies soll sich Windthorst niemals verhehlt haben, während andere, vor allem Mallinckrodt, „im Innersten in dem Gedankenkreis der katholischen Fraktion standen." Auch zwangen gerade die ersten Entwicklungsjahre das Zentrum des Reichstags, sich fast ausschliesslich auf kirchenpolitischem Gebiete zu betätigen und seine Kräfte in konfessionellen Streitigkeiten aufzureiben. Aber das konnte anders werden, wenn die Verhältnisse sich änderten. „Eine Parteidoktrin schleppte es nicht hinter sich, es war frei, reale Politik zu treiben" und dereinst „dem Reiche eine seiner Verfassung durchaus entsprechende Partei zu bilden und seine Entwicklung begeistert zu pflegen". Im Anfang der neunziger Jahre war dieses Ziel erreicht. Bei der Beratung der Heeresvorlage erklärte Lieber seine Partei „*unter Ausschaltung jedes konfessionellen Elements als föderative und sozial-politische Reichspartei*". Das Erbe Windthorstscher Politik soll er damit übernommen haben. Und nun brach eine herrliche Zeit an. Unter Hohenlohes Kanzlerschaft fiel der Schwerpunkt des politischen Lebens in den Reichstag. Seine Präsidialgeschäfte übernahm im März 1895 das Zentrum an Stelle der Konservativen. Spahn erwähnt die besonderen Umstände nicht, unter welchen sich der Wechsel vollzog. Das Zentrum „übernahm zugleich den Hauptanteil an der gesetzgeberischen Arbeit des Reichstags, übte auch auf deren formelle Behandlung wie materielle Gestaltung den stärksten Einfluss aus". Zugleich schwand der Gegensatz zwischen den Parteien. „Ein Zusammenarbeiten von Zentrum, Konservativen und

Nationalliberalen wurde die Regel. Stetigkeit kam in die Gesetzgebung wie in die Budgetpolitik." „Schon verbreitete sich ein ruhiges Behagen in den an der Gesetzgebung beteiligten Faktoren."

Wer sich in Zentrumskreisen solch ruhigem Behagen hingegeben hätte, wäre durch die Vorkommnisse der letzten Wochen und Monate unliebsam aufgerüttelt worden. Zu seiner peinlichen Überraschung hätte er erfahren müssen, wie wenig in Wahrheit das konfessionelle Element aus dem deutschen Parteileben ausgeschaltet ist. „Ich hätte nicht geglaubt, dass die Katholikenpartei so verhasst sei", schrieb Harden in der „Zukunft." Mit wachsendem Unmute hatte man vielenorts die ausschlaggebende Stellung der Partei ertragen, den vielen und grossen Leistungen zum Trotz, auf welche sie sich berufen konnte. Eigene Kampfesorganisationen bliesen in das glimmende Feuer. Vielleicht hat Spahn davon gehört, wenn es auch zu seinen Lieblingsgedanken nicht passt, dass sich Windthorst stets gegen die Übernahme des Reichstagspräsidiums durch das Zentrum ausgesprochen hatte. So sehr war er nach dieser Richtung hin der „schmalen Basis" eingedenk geblieben. Trotz der tadellosen Amtsführung des Grafen Ballestrem verstummte die ärgerliche Klage darüber nicht, dass im Lande der Reformation ein Katholik an solcher Stelle stehe. Für die nach Tausenden zählenden Vertreter einer naturalistischen Weltanschauung war die Führerschaft des Zentrums das deutlichste Zeichen der über Deutschland brütenden Reaktion. Das brach nun alles hervor.

Zum Glücke aber hatte sich das Zentrum doch nicht völlig, „über die Volksbewegung erhoben, der es seine Wahlen verdankte". Pflegte auch im Reichstage seit langem fast nur von Armee und Marine, von sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen die Rede zu sein, so spielten doch in den Landesvertretungen, und nicht nur in Süddeutschland, wie man nach Spahns Darlegung vermuten könnte, sondern ganz besonders auch in Preussen, Kirchen- und Schulpolitik eine grosse Rolle. Zum Glück kamen die Wähler nicht auf den Gedanken, dass die Zentrumspolitik, der sie bisher angehangen hatten, die in Volksversammlungen und der Presse

(nach Spahn ist dieselbe bis jetzt „mehr katholische als Zentrumspresse" gewesen) vertreten wurde, nur gleichsam die *exoterische* sei, und es daneben noch eine *esoterische*, von dem grossen Windthorst eigentlich gewollte und von den Diadochen in die Tat übersetzte Zentrumspolitik gebe. Wäre das Zentrum wirklich nichts als eine „sozialpolitische und föderative Reichspartei," es hätte gegenüber dem Frontwechsel des Reichskanzlers, dem Aufmarsch der feindlichen Parteien und der zweifellos wirksamen nationalen Parole sich nicht in seiner alten Stärke behaupten können. Zumal auch in den Kreisen seiner Wähler Zweifel über die Richtigkeit der Aktion vom 13 Dezember aufgetaucht sein mochten. Aber die katholischen Wähler blieben ihm treu, weil sie darin ihre politische Organisation erblickten, als Partei der Abwehr entstanden, durch den Kulturkampf stark geworden, aber auch heute noch berufen, wo es nottut, ihre besonderen Interessen parlamentarisch zu vertreten.

An Tatsachen lässt sich nicht rütteln. Das Zentrum ist die politische Organisation der deutschen Katholiken; von da stammt ihm seine Kraft, ebenso aber auch die Grenze seiner Machtsphäre. Spahn spricht von der Möglichkeit, dass sich eine andere „grosse Verfassungs- und sozialpolitische Partei" bilden könne. Vielleicht kommt sie jetzt und erfüllt damit die Wünsche des Fürsten Bülow. Das Zentrum aber bleibt, was er war. Eine politische Partei, mit politischem Programm, mit politischen Grundsätzen, politischen Aufgaben und Zielen, keine religiöse oder konfessionelle Partei in dem Sinne, dass es ausschliesslich katholische Interessen zu vertreten oder politische Fragen unter kirchlichen Gesichtspunkten zu bemessen hätte. Aber es ist als die historisch gewordene Organisation der katholischen Minderheit in Deutschland *eine politische Partei auf konfessioneller Grundlage*, ganz ebenso wie es politische Parteien auf nationaler oder gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Grundlage gibt oder geben kann. Die praktischen Konsequenzen daraus mögen diejenigen ziehen, die es angeht."

Alsbald erschien in der „Köln. Volksztg." (No. 436

v. 19. 5. 07) an leitender Stelle unter der Überschrift: „*Eine politische Partei auf konfessioneller Grundlage*" folgende Antwort:

„Eine politische Partei auf konfessioneller Grundlage, so ist das Zentrum in den letzten Jahren von manchen seiner Angehörigen bezeichnet worden. Und man muss gestehen, dass diese Bezeichnung etwas Bestechendes hat. Sie vermag die Wirkung einer *Formel* auszuüben, welche scheinbar gründlicher als jede andere den verschiedenen Seiten des praktischen Lebens der Partei gerecht wird. Dennoch ist sie diese Formel nicht. Wir haben es immer bekämpft, wenn man das Zentrum als konfessionelle Partei hinstellte, und unsere Leser wissen, dass dies nicht nur aus Taktik geschah, sondern weil eine solche Charakteristik mit dem Denken und Fühlen unserer fortgeschrittensten und begeistertsten Zentrumswähler und Zentrumsführer unvereinbar ist. Auch die Bezeichnung des Zentrums als „politische Partei auf konfessioneller Grundlage" lehnten wir regelmässig ab; doch litten wir dabei unter dem Missstand, dass diese Bezeichnung, so oft sie gebraucht wurde, nie genauer umschrieben und begründet erschien. Deshalb war es schwer, wider sie zu fechten, schwerer noch, sie den Zentrumsanhängern in ihrer politischen Unmöglichkeit klarzulegen.

Jetzt ist dieser Mangel glücklicherweise beseitigt. Im „*Hochland*" hat ein Mitarbeiter, der offenbar der Partei treu ergeben ist und mit Wärme an ihr hängt, in einer Besprechung der Spahnschen Schrift über „Das deutsche Zentrum" durchsichtig und interessant den Gedankengang skizziert, der zu der Formel von der „politischen Partei auf konfessioneller Grundlage" führte. Man muss dem „Hochland" Dank wissen, dass es diesen Ausführungen zum Licht verhalf, die vielleicht für eine Tageszeitung nie geschrieben worden wären und sicherlich in einer solchen keinen so nachdenklichen, ruhig abwägenden Leserkreis gefunden hätten. Pflicht der Tagespresse ist es nun jedoch, Stellung zu den leider anonym erschienenen Darlegungen zu nehmen.

Der Mitarbeiter des „Hochland" befehdet die *Spahnsche*

Schrift „zur Steuer der geschichtlichen Wahrheit, was die Vergangenheit, zur Ausräumung verhängnisvoller Täuschungen, was Gegenwart und Zukunft angeht". Immer wieder zieht er aus seinen Ausführungen das Fazit, dass das Zentrum als „Abwehrpartei" der deutschen Katholiken gegen die kulturkämpferischen Neigungen der Liberalen gegründet worden sei, und dass es seine natürlichen Lebensbedingungen aufgebe, so oft es mehr als eine Partei der Abwehr, mehr als die politische Organisation der deutschen Katholiken sein wolle. Seinem Zwecke nach, deutet er an, solle das Zentrum Ersatz für die politische Machtminderung bieten, die der deutsche Katholizismus durch das Ausscheiden Oesterreichs und die Säkularisation erfahren habe. Dieses will der Verfasser des „Hochland"-Artikels aus der Entstehungsgeschichte der Partei wie aus dem vermeintlichen Misserfolg ihrer Politik in den letzten anderthalb Jahrzehnten dartun.

Was die Vergangenheit, d. h. was die *Entstehung der Zentrumspartei* angeht, so mag Hr. Spahn selber als Historiker, wenn er will, den Einwendungen gegen seine Auffassung begegnen. Uns ist in dem „Hochland"-Artikel aufgefallen, dass er eingehend bestreitet, dass „Ansätze kirchenpolitischer Parteibildung" ausserhalb Preussens vor 1870 bestanden hätten. Die badische Kasinobewegung der sechziger Jahre, die katholische Gruppe im nassauischen Landtag (vier Mitglieder), sowie die in der kurhessischen Ständeversammlung (fünf Mitglieder) — andere Angaben haben wir augenblicklich nicht zur Hand — scheinen dem Herrn Verfasser unbekannt zu sein. Auch scheint er „Ansätze kirchenpolitischer Parteibildung" immer erst da anerkennen zu wollen, wo sie sich bis zur Fraktionsbildung entwickelt haben, was z. B., wenn man den Grundsatz verallgemeinern sollte, für die heutige nationalsoziale Bewegung Naumanns zu sehr irrtümlichen Vorstellungen führen müsste, zu noch irrtümlicheren aber für die Vorgeschichte des Zentrums führt. Sodann müssen wir einer anderen Behauptung ausdrücklich als katholische Rheinpreussen widersprechen, dass nämlich „der konfessionelle Gegensatz die Ursache" gewesen sei, weshalb „die katholischen *Rheinländer* und *Westfalen* sich nicht mit der gleichen Rückhaltlosigkeit und

Wärme als Preussen fühlten, wie die Söhne der östlichen Provinzen". Wer sich der Konfliktsjahre erinnert, von 1848/49 ganz zu schweigen, der weiss, dass es um die preussische Gesinnung der liberalen Rheinländer nicht nur nicht besser als um die der Anhänger der katholischen Fraktion, sondern erheblich schlechter bestellt war, und dass es nicht eine Zufallslaune war, sondern ein Rückfall in alte Gesinnungen, wenn ein grosses liberales Blatt der Rheinprovinz noch in den neunziger Jahren von der „Revision der monarchischen Gesinnung" sprach. Gewiss hat der konfessionelle Gegensatz zwischen Ost und West stark auf uns eingewirkt, aber ihn als alleinige Ursache der Abneigung der Rheinländer wider den altpreussischen Staat und damit uns entschiedene Katholiken als dessen einzige Gegner im Westen vor 1870 darzustellen, das spricht den Tatsachen Hohn und entlastet die rheinischen Liberalen von einem Schuldkonto, das recht reichlich zu bemessen ist.

In Hinsicht aber auf die Ereignisse, die unmittelbar zur Parteigründung geführt haben, können wir nicht einsehen, dass der Abstand zwischen den Aufstellungen des „Hochlands" und denen des Spahnschen Buches so gross ist, wie der Herr Verfasser des „Hochland"-Artikels meint. Beide Herren scheinen uns die Ansicht zu vertreten, dass die liberale Partei, nachdem sie 1866 ihren Frieden mit Bismarck gemacht hatte, auf einen Kampf wider christliche Schule und Kirche ausging, dass sich das katholische Gefühl schon sogleich wider die ersten Taten der Liberalen auf diesem Gebiete empörte und dass die Katholiken unter dem Eindruck ihrer Erregung bei den Wahlen vom Herbst 1870 und Frühjahr 1871 ihre Stimmen auf Kandidaten vereinigten, die auf christlichem, katholischem Boden standen. Gewählt, begründeten die Kandidaten erst das preussische Landtags-, dann das Reichstagszentrum. Diese Ansicht halten wir für zutreffend und auch für präziser, als etwa das Bild, das Freiherr v. Hertling am 4. März in seiner glänzenden Rede im Reichstag entwarf: „Meine Herren, als vor 35 Jahren auf den blutdurchtränkten Schlachtfeldern Frankreichs das neue Reich gegründet wurde, da gab es keinen Gegensatz mehr von

Nord und Süd, von katholisch und protestantisch. Da sind alle getrennten Stämme unseres Vaterlandes in freudiger Begeisterung zusammengeeilt. Es war ein verhängnisvoller Fehler des Fürsten Bismarck, dass er dem neu entstandenen Deutschen Reiche den Kulturkampf in die Wiege legte unter dem Andrang der liberalen Partei. Auch das habe ich erlebt, wie in unseren Kreisen die freudige Begeisterung in Misstrauen, in Groll und Erbitterung umschlug. Damals, meine Herren, ist die Zentrumsfraktion zustande gekommen." Frhr. v. Hertling übersah, dass sich die Zentrumsbewegung schon 1870 vor der Reichsgründung vollzog, während Bismarcks kulturkämpferische Wendung erst in die Wende des Jahres 1871 auf 1872 fiel. Aber — und hier unterscheiden wir uns aufs stärkste von dem Verfasser des „Hochland"-Artikels — so gewiss das Aufflammen des katholischen Gefühls wider das liberale Treiben von 1866 bis 1870 die nächste und dringlichste Veranlassung der Parteigründung war, und so gewiss wir es ihm verdanken, dass die Partei sogleich stark und fest organisiert wurde, so ist sie doch nun und nimmer nur das Erzeugnis dieses Abwehrbedürfnisses gewesen. Es handelt sich hier nicht um dieses oder jenes Datum, sondern um das Prinzip der Partei. Ist sie von Geburt und Natur eine konfessionelle Partei oder haben von jeher Keime eigenartigen politischen Lebens in ihr gelegen?

Wir kommen nicht daran vorbei: *ist die Partei nur als Abwehrpartei entstanden, hat sie sonst keine eigentümlichen Merkmale, d. h. hat sie als politische Partei überhaupt keine Eigenart, so ist und bleibt sie eine konfessionelle Partei*, ob man sie nun gradezu so nennt oder ob man sie als politische Partei auf konfessioneller Grnndlage umschreibt; denn schliesslich, dass eine konfessionelle Partei nicht nur zu kirchlichen Fragen Stellung nimmt, macht sie noch nicht zur politischen Partei. Der Verfasser des „Hochland"-Artikels hält sich zu sehr an die nächste Veranlassung der Parteigründung. Er fragt aber nicht, ob etwa mit den politischen Parteien, die 1870 organisiert und wirksam waren, ob mit den Liberalen und Konservativen die Möglichkeiten grosser Parteibildung schon erschöpft waren, die durch unsere Ver-

fassung, durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse unserer Nation, durch dis sozialen Entwickelungstendenzen, vor allem durch die Entstehung des Reichsorganismus hervorgetrieben werden konnten. Im Jahre 1870 mag es freilich noch kaum möglich gewesen sein, diese Frage bewusst zu stellen, und noch viel weniger möglich, sie so bestimmt mit einem Nein zu beantworten, wie wir, zurückschauend, heute es dürfen. Aber ein Gefühl des Unbefriedigtseins genügt bei derartigen geschichtlichen Situationen, um neuen Bildungen zum Spriessen zu verhelfen, und *dieses Ungenügen an den alten Parteibildungen — das fand sich damals allerdings in sehr vielen katholischen Kreisen.* Nicht nur liberale Kulturkämpferei, gegen die sich alle gläubigen Katholiken aufbäumten, führte die Zentrumsfraktion zusammen, sondern auch eine vielleicht noch über sich selbst unklare *Sehnsucht, im Unterschied von den Liberalen christliche, im Unterschied von den preussischen Konservativen deutsch-volkstümliche „reichische" Staats- und Gesellschaftsprinzipien zu verwirklichen.* Es waren keine bloss negativen Abwehr-, sondern höchst organische, staatsbildende politische Gedanken, die da in den jungen Bewegungen der Fraktion lebendig wurden. Der Verfasser des „Hochland"-Artikels täuscht sich, wenn er annimmt, dass „so ganz verschiedene Elemente" die Fraktion gebildet hätten. Er wiederholt damit nur den ersten, unberechtigten Eindruck Reichenspergers vom December 1870, dass „so heterogene Elemente" in der Fraktion vereinigt seien. Freilich, eine Anzahl von Mitgliedern recht heterogener Natur ist immer in der Fraktion gewesen und ist wohl auch heute noch darin. Aber die Mehrzahl stand sich in den tiefsten Grundfragen des politischen Denkens von Anfang an nahe und ist sich in ihnen immer einiger geworden. In diesen Grundfragen aber unterscheidet sie sich grundsätzlich von rechts wie links.

Aus eben dieser Ursache scheint es uns jedoch auch berechtigt, dass Spahns knappes Schriftchen die Grenze zwischen katholischer Fraktion und Zentrum, zwischen dem rheinisch-liberalen ersten Entwurf des Zentrumsprogramms und dessen sozialer und politischer Umarbeitung in Essen schneidend scharf gezogen hat. Es ist zwar zuzugeben, dass

„*die soziale Frages*" damals schon seit Jahren ein ständiges Thema der katholischen Generalsversammlungen bildete, aber die Erörterungen noch auf Jahre hinaus ein akademisches Gepräge trugen". Die Frage war eben noch nicht zur gesetzgeberischen Lösung reif. Aber das mindert nicht die Bedeutung der Tatsache, dass die soziale Frage sofort in das Programm der neuen Partei hineingebracht wurde und zwar unter der Einwirkung desjenigen Wählerkreises, welcher der Partei auf die Dauer ihre unermüdlichsten Vorkämpfer stellen sollte — unserer christlichen Arbeiter! Die Art, wie die soziale Frage in Essen 1870 betont und wie Richtlinien zu ihrer Lösung dort angedeutet wurden, bildete das erste ganz klare unterscheidende Merkmal, durch das sich die politische Eigenart der Partei kennzeichnete. Wer dieses Merkmal verkennt, verschliesst seine Augen der ganzen weiteren Entwicklung der Partei. Er sieht nicht, welche Fülle von politischer Eigenart und eine wie starke staatliche Organisationskraft sie nach den Jahren ihrer Konsolidierung im Drange des Kulturkampfes von 1878 entfaltete. Es fehlt ihm die Vorstellung der Notwendigkeit von immer neues Leben schaffenden und immer neue Anziehungskraft ausübenden Prinzipien für diese wie jede grosse Partei. Statt dessen lebt er noch in dem Gedanken weiter, dass der ursprüngliche Zusammenhang zwischen Landtags- und Reichstagsfraktion, der sich schon seit 1892 löste, noch fortwirke, und hegt schliesslich gar die Meinung, das die Partei den letzten harten Wahlkampf nur deshalb so gut überstand, weil die Wähler die Interessen des Katholizismus durch den Hass der anderen Bürger und durch die Wendung der Reichsregierung bedroht sahen: elementar habe sich der Charakter der Partei als politischer Abwehrorganisation der deutschen Katholiken wieder geltend gemacht. Wie weit trifft diese Meinung doch für jeden vom Ziele, der den Wahlkampf mitten unter den Leuten selber mit durchkämpfte! Nicht für ihren Katholizismus, sondern für ihr Zentrum, für die Verkörperung ihrer politischen Ideale in sozialpolitischer wie nationaler Hinsicht standen die Hunderttausende christlicher Arbeiter im Rheinland und Westfalen in lohender Begeisterung auf. Für ihr Zentrum als

deutsche Partei und für ihr Zentrum als Partei, die wirtschafts- wie rechtspolitisch ihre Interssen schützt, erhoben sich ganz ebenso die westfälischen Bauern, die hinter Herold stehen, und die bayerischen Bauern, die Heim organisierte, und sie hielten Stellung um Stellung. Der Katholizismus, d. h. die Sorge vor einem neuen Kulturkampf, spielte eine ausschlaggebende Rolle vielleicht im dem einen oder anderen der „bombensicheren" Wahlkreise. Wo es den letzten Mann galt, wo allein die flutende Begeisterung helfen konnte, da waren es durchweg die positiven politischen Grundsätze und Handlungen der Reichstagsfraktion, für welche die Wähler sich einsetzten.

Der Verfasser des „Hochland"-Artikels spricht mit leisem Hohne von den Männern, die sich die volle Durchbildung der politischen Eigenart des Reichstagszentrums, wie sie sich bei den letzten Wahlen bewährte, zur Lebensaufgabe setzten. Er weiss an Lieber nichts als die überraschende Sachkenntnis in Marinefragen, an Spahn, dem Vater, nur die juristische Technik nnd an Hitze nur die sozialpolitische Detailarbeit zu rühmen. Er muss seitab gestanden haben, schon von dem Augenblicke an, da der persönlich so überaus bescheidene Hitze die Reichstagsparteien mitten im Feuer der leidenschaftlichsten Angriffe des alten Kanzlers zum ersten Male in der Geschichte des Reichstages zu „unparteiischer", sachlicher Zusammenarbeit an grossen gesetzgeberischen Arbeiten brachte und dadurch die Situation herbeiführte, die den Reichstag stark genug machte, die Arbeiterschutzgesetzgebung den Regierungen abzuzwingen. Welcher Reichtum von algemein politischen Anschauungen lag dann der Lieberschen Führung in den 90er Jahren zugrunde, seiner Einigung von Konservativen und Nationalliberalen auf im wesentlichen ganz neuen parlementarischen Grundlagen! Und glaubt der Herr Verfasser des „Hochland"-Artikels, dass es die alljährlichen Mensuren des Hrn. v. Bülow mit Hrn. Bebel waren, die der Sozialdemokratie das Rückgrat als politische Partei gebrochen haben? Ist sie nicht vielmehr der Ueberanstrengung und dem Misserfolg ihres zweimonatlichen Obstruktionskampfes wider die Verfassung des Reichstages erlegen? Und war es in diesem

wirklich nur Spahns, des Vaters, juristische Technik, die zum Siege der Parteien der positiven Arbeit über den vortrefflich gelenkten und entschlossenen Feind führte? Ja, wenn man über diese Tatsachen hinwegsieht, mag man sagen, wie es im „Hochland" geschieht, dass das Zentrum nur zu Einfluss kam, weil der Liberalismus unaufhaltsam niederging und die radikale Linke anschwoll. Aber wie kommt es dann, dass die letzten zwei Jahrzehnte unseres politischen Lebens so fruchtbar an Ergebnissen gewesen sind, dass wir die Arbeiterschutzgesetzgebung leisteten, ein vortreffliches Bürgerliches Gesetzbuch einführten, ohne Konflikt in die Zeit der Weltpolitik hinüberlenkten und zu einer Flotte gelangten, dass endlich auch die Wirtschaftspolitik unseren Landwirten genügte und doch eine industrielle Hochkonjunktur möglich blieb? Ist das alles durch Heinzelmännchenarbeit fertig geworden, während der Liberalismus niederging und eine „Abwehrpartei" die Majoritäten bildete? Oder ist es denkbar, dass das Zentrum, wenn es etwa doch an all diesen grossen Errungenschaften wesentlich beteiligt war, so vieles nicht aus innerster Veranlagung, nicht infolge der besonderen Eigenschaften seines politischen Programms, sondern nur in Ermangelung Berufenerer geleistet habe?

Vielleicht überzeugen wir den Herrn Verfasser indessen besser noch auf eine etwas andere Weise. Es gibt gegenwärtig nur ein einziges Problem, das dem Zentrum arge Sorge bereitet, weil es zu keiner einheitlichen und politisch übersehbaren Haltung zu ihm kommen kann. Dieses eine Problem ist die *Polenfrage*. Ueberall sonst haben wir jetzt klaren Weg vor uns und gehen wir geschlossen. Sollte aber das Versagen der Partei in der einen einzigen Polenfrage nicht damit zusammenhängen, dass sich von allen territorialen Organisationen der Partei die schlesische, die das Polenproblem zunächst angeht, bisher noch am unvollkommensten durchgebildet hat und am ehesten noch dem Ideale einer „politischen Partei auf konfessioneller Grundlage" gleichkommt? Die Gewerkschaftsfrage bot parteipolitisch am Rhein und in Westfalen eine Zeitlang kaum mindere Schwierigkeiten als die Polenfrage. Die rheinisch-westfälischen Provinzorganisationen haben der Partei über sie allmählich hinweggeholfen. Die schlesische

Provinzorganisation vermag bisher dagegen der Partei nicht den gleichen Dienst in der Polenfrage zu leisten, obwohl diese uns nun schon 20 Jahre beschäftigt.

Aber, so wendet der Verfasser des „Hochland" Artikels ein, indem das Reichstags-Zentrum aus dem Rahmen der Abwehrpartei heraustrat und sich nicht auf die Unterstützung der anderen Parteien beschränkte, sondern die Führung übernahm, hat es den Katholikenhass grossgezogen, der gegenwärtig seine Orgien feiert, und sich selbst vielleicht sein Grab gegraben. Die Tatsache des Hasses besteht. Ob er ärger ist, als der Hass von 1870 oder als der des Jahres 1887, da der Reichstag wegen des Septennats aufgelöst wurde, lässt sich nicht abmessen. Wir bestreiten aber, dass er durch die Führerschaft des Zentrums im Reichstag so leidenschaftlich geworden ist. Als einen viel wesentlicheren Grund für das Gelingen der Wühlarbeit des Evangelischen Bundes sehen wir die Unruhe der Bevölkerung durch unsere wenig glückliche auswärtige Politik an, welche die Nation gegen alle misstrauisch und unduldsam macht, welche politisch irgendwie massgebend sind, sei's draussen oder im Reiche. Dann freilich kommen hier auch die Entgleisungen einzelner Mitglieder des Zentrums in Betracht. Ernst Lieber war stets der Ansicht, dass sich die Partei zwar um der Selbsterhaltung willen, d. h. um die Herrschaft über das Gemüt ihrer Wähler zu behaupten, politisches Ansehen für ihre Leistungen sichern müsse; aber je mehr er die Partei in den Vordergrund des innerpolitischen Lebens führte, desto sorgsamer lauschte er auf jede Regung des nationalen Gefühls, desto grössere Vorsicht hielt er selbst bei nicht unberechtigten Klagen über nationale Einrichtungen und Veranstaltungen gerade für das Zentrum geboten, weil er wusste, welche Flut von Vorurteilen den Katholiken in nationaler Hinsicht entgegensteht und wie reizbar unsere verständnisvollsten Mitarbeiter, die Konservativen, in dieser Hinsicht sind. Nicht das Präsidium des Grafen Ballestrem war es also, das den Zorn der evangelischen Massen in ihrer Gesamtheit, gleichviel ob konservativ oder liberal, wider uns aufpeitschte!

Doch müssten wir auch zugeben, dass nicht auswärtiges

Missgeschick und nicht Verfehlungen des politischen Taktgefühls, sondern die Uebernahme der Reichstagsführung durch Lieber den Groll gegen uns grosszog, eines bliebe auch dann noch zu Liebers Rechtfertigung gegen den Tadler im „Hochland" bestehen, und es scheint uns von durchschlagenderer Kraft, als alles bisher Gesagte. Was gilt eine einzelne Partei gegenüber dem ganzen Vaterlande! Zugegeben, was nicht zuzugeben ist, dass die Liebersche Strategie allmählich zum Ruin des Zentrums führen müsste, wenn man sie auch jetzt noch festhält, man würde der Reichstagsfraktion dann doch die herrlichen Worte auf den Grabstein schreiben dürfen, die Frhr. v. Hertling in der schon einmal herangezogenen Rede vom 4. März auf die Partei gesprochen hat, als er in der Charakteristik ihres Entwickelungsganges auf die Zeit der 80er und 90er Jahre zu reden kam: „Die Zentrumsfraktion ist aus einer Partei der Opposition eine Partei der nationalen Mitarbeit geworden . . . Auch unsere Wähler haben allmählich diese Umwandlung mitgemacht, unsere Wähler haben sich allmählich überzeugt, dass die bisherige Oppositionsstellung, die durch die damaligen Verhältnisse bedingt war, den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprach. Unsere Wähler sind vollkommen davon durchdrungen gewesen, dass gerade die *ausschlaggebende und verantwortliche* Stellung der Zentrumsfraktion ihr grosse Pflichten der Nation gegenüber auferlegte . . . *Das war ein langer Erziehungsprozess, den wir vorzunehmen hatten, ein Erziehungs- und ein Gesundungsprozess . . .*"

Die Zukunft wird es wohl in schweren Tagen noch beweisen, was es für das Vaterland bedeutet, dass sich die mehr als 20 Millionen Katholiken, ein starkes Drittel unserer Bevölkerung, seit den 90er Jahren freudiger und freudiger am Leben des nationalen Staates und der nationalen Gesellschaft beteiligen. Vielleicht wird sie dann sogar rühmen, dass diese Erziehung der Katholiken die wichtigste und schwerste kolonisatorische und weltpolitische Tat am Ende des vorigen Jahrhunderts gewesen ist, die von der deutschen Politik geleistet wurde. Sie konnte aber nur geleistet werden, weil die Führung des Reichstagszentrums alle politischen Anlagen und

Ideen, die im katholischen Volksteil schlummerten, mit Macht heraustrieb, und weil die Wählerbewegung diesem Bemühen der Führer willig entgegenkam, glücklich darüber, dass auch ihre Anhänger einmal an vorderster Stelle im Vaterlande sich auszeichnen, im Dienste des Vaterlandes sich aufreiben durften.

Wir sind gewiss, dass auch *Windthorst*, der nur noch die Anfänge der Weiterentwickelung der Partei miterleben durfte, sie nicht nur gebilligt hätte, sondern dass er sie schon selber eingeleitet hat. Der Verfasser des „Hochland"-Artikels beruft sich freilich auf ihn gegen seine Nachfolger. Sein Ausspruch vom 8 Mai 1879, sagt er, dürfe nie vergessen werden, als der Kulturkampf zu Ende ging und das Zentrum die Wirtschaftspolitik Bismarcks unterstützte: „Wir sind heute, was wir gestern waren, und werden morgen sein, was wir heute sind". Diesen Ausspruch soll er getan haben, um kundzugeben, dass sich das Zentrum stets nur als „Organisation der deutschen Katholiken" betrachten werde, als „politische Partei auf konfessioneller Grundlage." Ganz anders lagen indessen die Dinge! Als im Jahre zuvor Bismarck die Nationalliberalen los sein wollte, da sie ihm bei aller Nachgiebigkeit nicht gefügig genug wurden, machte er den Versuch, durch Beendigung des Kulturkampfes das Zentrum zu gewinnen und gegen kirchenpolitische Zugeständnisse dieses statt der Nationalliberalen mit den Konservativen in einer Regierungsmehrheit zusammenzufassen, die politisch ihm zu Willen wäre. Sofort erfolgte einhelliger Widerspruch aus der Partei, am beredtesten aus Schorlemers Munde. Der Kanzler, enttäuscht, näherte sich noch einmal den Nationalliberalen, aber gleich darauf versagten sie bei der ihm so wichtigen Wirtschaftsgesetzgebung abermals. Dagegen unterstützte ihn jetzt das Zentrum in ihr aus sachlichen Erwägungen. Um dies klar zu stellen, sprach Windthorst jenes Wort. Es bedeutete, dass wir eine *im innersten konservativ gerichtete, aus der christlichen Weltanschauung heraus denkende, aber selbständige wahrhaft parlamentarische, d. h. paarungsunfähige Partei* nach wie vor seien und bleiben würden. Und Hand aufs Herz, sind wir es nicht noch heute? Paarungsfähig sind mit der Zeit alle anderen bürgerlichen Parteien geworden, vielleicht wird es demnächst, nach den Anzeichen in Baden, auch noch

die Sozialdemokratie; das Zentrum ist paarungsunfähig geblieben. Es hatte und hat dafür zu viel *eigenes Leben* in sich — zu Windthorsts Zeiten wie unter seinen Nachfolgern. So wird es hoffentlich auch bleiben: Es wird sicherlich nie eine konfessionelle Partei werden. Aber es soll sich auch nicht darauf zurückziehen, eine „politische Partei auf konfessioneller Grundlage", eine Abwehrorganisation der deutschen Katholiken zum Ersatz für die durch das Ausscheiden Oesterreichs erfolgte politische Machtminderung des deutschen Katholizismus zu sein. Es ist vielmehr eine politische Partei, die, so oft die Zeitverhältnisse es fordern, die Rechte der Katholiken zu verteidigen bereit steht, und die immer über ihre politische Gleichberechtigung wacht, die sich aber vor allem positive nationale Aufgaben sozialpolitischer, wirtschaftspolitischer, verfassungspolitischer und kulturpolitischer Art gesetzt hat und ihnen ihre eigenartige organische Stellung im Verfassungsleben der Nation verdankt, durch sie auch ein lebendiges und, wie wir hoffen, nicht das unbedeutendste Glied der Nation darstellt."

Ein paar Tage später veröffentlichte die „Köln. Volksztg." (No 454 v. 26.5.07) dann unter der Ueberschrift: „*Das Wesen des Zentrums*" eine Zuschrift „eines alten Zentrumsparlamentariers", die in den folgenden Jahren in den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei wiederholt Erwähnung gefunden hat. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Es ist eine für den praktischen Zentrumspolitiker höchst merkwürdige, aber keineswegs erfreuliche Erscheinung, dass von Zeit zu Zeit immer wieder Stimmen laut werden, welche dem *Zentrum* den Charakter einer mehr oder weniger „*konfessionellen*" oder *wenigstens konfessionell bedingten Partei* aufdrücken wollen, wie es in dem bereits besprochenen — siehe Nr. 436 der „Köln. Volksztg." — Artikel des „Hochlands" geschieht durch die Formel: „eine politische Partei auf konfessioneller Grundlage". Früher hörte man den Vorwurf, das Zentrum sei eine konfessionelle Partei, nicht selten

mit Stentorstimme erhoben in unsern Parlamenten. Dann verschwand er so ziemlich aus diesen, um desto mehr in der gegnerischen Presse und in der Wahlagitation erhoben zu werden. Aber auch in dieser ist er mehr und mehr ermattet, je mehr man einsah, dass die Wähler des Zentrums sich durch ihn nicht irre machen liessen.

Wie kommt es nun, dass *aus den eigenen Reihen heraus* immer noch Stimmen sich erheben, welche den für den praktischen Politiker ganz selbstverständlichen, rein politischen Charakter des Zentrums doch noch einigermassen konfessionell modifizieren oder nuanzieren möchten? In den sämtlichen *Zentrumsfraktionen des Deutschen Reiches* sitzt wohl kaum ein einziges Mitglied, welches nicht völlig klar wäre über den rein politischen Charakter des Zentrums als Partei wie als parlamentarische Fraktion. Wer je an dem praktisch-politischen Leben einer dieser Fraktionen teilgenommen hat, kann darüber nicht einen Augenblick zweifelhaft sein.

Aus den Fraktionen heraus, überhaupt aus den Kreisen der *praktischen Zentrumspolitiker* heraus kommen dann auch ganz gewiss nicht die Versuche, den politischen Charakter des Zentrums wo möglich doch noch so zu definieren, dass der Konfessionalismus irgendwo oder irgendwie hervorguckt. Sie kommen vielmehr teils von Seiten, denen die allgemeine politische Haltung der Zentrumspartei nicht ganz zusagt, welche daher eine etwas andere politische Richtung einschlagen möchten, ohne die alterprobte Zentrumsflagge entbehren zu müssen, teils aus ideologischen Gedankengängen heraus, welche an sich ganz ehrenhaft, oft recht interessant, darum aber doch immer im höchsten Masse unpraktisch sind.

Da muss man denn doch einmal fragen: Was haben denn wir gerade für ein Interesse daran, den rein politischen Charakter des Zentrums und seiner Politik in Frage zu ziehen? Glaubt man etwa, ohne einen Einschlag von Konfessionalismus in seinen politischen Charakter sei es dem Zentrum nicht möglich, die Rechte der Katholiken und die Rechtsstellung der katholischen Kirche im Reiche und in allen Einzelstaaten zu vertreten? Aber da hat doch eine Erfah-

rung von jetzt mehr als einem Menschenalter längst den unwiderleglichen Gegenbeweis erbracht. Oder glaubt man, dass ohne Hervorkehrung eines angeblichen konfessionellen Nebencharakters des Zentrums die katholischen Wähler des Zentrums mit minderer Begeisterung für ihre Sache eintreten würden? Auch da haben alle Wahlen, solange ein Zentrum besteht, das Gegenteil dargetan. *Alle Führer des Zentrums im praktisch-politischen Leben* haben stets und unentwegt den rein politischen Charakter des Zentrums festgehalten und bekannt. Das hat nicht gehindert, dass die Wählermassen des Zentrums, obwohl sie nahezu ausschliesslich katholisch sind, sich immer klarer und entschiedener in seine Politik eingelebt haben, dass diese Politik selbst sich immer reicher und fruchtbarer entwickelte, und dass schliesslich das Zentrum als rein politische Partei als das idealste und zugleich einflussreichste Werkzeug zur Vertretung auch der Rechte und Interessen der deutschen Katholiken erscheint, welches bisher auf konstitutionellem und parlamentarischem Boden erwachsen ist.

Haben wir also von unserm Standpunkt, vom praktisch-politischen Boden aus ein Interesse, an dem politischen Charakter des Zentrums herum zu mäkeln, an seinem Wesen herumzudoktern, als ob dieses Wesen etwa „für fromme Gemüter anstössig" oder „für fromme Ohren ärgerniserregend" wäre? Doch gewiss nicht! Wer heute noch sich nicht damit abfinden kann, dass das Werkzeug auch zur Wahrung der gesamten Interessen der deutschen Katholiken im öffentlichen politischen Leben, einschliesslich der Wahrung ihrer religiösen und kirchlichen Interessen, eben eine rein politische Partei ist, der kann nur von einer höchst mangelhaften und verständnislosen Würdigung unserer allgemeinen politischen Verhältnisse im allgemeinen und unserer zu Recht bestehenden Verfassungszustände im besonderen ausgehen.

Dagegen ist nun einmal nichts zu machen: das Zentrum ist als rein *politische Partei* gegründet, es hat sich im politischen Leben auch als rein politische Partei entwickelt und bewährt, und zwar unter stets verschärfter Herausarbeitung dieses Charakters, und es muss eine reine politische Partei

bleiben, wenn es seine sämtlichen Aufgaben einschliesslich des Schutzes der religiösen und kirchlichen Rechte der deutschen Katholiken auch in Zukunft möglichst vollkommen erfüllen will.

Warum trotzdem eine „politische Partei *auf konfessioneller Grundlage*"? Es ist ja leider Tatsache, dass bisher im wesentlichen nur katholische Wähler sich für das Zentrum und seine Politik begeistert haben. Aber das ist doch nicht Schuld des Zentrums und entspringt nicht aus seinem Wesen. Nichts hätte gehindert, dass Hunderttausende von protestantischen Wählern sich ebenso dem Zentrum angeschlossen hätten, wie es einige Zehntausende getan haben. Wenn morgen fünfzig oder hundert protestantische Abgeordnete in die Zentrumsfraktion des Reichstages oder des preussischen Abgeordnetenhauses eintreten wollten, und zwar lediglich auf Grund des politischen Programms und der praktisch politischen Arbeit dieser Fraktionen, so würden sie mit Freuden aufgenommen werden. Als Protestanten brauchten sie nichts von ihren religiösen Ueberzeugungen und Bestrebungen aufzugeben, solange sie nur die staatsrechtliche Parität der Katholiken gelten lassen. Die Fraktionen ihrerseits brauchten an Programm, Statuten, praktischer Politik und inneren Einrichtungen nicht das mindeste zu ändern. Die bisherigen katholischen Mitglieder würden durch ihren Beitritt in nichts behindert werden, was sie bisher verfolgten. Die zahlreichen neuen protestantischen Mitglieder würden sich in dem Schosse der Fraktionen ebenso wohl fühlen, wie es die wenigen protestantischen Mitglieder schon getan haben, welche bisher den Fraktionen beigetreten waren. Sie würden vom Boden der Fraktionspolitik aus auch die religiösen Interessen der protestantischen Landeskirchen ebenso schützen können, wie es die katholischen Mitglieder in bezug auf die religiösen Interessen der Katholiken stets getan haben und weiter tun werden. Nichts würde dabei von ihnen verlangt werden wie die Anerkennung der vollen *Parität* der Katholiken, welche ja von den Katholiken auch den Protestanten zugestanden wird, und dazu gegenseitige Gerechtigkeit und Billigkeit. Wenn heute im Zentrum des Reichstages

fünfzig oder hundert protestantische Mitglieder sässen, so würde niemand daran denken zu behaupten, dass das Zentrum eine politische Partei „auf konfessioneller Grundlage" wäre. Und doch wäre alsdann das Zentrum durchaus nichts anderes, als es heute auch ist.

Daran wird auch nichts geändert, wenn man zugibt — wie es ruhig zugegeben werden kann —, dass *ursprünglich* das Zentrum *„als Abwehrpartei"* gegründet worden ist. Gewiss, das Zentrum ist zunächst gegründet worden, weil zu Ende der sechziger Jahre durch das katholische Volk in allen seinen Schichten die Auffassung ging, dass eine feste Organisation nötig sei, um den bevorstehenden Kulturkampfstürmen die Spitze bieten zu können. Aber damals ist eben zu diesem Zwecke keine „konfessionelle" Fraktion, auch keine „politische Fraktion auf konfessioneller Grundlage", sondern gerade im Gegensatz zu der „katholischen" Fraktion der fünfziger Jahre und auf Grund der in ihr gesammelten Erfahrungen eine rein *politische Fraktion* gegründet worden. An der historischen Tatsache, dass die *Gründer* der Fraktion eine rein politische Fraktion, eine politische Fraktion sans phrase gründen wollten und gegründet haben, ist nun doch einmal nichts zu ändern. Auch hat die folgende Entwickelung den Gründern der Fraktion bei ihrem Tun völlig recht gegeben. Also lassen wir's doch ruhig dabei und bringen wir doch nicht selbst in die Beurteilung des Zentrums eine Unklarheit hinein, welche uns selbst nichts nützt, nur unseren Gegnern Angriffsflächen bieten würde.

Ist denn etwa das Zentrum deshalb, weil es eine politische Partei ist, beschränkt in der Betonung der Bedeutung des religiösen Prinzips im öffentlichen politischen Leben? Wäre es etwa eigentlich gezwungen, auf Grund seines „reinpolitischen" Charakters allen religiösen Dingen gleichgültig oder vielleicht gar abweisend gegenüberzutreten? Bringt etwa sein politischer Charakter die Gefahr mit sich, dass der Katholizismus seiner katholischen Mitglieder langsam ermatten oder verblassen, zu bedenklichen Konzessionen geneigter werden könnte? Man hat zuweilen unwillkürlich das Gefühl, dass die Furcht, es könnte einmal so kommen, hinter den oft so krampfhaften

Versuchen steckt, für das Zentrum doch noch direkt oder indirekt wenigstens so etwas wie einen katholisch-konfessionellen Schillerschein festzuhalten!

Ist diese Furcht begründet? Mit nichten! Ganz im Gegenteil! Die konfessionelle Ueberzeugungstreue der Katholiken im Zentrum in allen religiösen Dingen ist stets unerschütterlich geblieben, und auch die Protestanten im Zentrum haben sich stets durch gläubig protestantische Gesinnung ausgezeichnet. Gewiss, das Zentrum ist eine *rein politische* Partei; aber es ist doch auch eine *deutsche* Partei, und das deutsche Volk ist — trotz aller liberalen Zersetzung und sozialdemokratischer Verhetzung — in seiner Gesamtheit und seinem Wesen nach ein *christliches Volk*. Nach der preussischen Verfassung, Art. 14, wird „die christliche Religion bei denjenigen Einrichtungen des Staates, welche mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen ... zu Grunde gelegt". Aehnliche Bestimmungen stehen in vielen anderen deutschen Verfassungen. Daher ist es ganz folgerichtig und keineswegs eine contradictio in adjecto, dass das Zentrum als politische Partei auch eine christliche Partei ist, eine *politische Partei auf dem Boden der christlichen Weltanschauung*.

Aber das deutsche Volk ist nun einmal auch *konfessionell geteilt* in einen katholischen und protestantischen Teil. An dieser Tatsache kann auch der Politiker nicht achtlos vorbeigehen. Die Verfassungen der deutschen Staaten tragen dieser Tatsache Rechnung, indem sie die *Parität*, die staatsrechtliche Gleichberechtigung der Katholiken und Protestanten festsetzen. Jeder praktische christliche Politiker in Deutschland, er mag einer Geistesrichtung angehören, welcher er will, muss in gleicher Weise dieser Tatsache Rechnung tragen, indem er stets die Partität der grossen Glaubensbekenntnisse festhält, indem er die *politischen Verhältnisse*, soweit sie mit religiösen Dingen in Zusammenhang stehen, *vom Standpunkt der Parität und nicht vom Standpunkt der Konfessionalität aus* betrachtet und zu regeln trachtet. Als natürliche Folgerung ergibt sich dann, dass jeder praktische christliche Politiker, auch der Zentrumspolitiker, alle politischen Verhältnisse, welche nicht mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, vom

nationalen und nicht etwa von einem — hier allerdings ideell undenkbaren — konfessionellen Standpunkt aus behandelt. Was hat denn in allen Steuer-, Zoll-, Eisenbahn-, Kanal-, zivilrechtlichen, handelspolitischen, sozialpolitischen, internationalen usw. Fragen — von wenigen Ausnahmefällen abgesehen — der konfessionelle Standpunkt oder eine etwaige „konfessionelle Grundlage" für eine Bedeutung? Offenbar gar keine. Hier muss ausschliesslich die *nationale* Betrachtungsweise zur Geltung kommen, und neben ihr — oder besser gesagt: über ihr — soweit Beziehungen zu andern Völkern in Frage kommen, auf Grund des christlichen Charakters der deutschen Nation, eine vernünftige Berücksichtigung des christlichen Grundsatzes, dass alle Menschen vor Gott gleich sind, dass die Differenzierung der verschiedenen Völker der göttlichen Weltordnung entstammt, und dass der Grundsatz der christlichen Liebe, die Betätigung der christlichen Grundsätze im Verhältnis der Nationalitäten wie in allen innerpolitischen, so auch in den internationalen Beziehungen nicht ausser acht gelassen werden darf. Und alle derartige Fragen spielen doch längst die Hauptrolle in der Politik des Zentrums. Gerade durch die Behandlung aller solcher Fragen im nationalen — nicht im konfessionellen — Sinne hat das Zentrum *sich diejenige Stellung geschaffen*, welche es ihm ermöglicht als politische Partei, auf Grund seines politischen Programms, vom Boden der allgemeinen Staatspolitik aus auch die religiösen Interessen der Katholiken im Deutschen Reiche und den Einzelstaaten wirksam zu schützen.

Also lasse man es doch ruhig dabei. Die Angriffe Bismarcks auf das Zentrum, als es entstand, als „konfessionelle" Partei, als „rein konfessionelle Fraktion" hatten den berechtigten Hintergrund — das wolle man nicht verkennen! — dass in der Tat eine konfessionelle Partei von weiten Kreisen des deutschen Volkes, namentlich der Protestanten, als ein „Fremdkörper" im konstitutionellen, politischen Leben des deutschen Volkes, als ein „Pfahl in seinem Fleische" empfunden werden würde, als eine unnatürliche, unberechtigte Bildung, als eine schwer erträgliche Ueberspannung des konfessionellen Prinzips. Wollen die Katholiken in Deutschland

ihre kirchliche Freiheit behalten, ihre staatsrechtliche Gleichberechtigung allmählich durchsetzen, so müssen sie *auf politischem Boden* durchaus einer *politischen Organisation* sich anschliessen, nicht eine konfessionelle Partei bilden. Gewiss, das Zentrum ist mehr und mehr tatsächlich die politische Organisation der deutschen Katholiken geworden. Aber es ist das nicht geworden durch eigene Schuld, nicht durch sein Wesen, sein Programm oder seine Politik, sondern lediglich durch die bedauerliche Zurückhaltung der protestantischen Wählermassen. Wäre das Zentrum aus eigener Schuld fast ausschliesslich die politische Organisation der deutschen Katholiken, so stände es schlimmer um seine Gegenwart und Zukunft, als jetzt, wo die Schuld einzig und allein an dem protestantischen Volksteile liegt.

Aber deshalb, weil der protestantische Volksteil in seiner grossen Mehrheit den Zentrumsgedanken noch nicht begriffen und aufgenommen hat, brauchen wir doch nicht jetzt nachträglich den Charakter unserer Partei zu ändern oder ihn durch missverständliche Zusätse verdunkeln zu lassen. Fürst Bismarck hat, so sehr er zuerst das „konfessionelle" Zentrum gescholten hat, recht bald gelernt, mit dem Zentrum als politische Partei zusammen zu arbeiten. Darin wird keine folgende Regierung sein Vorgehen beiseite setzen dürfen. Den Vorteil, welcher darin für das Zentrum liegt, wird es niemals aus der Hand geben dürfen, wenn es nicht auch die ihm anvertrauten religiösen Interessen seiner Wähler schwer, vielleicht grundstürzend, schädigen will.

Was will gegenüber diesen zwingenden politischen Verhältnissen und Tatsachen die Behauptung, dass das Zentrum „*seine natürlichen Lebensbedingungen aufgebe*, so oft es mehr als eine Partei der Abwehr, mehr als die politische Organisation der deutschen Katholiken sein wolle"? Das Zentrum *ist* längst mehr als eine „Partei der Abwehr", es ist *stets* mehr gewesen, und zwar *von Anfang an* mehr gewesen als nur „die politische Organisation der deutschen Katholiken", ohne dass es deshalb „seine natürlichen Lebensbedingungen aufgegeben" hätte. Ganz im Gegenteil: gerade dadurch, dass das Zentrum aus einer Partei der Abwehr sehr bald und sehr

gründlich eine Partei der allgemeinen politischen Arbeit, namentlich eine Partei der sozialen Reform in christlichkonservativem Geiste wurde, gerade dadurch, dass es sich eine ganz allgemeine politische Struktur gab, so dass es von sich sagen durfte: nil politicum a me alienum, gerade dadurch ist es geworden was es ist: eine allgemeine, völlig selbständige und parlamentarische Volkspartei, eine wahre Reichspartei, welche im Lichte der christlichen Weltanschauung und der nationalen Interessen alle politischen Fragen ohne Unterschied behandelt, und gerade dadurch das starke Werkzeug geworden ist, welches vom Boden der verfassungsmässigen Parität aus auch die religiösen und kirchlichen Interessen der deutschen Katholiken wirksam zu schützen imstande ist.

Man lasse also das Zentrum in seinem wesentlichen Charakter wie es ist und rüttle nicht an seinen prinzipiellen Grundlagen. Wozu sollte das gut sein? So *wie es ist*, hat es sich bewährt. Kein praktisches Bedürfnis erheischt eine Aenderung. Im Gegenteil: jede Veränderung nach der Seite der konfessionellen Einseitigkeit hin kann nur verderblich werden. Man lasse das Zentrum als rein politische Partei unangefochten und halte auch das irreführende Anhängsel einer „konfessionellen Grundlage" doch nur ja von ihm fern. Die Zeiten sind gewiss nicht danach angetan, um den Katholiken Deutschlands ein *unvorsichtiges Experimentieren* mit den prinzipiellen Grundlagen ihrer staatlichen Existenz zu gestatten. Eine „politische Partei" ist eine klare, keiner Missdeutung fähige Sache. Eine „politische Partei auf konfessioneller Grundlage" ist eine Halbheit, weder eine politische Partei noch eine konfessionelle Partei, und damit ein unklares, unfassbares, irreführendes Etwas, welches als solches uns keinerlei Vorteile bietet und nur *unseren Gegnern* willkommene Gelegenheit zu missdeutenden, übelwollenden Angriffen gewährt.

Möge jetzt noch einmal die Diskussion über den „Hochland"-Artikel ihren Lauf nehmen. Möge sie so breit und so tief geführt werden, wie nur irgend einer es wünschenswert finden möchte. Sie wird, wie alle früheren Diskussionen ähnlicher Art, nur zu der Erkenntnis führen, dass das Zentrum tatsächlich nichts ist wie eine politische Partei ohne Zusatz und

dass es auch so bleiben muss, wenn es seinen natürlichen Aufgaben gewachsen bleiben soll. Dann aber *höre man endlich auf mit der Anzweifelung dieses seines rein politischen Charakters.* Es kommt nichts Gescheidtes und nichts Nützliches dabei heraus."

Die Diskussion wurde auch in der gegnerischen Presse aufgegriffen und dauerte noch eine Zeit lang fort, ohne aber in der Zentrumspresse einen nennenswerten Widerhall zu finden.

§ 5. Programmatische Auseinandersetzungen.

Zu besonders lebhaften Auseinandersetzungen innerhalb der Zentrumspresse kam es dagegen Ende 1908. Diese Auseinandersetzungen, in deren Verlauf auch die sogenannte Osterdienstagskonferenz tagte, deren Grundlage sie waren, sie sind der eigentliche direkte Beginn der grossen und verhängnisvollen Pressfehde unter den deutschen Katholiken, die bereits so viele Jahre andauert.

Diese Anseinandersetzungen begannen mit einem Artikel in der No. 228 der „Augsb. Postztg." vom 4 Oct. 1908. „Ein Ausweg in peinlicher Verlegenheit." Es wurde dort ausgeführt:

„Die Schulkämpfe Hollands sind ein dauerndes Merkzeichen, was zielbewusste Politik der vereinigten christlichen Elemente vermag. Aber die Grundbedingung des Erfolges war eben der Umstand, dass es Hollands „grösstem Ingenieur" gelungen war, die Brücke zwischen Rom und Dordt zu schlagen. Es ist derselbe Gedanke, der auch die „Ingenieure" unseres katholischen Deutschland beseelt, ohne dass sie ihn verwirklichen können. Ja, das sahen die genialen Führer der holländischen Konfessionen Schaepmann und Kuypers von vornherein, dass eine Verschmelzung der katholischen und kalvinistischen Elemente zu einem Block bei der in schroffen Kämpfen verflossenen Vergangenheit vorderhand eine Unmöglichkeit sei. Und diese Erkenntnis hat sie bewahrt vor Enttäuschungen und vor — Misserfolg. Sie schufen zwei grosse, in sich geschlossene konfessionelle Blocks, und verbanden diese im Bündnis zur Erreichung der gemeinsamen Ziele ....

„Die Lösung für Deutschland ist noch nicht gegeben, nur ein bisher fehlgeschlagener Versuch liegt vor. Wir Katholiken brauchten nur das materielle Sein der von uns geschaffenen „interkonfessionellen" Organisationen zum formellen zu erheben, das wird eine entsprechende eigene Initiative auf evangelischer Seite mit grösserem Druck erzwingen als die Forderung des Anschlusses an die katholische Interkonfessionalität. In *eigener Organisation* würden die evangelischen Gruppierungen zum Katholizismus weit leichter unter eine Initiative zu bringen sein als dann, wenn die vertrauensvolle Aufgabe jeder Reserve zur Vorbedingung gemacht wird. Ein Bündnis der in sich gefestigten und gesicherten Blocks aber wird durch die Aehnlichkeit der politischen und sozialpolitischen Ziele von selbst gegeben sein."

Der Artikel schloss:

„Es wäre zu wünschen, dass in den weitesten Kreisen und in breitester Oeffentlichkeit die Gedanken über die Koalitionsform der beiden Konfessionen ohne Vorbehalt und einseitige Berücksichtigung eingewurzelter persönlicher Auffassungen mit sachlicher Ruhe und Tiefe besprochen würden."

In einer kurzen Antwort in Nr. 869 v. 9. Okt. 08. lehnte die „Kölnische Volkszeitung" eine tiefergehende Auseinandersetzung über die Materie selbst ab und empfahl den Interessenten eine *Klärung unter den zunächst Beteiligten*, ehe man diese Streitfragen vor der breiten Oeffentlichkeit ausfechte. Die „Augsburger Postzeitung" dagegen hielt in einem zweiten Artikel „Die Koalitionsform der Katholiken und Protestanten" (Nr. 238 vom 16 Oktober 1908) an der *öffentlichen Behandlung* fest und schrieb: „Unsere Aussprache braucht die *Oeffentlichkeit* nicht zu scheuen, denn sie betrifft nur taktische, nicht prinzipielle Fragen, nur Form, nicht Inhalt". Die Replik der „Kölnischen Volkszeitung" (Nr. 908 v. 22. Oct. 08.) blieb bei dem eingenommenen Standpunkt:

„Wir haben bereits betont, warum wir weitere Erörterungen in der Presse über die fragliche Angelegenheit vorläufig nicht für angebracht ansehen, halten an unserer Auffassung auch fest, trotzdem die Freunde einer konfessionellen Abschliessungspolitik schon in anderen Blättern den Darlegungen der „Augsburger Postzeitung" das ihnen erwünschte Echo verschaffen."

Weiter hiess es in dem Artikel der „Köln. Volksztg":

„Die Erfolge des katholischen Deutschlands in seinem politischen und sozialen Schaffen, „die geradezu gewaltigen Schöpfungen des Volksvereins, die Gewerkschaftsbewegung, die parlamentarische Macht des Zentrums" — nebenbei bemerkt zum grössten Teil Erfolge, an deren Erringung der Kritiker der „Augsb. Postztg." mit seinen Gesinnungsgenossen am wenigsten beteiligt gewesen ist — *sind eben errungen auf Grund desjenigen Programms, das die „Augsburger Postzeitung" jetzt als falsch bekämpft.* Hinter diesem Programm steht keineswegs nur eine „numerisch schwache Zentrale", es handelt sich dabei auch nicht um „eingewurzelte persönliche Auffassungen", die der Korrespondent der „Augsb. Postztg." natürlich nicht bei sich, sondern nur beim Gegner für möglich hält. Das katholische Volk, das, um mit der „Postzeitung" zu reden, „die öffentliche Meinung darstellt", hat zu unserer Frage schon längst Stellung genommen, und zwar gegen das Programm der „Postzeitung." Soweit das *Wirtschaftsleben* in Betracht kommt, wurde dies bereits in Nr. 869 der „Kölnischen Volkszeitung" dargetan. Auf diesem Gebiete ist auch ein Erfolg in dem Sinne, wie ihn die „Augsb. Postztg." verlangt, nicht ausgeblieben. Es entspricht zwar nicht dem Wesen wirtschaftlicher Organisationen, Erhebungen über die Konfession ihrer Mitglieder zu machen; genaue Ziffern lassen sich darüber infolgedessen auch nicht beibringen, aber nach zuverlässigen Schätzungen sind es doch schon annähernd 50000 evangelische Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften sich angeschlossen haben. Also befinden sich schon mehr Protestanten in den christlichen Gewerkschaften als katholische Arbeiter in den bisher mit absolut negativem

Erfolge arbeitenden katholischen Fachabteilungen. Dass in anderen wirtschaftlichen Organisationen die Konfessionen ebenso oder noch mehr gemischt sind, ist bekannt.

Nach der *politischen* Seite betonen wir kurz folgendes: Dass das Zentrum dem katholischen Volke seine Kraft verdankt, bestreitet niemand, auch dass die Katholiken im Zentrum ihre beste parlamentarische Vertretung erblicken und dass man *in diesem Sinne* das Zentrum die politische Vertretung des katholischen Volksteiles nennen kann, ist selbstverständlich. *An diesen Auffassungen und an diesem Zustande will niemand rütteln;* das ist aber ganz etwas anderes als die von der „Augsburger Postzeitung" vertretene *grundsätzliche Konfessionalisierung der Zentrumspartei.* Der Charakter einer politischen Partei wird durch grundsätzliche Konfessionalisierung aufgehoben. Eine *„konfessionelle politische Partei"* ist auf dem Boden unserer heutigen Verfassung ein *Widerspruch in sich.* Die hier in Betracht kommenden grundsätzlichen Fragen werden mit oberflächlichem Drumherumreden und Haften an Aeusserlichkeiten nicht geklärt.

Dazu bedarf es vielmehr eines Eingehens auf geschichtliche Entwickelungsgänge, auf Begriffe, Wesen und Verfassung des heutigen Staates, auf seine Stellung zu den Religionsgemeinschaften usw. Was bedeuten da Schlagworte vom „interkonfessionalisierten Katholizismus", von „evangelischen Anhängseln", von der „Mischehe", was sollen da Vergleiche ohne Beweiskraft? Oder spekuliert man damit auf Stimmungsmache in solchen Kreisen, die bisher keine Veranlassung nahmen, die Fragen in ihrer ganzen Tiefe zu erfassen?

Eine Oberflächlichkeit ist es unter anderem, wenn die „A. P." die Ablehnung konfessioneller Wirtschafts- und Partei-Organisationen nur auf *Taktik* zurückführt. Nach unserer Auffassung handelt es sich dabei um *wirtschaftliche und staatsbürgerliche Notwendigkeiten.* Die Ablehnung des konfessionellen Charakters ist uns bei diesen Organisationen *wesentlich.* Wo wirtschaftliche Interessen zu vertreten sind, gehören die Vertreter gleicher Interessen zusammen, ohne Rücksicht auf die Konfession. Wo die Interessen des Staates wahrzunehmen und auszuüben sind, gehören wir als Staats-

bürger zusammen, und wir sind überzeugt, dass die Katholiken auf allen diesen Gebieten sehr wohl mit religiös Andersdenkenden einheitlich in denselben Organisationen wirken können, ohne von ihrem katholischen Standpunkte auch nur um ein Jota abzuweichen."

Am Schlusse des Artikels erklärte dann die „Köln. Volksztg.", das katholische Volk habe ein Recht zu erfahren, *welche Kreise* hinter den Artikeln der „Augsb. Postztg." steckten. Diese Artikel erschienen übrigens teilweise auch im „Westf. Merkur" und im „Echo der Gegenwart". Die Frage nach den Urhebern der betreffenden Artikel kehrte in der „Köln. Volksztg" verschiedentlich wieder, so z. B. in den No. 981 u. 993, 1908 des Blattes. Eine zusammenfassende Uebersicht über die gesamte Streitfrage bot ein in den „Hist. pol. Bl." (Heft. 2. Bd. 143 v. 16. 1. 09) erschienener Artikel unter der Ueberschrift: „Drei Programmsätze", der folgenden Wortlaut hatte:

„Es handelt sich heute keineswegs darum, das irdische Streben in den Grenzen des Erlaubten als berechtigt neben dem Übernatürlichen anzuerkennen und kräftiger zu betätigen, nicht um eine verfehlte Übertragung idealer Anschauungen des Klerus auf das Leben der Laien, des Ordenslebens auf das Weltleben, nicht um Überspannung kirchlicher Ansprüche an das Staats- und Wirtschaftsleben, nicht um Verkennung der rechten Bedeutung des Laientums nach seiner Betätigung im öffentlichen Leben, in der Presse, Literatur, im Vereinsleben usw. Über alles dieses herrschen unter den Katholiken durchaus richtige Anschauungen. Nein, es handelt sich vielmehr heute um die Gefahr einer *stillen Säkularisation der gesamten Kultur*, um das allmähliche Eindringen einer modernisierten Kulturauffassung, welche der vom Katholizismus erstrebten Christianisierung der weltlichen Kultur direkt widerspricht. Die Geschichte früherer Zeiten kennt schon den gleichen Prozess der *Spaltung zwischen Natur und Übernatur* und hat seine Folgen erlebt bis zum ausgesprochenen Gegen-

satz, zur Feindschaft gegen das Gottesreich, bis zur vollkommenen Absage an die Kirche. Mögen wir darum über dem Phantom einer Kulturgemeinschaft mit der modernen Welt nicht unserer wesentlich verschiedenen Kulturauffassung vergessen, einer Verschiedenheit, die sich in keiner Weise aus den Besonderheiten des katholischen Mittelalters, der feudalen und städtischen Verhältnisse jener Epoche herleitet, vielmehr mit den *dogmatischen* Grundlagen der katholischen Weltanschauung enge zusammenhängt".

So lautet eine beachtenswerte Aeusserung der letzten Wochen.[1]) Die einschneidensten Programmfragen im Leben des katholischen Deutschland verlangen immer nachdrücklicher eine bündige und endgültige Beantwortung. Soll eine planmässig fortschreitende Interkonfessionalisierung und Dezentralisierung im katholischen Deutschland das nationale Problem der konfessionellen Gegensätze lösen im Sinne einer überkonfessionellen Kulturgemeinschaft und der allmählichen Reduzierung des konfessionell-religiösen Elements auf die Gotteshäuser beider Teile?

Oder soll das katholische Deutschland die alle Kultur umfassende expansive Tendenz und die universal-einheitliche Auffassung seiner Konfession beibehalten in voller Wahrung echt-katholischer Eigenart?

In letzter Zeit haben sich die Diskussionsstimmen hüben und drüben gemehrt. Bekannt gewordene und unbekannt gebliebene Ereignisse auf den verschiedenen Gebieten dieser Fragen regten die wiederholte programmatische Erörterung, ja die endliche Entscheidung der Kursrichtung des katholischen Deutschland an. In den jüngsten Tagen ist nun von nicht genannter Seite ein Schreiben bekannt geworden, das aus den verschiedenen öffentlichen und privaten Kundgebungen der letzten Zeit drei Leitsätze kristallisiert. Wir halten es trotz der Anonymität des Verfassers an der Zeit, diese drei Programmsätze, die in ihren Gegenständen die Kernpunkte der schwebenden Fragestellung treffen dürften, einem weiteren Kreise zur eingehenden Erörterung zugänglich zu machen

[1]) H. Pesch S. J. „Ein Wort zum Frieden in der Gewerkschaftsfrage". Trier 1908. Paulinus-Druckerei S. 40, 41.

I. „Das Zentrum ist eine *interkonfessionelle politische Partei.* Doch ist *gegenüber den Tendenzen Julius Bachems* und der „Kölnischen Volkszeitung" an der diesbezüglichen *Auffassung Windthorst's* festzuhalten, *damit nicht die Partei in Interessengruppen zerfalle.*"

Dieser Satz ist der Niederschlag der Polemik zwischen der „Köln. Volkszeitung" einerseits und der „Augsburger Postzeitung" und dem „Westfäl. Merkur" andererseits. In kleinen Notizen, Bemerkungen und Einsendungen spielt die Polemik noch fort. Hervorgerufen war sie durch den Artikel der „Augsburger Postzeitung": „Ein Ausweg in peinlicher Verlegenheit". Ihren Höhepunkt erreichte die Kontroverse in der Erwiderung der „Köln. Volkszeitung" (Jahrg. 49, Nr. 869, 9. X. 08) „Die Koalitionsform der Katholiken und Protestanten im weltlichen Leben" und der hierauf erfolgenden Antwort der „Augsburger Postzeitung" (Jahrg. 222, Nr. 238, 16. X. 08) „Zur Koalitionsform der Katholiken und Protestanten". Der Sinn der in der „Augsburger Postzeitung" und dem „Westfälischen Merkur" erschienenen Artikel war klar und deutlich ausgesprochen. Er lässt sich kurz zusammenfassen: Das Zentrum ist keine *konfessionelle*, es ist eine *politische* Partei, die sich geschichtlich und faktisch auf den katholischen Volksteil stützt. Es muss *im Sinne seiner Gründer* erhalten bleiben. Die Kontroverse hat in manchen Blättern ihr Echo gefunden. Es wäre wünschenswert, dass sie zur öffentlichen Lösung geführt würde, denn die Frage ist wichtig genug. Vielleicht dass der in den letzten Tagen veröffentliche Programmsatz hierzu beiträgt."

II. „Im Interesse einer einheitlichen grossen Arbeiterbewegung liegt es, wenn die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung sich um *zwei selbständige Zentralen innerhalb der beiden Konfessionen* nach holländischem Muster gruppiert. Die Idee der interkonfessionellen Gewerkschaft unter katholischer Initiative ist ein Hemmnis für den Eintritt grosser evangelischer Arbeitermassen in die christliche Gewerkschaftsbewegung, gefährdet die katholische Gesinnung und hierarchische Korrektheit der katholischen Arbeitermassen und bildet eine Gefahr für die politische Geschlossenheit des katholischen Volksteiles."

Diesem Satz liegt eine Abhandlung zu Grunde, die nicht in die weitere Öffentlichkeit gekommen ist. Sie trägt den Titel „Der Gewerkschaftsstreit" und ist privatim versandt worden. In dieser Abhandlung werden die Schwächen und die guten Seiten beider Gewerkschaftsrichtungen objektiv besprochen, für die Berliner Richtung eine freiere Ausgestaltung der sozialen Aktion gefordert und vor einer allzugrossen Ausdehnung des staatlichen Regulativrechtes gewarnt, für die M.-Gladbacher Richtung die verfehlte, aussichtslose Forderung des Anschlusses evangelischer Arbeitermassen an die „katholische Interkonfessionalität" und zentrumspolitische Parteilosigkeit betont. Es wird aus vielen Gründen die im Programmsatz erwähnte Gestaltung gefordert: Selbständige Gewerkschaften, aber Konfessionalisierung der Gewerkschaftsbewegung und föderativer Zusammenschluss der konfessionellen Gruppen.

Diese Abhandlung ist wie gesagt nicht in die Oeffentlichkeit gekommen, wohl aber eine Aufsehen erregende Kontroverse zwischen dem bekannten Nationalökonomen der Gesellschaft Jesu, P. Heinrich Pesch in Luxemburg, und dem Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, dem Abgeordneten Giesberts. Die Kontroverse wurde hervorgerufen durch die Stellungnahme der „Köln. Volkszeitung" zu Pesch's Artikel in den „Stimmen aus Maria-Laach" (Oktober 1908, Bd. LXXV, Heft 9, S. 410—424) „Kirchliche Autorität und wirtschaftliche Organisation". Dieser Artikel sowie die ganze Kontroverse mit ihren prinzipiellen Klarstellungen ist zusammengefasst in der eben erschienenen Broschüre Pesch's „Ein Wort zum Frieden in der Gewerkschaftsfrage" (Trier 1908 Paulinus-Druckerei.) Die Broschüre spricht zugleich manches Grundsätzliche zu der im Anfange dieser Besprechung präzisierten Grundfrage des katholischen Deutschland. Pesch ist abwägender, vielleicht realpolitischer wie der Verfasser der eben genannten Abhandlung „Der Gewerkschaftsstreit". Friede und Verständigung zwischen den beiden Gewerkschaftsrichtungen, womöglich deren Kartellierung, das sind Ziele, die beiden Verfassern gemeinsam sind. Was speziell die christlichen Gewerkschaften angeht, so hält der Verfasser

der oben genannten Abhandlung im sozialpolitischen und im konfessionellen Interesse eine Föderation zweier selbständiger, konfessioneller Gruppen für notwendig. Pesch begnügt sich mit der Forderung des statutarisch *positiv-christlichen* Charakters der einmal so organisierten christlichen Gewerkschaften und der Wahrung der berechtigten Interessen des kirchlichen Hirtenamtes. Mit letzterem verlangt er die unbedingte, nicht nur formale Preisgabe des Züricher Prinzips.

In obigem Programmsatz wird auf Holland als Muster hingewiesen. In Holland sind der Episkopat und die katholischen Sozialpolitiker sich darin einig, das gleiche Prinzip auf gewerkschaftlichem Gebiete zur Anwendung zu bringen, was sich auf politischem Gebiete gut, ja glänzend bewährt hat. Dies Prinzip ist dort Grundlage der Aktion des katholischen Holland; in der politischen Parteibildung schon längst verwirklicht, gab seine Durchführung im sozialpolitischen Leben den Anlass zur Aussprache des Züricher Prinzips.

III. „Die das *gesamte katholische Leben Deutschlands gestaltende* finanzielle und moralische Grossmacht des katholischen Volksvereins bedarf *in Anbetracht ihrer eminent angewachsenen Bedeutung eines engeren organisatorischen Anschlusses an den Episcopat*".

Dieser letzte Programmsatz ist wohl der interessanteste, weil er eine wenigstens für die Oeffentlichkeit vollständig neue Frage berührt. Hier wird ein mit den beiden anderen Punkten innerlich einheitliches, aber doch formell ganz anders geartetes Gebiet betreten. Es handelt sich hier um die Dezentralisierung innerhalb des katholichen Organismus, um den Präterepiskopalismus als planmässige Tendenz der neueren katholischen Gebilde. Indes nicht aus diesem allgemeinen Satze, sondern aus der gewaltigen Bedeutung des Volksvereins selbst heraus wird die Forderung einer episkopalen Oberhoheit motiviert, schon um ihn zum dauernden Besitzstand des offiziellen Katholizismus zu machen. Dieser Programmsatz wird sich vermutlich die meisten Freunde erwerben, auch bei denen, die den beiden ersten Sätzen glauben ihre Zustimmung verweigern zu müssen. Dieser letzten Abhandlung, die in den jüngsten Tagen von Bayern aus die

Runde machte und hoffentlich zu eingehenderer Besprechung noch veröffentlicht werden wird, seien darum noch einige Bemerkungen gewidmet.

Die Abhandlung fingiert den Fall, die Bischöfe forderten einen mitbestimmenden Vertreter im Vorstande des Volksvereins zu besitzen. Der Verfasser gesteht nun ausser der Macht dem Volksverein auch das *formale* Recht zu, diese Forderung abzulehnen. Wenn nun auch der Verfasser aus den realen Verhältnissen die Notwendigkeit der episkopalen Oberhoheit folgert, so dürfte doch gerade aus der in den Darlegungen gegebenen Recht bildenden Materie auch ein formales Recht der Bischöfe auf Oberhoheit erwachsen. Gerade bevor ich diese Bemerkungen niederschrieb, traf mich der Brief eines befreundeten Sozialpolitikers, der über diesen Punkt schreibt:

„Bei dem Volksverein handelt es sich um einen *sozialen* Verein, der nach den Grundsätzen des *katholischen* Christentums, nach *ethischen und dogmatischen* Gesichtspunkten die *soziale* Reform betreibt, die gemeinnützige *Wohlfahrtspflege* übt, Volksbildung etc. etc. erstrebt, der überdies mit den *Mitteln des katholischen Volkes* arbeitet, dessen Wirken von *immenser Bedeutung ist für die katholische Kirche*, — da haben die Bischöfe ein *Recht*, zum *mindesten im Vorstand* einen Platz zu haben, an der Leitung dauernd und entscheidend teilzunehmen. Die Art des Vereines, die *Mittel* und *Mitglieder*, *die Wirkung auf die Kirche*, das alles gibt den Bischöfen ein *Recht*."

Hiermit seien die Programmsätze kurz besprochen, zugleich aber der Wunsch geäussert, das gesamte Material möge doch recht bald der Öffentlichkeit übergeben werden. Die schwebenden Fragen müssen diskutiert werden, und zwar gründlich. Das katholische Deutschland hat ein Recht darauf."

§ 6. Die Osterdienstagskonferenz.

Separatabzüge des hier wiedergegebenen Artikels wurden Ende März 1909 seitens des damaligen Kaplans *Schopen* in Oberhausen an eine Anzahl Zentrumsabgeordnete, Leiter von Zentrumsblättern, katholische Geistliche etc. mit einem Begleitschreiben versandt, in dem angefragt wurde, ob die Adressaten bereit seien, „in der Osterwoche einer vertraulichen Konferenz interessierter Herren der Partei und der Presse über die in dem beiliegenden Artikel der „Hist. pol. Bl." besprochenen Gegenstände beizuwohnen".

Als Ort der Konferenz, so wurde hinzugefügt, sei Düren in Aussicht genommen. Gleichzeitig wurde um „diskrete Behandlung dieser Anfrage" gebeten.

Unterm 7 April 1909 wurde dann seitens des Herrn Schopen folgende direkte Einladung versandt:

Oberhausen Rhld., den 7. April 1909.

Ew. Hochwohlgeboren!

Die vertrauliche Conferenz interessierter Herren der Zentrumspartei, der katholischen Presse und des Klerus über die jüngsten innerkatholischen Bewegungen („drei Programmsätze" hist. pol. Blätter.) findet statt:

Dienstag, den 13. April (Osterdienstag) nachmittags 2 Uhr im sogen. gelben Zimmer der Bürgergesellschaft (Eingang Apellhofplatz) zu Cöln a/Rhein.

Bedeutende Parlamentarier und Sozialpolitiker haben ihr Erscheinen zugesagt. Die Conferenz wird den Charakter einer rückhaltlosen, aber streng diskreten Aussprache haben über die bedenklichen Erscheinungen im katholischen Deutschland und die etwaige Möglichkeit einer Lösung der schwebenden Fragen.

Sie sind zu dieser Conferenz freundlichst eingeladen und zugleich höflichst gebeten, diese Einladung diskret zu halten. Es sind nur verhältnismässig wenige Einladungen ergangen. Ich bitte um freundlichen Bescheid an die beigefügte Adresse.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

SCHOPEN.

Die Konferenz fand dann auch, wie bekannt, am Osterdienstag 1909 in Köln statt. Ihre hier an Hand der Aktenstücke dargelegte Vorgeschichte beweist am besten, wie falsch die von Hoeber in seiner mehrfach erwähnten Broschüre beliebte Darstellung ist, der von der ganzen vorhergegangenen Auseinandersetzung, auf der die Konferenz doch fusste, kein Wort sagt, dafür aber der mit der Konferenz in gar keinem Zusammenhang stehenden politischen Ereignisse (Bülowblock und dessen Zertrümmerung) Erwähnung tut, um dann fortzufahren:

„In dieser politischen Situation *vereinbarten einige Herren*, ohne irgendwelche Rücksicht auf sie zu nehmen, eine Zusammenkunft, die bedeutsame Folgen nach sich zog, und deren Fortwirkungen noch bis jetzt bestehen: die sogenannte Osterdienstagskonferenz in Köln."

Das entspricht, wie gezeigt, nicht den Tatsachen; die Teilhaber der Osterdienstagskonferenz folgten einfach einer Einladung des Kaplans Schopen; die einzelnen Herren wussten vorher überhaupt nicht,

wer alles an der Konferenz teilnehmen würde. Wie kann man dann da vor einer vorherigen *Vereinbarung* reden, oder gar von einer „*abgekarteten* geheimen Konferenz" (S. 36)?

Der Konferenz lagen folgende Anträge vor:

ANTRAG I.

Eine Zeitungs-Korrespondenz für inneres katholisches Leben ist zu gründen, um die Presse unabhängig zu machen von Bachem und M.-Gladbach. Diese Korrespondenz ist Organ des Episkopates und wird gespeist von allen katholischen Zentralen und Kanzelkräften auf den verschiedenen Fachgebieten. Der Versand erfolgt wöchentlich und zwar im ersten Jahre des Bestehens der Korrespondenz an alle katholischen Pressorgane unentgeltlich. Nach dem ersten Jahre zahlen Provinzialblätter und grosse Zeitungen einen entsprechenden Beitrag zu den Kosten.

ANTRAG II

Eine grössere politische Zeitung muss zu führender Arbeit in der katholischen Richtung gewonnen und eventuell finanziell gestützt werden.

ANTRAG III

Die prinzipiellen Gedanken sollen zwecks Aufklärung in einer kurzen Broschüre den gebildeten Kreisen des katholischen Deutschland dargeboten werden.

ANTRAG IV

In den grösseren Städten sollen Besprechungen orientierenden Charakters unter den gebildeten Katholiken veranstaltet werden.

ANTRAG V

Der Episkopat soll durch besondere Abordnungen um Begutachtung der von dieser Konferenz gemachten Vorschläge gebeten und wo nötig über die gefahrdrohende Lage

im katholischen Deutschland orientiert werden. Gegenüber den Bestrebungen die offizielle Kirche aus dem öffentlichen Leben möglichst auszuschalten, handelt es sich um eine Stärkung des Episkopats und seines Rückhaltes im katholischen Deutschland. Demgemäss muss jede Initiative gegenüber den liberalisierenden Tendenzen in Verbindung oder doch in engster Fühlung mit dem Episkopat erfolgen.

ANTRAG VI

Die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" und die Zentrale M.-Gladbach sollen über die geplanten Schritte verständigt werden, damit durch persönliche Fühlungnahme der Versuch des geradesten Weges nicht unterlassen und keine Form versäumt wird.

ANTRAG VII

Eine Konferenz bei Gelegenheit des Katholikentages in Breslau soll sich über die bis dahin getroffenen Massnahmen aussprechen und weitere Entschliessungen fassen.

An der Konferenz beteiligten sich ausser dem Einberufer *Schopen* und mir die Abg. *Roeren*, *Dr. Bitter*, *Underberg*, der Jesuitenpater *Frick*-Luxemburg, Chefredakteur *Dr. Hommerich*, früher in Aachen, jetzt in Düsseldorf, Domkapitular *Prof. Dr. Hüls*-Münster i.W., *Dr. Karl Maria Kaufmann*, früher Köln, jetzt Frankfurt a. M. und Religions-und Oberlehrer *Prof. Müller*-Köln.

Die Beratungen dauerten unter Leitung Dr. Bitters ungefähr 5 Stunden. Sie betrafen hauptsächlich den ersten und dritten Punkt der in dem mitgeteilten Artikel der „Hist.-pol.-Bl." erwähnten drei Programmsätze. Der zweite wurde nur kurz gestreift und dann fallen gelassen. Alle Teilnehmer waren sich einig darin, dass es notwendig sei, der katholischen Weltanschauung mehr wie bisher auch im öffentlichen Leben überall zu der ihr gebührenden Geltung zu verhelfen.

Entschieden wandte man sich gegen Bestrebungen,

wie sie in dem Turm-Artikel von Justizrat Dr. Julius Bachem zum Ausdruck gelangt waren. Aus Anlass der zahlreichen, namentlich von der „Köln. Volksztg." veröffentlichten Artikel über den Charakter der Zentrumspartei wurde dann angeregt und versucht, diesen Charakter in einem Leitsatz zu fixieren. Obschon sich aber alle über die Grundgedanken einig waren, kam man doch zu keinem alle befriedigenden Resultate, und es wurde daher schliesslich der Vorsitzende *Dr. Bitter* beauftragt, eine passende Fassung zu finden und sich darüber mit den einzelnen Konferenzteilnehmern zu verständigen.

Was den dritten Programmsatz, den Gedanken eines engeren Anschlusses des katholischen Volksvereins an den Episkopat anbetrifft, so herrschte auch hier in der Sache allgemeine Uebereinstimmung. Es wurde dabei aber ausdrücklich betont, dass es lediglich Sache des Episkopats sei, in dieser Richtung etwaige Schritte zu tun. Dem Institut des Volksvereins und seiner segensreichen Tätigkeit wurde von allen Seiten Anerkennung gezollt. Die Formulierung eines bestimmten Leitsatzes, dessen Gedanken festgelegt wurden, wurde dem Vorsitzenden übertragen.

Es wurde dann weiter in die Beratung der mitgeteilten sechs Anträge eingetreten und beschlossen, für die auf der Konferenz ventilierten Ideen nach Kräften in der Oeffentlichkeit Propaganda zu machen, insbesondere unter Zuhilfenahme der Presse. Der Antrag, die Redaktion der „Köln. Volksztg." und die Zentrale M. Gladbach über die geplanten Schritte zu verständigen, wurde vorläufig zurückgestellt. Mitte Sommer sollte zunächst eine zweite Konferenz stattfinden. Endlich wurde beschlossen, den deutschen Bischöfen von den stattgehabten Verhandlungen Mitteilung zu machen.

Dem von der Konferenz empfangenen Auftrage

entsprechend formulierte der Vorsitzende Dr. Bitter die über den Charakter des Zentrums und über den engeren Anschluss des katholischen Volksvereins an den Episkopat festgelegten Gedanken in folgenden zwei Leitsätzen:

I

„Das Zentrum ist eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gestellt hat die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklange mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten."

II

„Der grosse Einfluss, den der Volksverein für das katholische Deutschland auf das katholische Leben ausübt, erfordert einen engeren Anschluss an den Episkopat."

Gegen diese Formulierung, die den einzelnen Konferenzteilnehmern in einer v. 29 April 1909, Berlin, datierten Zuschrift mitgeteilt wurde, wurde meines Wissens von keiner Seite Einspruch erhoben.

An die Hochw. Herren Bischöfe Deutschlands wurde sodann unter dem Datum Berlin, 12 Mai 09, seitens der Abgeordneten Dr. Bitter und Geheimrat Roeren folgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, Mai 1909.

Ew.

„Es macht sich im eigenen Lager, in der Presse, in Broschüren und Versammlungen mehr und mehr zunehmend das systematische Bestreben geltend, in dem katholischen Volke die An-

schauung zu verbreiten, dass wirtschaftliche, soziale und politische Fragen losgelöst von den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu behandeln sind. Es wird vielerseits eine sogenannte interkonfessionelle Kulturgemeinschaft angestrebt, mit dem Ziele, die Religion auf die Gotteshäuser der Religionsgemeinschaften zu beschränken, um auf diese Weise eine Versöhnung der Konfessionen auf nationalem Boden herbeizuführen. Diese Bestrebungen haben bereits weite Kreise des katholischen Volkes in bedenklicher Weise ergriffen. Demgegenüber erscheint es als eine unabweisbare Notwendigkeit, den Standpunkt der katholischen Kirche, dass das Christentum als reale Macht die gesamten Verhältnisse des privaten, gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens durchdringen soll, dass es die Seele ist, welche der gesamten Kultur das Gepräge aufdrückt, mit aller Entschiedenheit zu betonen und zu verbreiten, um auf diese Weise der Weiterentwicklung einer solchen verhängsnisvollen Richtung entgegenzutreten.

Das kann aber nur geschehen, wenn nach den Worten Windthorsts Organisation gegen Organisation gesetzt wird. Eine solche Organisation einzuleiten war der Zweck einer Besprechung, die im April ds. Js zu Köln unter einer Anzahl gleichgesinnter Herren stattgefunden hat. Das Resultat dieser Besprechung war zunächst die Einigung auf folgende zwei Grundsätze:

1. „Das Zentrum ist eine politische Partei, „die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen „des gesamten Volkes auf allen Gebieten des „öffentlichen Lebens im Einklang mit den Grund„sätzen der katholischen Weltanschauung zu ver„treten."

2. „Der grosse Einfluss, den der Volksverein „für das katholische Deutschland auf das katho- „lische Leben ausübt, erfordert einen engeren „Anschluss an den Episkopat."

Diesen Grundsätzen soll in Presse, Broschüren und Versammlungen weitgehende Verbreitung gegeben werden. Die weitere Ausgestaltung der Organisation und Propaganda ist demnächstigen Besprechungen vorbehalten.

Wir halten uns für verpflichtet, Ew. Bischöfliche Gnaden von diesem Vorgehen gehorsamst in Kenntnis zu setzen."

Ueber den Verlauf der Konferenz hatte Kaplan Schopen sich Aufzeichnungen gemacht und drucken lassen. Diese Aufzeichnungen waren durchaus lückenhaft und enthielten, wie ich bereits in meiner Broschüre „Köln und Koblenz" (Hamm, Breer u Thiemann, 1909) dargelegt habe, neben Richtigem auch viel objektiv Unrichtiges, liessen neben Anführung von Unwesentlichem Wesentliches aus, und gaben so ein falsches Bild über die Bestrebungen und den Verlauf der Konferenz. Dem Ganzen hatte Schopen die Überschrift gegeben: „Protokoll der kirchlich-sozialen Konferenz am Osterdienstag, den 13 April 1909, in Köln." Ein Abzug hiervon gelangte in den Besitz der „Kölnischen Volkszeitung," wurde alsbald durch Maschinenschrift vervielfältigt und in zahlreichen Exemplaren unter der Hand in ganz Deutschland verbreitet. Schliesslich erschien dieses „Protokoll" auch in Broschürenform mit einem längeren Kommentar im Verlage der Universitätsbuchdruckerei Karl Georgi in Bonn. Der Vorsitzende der Konferenz, Dr. Bitter, bezeichnete alsbald in einer öffentlichen Erklärung das Protokoll als ein „privates Machwerk, das fälschlich als Protokoll ausgegeben, nicht unterzeichnet und voll objektiver Unrichtigkeiten"

sei. Auch von anderen Teilnehmern der Konferenz wurde öffentlich gegen die Richtigkeit des „Protokolls" Einspruch erhoben. Diese Dementis blieben aber bei dem weitaus grössten Teile der Zentrumspresse ohne Wirkung. Auch bei Hoeber (a. a. O.) muss das „Protokoll" wieder als Beweismittel aufmarschieren. Hoeber betont dabei, nicht die „Köln. Volksztg." habe das Schriftstück zum Protokoll gestempelt, sondern Herr Schopen habe es ausdrücklich als solches bezeichnet. Darauf ist zu erwidern, dass es sich doch erst um den Entwurf eines Protokolls handelte, das nach der Vereinbarung auf der Konferenz erst dem Vorsitzenden Dr. Bitter zur Prüfung und Unterzeichnung vorgelegt, sowie den einzelnen Teilnehmern zugesandt werden sollte. Keines von beiden ist aber geschehen. Somit ist das Schriftstück über den Charakter des Entwurfs nicht hinausgekommen. In einem das „Protokoll" betreffenden Schreiben *Dr. Bitters* an Dr. Kaufmann („Apolog. Rundschau" 5 Jahrg. Heft 10 v. Juli 1910) heisst es:

„Ich hatte Schopen bei der Konferenz lediglich gebeten, die Punkte, über welche eine Einigung bei der Besprechung erzielt würde, zu notieren. Ich war deshalb nicht wenig überrascht, als ich von ihm eines Tages eine längere Druckschrift zugeschickt erhielt, welche als Protokoll bezeichnet war und den Gang der Besprechung wiedergeben sollte. Diese Schrift zeigte ich nach flüchtiger Durchsicht auch Geheimrat Roeren und wir waren beide darüber einverstanden, dass diese Schrift als Protokoll nicht gelten könne, weil sie, wie schon der erste Blick zeigte, erhebliche Missverständnisse enthielt. Durch Nichtunterzeichnung dieser Schrift und durch das an Schopen gerichtete Ersuchen, dieselbe zu vernichten, habe ich auf das Deutlichste zum Ausdruck gebracht, dass diese Schrift als Protokoll der Konferenz nicht gelten könne. Wenn ich diese meine vollständige Ablehnung in dem ver-

öffentlichten Privatschreiben an Schopen mit der höflichen Wendung begleitet habe: „ich sei mit dem Inhalt im grossen und ganzen einverstanden" so kann diese Wendung der Schrift weder den Charakter einer Privatarbeit nehmen, noch auch als eine Billigung des Inhalts der Schrift meinerseits angesehen werden. Gebilligt habe ich nur die Aufzeichnung über die Hauptpunkte, bezüglich deren eine Einigung bei der Besprechung erzielt war und die allein nach meinem Wunsche aufzuzeichnen waren. Diese Hauptpunkte betrafen die im grossen und ganzen festgelegten Leitsätze in Betreff des Zentrums und des Volksvereins."

Die „Kölnische Volkszeitung" glaubte augenscheinlich in dem Protokoll die Antwort auf ihre wiederholte Frage: „Was steckt dahinter?" gefunden zu haben. In ihrer Nr. 526 vom 23 Juni 1909 veröffentlichte sie einen Artikel unter der Überschrift „Die anonymen Treibereien", in dem es hiess: „Uns sind der bzw. die Urheber dieser Treibereien sehr wohl bekannt. Am 13 April 1909, am Osterdienstag, hat hier in Köln eine geheime Zusammenkunft von zehn Herren stattgefunden" usw. Die „Kölnische Volkszeitung" hat es durch ihre Haltung fertig bekommen, dass sich sowohl in dem grössten Teile der Zentrumspresse und der Zentrumspartei, wie in den Kreisen der anderen Parteien die Ansicht festsetzen konnte, die Osterdienstagskonferenz habe es auf eine Konfessionalisierung des Zentrums abgesehen. Und so ist es denn — aller geschichtlichen Wahrheit zum Trotz — sogar so weit gekommen, dass der Begriff „Osterdienstagskonferenz" eine Verallgemeinerung erfahren hat dahin, dass man unter ihm heute nicht nur alle Bestrebungen versteht, die auf eine stärkere Betonung des konfessionellen Moments hinauslaufen, sondern sogar solche, die eine direkte Umwandlung des Zentrums in eine konfessionelle Partei zum Ziele haben. In diesem Sinne spricht man dann von „Krei-

sen", vom „Lager" usw. der Osterdienstagsleute, trotzdem die betreffenden „Kreise" usw., um deren Bestrebungen es sich hier handelt, mit der Konferenz selbst absolut nichts zu tun haben und hatten, ja den Teilnehmern der Konferenz in ihrer überwiegenden Majorität völlig unbekannt sein dürften, trotzdem auch, wie gesagt, die Konferenz als solche auch nicht im allergeringsten an dem politischen, nicht konfessionellen Charakter der Partei rütteln wollte. Jedenfalls sind dahingehende Bestrebungen auf der Konferenz selbst nicht zutage getreten. Sie würden andernfalls dort auch auf den allerentschiedensten Widerspruch gestossen sein. Für das, was einzelne Teilnehmer der Konferenz früher oder später getan haben, sind diese allein verantwortlich, nicht aber die Osterdienstagskonferenz. Diese war lediglich eine willkürliche, private Zusammenkunft zu privatem Meinungsaustausch über die infolge der erwähnten Polemik zwischen der „Kölnischen Volksztg." und der „Augsburger Postzeitung" usw. die Öffentlichkeit bewegenden Fragen. Es lag der Konferenz auch durchaus fern, irgend etwas am Charakter der Zentrumspartei ändern oder die Partei irgendwie offiziell definieren zu wollen. Das sind alles Erfindungen der „Kölnischen Volksztg." Die Konferenz hat überhaupt keine Definition der Zentrumspartei aufgestellt. Der so viel angefeindete Satz über das Zentrum, wonach dasselbe eine politische Partei ist, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklange mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten, ist auch gar nicht von der Konferenz formuliert worden, sondern erst nachträglich von Herrn Dr. Bitter. Diese Formulierung hat Anlass zu vielen Missverständnissen geboten, sie wollte aber nach der späteren Erklärung Dr. Bitters und anderer Teilnehmer der Kon-

ferenz, zu denen ich auch gehöre, nichts anderes besagen, als dass die Politik des Zentrums *nicht im Gegensatz* zur katholischen Weltanschauung erfolgen dürfe. Und in diesem Sinne ist der Satz Gemeingut des gesamten Zentrums. So schreibt noch *Dr. Armin Kausen*, der Herausgeber der „Allgemeinen Rundschau", in Nr. 14 der genannten Zeitschrift vom 6 April 1912 (S. 206):

„An dem Tage, an welchem das Zentrum sich irgendwie im Gegensatz zur katholischen Weltanschauung stellen würde, hätte es das Vertrauen des katholischen Volkes verloren. Das ist eine so klare Binsenweisheit, dass man über die Unterstellung, als ob dies jemals geschehen könnte, förmlich erschrecken muss."

Das ist genau der Standpunkt der Osterdienstagskonferenz. Hoeber zitiert (S. 72) folgende Stelle aus meiner Schrift „Köln und Koblenz":

„Um konfessionell-katholische oder spezifisch-katholische Politik zu treiben, bietet die Verfassung gar keinen Raum. Das Konfessionell-Katholische ist Sache der kirchlichen Behörden, nicht aber der Politik. Wenn, wie auch die „Kölnische Volksztg." schreibt, im Parlament erreicht wird, dass die Religionsfreiheit — ich füge hinzu: die völlige — der deutschen Katholiken geachtet und die Rechtsstellung der katholischen Kirche auf deutschem Boden anerkannt wird, so ist damit der katholischen Weltanschauung völlig Genüge geschehen. Mehr verlangt kein Mensch; ebenso wie jeder einsichtige Zentrumsmann unabänderlich an dem politischen, nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei festhalten wird."

Hoeber bemerkt dazu: „Wenn von der Osterdienstagskonferenz nicht ein Mehreres verlangt würde, wäre die ganze von ihr hervorgerufene „Bewegung" und anderseits deren Abwehr innerhalb der Zentrumspartei nicht nötig gewesen." Ganz meine Meinung, nur mit dem Zusatz, dass die „Bewegung" nicht von der Osterdienstagskonferenz, sondern von der „Köln. Volks-

zeitung" und deren Nachbetern hervorgerufen worden ist. Es haben auch vorher und nachher schon mancherlei vertrauliche Konferenzen und Besprechungen stattgefunden, und das seitens der Herren Roeren und Bitter an die hochwürdigsten Herren Bischöfe gesandte Memorandum war auch nicht ohne Vorgänger. Aber niemals hat sich an Derartiges eine „Bewegung" geknüpft, weil sich eben niemals ein Blatt — vor allem nicht von der Bedeutung der „Köln. Volkszeitung" — gefunden hat, das aus einem solchen an sich durchaus zulässigen Schritt eine Bewegung und Abwehr inszeniert hätte.

Die ganze Haltung der „Köln. Volksztg." der Osterdienstagskonferenz gegenüber ist schlechterdings nur aus der völlig unberechtigten Furcht des Blattes erklärlich, die Konferenz habe für die Umwandlung des Zentrums in eine konfessionelle Partei eintreten wollen. Die Gedanken, von denen die Konferenzteilnehmer sich leiten liessen, haben auch in der „Köln. Volksztg." sowohl vor wie nach der Konferenz wiederholt Ausdruck gefunden. Das Zentrum ist, so schreibt das Kölner Blatt, die „*starke politische Organisation der Katholiken*," (No. 242 v. 21. 3. 11) „*die starke Rüstung, die sich Deutschlands Katholiken unter weitblickenden Führern . . . geschaffen haben*" („Köln. Volksztg." No. 786 v. 18. 9. 10)

„Dass das Zentrum" schreibt die „Köln. Volksztg." (No. 908 v. 22. 10. 08) ein andermal „dem katholischen Volke seine Kraft verdankt, bestreitet niemand, auch dass *die Katholiken im Zentrum ihre beste parlamentarische Vertretung* erblicken, und dass man *in diesem Sinne das Zentrum die politische Vertretung des katholischen Volksteils* nennen kann, ist selbstverständlich." Und in ihrer No. 163 v. 24. 2. 09 betont sie, dass „die gemeinsame Ueberzeugung in den grossen, entscheidenden *Weltanschauungsfragen* und die klar erkannte Not-

wendigkit, dem katholischen Volksteil seine verfassungsmässige Gleichberechtigung zu erkämpfen, alle Mitglieder des Zentrums, wess Stammes und Standes sie seien, eng verbindet."

In ihrer No. 876 v. 18 Okt. 10 schreibt die „Köln. Volksztg.":

„Zunächst die Frage: Wo ist jemals von oder in der „Kölnischen Volkszeitung" die *„christliche" Weltanschauung als Gegensatz zur katholischen Glaubenslehre* verlangt worden? Die „Kölnische Volkszeitung" hat niemals den geringsten Zweifel darüber gelassen, und bei jeder Gelegenheit klar und entschieden betont, dass für sie wie für alle *katholischen* Mitglieder des Zentrums die *„christliche"* Weltanschauung, die *„christlichen"* Grundsätze usw., von denen früher, zurzeit der Gründung des Zentrums, Windthorst, Mallinckrodt und Bischof v. Ketteler so oft geredet haben, *völlig identisch* sei mit den Lehren und Grundsätzen der *katholischen* Kirche."

Und in ihrer Nr. 464 v. 25. 5. 12. schreibt sie bestätigend:

„*Kein Katholik* in der Zentrumspartei und in der Zentrumspresse will *irgendwie in Gegensatz zum katholischen Glauben* treten; der beste Beweis fürs Gegenteil ist die tägliche opferwillige Arbeit, die geleistet wird."

Und weiter (Nr. 635 v. 29. 7. 09.)

„Bei Fragen, in welchen die *Weltanschauung* in Betracht kommt, wird der *Katholik auch im Parlament von den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung sich leiten lassen.*"

In seiner Nr. 1103 v. 31. Dez. 09 schreibt dasselbe Blatt:"

„Im übrigen ist es auch heute noch Pflicht der Zentrumspresse, auf Grund des Zentrumsprogramms *besonders katholische Interessen zu vertreten*, denn diese Interessen wer-

den noch vielfach verletzt: die religiöse Freiheit der Katholiken und die Gleichberechtigung des katholischen Volksteils ist noch keineswegs in Deutschland überall gesichert."

In ihrer No. 335 v. 16. 4. 12. druckt die „Köln. Volksztg." einen Artikel des Pfarrers C. du Berg aus dem „Lorrain" zustimmend ab. In diesen, wie die „Köln. Volksztg" einleitend sagt, „bemerkenswerten Ausführungen" heisst es wörtlich:

„Hr. Roeren will, dass das Zentrum sich nach den Grundsätzen der katholischen Kirche richten soll. *Alle Welt hat bis jetzt geglaubt, dass das Zentrum das stets getan habe.*"

Fügt man dem noch hinzu, dass die „Köln. Volksztg." in ihrer No. 754 v. 6. 9. 09, in der sie die vorher mitgeteilte Rede Dr. Spahns in Rheinbach zum Abdruck gebracht hat, ausdrücklich bemerkte, dass Dr. Spahn sich dort *„in klarer Weise" „über den interkonfessionellen politischen Charakter der Zentrumspartei"* geäussert habe, so begreift man wirklich nicht, weshalb die „Köln. Volksztg." sich so über die Osterdienstagskonferenz aufgeregt hat, wenn man nicht ihren unbegründeten Argwohn in Rechnung stellt, die Osterdienstagskonferenz habe eine Konfessionalisierung des Zentrums erstrebt.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhange auch noch eine Aeusserung des Stuttgarter „Deutsch. Volksbl." Dasselbe schreibt (No. 230 v. 9. 10. 11.):

„Als selbstverständlich aber galt es von jeher und gilt es heute noch, dass kein Mitglied des Zentrums irgend einer Massnahme oder einem Gesetze seine Zustimmung geben könnte, das gegen die Grundsätze der katholischen Kirche verstösst oder gar ihre Freiheit antasten könnte. Eine solche Haltung stünde mit dem Programm des Zentrums im Widerspruch, welches für die bürgerliche und religiöse Freiheit *aller* Angehörigen des Reiches, also auch der Katholiken, eintritt und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe gesichert wissen will."

Diese Auslassung ist mit Rücksicht auf die Haltung des Zentrums in der *Ehegesetzgebung* besonders wertvoll. In ihrer No. 642 v. 31. 7. 09 hatte die „Köln. Volksztg". eine Zuschrift „von einem im öffentlichen Leben hervorragend tätigen Geistlichen der Reichslande" veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Politik und Konfession im „Reformzentrum"". Darin fand sich auch folgender Passus:

„Oder hat etwa das Zentrum im Bürgerlichen Gesetzbuch die katholische Weltanschauung über die Ehe zu gesetzlicher Geltung bringen können! Hat es nicht für ein die Ehescheidung enthaltendes Gesetz gestimmt?"

Dazu ging der „Köln. Volksztg" „von einem der an den betreffenden Verhandlungen des Zentrums beteiligten Abgeordneten" eine Zuschrift zu, in der es richtigstellend hiess („Köln. Volksztg." No. 650 v. 3. 8 09.):

„Diese Behauptungen Ihres Artikels sind gewiss richtig, aber um Missverständnisse fernzuhalten, muss doch hinzugefügt werden, dass bei den Verhandlungen über das Bürgerliche Gesetzbuch in Sachen der *Ehegesetzgebung* das Zentrum alles getan hat, was in seiner Macht stand, um die *Grundsätze der katholischen Kirche*, soweit Katholiken in Betracht kommen, zur *Geltung zu bringen*. Diese Grundsätze den Protestanten aufdrängen zu wollen, war natürlich von vornherein ausgeschlossen. Aber *für die Katholiken* hätte das Zentrum gewiss alles gern erreicht, um die weltliche Gesetzgebung in Uebereinstimmung zu bringen mit den Grundsätzen des katholischen kanonischen Eherechts. Diese Bemühungen haben auch einen gewissen, nicht zu unterschätzenden Erfolg gehabt. Dass dieser Erfolg, am kanonischen Eherecht gemessen, unbefriedigend blieb, lag in der Natur unserer parlamentarisch-politischen Verhältnisse. Er kann für die Praxis aber nur gemessen werden an der vorhandenen Möglichkeit, auf diesem Gebiete Erfolge zu erzielen. Trotz dieses prinzipiell unbefriedigenden Erfolges hat dann allerdings das Zentrum in der Schlussabstimmung doch für das ganze Bürgerliche Gesetzbuch ge-

stimmt. Aber das ist geschehen, nachdem es vorher wegen dieses Verhaltens der vollständigen Billigung der höchsten kirchlichen Autorität versichert worden war. Auch ist es geschehen unter einer von dem Abg. Dr. Lieber vorgetragenen *ausdrücklichen Verwahrung*, dass das Zentrum trotz der für dasselbe unbefriedigenden Lösung der eherechtlichen Frage nur zustimme, *weil es mehr nicht habe erreichen können*, und das Erreichte immerhin so wertvoll sei, dass sich um dieses Vorteiles willen die Zustimmung zu dem ganzen Gesetzeswerk rechtfertige. Gegenüber der Billigung, welche diese Stellungnahme von seiten der höchsten kirchlichen Autorität gefunden hat, konnte selbstredend die Bemängelung dieses Standpunktes von anderer Seite nicht in Betracht kommen."

Zur Rechtfertigung der Bestrebungen der Osterdienstags-Konferenz und um allen Gelegenheit zur Aussprache zu geben, fand am 9 August 1909 im Görresbau in *Koblenz* eine von mehreren Teilnehmern der Osterdienstags-Konferenz und einer Anzahl sonstiger Herren einberufene öffentliche Versammlung statt. Von verschiedenen Seiten war versucht worden, diese Versammlung zu hintertreiben. Demgegenüber hiess es in einer Zuschrift an die „Augsb. Postztg." (No. 171 v. 1. 8. 09):

„Das ist der allein korrekte, loyale Weg, durch den der Vorwurf „anonyme Wühlereien" schon von vornherein widerlegt wird, auf dem allein aber auch eine gegenseitige Aussprache und Versöhnung der Gegensätze möglich ist. Wir können es darum nicht billigen, dass schon auf die blosse Einladung hin einige Blätter, wie die „Köln. Volksztg." (Nr. 629) und „Düsseld. Tagebl." (in Nr. 205) ihre schon gegen die Vorbesprechung in Köln gerichteten Angriffe in verschärfter Form fortsetzen. Haben denn katholische Männer nicht mehr das *Recht*, zu Besprechungen über nicht-dogmatische, aber das katholische Volk in hohem Masse interessierende Angelegenheiten einzuladen? Und wer ist es, der ihnen das verargt? Seltsamerweise verstecken dieselben Herren, die

andern „geheime Wühlereien" vorwerfen, sich selbst unter den Mantel der Anonymität, so dass man nicht einmal weiss, ob die Verfasser jener Artikel die Autorität und das Ansehen, geschweige denn die Verdienste derjenigen besitzen, die ihren Namen unter den Aufruf gesetzt haben. Die „Köln. Volksztg." glaubt u. a. hervorheben zu müssen, dass Herr Dr. Bitter, der Einberufer der Versammlung, „eines der an Dienstjahren" (!) „jüngsten Mitglieder der Zentrumsfraktion" sei. Ob aber der Verfasser jenes Artikels an „Dienst"-oder auch an „Lebens"-Jahren dem Herrn Dr. Bitter voraus ist, lässt sich leider, infolge seiner Anonymität nicht feststellen.

Man mag sich zu dem *Gegenstande* der Besprechung stellen, wie man will. Niemand, der seine eigene Anschauung nicht etwa für die *unfehlbar richtige* hält, wird leugnen, dass der von den Unterzeichneten eingeschlagene Weg einer öffentlichen, allgemeinen Besprechung der *einzig richtige* ist. Die vielerorts nun einmal herrschende Meinung, die den Ausgangspunkt und die Unterlage zu dem Vorgehen der betr. Herren bildete, lässt sich nicht einfach totschlagen, auch wenn man sich dazu der bekannten Mittel persönlicher Herabsetzung bedient.

Bemerkenswert ist es, dass gerade diejenigen Blätter, die gegen die Index-Liga und den geplanten Laienbund nur eine *sehr zarte* Sprache führten, jetzt gegen die neue Bewegung von auffallender Schärfe sind. Man erinnert sich noch des Wortes, mit dem man damals die Sache zudecken wollte: „tant de bruit pour une omelette"! Und heute heisst's: „Sprengpulver für das Zentrum"!

Als ferner bei Gelegenheit der Düsseldorfer Katholikenversammlung 1908 zu einer Besprechung über die Versöhnung der konfessionellen Gegensätze eingeladen wurde, da brachten die Blätter, die jetzt so viel Lärm schlagen, äusserst warm gehaltene Einladungen im redaktionellen Teil.

Und endlich ein dritter Vorgang: Als Herr Justizrat Dr. Julius Bachem in den „Historisch-politischen Blättern" sich eingehend mit dem Zentrum beschäftigte und ihm *ganz neue Bahnen* weisen wollte — so wurde sein Artikel doch hüben und drüben ganz allgemein aufgefasst —, da hat er

unseres Wissens auch nicht erst das Gutachten der *Zentrumspresse* und der *Zentrumsfraktion* eingeholt. Man sollte also doch anderen *dieselbe* Freiheit gönnen, die man für sich in Anspruch nimmt. . . .

In diesen Angelegenheiten, wie sie die Coblenzer Versammlung vor das Forum der Oeffentlichkeit ziehen will, und die wohl zur Kompetenz des katholischen Volkes gehören, hat keine Zeitung und kein Parlamentarier eine *solche* Autorität, dass sich das katholische Volk ihrer Entscheidung unbedingt und von vornherein unterwerfen müsste. Eine solche Unterwerfung verlangen selbstverständlich auch die Einberufer der Versammlung nicht. Es ist darum eine *total verkehrte* Auffassung, wenn das „Düsseldorfer Tagebl." (Nr. 205) schreibt, diese Herren wollten allein „entscheiden, was Zentrum ist", und „die ganze Partei, die gesamte Fraktion", solle das als richtig anerkennen, was „einige Herren beschliessen". Davon ist gar nicht die Rede, sondern man will sich aussprechen, und dazu dient die *allgemeine* Einladung".

Zu Beginn der Koblenzer Versammlung teilte Abg. Geheimrat Roeren mit, dass der zweite, von der Osterdienstags-Konferenz aufgestellte, den Volksverein für das katholische Deutschland betreffende Leitsatz als erledigt gelten könne. Kardinal-Erzbischof Fischer von Köln habe ihm brieflich mitgeteilt, dass die gelegentlich des Eucharistischen Kongresses in Köln stattgehabte *Bischofskonferenz* über das Verhältnis des Episkopats zum Volksverein verhandelt und es klargestellt habe. Das Ergebnis dieser Verhandlungen werde dem Volksverein vorgelegt werden.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, die sich darum drehte, ob man dem von Herrn Geheimrat Roeren kundgegebenen Wunsche des Beirats des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei gemäss überhaupt nicht verhandeln solle oder doch, legte Abg. *Dr. Bitter* in mehr als einstündiger Rede die Bestrebungen der Osterdienstags-Konferenz klar.

Diese Rede hatte nach dem von Herrn Dr. Bitter korrigierten Stenogramm folgenden Wortlaut:

„Meine Herren!

Die bekannte Osterdienstags-Versammlung, welche im April in Köln tagte, hat hinsichtlich ihrer Bestrebungen und hinsichtlich ihrer Wünsche vielfach Entstellungen in der Presse gefunden. Meine Herren! Es handelt sich um eine Privatbesprechung; es handelt sich um die Ansicht von Männern, die dieselbe Einheit im Denken, die dieselbe Einheit in politischer Hinsicht und Ueberzeugung verband. Sie wollten nicht das Zentrum bekämpfen, gegen das Zentrum war ihre ganze Aktion *nicht* gerichtet. Was sie wollten und was sie in ihrem Schreiben an die hochwürdigsten Herren Bischöfe zum Ausdruck gebracht haben, das war: zu überlegen, welche Massnahmen zu treffen seien gegen das in der Presse, in Broschüren, zum Teil auch in Versammlungen systematisch hervortretende Bestreben, wirtschaftliche, soziale und politische Fragen immer mehr losgelöst von den Grundsatzen der katholischen Weltanschauung zu behandeln und in einseitiger, irreführender Weise den interkonfessionellen Charakter des Zentrums zu betonen.

Meine Herren! Es handelte sich in Köln also lediglich um einen privaten Meinungsaustausch. Einer der Teilnehmer hatte sich Aufzeichnungen gemacht und diese Aufzeichnungen in Druck gegeben. Der Drucker oder ein Angestellter aus der Druckerei hat die Aufzeichnungen irgend einer Person — auf Namen kommt es nicht an — verraten, und so ist die Sache auch in den Besitz der Presse, vor allen Dingen der „Kölnischen Volkszeitung", gelangt. Und wer ist es nun gewesen, der die Press-Fehde verschuldet hat? Sind es etwa die 10 Männer der Osterdienstagsversammlung gewesen, die lediglich zusammengekommen waren, um privatim ihre Ansichten auszutauschen, ihre Wünsche auszusprechen und vor allem über die Massnahmen gegen das gekennzeichnete Bestreben des übermässigen Hervorkehrens des interkonfessionellen Charakters des Zentrums und auch über einige andere Sachen Rat zu pflegen?

Schuld an der Press-Fehde ist die „K. V.-Z.", und gerade weil die „K. V.-Z." schuld an dieser Press-Fehde gewesen ist, deshalb hätte sie die Loyalität, die sie immer betont, veranlassen müssen, auch diejenigen, welche sie angriff, zu Wort kommen zu lassen.

Meine Herren! Die Sachlage war die: Am 15. Juni richtete der Augustinus-Verein an die Presse das Ersuchen, keine Artikel mehr über diese Angelegenheit zu veröffentlichen. Wer kehrte sich an diese Aufforderung nicht? Die „K. V.-Z."! Sie brachte in dem Blatt vom 22. Juni, Nr. 520, den bekannten Artikel über „Anonyme Wühlereien und Treibereien", und sie brachte in Nr. 526 am 23. Juni nochmals einen Artikel mit einer ähnlichen Ueberschrift, und sie stellte sich da auf den Standpunkt, dass der Herr Kardinal von Köln in seiner Rede in M.-Gladbach Stellung gegen die Wünsche und Bestrebungen der Osterdienstagsversammlung genommen hätte. Jetzt, nachdem der Herr Kardinal die von Herrn Geh. Rat Roeren veröffentlichte Erklärung abgegeben hat, und nachdem er gesagt hat, er habe nicht die Teilnehmer an der Osterdienstagsversammlung treffen wollen, da sagt die „K. V.-Z.": „Gewiss, z. Zt. der Rede des Herrn Kardinals lag das Protokoll überhaupt noch nicht vor!" Aber in dem Artikel vom 23. Juni Nr. 526 bringt sie doch die Rede des Herrn Kardinals mit den anonymen Wühlereien und Treibereien in Zusammenhang.

Meine Herren! Das ist wenig loyal. Das Wort darf ich mir erlauben. Ueber die persönlichen Angriffe, die sie sonst gegen den Herrn Geh. Rat. Roeren, eines der ältesten Mitglieder des Deutschen Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses, richtete, will ich mich nicht auslassen.

Als der erste Artikel gekommen war, schickte ich an die „K. V.-Z." eine Erklärung des Inhaltes, was wir auf der Osterdienstagsversammlung besprochen, welche Leitsätze wir angenommen hatten, und was uns dazu geführt hätte. Was schrieb mir die „K. V.-Z."? Sie schreibt:

„Sehr geehrter Herr! Wir sehen uns einstweilen
„nicht veranlasst, die uns von Ihnen übersandte Erklärung
„in der „K. V.-Z." abzudrucken. Diese Erklärung gibt

„nur ein mangelhaftes Bild von den Vorgängen in der „Kölner Osterdienstagsversammlung. Das Protokoll über „den Verlauf dieser Versammlung liegt uns vor. Wenn „wir Veranlassung haben sollten, auf die Osterdienstags- „versammlung eingehender zurückzukommen, als dies in „unserer gestrigen Nr. 526 unter möglichster Schonung „der in Betracht kommenden Persönlichkeiten geschehen „ist, so wird dies nur aufgrund jenes Protokolls geschehen, „damit kein schiefes Bild von dem Verlauf und den „Tendenzen der fraglichen Versammlung entsteht".

Ich wandte mich dann telephonisch an die „K. Vztg." vom Reichstage in Berlin aus und bat sie, den Artikel aufzunehmen, was sie jedoch ablehnte. Darauf blieb mir nichts übrig, als den Artikel an andere Zeitungen zu senden, und diese, darunter auch die „Germania", haben die Erklärung in loyaler Weise aufgenommen. Nun druckte die „K. Vztg." in Nr. 532 vom 25. Juni d. J. von der Erklärung ab, was ihr passte. Das andere liess sie fort! In Nr. 541 vom 28. Juni setzte sie dann ihre Angriffe fort. Das veranlasste mich zu einer neuen Erklärung. In derselben fragte ich: „Wer anders ist denn derjenige, der versucht hat, den Charakter des Zentrums zu definieren, als die „K. Vztg."?" Das war nicht nur meine Ansicht, sondern die weiter Kreise. So hat auch die „Cobl. Volksztg." dasselbe gesagt, wie ich, dass nämlich die ganze Konferenz vom Osterdienstag unterblieben wäre, wenn nicht die „K. V." seit einer Reihe von Jahren mit einem wahren Feuereifer bestrebt gewesen wäre, autoritativ festzustellen, welches der wahre Charakter des Zentrums sei.

Darnach war, soweit ich die Lage übersehen konnte, in der Zentrumspresse wieder Ruhe und zwar auf Wunsch des Augustinus-Vereins. Aber die „K. Vztg." setzte dann in ihren Nummern vom 24. (621), 27. (627 und 629), 28. (632), 30. Juli (636, 637) u. s. w. die Polemik in überaus scharfer Weise fort. Sie hörte nicht auf, die Teilnehmer an der Osterdienstagskonferenz und vor allem mich in ironischer Weise lächerlich zu machen, indem sie mir unterschob, ich hätte versucht, für das Zentrum eine Definition zu finden.

Es steht also fest: Schuld an der Press-Fehde und der ganzen Bewegung sind nicht die Teilnehmer an der Osterdienstags-Konferenz, sondern einzig und allein die „K. Vztg.". Die fragliche Konferenz sollte keine Definition des Zentrums suchen, sondern sie wollte Stellung nehmen gegen die Bestrebungen, die seit einiger Zeit in Presse und Broschüren zu Tage getreten sind, und die dahin gingen, den wahren Charakter des Zentrums zu verwischen. Wenn wir eine Definition des Zentrums aufgestellt haben, so ist das nicht in der anmassenden Weise geschehen, wie die „K. Vztg." es hinstellte, als ob wir der Zentrums-Fraktion und Partei unsere Definition aufoktroyieren wollten. Aber wenn man gegen jemand kämpft, der den Charakter des Zentrums verwischen und die Partei auf eine andere Grundlage stellen will, dann muss man sich auch erst selbst klar darüber sein, welches der wahre Charakter des Zentrums ist; und aus diesem Gesichtspunkte heraus haben wir versucht, uns selbst darüber klar zu werden. Wir haben nicht die Absicht gehabt, der Zentrums-Fraktion und der Wählerschaft eine Definition des Zentrums aufzuoktroyieren; dazu sind wir nicht berufen, und es ist auch hier nicht der Ort, darüber zu debattieren, was das Zentrum ist und was es nicht ist. Das gehört nicht in eine öffentliche Versammlung. Aber wenn die „Köln. Vztg." den Teilnehmern der Osterdienstags-Konferenz unterschiebt, dass sie eine solche Definition gesucht hätten, dann werden wir doch das Recht haben, auch dem Volke darzulegen, welche Wünsche und Absichten uns geleitet haben. Wenn wir das tun, dann kann es der „K. Vztg." unmöglich gestattet sein, zu sagen, wir wollten eine Definition des Charakters des Zentrums geben und Uneinigkeit in die Partei tragen. Nichts hat uns ferner gelegen, als das; das war niemals unsere Absicht und unser Bestreben. Hätte die „K. Vztg." doch die Brille aufgesetzt und in dem von mir als Machwerk bezeichneten Protokoll etwas weiter nachgelesen, so hätte sie gefunden, dass darin steht: „Angriffe sollen nicht gemacht werden." Kann es loyal genannt werden, wenn man eine private Angelegenheit, die zwischen vier Wänden be-

sprochen wurde, in die Oeffentlichkeit zieht und den Gegner damit schlägt, ihm aber nicht Gelegenheit zur Verteidigung gibt? Auf ein solches Verhalten kann das Wort loyal nicht mehr Anwendung finden.

Meine Herren! Ich möchte noch auf eines hinweisen. Die „Köln. Vztg." stellt sich, obwohl ich ihr telephonisch mitgeteilt habe, dass das veröffentlichte Protokoll ein privates Machwerk sei, das voll von objektiven Unrichtigkeiten ist, auf den Standpunkt, dass w i r darzulegen hätten, worin die Unrichtigkeiten beständen. Obwohl sie mich nicht zu Wort kommen lässt, verlangt sie, dass ich ihr bei ihrer Beweisführung dadurch helfen solle, dass ich ihr angebe, was in dem Protokoll falsch ist. Das kann man doch nicht vom Gegner verlangen. Das ist doch sehr naiv. Ich brauche der „K. V.-Z." nicht darzulegen, was wahr ist und was nicht wahr ist.

Ich stelle nach dem Gesagten fest:

1. D a s V e r s c h u l d e n a n d e r g a n z e n S a c h e t r ä g t e i n z i g u n d a l l e i n die „K. V.-Z.".

2. D i e A k t i o n w a r n i c h t i m m i n d e s t e n g e g e n d a s Z e n t r u m g e r i c h t e t, w i e i c h s p ä t e r n o c h a u s f ü h r e n w e r d e, u n d w i e a u c h a u s d e m F l u g b l a t t z u e r s e h e n i s t, d a s h i e r v e r t e i l t i s t. G o t t s e i D a n k i s t d a s Z e n t r u m n o c h d a s, w a s e s w a r u n d s e i n s o l l. Aber die „K. V.-Z." will es auf eine andere Grundlage stellen. Das ist es, was wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen, und wogegen die Teilnehmer der Osterdienstagskonferenz Stellung genommen haben.

3. Stelle ich fest, dass u n s e r e M a s s n a h m e n g e r i c h t e t s i n d g e g e n d i e P r e s s e u n d d i e B r o s c h ü r e n, d i e f o r t w ä h r e n d i n e i n s e i t i g e r W e i s e d e n i n t e r k o n f e s s i o n e l l e n C h a r a k t e r d e s Z e n t r u m s p r o p a g i e r e n. Wir wollten keine Definition des Zentrums geben, um dieselbe der Fraktion aufzuzwingen, sondern um uns darüber klar zu werden, wie weit wir uns

vom Boden des Zentrums entfernen, wenn die gekennzeichneten Bestrebungen immer mehr um sich greifen.

Ausdrücklich will ich ferner noch feststellen, dass die Frage, „ob christliche Gewerkschaften oder katholische Fachabteilungen", mit der Konferenz nichts zu tun hatte, sondern von der Beratung ausdrücklich ausgeschlossen wurde.

Ich will nun des Weiteren dazu übergehen darzulegen, was wir wollen, und ob wir damit Unrecht getan haben oder nicht. Ich halte mich in Bezug hierauf im wesentlichen an das Flugblatt, ich tue das der Einfachheit halber und um deswillen, damit die Herren genau wissen und sich darüber klar werden können, was wir gewollt haben. Deshalb habe ich das Flugblatt drucken lassen.

Meine Herren! Ich habe gesagt, es sei schwer, sich mit einem Gegner auseinanderzusetzen, der fort und fort das Thema verschiebt. Das hat aber die „K. V.-Z." getan. Wir hatten den Satz aufgestellt, dass das Zentrum eine politische Partei sei, die sich zur Aufgabe gestellt habe, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklang mit, und nicht, wie die „K. V.-Z", schreibt, nach den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten. Die „K. V.-Z." bezeichnete uns deshalb als „Sprengpulver für das Zentrum". Sie sagt:

„Wer im Parlament konfessionelle katholische Politik treiben will, entfernt sich damit vom Boden der Verfassung . . . . Man kann vom Boden der Verfassung aus Politik gemäss den allgemeinen christlichen Grundsätzen treiben, nicht aber spezifisch katholische Politik . . . . . Die christliche Weltanschauung, welche den Vertretern der im Glauben getrennten beiden christlichen Konfessionen gemeinsam ist, kann man noch heute auch im deutschen Parlament zur Geltung bringen und soll sie zur Geltung bringen . . ."

Das hört sich ja ganz gut an, ist aber keine Polemik gegen unseren Leitsatz. Wir treiben keineswegs spezifisch katholische und keineswegs konfessionelle Politik. Wir müssen uns klar werden:

1. Wann sind wir eine politische Partei?

2. Welches Programm hat das Zentrum als politische Partei? und

3. darüber: inwieweit sucht die „K. V.-Z." dieses Programm zu ändern?

Meine Herren! Eine politische Partei bleibt man doch auch, wenn man, und das will ich Ihnen beweisen, von einer bestimmten Weltanschauung als Grundlage aus Politik treibt. Die Reichsverfassung bestimmt in Artikel 29, dass die Mitglieder des Reichstages das gesamte Volk vertreten und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden sind. Wenn wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens für das gesamte Volk die politische Arbeit verrichten, so sind wir eine politische Partei. Darüber kann kein Zweifel sein, und darüber sind sich die Gründer des Zentrums auch nicht im Zweifel gewesen. Sie schwankten zuerst dahin, ob sie das Zentrum nicht lediglich auf der Grundlage der Vertretung spezifisch katholischer Interessen gründen sollten. Sie sind aber davon abgekommen. Das Zentrum ist gegründet worden und das betone ich wiederholt, — und es ist von den Teilnehmern der Osterdienstagsversammlung anerkannt worden, — als eine politische und nicht als eine spezifisch katholische und konfessionelle Partei. Nach der früheren, alten Ständevertretung waren die Abgeordneten mehr Vertreter ihrer eigenen Rechte, ihres Standes. Jetzt ist das anders. Der Abgeordnete vertritt heute das gesamte Volk. Es ist dem Zentrum niemals eingefallen, — und das hat auch kein Mitglied der Osterdienstagsversammlung behauptet, — dass das Zentrum nur zur Vertretung der katholischen Interessen da wäre. Es hat stets sein Programm auf die gesamte Bevölkerung des Reiches ausgedehnt und stets Andersgläubige in seinen Reihen willkommen geheissen. Es ist aber etwas anderes, ob man eine politische Partei ist, und, auf welcher Grundlage man die politische Arbeit verrichtet. Eine politische Partei ist man schon dann, wenn man für das gesamte Volk auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens tätig ist. Das konstitutionelle Parlament ist ein Staats-

organ, in formaler Beziehung besteht kein Unterschied in Betreff der einzelnen Mitglieder. Aber die einzelnen Mitglieder gehören bestimmten Parteien, bestimmten Fraktionen an. Alle Fraktionen suchen ihre Arbeit auf dem Boden der Verfassung zu verrichten; aber alle nach wesentlich anderen Gesichtspunkten. Fangen Sie bei der äussersten Linken an, gehen Sie hin bis zur äussersten Rechten, Sie werden stets das Gleiche finden. Sie werden stets finden, dass alle Parteien gemeinsam haben, die gesamte Reichsarbeit für das gesamte Volk zu verrichten, dass aber bei allen etwas verschieden ist, ihr Programm.

Was ist nun das Programm einer Partei? Das Programm stellt doch lediglich dar die Wünsche und Bestrebungen eines bestimmten Volksteiles, dessen Mitglieder Anhänger der Partei sind, und die gerade in dieser Richtung, wie ihre Wünsche und Bestrebungen laufen, die Reichsarbeit für das gesamte Volk verrichtet wissen wollen. Was bildet die Grenze, was scheidet die Parteien? Im letzten Grunde die Weltanschauung! Die Weltanschauung ist es, was die Partei einigt, was sie zusammenschliesst und zusammenhält. Die Weltanschauung ist das Band, welches die Kraft besitzt, so heterogene Elemente, wie sie sich in manchen Parteien, namentlich auch beim Zentrum finden, auf die Dauer zusammenzuschliessen.

Nun, meine Herren, wenn das richtig ist, dann fragt es sich: „Auf welcher Weltanschauung ist das Zentrum gegründet?" Das Zentrum ist von Katholiken gegründet. Das Zentrum kann deshalb nur gegründet sein auf dem Boden der katholischen Weltanschauung. Denn, meine Herren, was ist denn eine allgemein christliche Weltanschauung? Doch weiter nichts, als ein verwaschenes Christentum, das der festen Grundlage entbehrt und dem Subjektivismus Tür und Tor öffnet. Meine Herren! Sie kommen nicht weit mit Ihrem Christentum, so wie Sie es wollen. Eine christliche Weltanschauung, wie Sie wollen, gibt es nicht. Da kann jeder sich so viel dazu nehmen, als er will. Allgemein christliche Grundsätze entbehren des festen Fundamentes, auf dem sie

sich aufbauen. Es lebt aber im Zentrum noch derselbe Geist, wie im katholischen Volke, den die Gründer des Zentrums festgelegt haben. Sie waren Katholiken und wollten, dass im Programm des Zentrums derselbe Geist herrsche, wie im katholischen Volke. Das haben sie wiederholt zum Ausdruck gebracht. Ich brauche nur zu erinnern an die Rede Windthorsts, die er auf der Katholikenversammlung Deutschlands im Jahre 1885 in Münster gehalten hat. In dieser Rede, in der er sagt: „Das Zentrum — so heisst augenblicklich die parlamentarische Vertretung der Katholiken —", führt er wörtlich aus:

> „Meine Herren, in der heutigen Zeit hat sich die Notwendigkeit geltend gemacht, dass auch Laien in die kirchlichen Verhältnisse sich gleichsam einmischen müssen, weil sie allein nach Lage der Gesetzgebung im Stande sind, voll und ganz das zu sagen, was ihnen auf dem Herzen liegt. Da ist denn die Gefahr nicht ausgeschlossen, dass die einzelnen sich ein wenig über sich selbst hinwegheben. Das ist eine Krankheit, die ist in der Erbsünde begründet, und darum ist es denen, die jenen Beruf haben, dringend zu wünschen, dass sie fort und fort auf die kirchliche Autorität hingewiesen werden. Und wenn wir hier erscheinen, zu Ihnen sprechen, und dann die Herren Bischöfe hier sehen, dann vergegenwärtigen wir uns immer die Frage: Sind wir auch in vollem und ganzem Einverständnis mit der Lehre der Kirche und mit den Autoritäten? In dem Augenblicke, wo wir nur eine Linie davon abwichen, wären wir unwiederbringlich verloren und unser Gewissen wäre schwer belastet".

Meine Herren! Auf der bekannten Gürzenich-Versammlung am 6. Februar 1887 sagte Windthorst folgendes:

> „Was es aber heisst, wenn die Katholiken ohne festen Verband unter sich in den Parlamenten sind, das haben wir in den Jahren vor der Zentrums-Fraktion

erkannt. Sie verschwinden dann in der Masse und gelten nichts. Wenn wir nicht kompakt wie ein Korps dastehen, fest und geschlossen, dann gelten wir auch nichts; dann sind wir eine Minorität. Die Minoritäten können aber nur dann eine Bedeutung haben, wenn sie geschlossen zusammenstehen. Und in dieses Korps gehören Leute, welche selbständig und unabhängig sind, und welche nicht nach oben und nicht nach unten zu sehen brauchen. Wer ins Zentrum tritt, der muss auf die Vorteile dieser Welt verzichten. Ueber unsrem Beratungszimmer sollte stehen: „Hier hört das Hoffen, also auch das Streben auf". Ein Zentrumsmann muss sich aus eigener Kraft und in eigener Kraft erhalten. Es ist allerdings auch eine Lust, wenn man auf sich selbst steht. Das ist, Gottlob, noch möglich in Deutschland, ohne dass man an der Staatskrippe frisst".

Meine Herren, nun hält uns die „K. V.-Z." den grossen Bischof Freiherrn Emanuel von Ketteler vor und fragt, was Ketteler wohl zu unsern Bestrebungen sagen würde. Sie veröffentlicht sogar einen Artikel von Dr. Niemann, der dartun soll, dass Bischof Ketteler ohne Zweifel unsere Bestrebungen verurteilt haben würde. Meine Herren! Ich sage, wenn Ketteler das unterschreiben sollte, was die „Köln. Volkszeitung" über das Zentrum schreibt, dann würde er seinen Hirtenstab etwas fester in die Hand nehmen. Was sagt Bischof Ketteler denn über das Zentrum? Sagt er, dass es eine Partei sei, die ohne festen Grund lediglich auf der „christlichen Weltanschauung" aufgebaut sein soll? Mit nichten! In seinem Buche „Die Katholiken im Deutschen Reiche", Mainz 1873, sagt er S. 3. folgendes:

„Ich hoffe daher, dass ein solches katholisches Programm das Programm aller gläubigen Christen und aller rechtlich denkenden Menschen in Deutschland werden kann. Ich könnte es deshalb ein „Programm für alle rechtlich und christlich denkenden Manner in Deutschland" nennen."

Meine Herren! Unsere katholische Weltanschauung ist also nach den Worten des Bischofs die Grundlage eines Programms für alle rechtlich und christlich denkenden Männer. Daraus sehen Sie, wie unrecht es ist, wenn man uns den Vorwurf macht, wir wollten spezifisch katholische Politik treiben. Was wir wollen, das ist, dass das Zentrum auf der Grundlage bleibt, auf die Windthorst und die anderen Gründer es gesetzt haben, wie sie auch der Bischof Ketteler gewollt hat, auf der Grundlage der katholischen Weltanschauung. Dass diese Männer das Zentrum auf den Boden der katholischen Weltanschauung gestellt haben, das beweisen die oben erwähnten Zitate. Ich könnte dafür noch mehr Beweise bringen, meine Mappe ist noch mit Material gefüllt.

Nun, meine Herren, wo weicht denn die „K. V." von uns ab, wenn wir sagen, das Zentrum ist eine politische Partei, welche ihre Betätigung im öffentlichen Leben mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung in Einklang bringt? Wir sagen, das Zentrumsprogramm ist aufgebaut auf der katholischen Weltanschauung; denn ohne Konfession keine Religion, kein Christentum. Die „K. Vztg." will den katholischen Geist aus den Prinzipien, auf welchen das Programm aufgebaut ist, verbannen. Das bekämpfen wir. Unsere Prinzipien führen nicht dahin, im politischen Leben alles katholisch gestalten zu wollen. Das Zentrum gewinnt aus seiner katholischen Weltanschauung die den Katholiken und Evangelischen gemeinsamen Grundsätze; durch diese erhält es starke Berührungspunkte mit den gläubigen Protestanten und wird zu gemeinsamer politischer Arbeit mit ihnen zusammengeführt. Den gläubigen Protestanten ist es leicht gemacht, sich auf den Boden des Zentrums-Programms zu stellen, da diese gemeinsamen Grundsätze die gleichmässige Behandlung und Lösung zahlreicher politischer Fragen ermöglichen. Das Programm auf allgemeine christliche Grundsätze aufzubauen, wie die „K. V." es will, führt zu einem verwaschenen Christentum und muss dem Zentrum die feste Grundlage rauben.

Man hat uns weiter vorgeworfen, wir verletzten die Parität.

Das ist nicht wahr. Denn gerade die katholische Weltanschauung befiehlt uns die Parität. Die Grundsätze der katholischen Weltanschauung bringen es mit sich und erfordern es, dass wir auch den gläubigen Protestanten auf religiösem Gebiete Gerechtigkeit und Parität zuteil werden lassen. Deshalb kann jeder gläubige Protestant auch die Vertretung seiner religiösen Interessen in die Hand des Zentrums legen, und nichts steht im Wege, dass er Mitglied des Zentrums wird.

Die katholische Weltanschauung ist es, welche das katholische Volk zum Zentrum führt, weil im Zentrum derselbe Geist weht, wie im katholischen Volke. Wenn die „K. Vztg." den katholischen Geist aus den Prinzipien des Programms verbannen will, dann entspricht das erstens nicht den Absichten der Gründer des Zentrums, und zweitens muss das zu einem verwaschenen Christentum führen; das scheint die „K. Vztg." an sich nicht zu bestreiten. Sie verwahrt sich nur dagegen, dass sie derartige Grundsätze in das Volk getragen habe. Demgegenüber wollen wir die „K. V.-Z." reden lassen! In Nr. 454 vom 26. Mai 1907 bekämpft die „K. Vztg." die Ansicht, dass das Zentrum eine politische Partei auf konfessioneller Grundlage sei. Hier wird gesagt, man solle nicht an den prinzipiellen Grundlagen des Zentrums rütteln, und man solle das irreführende Anhängsel einer „konfessionellen Grundlage" doch nur ja von ihm fern halten. Nun kommt eine Definition des Zentrums. Das Zentrum wird definiert als „eine allgemeine, völlig selbständige und parlamentarische Volkspartei, eine wahre Reichspartei, welche im Lichte der christlichen Weltanschauung und der nationalen Interessen alle politischen Fragen ohne Unterschied behandelt". — In Nr. 436 vom 9. Mai 1907 wird gesagt: „Nicht nur die liberale Kulturkämpferei, gegen die sich alle gläubigen Katholiken aufbäumten, führte die Zentrumsfraktion zusammen, sondern auch eine vielleicht noch über sich selbst unklare Sehnsucht, im Unterschied von den Liberalen christliche, im Unterschied von den preussischen Konservativen deutsch-volkstümliche, „reichische"

Staats- und Gesellschaftsprinzipien zu verwirklichen".

Meine Herren! Verwirklichen Sie die doch einmal ohne eine feste Grundlage! Wohin werden Sie kommen bei der ersten grossen prinzipiellen Frage?! —

Nun kommt der Artikel, der geradezu den Anlass gegeben und die Artikel-Serien heraufbeschworen hat, der berüchtigte Artikel von Justizrat Dr. Julius Bachem, dem spiritus rector der „Köln. V.-Ztg.", in den „Historisch-politischen Blättern": „Wir müssen aus dem Turm heraus". Hierüber berichtet die „Köln. Volkszeitung" in Nr. 193 vom 8. März 1906. Es ist mir gegenüber der Vorwurf erhoben worden, ich hätte den Artikel nicht verstanden; vielleicht habe ich es nicht, und ich beneide alle diejenigen, denen es gelungen ist, diesen vielfach dunklen Artikel in seinen vollen, letzten Konsequenzen zu erfassen. Dr. Julius Bachem schreibt nach der „Köln. Volkszeitung":

> „Es muss unbedingt mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nicht-katholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet sind. Und zwar wird es m. E. gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen kann. Die Engen, die Aengstlichen, diejenigen, welche überall nur den konfessionellen Gesichtspunkt geltend zu machen gewohnt sind, werden wohl auch an dieser Anregung sich stossen, und doch dürfte sie ernste Beachtung verdienen. Von solchen Kandidaten darf man kirchenpolitisch nichts anderes verlangen, als dass sie jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des katholischen Volksteils rückhaltlos anerkennen; im übrigen muss namentlich ihre sozialpolitische Stellung entscheidend sein!"

Durch diese und zahlreiche ähnliche Artikel wird ein verschwommener Geist in das Programm hereingebracht. Auf einer solchen Grundlage können wir nicht weiter bauen. Es werden die Andersgläubigen nicht, weil sie mit dem Zentrumsprogramm als gläubige Christen einverstanden sind, in der Partei herzlich willkommen geheissen, nein, die Andersgläubigen werden geradezu in die Partei hinein gesucht und hineingeworben, eben weil sie Andersgläubige sind, auf die Zusicherung hin, dass sie das politisch-soziale Programm des Zentrums vertreten können. Wenn wir das dem katholischen Volke sagen, dann wird das katholische Volk dem Zentrum bald den Rücken kehren.

Meine Herren! Der Wahlkampf 1906/07 hat wesentlich unter dem Gesichtspunkt der katholischen Weltanschauung gestanden. Hier war es die „K. V.-Z", welche das Zentrum wieder auf die richtige Basis setzte. Damals hiess es: Ihr seid in eurem Gewissen verpflichtet, Zentrum zu wählen, weil dort derselbe Geist weht und dieselbe Weltanschauung vorhanden ist. Aber sobald die Wahl zu Ende war, da kam wieder der andere Geist, da sollte das Zentrum wieder auf die allgemein christliche Grundlage gesetzt werden, da sollte das sozialpolitische Programm wieder entscheidend sein. Wo würde das Zentrum in der Hitze des Wahlkampfs mit seinen so verschiedenen Berufen und auseinandergehenden wirtschaftlichen Interessen ohne das einigende Band der katholischen Weltanschauung bleiben? Es würde zerrissen am Boden liegen. Und dieser Standpunkt, den wir vertreten, der soll also „anonyme Wühlerei und Treiberei" sein! Wir befinden uns dabei übrigens in vorzüglicher Gesellschaft.

Meine Herren! Die „K. V.-Z." brachte in Nr. 918 über eine Versammlung, die am 24. Oktober 1906 die schlesische Zentrumspartei in Neisse veranstaltet hatte, einen Bericht. Auf dieser Versammlung ergriff der Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Dr. Porsch, das Wort, indem er zunächst darauf hinwies, dass das Statut der schlesischen Zentrumspartei die Bestimmung enthalte, dass die Kandidaten überzeugte Katholiken sein müssten, eine Bestim-

mung, die Dr. Julius Bachem, obwohl sie bereits 20 Jahre alt und von Windthorst selbst gebilligt sei, zu der „Wolke von Entgleisungen" aus den Prinzipien Windthorst's gezählt habe. Dr. Porsch fuhr fort:

> „Es ist richtig, das Zentrum ist keine konfessionelle Partei . . . Aber in den schweren Jahren des Kulturkampfes ist das Zentrum die politische Partei des deutschen katholischen Volkes geworden. Ebenso wie das Zentrum, sind alle Parteien von einer religiösen oder antireligiösen Idee durchdrungen, so die konservative Partei vom evangelischen Geiste."

Meine Herren! Hat der Herr Dr. Porsch etwas anderes gesagt, als die Teilnehmer der Osterdienstagsversammlung? Er hat dasselbe gesagt. Und nun hören Sie ein Zitat aus der bekannten Rede des Universitätsprofessors Dr. Esser, die derselbe auf der Mannheimer Katholikenversammlung gehalten hat, ehe der berüchtigte Artikel „Aus dem Turm heraus!" erschien. Herr Dr. Esser sagt folgendes:

> „Die Kunst, den Menschen zu teilen, ist noch nicht erfunden. Will man also dem religiösen Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben nicht versagen, so werden auch die religiösen Prinzipien sein politisches Verfahren leiten. Will man ihnen letzteres versagen, so stellt man die Forderung, der Mensch müsse religionslos sein, um sich an öffentlichen Angelegenheiten beteiligen zu können. Eine Religion aber, welche die Innerlichkeit nicht überschreiten soll, bleibt notwendig stumm. Eine solche Beschränkung leitet direkt über zu dem sozialdemokratischen Satze: „Religion ist Privatsache"; sie raubt zudem der Religion ihre Kraft und ihren Ernst und dem Menschen seinen Charakter, die Einheit im Denken, Wollen und Handeln."

Meine Herren! Aehnlich habe i c h auf der Osterdienstagskonferenz gesprochen, weil mir diese Rede vor Augen schwebte. Als ich dann weiter im selben Geiste in Neunkirchen ausführte, dass Politik und Religion zwar verschieden

seien, aber in gewissem Zusammenhange ständen und in manchen Fällen nicht voneinander losgelöst werden könnten, und als ich hieraus die notwendigen Konsequenzen zog, da war ich „Sprengpulver fürs Zentrum".

War es nun, meine Herren, nicht doch das gute Recht der Teilnehmer an der Osterdienstagskonferenz, sich zu einer privaten Besprechung zusammenzufinden, nicht um gegen das Zentrum zu agitieren, sondern um den systematischen Bestrebungen entgegenzutreten, die darauf hinaus liefen, das Zentrum von seiner richtigen Grundlage hinwegzusetzen? Dazu brauchten wir den Vorstand der Zentrumsfraktion nicht zu fragen, denn mit der Zentrumsfraktion und ihrer parlamentarischen Tätigkeit waren wir nicht unzufrieden; das hat uns nur die „K. V.-Z." angedichtet. Sie hat wohl gemerkt, dass die Bewegung gegen sie, die „K. V.-Z.", gerichtet war, deshalb hat sie den Spiess umgedreht und, wie mir ein führendes Mitglied der Zentrumspartei schrieb, nach ihrer Art verfahren, entgegengesetzte Meinungen mit Keulen totzuschlagen und mit Höllenstein nachzubrennen, damit kein Nachwuchs übrig bleibe. Da ist sie aber bei uns an die unrichtige Adresse gekommen.

Meine Herren! Das Wohl und Wehe des katholischen Volkes und des Zentrums erfordern es, dass die Verhältnisse klargestellt werden. Würde es uns denn, selbst wenn wir auf den Boden der „K. V.-Z." uns stellen könnten und würden, etwas nützen? Nehmen wir einmal an: wir tun das! Würden unsere Gegner nicht trotzdem fort und fort behaupten, wir seien eine konfessionelle Partei? — Wir sollten doch etwas mehr Stolz und Selbstbewusstsein an den Tag legen, wir Katholiken sollten doch nicht so nervös werden, wenn man mit dem Wort Politik auch das Wort katholisch ausspricht. Wir wollen doch Charaktere sein, und das können wir doch nur in der Einheit des Wollens, des Denkens und des Handelns. Ich kann doch nicht im privaten Leben nach meiner katholischen Weltanschauung handeln und im politischen Leben meine Weltanschauung wie einen Rock ausziehen und an den Nagel hängen und nur nach allgemein christlichen, verschwommenen Grundsätzen verfahren!

Die Osterdienstagskonferenz in Köln hat in keines Menschen Kompetenz eingegriffen, sie hat nur getan, was ihr gutes Recht war, und was ernste Männer tun müssen. Wenn wir in eine Kompetenz eingegriffen haben, dann war es höchstens in die der „K. V.-Z.". Sie stellt sich auf den Standpunkt, angeblich weil sie journalistisch an der Wiege des Zentrums gestanden, habe nur sie autoritativ zu deklarieren, und alles müsse sich fügen. So steht es nun doch noch nicht mit der Autorität der „Kölnischen Volkszeitung", so lässt sich das katholische Volk doch noch nicht von ihr belehren. Was wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen, das sind Bestrebungen, die ihren markantesten Ausdruck in der Parole: „Aus dem Turm heraus!" finden, und die von Leuten gefördert werden, die nicht einmal Mitglieder der Zentrumsfraktion sind, sich aber anmassen, den Charakter des Zentrums autoritativ festzustellen".

Am Schluss der Versammlung wurde auf Antrag des Pastors Schwaab-Horcheim folgende Resolution angenommen:

„1. Die Versammlung weist nach den Darlegungen des Abg. Dr. Bitter die Verdächtigung, als sei die Tendenz der mehrgenannten Osterdienstagsversammlung dahin gegangen, das Zentrum zu einer einseitig konfessionellen Partei zu gestalten, als unbegründet zurück.

2. Die Versammlung erklärt, dass sie unentwegt an dem durch Programm und Tradition ein für allemal feststehenden Charakter des Zentrums festhält.

3. Sie missbilligt daher das namentlich von der „Köln. V.-Ztg." systematisch verfolgte Bestreben, durch übermässige und einseitige Betonung des interkonfessionellen Charakters des Zentrums den wirklichen Charakter desselben zu verwischen, wodurch eine verhängnisvolle Verwirrung in die Wählerschaft hineingetragen wird.

4. Sie missbilligt ferner die, insbesondere in derselben Zeitung fortgesetzt zu Tage tretenden Tendenzen, weite Gebiete des modernen Kulturlebens unter Ausschaltung der

kath. Weltanschauung mehr und mehr zu interkonfessionalisieren."

Die beiden ersten Punkte gelangten fast einstimmig, die beiden letzten gegen eine erhebliche Minderheit zur Annahme. An die Koblenzer Versammlung knüpfte sich nochmals eine längere Debatte, die aber gegenüber dem Vorhergegangenen bedeutend ruhiger verlief.

In einem Artikel, der sich mit dieser Versammlung befasste, schrieb die „*Kölnische Volkszeitung*" (Nr. 673 vom 10. August 1909) u.a.:

„Mit dem Verlauf der Koblenzer Versammlung sind wir im übrigen nicht unzufrieden. Niemand will jetzt an dem politischen, nicht konfessionellen Charakter des Zentrums irgendwie rütteln. Mehr verlangen wir ja gar nicht."

Und Justizrat *Dr. Julius Bachem* äusserte u.a. im „Tag":

„Wenn das weitere Verhalten derer um die Abgeordneten Roeren und Bitter dem entspricht, so hätte die ganze Auseinandersetzung ein sehr erfreuliches Ergebnis gehabt: es wäre dann der politische, nichtkonfessionelle Charakter des Zentrums stabiliert wie ein „Rocher von bronce" ".

Die „*Augsb. Postztg*" (No. 180 v. 12. 8. 09) schrieb u.a.:

„In breiten politischen Kreisen Süddeutschlands und Bayerns versteht man es nicht, wie man wegen der Leitsätze der Osterdienstagsversammlung soviel Aufhebens machen und soviel Verbitterung und Verwirrung anrichten kann . . . Wenn man übrigens die Koblenzer Versammlung ihrer äusserlichen Begleiterscheinungen enthüllt, so ergiebt sich, dass auch die Nichtanhänger der neuen Programmpunkte im Ganzen gar nicht in einem scharfen Gegensatz sich zu verhalten brauchen. Das Ergebnis lautet, dass niemand an dem politischen, nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums irgendwie rütteln will!"

Die „*Schles. Volksztg.*" (No. 361 v. 11. 8 09), die bereits vorher erklärt hatte, dass die Teilnehmer der

Koblenzer Konferenz nur, „das Beste für die Partei im Sinne" gehabt hätten (No. 337 v. 28. 7. 09), gab der Hoffnung Ausdruck, „dass sich beide Richtungen fortan verstehen lernen und Ruhe und Besonnenheit in die Parteianhänger zurückkehrt". Ähnlich äusserten sich das Danziger „*Westpr. Volksbl.*" (N. 181 v. 11. 8. 09) und die „*Freiburger Tagespost*" (N. 181. v. 12. 8. 09.)

Fritz *Nienkemper*, der Senior der deutschen Zentrumspresse, schrieb in der Kausen'schen „Allg. Rundschau" (N. 35 v. 28/29 Aug. 09):

„Schon die bisherige Entwicklung der Sache zeigt ganz klar, dass die Festigkeit und Einheit der Zentrumspartei nicht gefährdet ist. Die oberste Parteinstanz findet leichte Arbeit, da bereits das allseitige Einverständnis bekundet worden ist, an dem durch Programm und Tradition festgelegten Charakter des Zentrums als einer politischen, nicht konfessionellen Partei festzuhalten. Ebenso herrscht das vollste Einverständnis darüber, dass in allen Weltanschauungsfragen für die katholischen Abgeordneten die Grundsätze ihres katholischen Glaubens massgebend sein und bleiben sollen. Das bischen Meinungsverschiedenheit, welches bisher noch übrig bleibt, ist nicht prinzipieller Natur, sondern dreht sich um einen vermeintlichen Schönheitsfehler in der schulgerechten Definition der Partei".

Ich habe hier das Wesentliche über die Osterdienstagskonferenz und die sich anschliessende Koblenzer Versammlung wiedergegeben. Im Uebrigen verweise ich auf meine wiederholt erwähnte Broschüre: „Köln und Koblenz" (Hamm, Breer u. Thiemann), die das ganze die Osterdienstagskonferenz und ihre Folgeerscheinungen betreffende Material enthält.

Der *Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse*, wie sein offizieller Titel lautet — während Julius Bachem inkorrekt von ihm im „Tag" (Nr. 295 v. 17. 12. 09) als von „*der Organisation der Zentrumspresse*"

redet — beschäftigte sich eingehend mit der Angelegenheit in einer ausserordentlichen nach Köln auf den 18 Aug. 09 einberufenen Generalversammlung. Zum Schluss wurde einstimmig — nur gegen den letzten Punkt erhoben sich drei Stimmen, weil daraus eventuell eine Billigung der Haltung der „Köln. Volksztg." herausgelesen werden konnte, was auch nachher tatsächlich, aber unberechtigter Weise versucht wurde — folgende Resolution angenommen:

„1. Der Augustinusverein erkennt keinerlei Bedürfnis an, eine Definition des Zentrums aufzustellen, da das Zentrum durch sein Programm, durch die Erklärungen seiner Begründer und Führer (Pet. und Aug. Reichensperger, v. Mallinckrodt, v. Ketteler, v. Franckenstein, Windthorst, v. Schorlemer-Alst, Dr Lieber) sowie durch seine Gesamttätigkeit seit nahezu 40 Jahren gegen jede Missdeutung seines Charakters und seiner Bestrebungen hinlänglich gesichert erscheint.

2. Sollte sich jemals die Notwendigkeit ergeben, das Zentrum zu definieren, so wäre es an erster Stelle Sache der geordneten Parteiinstanzen, insbesondere der Fraktionen des Zentrums, eine solche Definition in Vorschlag zu bringen und zu begründen.

3. Jeder Versuch, an dem politischen nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei zu rütteln, muss grundsätzlich abgewiesen werden. Eine Verwischung dieses Charakters würde die Aktionsfähigkeit der Fraktion empfindlich lähmen und es ihr auf die Dauer unmöglich machen, vom festen Rechtsboden der Verfassung aus alle ihre grossen Aufgaben in unserem Volksleben, insbesondere auch den wirksamen Schutz des Rechtes und der Freiheit der katholischen Kirche auf deutschem Boden, mit Erfolg wahrzunehmen.

4. Es gehört deshalb zu den vornehmsten Aufgaben der Zentrumspresse, solchen Versuchen mit demselben Nachdruck entgegenzutreten, wie es seinerzeit die Führer des Zentrums getan haben, und immer wieder erneut den politischen nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums da zu

betonen, wo die Zentrumspartei als konfessionelles Gebilde hingestellt wird.

5. Der politische nichtkonfessionelle Charakter des Zentrums lässt seinen katholischen Mitgliedern die vollste Freiheit, in Weltanschauungsfragen nach den Grundsätzen ihres katholischen Glaubens sich zu richten und für diese vom Boden der Verfassung und der staatsbürgerlichen Parität aus unter aller gebotenen Rücksichtnahme auf die andersgläubigen Volksgenossen einzutreten."

6. Diejenigen Organe der Zentrumspresse, welche den von verschiedenen Seiten gemachten Versuchen, den Charakter des Zentrums zu verwischen, freimütig und mannhaft entgegengetreten sind, verdienen die Anerkennung und den Dank der gesamten Zentrumspartei."

Kurz nach der Generalversammlung des Augustinusvereins erschien in der Zentrumspresse folgende Kundgebung:

„An die Mitglieder der Zentrumspartei. Gemäss der von dem rheinischen Provinzial-Ausschusse gegebenen Anregung wird sich der Landes-Ausschuss der preussischen Zentrumspartei, verstärkt durch die süddeutschen Vorstandsmitglieder der Reichstagsfraktion, sofort bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages mit der neuerdings zur Diskussion gestellten Frage zu befassen haben, welches der eigentliche Charakter der seit beinahe 40 Jahren bestehenden Zentrumspartei ist. Mit Rücksicht hierauf richten wir an alle unsere Freunde im Lande die dringende Bitte, einstweilen und bis dahin von jeder weiteren Erörterung dieses Gegenstandes in der Presse und in Versammlungen absehen zu wollen. Dr. Frhr. v. Hertling, Dr. Porsch".

Die hier erwähnte „von dem *rheinischen Provinzial-Ausschusse* gegebene Anregung", der auch der Abg. Roeren bereits zu Beginn der Koblenzer Versammlung Erwähnung getan, war in einer am 7. Aug. 09 in Köln erfolgten Sitzung des Beirats des Provinzialaus-

schusses erfolgt. Mit Rücksicht auf die durch Geheimrat Roeren in Koblenz geschehene Erwähnung hatte der Vorsitzende des Provinzialausschusses, Herr Abg. Trimborn, unmittelbar nach der Koblenzer Versammlung in der Zentrumspresse folgende Erklärung veröffentlicht:

„Der in der Koblenzer Versammlung von Montag, 9. Aug. erfolgte Hinweis auf die am Samstag, 7 August, in Köln stattgehabte Sitzung des Beirates veranlasst mich zu folgender Klarstellung:

1. Der Beschluss, Hrn. Reichs- und Landtagsabgeordneten Geheimrat Roeren zu ersuchen, in Koblenz darauf hinzuwirken, dass eine Erörterung des Leitsatzes 1 der Osterdienstagskonferenz (Definition des Charakters des Zentrums) unterbleibe und die Frage an die geordnete Parteiinstanz, den durch die Vertreter von Süddeutschland verstärkten Landesausschuss der preussichen Zentrumspartei, verwiesen werde, ist mit a l l e n Stimmen gegen die des Hrn. Abg. Geheimrat Roeren erfolgt.

An der Sitzung nahmen teil ausser dem Vorsitzenden und dem Hrn. Abg. Geheimrat Roeren die Herren Landtagsabgeordneter Oberlandesgerichtsrat Marx (Düsseldorf), stellvertretender Vorsitzender, Justizrat Dr. Julius Bachem (Köln), Bürgermeister Biesenbach (Rheinbreitbach), Dr. med. Winands (Aachen), Reichstagsabgeordneter Amtsgerichtsrat De Witt (Köln).

2. Es war nicht die Meinung des Beirats des *Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei*, dass Herr Abgeordneter Geheimrat Roeren den Beschluss des Beirats lediglich zur Kenntnis der Versammlung in Koblenz bringen solle, vielmehr war Herrn Abgeordneten Geheimrat Roeren der dringende Wunsch ausgesprochen worden, einen A n t r a g im Sinne des Beschlusses zu stellen und zu befürworten, wie dies Herr Abgeordneter Justizrat Eduard Müller (Koblenz), der an der Samstagssitzung des Beirats teilzunehmen verhindert war, dann in dankenswerter Weise in der Versammlung in Koblenz getan hat."

In seiner am 20 Sept. 1909 in Köln abgehaltenen

Herbstsitzung befasste sich dann auch der *rheinische Provinzialausschuss* selbst ausführlich mit der Angelegenheit.

Ueber die betreffenden Verhandlungen erschien in der Zentrumspresse folgender offizieller Bericht:

„Nach Erledigung verschiedener innerer Angelegenheiten wandte man sich zu einer eingehenden Besprechung der Bewegung Bitter-Roeren. Das Vorgehen des Beirats aus Anlass der Koblenzer Versammlung vom 9. August fand die einmütige Zustimmung der Versammlung. Nach längerer Erörterung der Bewegung selbst gelangte mit allen gegen 4 Stimmen folgende Resolution zur Annahme: „An dem politischen nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei muss grundsätzlich festgehalten werden. Eine Verwischung dieses Charakters würde die Aktionsfähigkeit der Fraktion empfindlich lähmen und es ihr auf die Dauer *nicht möglich* machen, vom festen Rechtsboden der Verfassung aus alle ihre grossen Aufgaben in unserem Volksleben, insbesondere auch den wirksamen Schutz des Rechtes und der Freiheit der katholischen Kirche auf deutschem Boden, mit Erfolg wahrzunehmen. Alles Weitere wird dem Landesausschuss der preussischen Zentrumspartei, verstärkt durch süddeutsche Reichstagsmitglieder, überlassen". *Der erste Satz dieser Resolution wurde einstimmig angenommen.* Die Verhandlungen, die sich von nachmittags 2 Uhr bis abends 7 Uhr hinzogen, nahmen einen völlig einmütigen, höchst angeregten Verlauf."

Am 28 Nov. 1909 hielten dann der *Vorstand der Fraktion des Zentrums im Reichstag*, *der Vorstand der Fraktion des Zentrums im preussischen Abgeordnetenhaus* und der *Landesausschuss der preussischen Zentrumspartei* in Berlin im Fraktionszimmer des Zentrums im Reichstagsbäude die angekündigte gemeinschaftliche Sitzung.

Nach eingehender Aussprache gab der Abg. Roeren die Erklärung ab:

„Weil die Definition des Charakters des Zentrums im Satz

1 der Beschlüsse der sogenannten Osterdienstags-Konferenz zu Missdeutungen Anlass gegeben hat, trete ich auf den Boden der in der heutigen Versammlung vorgeschlagenen Erklärung über den Charakter des Zentrums."

Darauf wurde die nachstehende Erklärung einstimmig angenommen und deren Veröffentlichung beschlossen:

„Die vereinigten Vorstände der beiden Centrumsfraktionen des Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses sowie der Landesausschuss der preussischen Centrumspartei sind der Meinung, dass es gegenüber den fortgesetzten Missdeutungen des Charakters der Centrumspartei genügen könne, auf das seit 1871 unverändert bestehende Programm und die fast 40jährige Tätigkeit des Centrums zu verweisen. Sie glauben gleichwohl folgendes erklären zu sollen:

Die Zentrumspartei ist grundsätzlich eine politische nichtkonfessionelle Partei; sie steht auf dem Boden der Verfassung des Deutschen Reiches, welche von den Abgeordneten fordert, sich als Vertreter des gesamten deutschen Volkes zu betrachten. Darum erstrebt die Zentrumspartei den Schutz und die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger, deren Interessen sie in steter Rücksicht auf die Wohlfahrt des Ganzen und auf das Gedeihen aller Klassen zu vertreten sucht.

Schon das Programm der Centrumsfraktion des Reichstags von Ende März 1871 verlangt unter Ziffer 2: „Für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reichs ist die verfassungsmässige Feststellung von Garantien zu erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen." Mit diesem grundsätzlichen Charakter steht keineswegs im Widerspruch, dass die Centrumspartei in den langen Jahren des Kulturkampfes die Abwehr der gegen den katholischen Volksteil gerichteten Massnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung als erste und dringendste Aufgabe betrachten musste, und dass es auch heute noch eine ihrer vornehmsten Pflichten ist, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der katholischen Minderheit zu wahren. Auch in der

Erfüllung dieser Pflicht hat die Centrumspartei niemals den Charakter einer politischen Partei verleugnet, welche auf den rechtlichen Grundlagen eines konfessionell gemischten Staates zu wirken berufen ist.

Abgesehen von dem Programm bietet die Tatsache der Zugehörigkeit fast aller ihrer Wähler und ihrer Abgeordneten zur katholischen Kirche genügende Bürgschaft dafür, dass die Centrumspartei die berechtigten Interessen der deutschen Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nachdrücklichst vertreten wird. Dadurch verliert aber die Centrumspartei nicht den Charakter einer rein politischen Partei.

Die Centrumspartei hat die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katholischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht, und die Centrumsfraktion des Reichstages hat auch tatsächlich bis heute stets Angehörige eines nichtkatholischen Glaubensbekenntnisses zu ihren Mitgliedern gezählt, welche allen, auch ihren intimsten Verhandlungen beigewohnt haben. Dabei ist es als selbstverständlich zu betrachten, dass in denjenigen Fragen, welche das religiöse Gebiet berühren, sich jeder Abgeordnete nach den Grundsätzen seines Glaubensbekenntnisses richtet.

Ein solches Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer innerhalb der Centrumspartei ist ein wertvolles Unterpfand für die Förderung des Friedens unter den christlichen Konfessionen und erleichtert es, auch dasjenige wirksam zu schützen, das denselben gemeinsam ist. Und dass es ein weites Gebiet solcher gemeinsamer Grundsätze und gemeinsamer Interessen gibt, lehrt das öffentliche, insbesondere auch das politische Leben alle Tage.

In diesem Geiste wird die Zentrumspartei, fest auf dem Boden der Verfassung stehend, auch fernerhin bestrebt sein, unbeirrt durch die das Gemeinwohl schädigende konfessionelle Hetze, ihre Pflicht gegen das deutsche Vaterland zu erfüllen.

Berlin, 28. November 1909.

Dr. Frhr. von Hertling. Dr. Porsch.

Dr. jur. Carl Bachem. Dr. Jul. Bachem. Dr. Blumberg.

Cahensly. Fehrenbach. Förster. Fritzen-Düsseldorf. Graf Galen. Gröber. Dr. Hager. Herold. Hitze. Horn-Neisse. Kirsch. Müller-Fulda. Otto. Graf Praschma. Dr. Pichler. Roeren. v. Savigny. Dr. Schaedler. Scharmer. Graf Strachwitz. v. Strombeck. Carl Trimborn. Wallenborn. Wellstein.

§ 7. Prof. M. Spahns „Glossen zur katholischen Literaturbewegung".

Inzwischen war im „Hochland" (6. Jahrg. Heft 11 v. 1. 8. 09) unter der Ueberschrift „Glossen zur katholischen Literaturbewegung" ein Aufsatz von Prof. Martin Spahn erschienen, der weithin Aufsehen erregte. In dem Aufsatze, der sich als Besprechung der kurz vorher im Kösel'schen Verlage erschienenen Schrift von Karl Muth: „Die Wiedergeburt der Dichtung aus dem religiösen Erlebnis" gab, fand sich folgender Passus:

„Was uns heute bewegt, ist ein einziger, grosser Prozess des bewusst erstrebten Wiederanschlusses der deutschen Katholiken an das zeitgenössische und nationale Leben, nicht um irgend eines Kompromisses mit der modernen Kultur willen, wie nicht zu belehrender Unverstand es immer wieder behauptet, sondern um zahlreiche mattgewordene Kräfte in unseren Katholiken wieder anzuregen und in Tätigkeit zu bringen. Die Zeit ist gekommen, wieder gut zu machen, was in mehr als drei Jahrhunderten an den Unseren gesündigt worden ist. Nur ungern verzichte ich darauf, was Muth in dieser Hinsicht ausführt, in eine noch etwas vertiefte geschichtliche Perpektive zu rücken, zumal da die Ansicht, die Muth verficht, wohl noch an einleuchtender Wahrscheinlichkeit gewinnen würde. Drei Jahrhunderte lang waren wir nach der staatlichen Seite hin durch die Zugehörigkeit zu Kleinstaaten gebunden und gehemmt, von denen einer nach dem andern verkümmerte, nur Bayern sich hielt, ohne doch die Führerschaft zu erlangen. Ebensolang hat die Kirche, um die Fehler in ihrem inneren Leben zu überwinden, durch die

ihr Bestand in der religiösen Erschütterung des 16. Jahrhunderts über alles Erwarten gefährdet worden war, ihre Gläubigen zu möglichst lückenloser Einheit im Glauben, Denken und Fühlen und zur unbedingten Unterwerfung jedes Einzelnen unter ihre Leitung gedrängt. Im 19. Jahrhundert ist dann dieses Verlangen, als der freidenkerische Liberalismus von allen Seiten in das kirchliche Leben einzudringen drohte und sowohl die wissenschaftliche Forschung wie der wirtschaftliche Fortschritt eine kirchenfeindliche Richtung einschlug, vielerorts überspannt worden. Jene Übermacht des Objectiven erreichte im Katholizismus ihre höchste Steigerung, deren Bedeutung auch Muth in Anknüpfung an wahrhaft weltweise Worte Goethes betont und die vermutlich mehr die Schwäche aller Kulturäusserungen der katholischen Völker verschuldet als die von Muth zweimal ebenfalls namhaft gemachte, aber doch nur zeitweilig hervorgetretene „Kampfstimmung" der beiden letzten Menschenalter. Unter ihrem Druck wurde den individuellen Kräften, ohne deren Regsamkeit der Fortschritt der geistigen wie der materiellen weltlichen Kultur nicht denkbar ist, nicht mehr die genügende Pflege zuteil und häufig auch nicht mehr die ihnen unentbehrliche Bewegungsfreiheit zugestanden. Darüber erlahmten die schöpferischen Kräfte auf dem Gebiete der Literatur schon Ende des 18. Jahrhunderts, auf dem der Musik und der bildenden Künste im Laufe des 19. Auch die Teilnahme der Katholiken für das geistige Kulturleben nahm ab, ihr Wettbewerb im wirtschaftlichen und Staatsleben wie in der sozialen Entwicklung ermattete. Erst das Jahr 1870 machte uns endlich nach der staatlichen Seite hin Luft; durch die Reichsgründung wurden wir auf einen breiten, freien, uns mit der ganzen Nation gemeinsamen Boden gestellt, auf dem wir uns recken und entfalten können. Was Wunder, dass die Wirkung darum auch bald auf das Gebiet des kirchlichen Lebens übergriff. Behutsam und liebevoll wurden auch jene Hemmungen gelockert, die von dort aus der unbefangenen seelischen und geistigen Regsamkeit der deutschen Katholiken in schwerer Zeit angelegt worden waren. Eine Arbeit hub an wie das Bestellen eines Ackers, der allzu lange nachlässig bewirtschaftet wurde. Lang-

sam und ruhig sollte eine Stimmung im katholischen Volksteil entwickelt werden, die, wenn die Massen erst einmal für sie empfänglich geworden sind, den Katholiken neue Lust und Liebe, sich zu rühren, mitteilen wird. Vorsichtig sollte der durch Gewöhnung erschlaffte Wille der Bevölkerung wieder dazu erzogen werden, frisch zuzufassen und sich allerwärts in gleichmässiger Entwicklung zu betätigen. Die psychischen Voraussetzungen zu schaffen für die Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit, unseren Katholiken den Antrieb zu geben zur tüchtigeren und allgemeineren Bildung und zur Erkämpfung ihres ebenbürtigen Anteils an den öffentlichen Ämtern, die Teilnahme wieder zu wecken für das künstlerisch Hohe und dichterisch Lebensvolle: ward die Losung. So wie sich im Dienste dieser Absicht ein Versuch an den anderen reihte, so richtete sie sich allmählich auf den Ansporn aller Bestrebungen und aller Kräfte des ganzen Individuums. Alle waren allmählich siech und müde geworden, alle sollten allmählich wieder aufgerichtet und in Tätigkeit gesetzt werden, ohne dass dabei aber der kirchliche Geist irgendwie versehrt wurde. Es steht vielmehr zu hoffen, dass die Erneuerung der kulturellen Brauchbarkeit der Katholiken auch dem religiösen Leben seine Frucht tragen wird. „Denn tatsächlich", so behauptet Muth mit Recht, „ist heute die Zahl der im tieferen Sinne religiösen Männer unter den Katholiken kleiner, als man glaubt. Der Augenschein kann hier gewaltig täuschen. Und er täuscht um so leichter, je mehr mit der Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft auch andere als nur rein religiöse Interessen verknüpft sein können." Deshalb nahm man eine angestrengte apologetische Aufklärungs- und Vertiefungsarbeit zugleich mit der sozialen und wirtschaftlichen Erziehungsarbeit in Angriff.

In ebenso gewinnender wie überzeugender Weise gliedert Muth sein eigenes Wirken im „Hochland" und unsere Aufgabe in literarisch-künstlerischer Hinsicht in diese grosse Erneuerungsarbeit an einer ganzen Bevölkerung ein: „den Boden zu bereiten und zu erweitern für eine zukunftverheissende Aussaat", — die geistige Sehkraft zu stärken, die seelischen Horizonte zu erweitern, die Sicherheit des Verstehens zu

erhöhen — dem Katholizismus als Weltanschauung seine erobernde Kraft auch auf dem Gebiet der Dichtung und Kunst wieder zu sichern. Volksvereinsarbeit — Schulung durch das Zentrum — der Eifer des Frauenbunds — „Hochlands" Wirken: alle vier Tätigkeiten haben, so wird man nach der Lektüre des Muthschen Buches schliessen, bei allem Unterschied in der Weise dasselbe Ziel."

Darauf erschien in der „*Germania*" (Nr. 272 v. 27. 11. 09) unter der Ueberschrift: „*Wahrheit und Klarheit*" ein Artikel, dessen Autorschaft in der Oeffentlichkeit unwidersprochen keinem Geringeren wie dem Kardinal-Fürstbischof *Kopp* von Breslau zugesprochen wurde. Die „*Germania*" selbst bezeichnete ihn als eine Zuschrift „von zuständiger Seite". Der Artikel hatte folgenden Wortlaut:

„Im „Hochland" (1909 Heft 11 S 600) bringt Professor *Dr. Martin Spahn* unter dem Titel „Glossen zur katholischen Literaturbewegung" eine Besprechung des Muthschen Buches „Die Wiedergeburt der Dichtung aus dem religiösen Erlebnis", die, wie uns von zuständiger Seite geschrieben wird, in weiten katholischen Kreisen Bedenken erregen muss und die Richtung der Geister in erschreckender Deutlichkeit kennzeichnet. Indem er das Muthsche Buch als einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der ästhetischen Ueberzeugung des katholischen Volksteils deutscher Nation bezeichnet, gibt er mit naiver Offenheit an, wohin diese Entwicklung strebt. Wir führen den Dr. Martin Spahn mit seinen eigenen Worten an:

Was uns heute bewegt, ist ein einziger grosser Prozess des bewusst erstarkten Wiederanschlusses der deutschen Katholiken an das zeitgenössische und nationale Leben, nicht um irgend eines Kompromisses mit der modernen Kultur willen, wie nicht zu belehrender Unverstand es immer wieder behauptet, sondern um zahlreiche mattgewordene Kräfte in unsern Katholiken wieder anzuregen und in Tätigkeit zu bringen. Die Zeit ist gekommen, wieder gut zu machen, was in mehr als drei Jahrhunderten an den unseren gesündigt

worden ist. Drei Jahrhunderte waren wir nach der staatlichen Seite hin durch die Zugehörigkeit zu Kleinstaaten gebunden und gehemmt, von denen einer nach dem andern verkümmerte, nur Bayern hielt sich, ohne doch die Führerschaft zu erlangen. Ebensolange hat die Kirche, um die Fehler in ihrem inneren Leben zu überwinden, durch die ihr Bestand in der religiösen Erschütterung des 16. Jahrhunderts über alles Erwarten gefährdet worden war, ihre Gläubigen zu möglichst lückenloser Einheit im Glauben, Denken und Fühlen und zur unbedingten Unterwerfung jedes einzelnen unter ihre Leitung gedrängt. Im 19. Jahrhundert ist dann dieses Verlangen, als der freidenkerische Liberalismus von allen Seiten in das kirchliche Leben einzudringen drohte und sowohl die wissenschaftliche Forschung, wie der wissenschaftliche Fortschritt eine kirchenfeindliche Richtung einschlug, vielerorts überspannt worden. Jene Uebermacht (vom Verfasser gesperrt gegeben) des Objectiven erreichte im Katholizismus ihre höchste Steigerung, deren Bedeutung auch Muth in Anknüpfung an das wahrhaft weltweise Wort Goethes betont, und die vermutlich mehr die Schwäche aller Kulturäusserungen der katholischen Völker verschuldet, als die zweimalige „Kampfstimmung" der beiden letzten Menschenalter. Unter ihrem (das heisst der katholichen Kirche) Druck wurde den individuellen Kräften nicht mehr die ihnen unentbehrliche Bewegungsfreiheit zugestanden. Erst das Jahr 1870 machte uns endlich nach der staatlichen Seite hin Luft; durch die Reichsgründung wurden wir auf einen breiten, freien und mit der ganzen Nation gemeinsamen Boden gestellt, auf dem wir uns recken und entfalten können. Was wunder, dass die Wirkung darum auch auf das Gebiet des kirchlichen Lebens übergriff. Behutsam und liebevoll wurden auch jene Hemmungen gelockert, die von dort aus (d. h. von dem Gebiete des kirchlichen Lebens aus, also von der Kirche) der unbefangenen seelischen und geistigen Regsamkeit der deutschen Katholiken in schwerer Zeit angelegt worden waren.

Man hält fast den Atem an, um diesen glänzenden Redewendungen folgen zu können. Wir wollen einen Augenblick Atem schöpfen, um diesen Ausführungen nur wenige Worte

entgegenzustellen. Wir Katholiken hören aus ihnen keinen Freund, sondern einen ungerechten Kritiker sowohl der katholischen Vergangenheit als Gegenwart. In den drei letzten Jahrhunderten ist vieles an den „unseren", doch wohl den Katholiken, gesündigt worden. Von dem vielen auf staatlichem Gebiete weiss Herr Spahn nur die Kleinstaaterei anzuführen; viele andere Sünden lägen viel näher und dauern in ihren Wirkungen noch fort. Allein der kurze Hinweis nach dieser Seite ermöglicht ihm sofort seinen Hauptangriff auf die *Kirche*. Sie — er muss hier wohl zunächst die religiösen Konfessionsgemeinschaften im allgemeinen im Auge haben — habe ihre Gläubigen zu möglichst *lückenloser* Einheit im Glauben, Denken und Fühlen und zur unbedingten Unterwerfung jedes einzelnen unter ihre Leitung *gedrängt*. Im 19. Jahrhundert ist dann dieses Verlangen vielerorts *überspannt* worden.

Aber diese Ueberspannung — Uebermass des Objektiven nennt es Dr. Spahn — erreichte im Katholizismus ihre höchste Steigerung, die nach seiner Meinung mehr die Schwäche aller Kulturäusserungen der katholischen Völker verschuldet, als die äussere Bekämpfung; denn unter ihrem Drucke wurde den individuellen Kräften die ihnen unentbehrliche Bewegungsfreiheit versagt. Nun müssen wir hier gleich bekennen, dass wir uns verwahren gegen die behauptete Notwendigkeit des Wiederanschlusses der *Katholiken* an das zeitgenössische und nationale Leben; denn wenn dieser Mangel bestand, fand er sich in anderen Kreisen nicht weniger, ja weit mehr, als in katholischen. Es ist auch nicht schön, dass ein Katholik immerfort in den Gebrauch der Katholikenfeinde verfällt, seinen Glaubensbrüdern nationalen Sinn abzusprechen. Noch mehr befremdet es uns aber, aus der Feder eines katholischen Schriftstellers unter blendenden Redensarten eine so lieblose Behandlung seiner Kirche fliessen zu sehen. „Drängen", „überspannen", „Uebermass" bezeugen nicht ein Uebermass von Liebe zu ihr. Noch mehr beanstanden wir aber das Sachliche in diesen Redensarten und fragen den Herrn Dr. Spahn: Hat die Kirche ein Recht, lückenlose Einheit im Glauben, Denken und Fühlen von den Gläubigen zu beanspruchen? Und bekennt sich Herr Dr. Spahn als Katholik nicht auch

zu dieser lückenlosen Einheit? Wo hat die Anwendung der Lehrautorität der Kirche die wissenschaftliche Forschung und wirtschaftlichen Fortschritt behindert? Und wo hat sie die Schwäche aller Kulturäusserungen katholischer Völker verschuldet? Will Herr Dr. Spahn sich dazu hergeben, die oberflächlichen Anschuldigungen und Behauptungen kirchenfeindlicher Geschichtsschreiber nachzubeten? Müssen wir auch bei ihm seine Wahrhaftigkeit in Beurteilung des katholischen Volkes anrufen? Wie kann aber ein katholischer Schrifsteller ohne Erröten seiner Kirche vorwerfen, unter ihrem Drucke bestehe für die Katholiken nicht mehr die Freiheit, sich dem Kulturfortschritte anzuschliessen? Und wie soll die Kirche schuld sein, dass die Geister auf manchen Gebieten erlahmten, wenn die Teilnahme der Katholiken abgenommen habe und im Wettbetriebe des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens ermattete? Kennt Herr Dr. Spahn nicht die wahren Ursachen?

Was dann derselbe von dem Jahre 1870 und seinen Wirkungen sagt, muss jeden Katholiken eigentümlich berühren. Nur zu bald griffen sie auf das kirchliche Gebiet über; kaum war die deutsche Einheit erreicht, als die Hetze gegen die katholische Kirche und alles Katholische eröffnet wurde. Und das nennt der Herr Dr. Martin Spahn den Katholiken nach staatlicher Seite Luft machen und sie mit der gesamten Nation auf gemeinsamen Boden stellen! Besteht denn bis zur Stunde dieser gemeinsame Boden? Und hat Herr Dr. Spahn seine eigenen Erfahrungen bei seiner Berufung nach Strassburg vergessen?

Wenn er dann weiter schreibt, behutsam und liebevoll seien auch jene Hemmungen gelockert, so könnte man versucht sein, diese Worte auf die Hemmungen der Kulturkampfzeit zu deuten; das trifft aber nicht zu, denn wohl behutsam, aber nichts weniger als liebevoll war deren Lockerung und ist es bis zu dieser Stunde. Der nächste Zusammenhang lässt diese Hemmung nur auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens gelten, von dem Dr. Spahn uns versichert, dass sie der unbefangenen seelischen und geistigen Regsamkeit der deutschen Katholiken angelegt worden sei. Es liegt also nahe, darunter diejenigen Hemmungen zu verstehen,

die nach der Meinung des Herrn Dr. Spahn die Kirche den schöpferischen Kräften auf dem Kulturgebiete anlegte. Und dazu stimmt auch die Losung, der er und seine Freunde für ihre Reformbestrebungen folgen: „Die psychischen Voraussetzungen zu schaffen für die Ueberwindung der wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit, unsern Katholiken den Antrieb zu geben zu tüchtigerer und allgemeinerer Bildung, die Teilnahme wieder zu erwecken für das künstlerisch Hohe und dichterisch Lebensvolle: Das war die Losung." Langsam sollte eine solche Stimmung im katholischen Volke entwickelt werden; vorsichtig sollte die Bevölkerung wieder erzogen werden, frisch zuzufassen und sich allerwärts in gleichmässiger Entwicklung zu betätigen. Das sollten die psychischen Voraussetzungen sein. Der kirchliche Geist sollte nirgendwie versehrt werden; ja, diese Erneuerung sollte auch dem religiösen Leben Früchte tragen.

Das sind ja recht schöne Redensarten, wenn nur vorher nicht soviel von dem Druck der Kirche, von der Uebermacht des Objektiven, von der Ueberspannung der Einheit die Rede wäre. So aber kann man aus allen diesen Worten nur das eine Bestreben hervorleuchten sehen, die „Hemmungen zu lockern", welche die Kirche der Bewegungsfreiheit zu strebsamer Geister anlegt; sonst haben alle jene Ausführungen keinen Sinn. Wir würden weniger Misstrauen hegen, wenn wir nicht täglich dieses Lied singen hörten — „Die Hände weg! Die kirchlichen Personen haben nichts da hineinzureden". Wir wissen genug und erfahren es täglich, für welche „zukunftverheissende Aussaat der Boden bereitet und erweitert werden soll, die geistige Sehkraft zu stärken, die seelischen Horizonte zu erweitern, die Sicherheit des Verstehens zu erhöhen" alles das finden wir in der zweideutigen Phraseologie des Modernismus.

Was wir aber noch nicht gewusst haben, wollen wir noch kurz andeuten. Herr Dr. Spahn gibt auch kurz die *Hilfskräfte* an, die für diese Arbeit, die Bewegungsfreiheit der Modernen gegen die Kirche zu verteidigen, tätig sind — *Volksvereinsarbeit, Schulung durch das Zentrum, der Eifer des Frauenbundes,* natürlich zu *allermeist „Hochlands" Wirken.* Da

ist uns ein ganz neues Licht aufgegangen, und wir verstehen nun manche Erscheinungen, für die wir bislang keine Erklärung wussten. Also der katholische Volksverein ist nach der Darstellung des Herrn Dr Spahn die erste Hilfstruppe *zur Lockerung des kirchlichen Einflusses*; er wurde bekanntlich dem obersten Hirten der Kirche als der Förderer des katholischen Glaubens vorgestellt; nun lässt sich auch erklären, warum er zu seinen Aufgaben die Förderung der von kirchlicher Autorität ganz freien christlichen Gewerkschaften zählt. Dass das Zentrum auch für diese Richtung im katholischen Volksleben in Anspruch genommen wird, mag es selbst mit Herrn Dr. Spahn abmachen. Dass aber nach der Auffassung des Herrn Dr. Spahn auch der katholische Frauenbund zur Mitarbeit an der Befreiung der Katholiken von dem „kirchlichen Drucke" herangezogen wird, haben wir noch nicht gewusst, erklären uns aber nun die Rührigkeit, mit der gewisse Sendbotinnen bei uns auftreten, und verstehen nun manches andere.

Wer muss nicht trauern über die Blindheit so mancher katholischer Kreise? Während alle anderen den Konfessionalismus täglich schärfer hervorkehren zum Unsegen des inneren Friedens, sind bei den „Unseren", wie Herr Dr. Spahn sagt, so viele Hände unaufhörlich tätig, um das religiöse Bewusstsein der Katholiken zu verflachen!

Volksverein wie Frauenbund sind es aber nach dieser Darstellung des Hern Dr. Spahn dem katholischen Volke in Deutschland schuldig, offen auszusprechen, welchen Bestrebungen sie dienen, damit es weiss, von wem es getäuscht worden. Sie müssen offen erklären, ob sie die Handlanger der Entklerikalisierung des katholischen Volkes sein wollen, wie Herr Dr. Spahn dies ihnen zuschreibt bezw. zumutet."

Darauf ging der „Germania" seitens des ersten Vorsitzenden des Volksvereins für das katholische Deutschland, Herrn *Franz Brandts*- M. Gladbach, folgende Zuschrift zu:

„Mit allem Nachdruck weise ich diese für den Volksverein beleidigende Fragestellung zurück und lehne ihre Be-

antwortung ab. Dazu verpflichtet mich schon die Rücksicht auf die Herren Kardinäle Fischer und Kopp, welche erst jüngst in entschiedenster Weise ähnliche Anzweifelungen der korrekten kirchlichen Gesinnung und Haltung des Volksvereins für das katholische Deutschland öffentlich zurückgewiesen haben".

Im Namen des *Katholischen Frauenbundes* ging der „*Germania*" (Nr. 278 v. 4. 12. 09) folgende Zuschrift zu:

„Den wenig ritterlichen Anwurf in Nr. 272, Zweites Blatt der „Germania," welcher nicht undeutlich dem „Katholischen Frauenbund" Handlangerdienste zur „Entklerikalisierung des katholischen Volkes" vorzuwerfen scheint, weisen wir namens des Katholischen Frauenbundes mit umso grösserer Entschiedenheit und Entrüstung zurück, als wir uns wohl bewusst sind, von Anfang an eine einwandfreie kirchliche Gesinnung und entsprechende Haltung zu den kirchlichen Oberhirten gewahrt und auch noch auf der letzten Generalversammlung in Münster v. J. 1908 unzweideutig betätigt zu haben. Der Zentralvorstand des Katholischen Frauenbundes: Frau Geheimrat *Dr. Hopmann*, 1. Vorsitzende, Frau *Bachem-Sieger*, 2. Vorzitzende".

Prof. Dr. Martin *Spahn* selbst sandte der „*Germania*" (Nr. 282 v. 10. 12. 09) folgende Zuschrift:

„Nachdem der Volksverein und der Frauenbund gegen die an sie gerichteten Fragen der „Germania" vom 27. November Widerspruch erhoben haben, stelle ich, einem Wunsche hochgeschätzter Freunde nachgebend, fest:

1) Mein Aufsatz im „Hochland" ist nicht, wie es durch unrichtige Angaben des „Hochland"-Jahrganges in der „Germania" den Anschein hat, erst kürzlich, sondern schon vor vier Monaten erschienen.

2) Nicht einmal richtig abgeschrieben ist die Stelle meines Aufsatzes, die den Lesern der „Germania" als wörtlich wiedergegeben vorgelegt wird.

3) Alles, was der anonyme Leitartikler an meinem Aufsatz nicht gut anders als loben kann, wird als „schöne Redens-

arten" beiseite geschoben. Das, woran er Anstoss nimmt, wird durch eine zweifache Entstellung des Wortlautes mit Hilfe interpretierender Zusätze erst zu dem Sinn und der Bedeutung gebracht, die der Anonymus braucht, um seinen Angriff gegen mich ausführen zu können. In meinem Aufsatz findet sich tatsächlich kein Wort der Kritik gegen die Kirche. Weder die Lehrautorität der Kirche noch der nationale Sinn der Katholiken wird in dem Aufsatz erwähnt, geschweige denn angezweifelt. Der Lockerung des kirchlichen Einflusses wird nicht das Wort geredet. Kein „Druck der Kirche" wird behauptet. Weder dem Volksverein noch dem Frauenbund wird eine „Entklerikalisierung" des katholischen Volkes zugemutet.

4) Da sich alle Fragen, die der Artikel an mich richtet, auf die soeben erwähnten Entstellungen oder auch völligen Missverstand des von mir Gesagten gründen, so bedürfen sie keiner Antwort. Sie fallen in sich zusammen.

5) Die Gründe, weshalb die deutschen Katholiken auf manchen Gebieten des Kulturlebens weniger leisten, als die anderen Deutschen, liegen hüben wie drüben. Ob es richtiger ist, immer nur die Gegner der Katholiken zu beschuldigen, oder ob es weiter führt, den Katholiken zu sagen: Helft euch selbst und lasst's an euch nicht fehlen, darüber hat der Kulturkampf uns das Urteil an die Hand gegeben; in ihm hat aller Druck der Gegner nichts über uns vermocht.

6) Mein Aufsatz hat bei seinem Erscheinen den Beifall einer „zuständigen Stelle" gefunden, die ich bei aller Ehrerbietung gegen die „zuständige Seite" der „Germania" für ebenso zuständig halten durfte und darf wie die, bei der die „Germania" Rat suchte. Für die regelmässigen Leser des „Hochland" war überdies Sinn und Bedeutung meiner Darlegungen um so genauer umgrenzt und bestimmt, als ich fast unmittelbar vorher im „Hochland" einen Aufsatz über Hoffbauer veröffentlicht und darin grundsätzliche Ausführungen über den Verlauf der deutschen katholischen Bewegung gemacht hatte. Den Aufsatz hat der Redemptoristenpater Innerkofler soeben noch im Vorwort seines Werkes über den Heiligen zum erheblichen Teile mit Worten liebenswürdiger Anerkennung abgedruckt.

Ob ich erwarten darf, dass die „zuständige Seite" der „Germania" nunmehr auch ihrerseits den Verbreitern der Unwahrhaftigkeiten entgegentreten wird, denen sie infolge ungenügender Information Autorität verliehen hat, weiss ich nicht. Persönlich habe ich an dem im „Hochland" Gesagten nichts zu ändern, nichts zu deuteln und nichts davon zurückzuziehen.

Strassburg, 7. Dezember 1909. Spahn."

Dazu bemerkte die „*Germania*":

„1) Der „Hochland"-Jahrgang ist nicht unrichtig mit 1909 Heft 11 wiedergegeben, wenn auch das betreffende Heft vom 1. August datiert ist.

2) Was in dem Artikel als die eigenen Worte des Herrn Professor Dr. Spahn in der bei uns üblichen Weise in Petitdruck angeführt ist, enthält allerdings einen Druckfehler, da es statt „bewusst erstarkten Wiederanschlusses" „bewusst erstrebten Wiederanschlusses" heissen muss. Zwei kleine Zwischensätze sind ferner ausgefallen, aber sie bilden für den Inhalt des Ganzen keine Rechtfertigung des Herrn Dr. Spahn. Sie lauten:

Nur ungern verzichte ich darauf, was Muth in dieser Hinsicht (die Zeit sei gekommen, wieder gut zu machen, was in mehr als drei Jahrhunderten an den unseren gesündigt worden) ausführt, in eine noch etwas vertiefte geschichtliche Perspektive zu rücken, zumal da die Ansicht, die Muth verficht, wohl an einleuchtender Wahrscheinlichkeit gewinnen würde. . . .

Darüber (über dem Mangel an unentbehrlicher Bewegungsfreiheit) erlahmten die schöpferischen Kräfte auf dem Gebiete der Literatur schon Ende des 18. Jahrhunderts, auf dem der Musik nnd der bildenden Künste im Laufe des 19. Auch die Teilnahme der Katholiken für das geistige Kulturleben nahm ab, ihr Wettbewerb im wirtschaftlichen und Staatsleben wie in der sozialen Entwicklung ermattete.

3) Herr Professor Dr. Spahn spricht von einer „zweimaligen Entstellung des Wortlauts" und behauptet, in seinem „Hochland"-Artikel befinde sich „tatsächlich kein Wort der

Kritik gegen die Kirche". Wo die zweimalige Entstellung des Wortlauts zu finden sein soll, gibt Herr Dr. Spahn nicht an und wenn er in seinen Ausführungen noch immer keine Angriffe gegen die Kirche finden kann, wie sie der Artikel „Klarheit und Wahrheit" mit aller Deutlichkeit festgestellt hat, so bedauern wir das.

4) Von „Entstellungen" oder von einem „völligen Missverstand" der Spahnschen Ausführungen kann in dem fraglichen Artikel der „Germania" keine Rede sein. Herr Professor Dr. Spahn hätte gewiss allen Anlass, die an ihn gerichteten Fragen möglichst deutlich zu beantworten, wenn er jedes „Missverständnis" ausschliessen will.

5) Die allgemeinen Redewendungen, welche die Erklärung des Herrn Dr. Spahn unter Nr. 5 enthält, bringen zu der Sache selbst keine weitere Aufklärung.

6) Wir wissen nicht, an welcher „zuständigen Stelle" Herr Professor Dr. Spahn mit seinem Aufsatz Beifall gefunden hat, müssen ihm aber das Recht absprechen, über die „zuständige Stelle", von der unser Artikel herrührte, ein Urteil zu fällen. Es ist auch unwahr, dass die „Germania" bei dieser Stelle „Rat suchte". Sein Aufsatz über Hoffbauer hat mit dem Artikel in Heft 11 des „Hochland" nichts zu tun. Will Herr Professor Dr. Spahn sich auf diesen Aufsatz zu seinen Gunsten berufen, so würden wir umgekehrt auch auf Nr. 145 der Wiener „Fackel" vom Jahre 1903 hinweisen können."

§ 8. Köln eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus.

Im Sommer 1910 erschien im Verlage von Hermann Walther eine Broschüre des Kaplans *Schopen* unter dem Titel: „Köln eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus". Dieselbe erhielt zwar eine Empfehlung seitens des Abg. *Roeren*, erfuhr im übrigen aber in der Zentrumspresse fast einhellige Ablehnung. Sie rief nichts destoweniger lebhafte Debatten hervor, an der sich besonders die „Kölnische Volksztg" beteiligte. Es war dies verständlich, da die Schrift sich ja hauptsächlich gegen die „Kölnische Volkszeitung" und Justizrat Dr. Julius Bachem wandte. Hiess es doch am Schluss des ersten Teiles der Broschüre wörtlich in fetter Schrift:

„Nach dem Siege der Richtung Bachem kann ein weiterer Versuch, den katholischen Geist der Kirche in Deutschland zu erhalten, nicht mehr erwartet werden. Das ist die in beiden Lagern klar erkannte Situation."

Gegen die ihn betreffenden Ausführungen legte Justizrat *Julius Bachem* in einer in der „Köln. Volksztg." (Nr. 462 vom 4. Juni 1910) veröffentlichten Erklärung Verwahrung ein. Er betonte darin, er wolle nichts anderes, als „dass das Zentrum eine politische nicht konfessionelle Partei bleibe, wie die Gründer und alten Führer des Zentrums, Windthorst an der Spitze, es gewollt und die heutigen Führer des Zentrums in der Berliner Erklärung vom 28. November 1909 es erneut bekräftigt haben". Weiter wolle er nicht, „dass das deutsche Parlament zum Tummelplatze konfessioneller Kämpfe gemacht werde, die das Gemeinwohl schwer schädigen

und den berechtigten Interessen des katholischen Volksteiles sicher nicht förderlich sein würden."

In einer seitens des Abg. *Underberg* an die „Köln. Volksztg." (No. 459 v. 3. 6. 10) gesandten Erklärung hiess es:

„Ich protestiere speziell dagegen, dass Sie die Angelegenheit der Broschüre Köln als eine Fortsetzung der Bestrebungen der Osterdienstagskonferenz charakterisieren. Als Teilnehmer der Osterdienstagskonferenz würde ich zweifellos von der Broschüre irgendwelche Kenntnis erhalten haben, wenn Ihre Annahme richtig wäre. Ich erkläre aber ausdrücklich, dass ich weder früher noch bis jetzt über den Inhalt der Broschüre irgendetwas erfahren habe, dass ich nicht die geringsten Beziehungen zu der Broschüre habe, auch gar nicht weiss, was darin steht."

Der zweite Teil der Schopen'schen Schrift enthielt „Aktenstücke". Das darin Mitgeteilte war aber nichts Neues, vielmehr längst in weiten Kreisen bekannt. Neu war lediglich die Mitteilung des Beschlusses der Kölner Bischofskonferenz über den Volksverein. Derselbe lautet wie folgt:

„Verhandelt zu Köln, den 6. August 1909.

5. Der katholische Volksverein wurde besprochen und nachstehende Resolution beschlossen:

a) Der deutsche Episkopat hat zu der Leitung des katholischen Volksvereins das Vertrauen, dass sich die Tätigkeit desselben genau den in den Statuten enthaltenen Grundsätzen anschliessen wird.

b) Der deutsche Episkopat muss wünschen, dass die Zentralverwaltung des katholischen Volksvereins auch bezüglich des Vereinsvermögens in dauernder Fühlung mit ihrem Ordinarius stehe.

c) Der deutsche Episkopat vertraut darauf, dass die Diözesanvertreter des katholischen Volksvereins von allen wichtigen Vorgängen und Veranstaltungen die zuständigen Ordinarien verständigen."

Weiter wurde in den „Aktenstücken" ein Rundschreiben des Vorstandes des Augustinus-Vereins vom 15. Juni 1909 an die Presse mitgeteilt, worin mit Rücksicht auf die notwendige Geschlossenheit des Zentrums gebeten wurde, von der Veröffentlichung aller Artikel abzusehen, deren Inhalt zu Missdeutungen Anlass geben könnte. Im Anschluss hieran wurde gesagt (Seite 163):

„Wie wenig ernst es diesen Kreisen war mit der Unberührbarkeit und Respektierung der „zuständigen Instanzen in Kirche und Partei" zeigen zwei kleine Züge. Noch in derselben Versammlung des Augustinus-Vereins, freilich nach Schluss der offiziellen Sitzung, konnte unwidersprochen der Rat gegeben werden, *die Presse müsse die jungen Kapläne mehr unterstützen gegen die Bischöfe*".

Der Vorstand des Augustinusvereins versandte dazu an die dem Verein angeschlossene Presse eine Erklärung in der es hiess:

„Der unterzeichnete Vorstand des Augustinus-Vereins bemerkt demgegenüber folgendes:

1. dass das fragliche Rundschreiben vom 15. Juni 1909 überhaupt in keiner Versammlung des Augustinus-Vereins festgestellt, sondern lediglich vom Vorstande abgefasst und versandt worden ist.

2. dass niemals in einer Zusammenkunft oder Generalversammlung des Augustinus-Vereins sich ein solcher Vorgang abgespielt hat, wie er auf der angezogenen Seite 163 der Broschüre unter Angabe von Begleitumständen behauptet wird.

Wir erklären, dass sowohl die tendenziöse Behauptung selbst, als auch die angegebenen Begleitumstände *durchaus frei erfunden* sind und sich als *Verleumdung* darstellen.

Düsseldorf, den 8. Juni 1910. Der Vorstand des Augustinus-Vereins. *Dr. E. Hüsgen*, erster Vorsitzender. *L. Lensing*, zweiter Vorsitzender, Dr. Paul *Weilbächer*, Generalsekretär."

§ 9. Kardinal Kopp an Frl. von Schalscha.

In der Schopen'schen Broschüre sollte ursprünglich auch ein seitens des Herrn Kardinalfürstbischofs Dr. Kopp an Frl. von Schalscha-Ehrenfeld in Berlin, die Vorsitzende des Vereins erwerbstätiger Frauen und Mädchen, unterm 12. Januar 1910 gerichteter Privatbrief, der auch auf den erwähnten „Hochland"-Artikel Professor Spahns Bezug nahm, veröffentlicht werden. Dies unterblieb zwar auf Intervention der von dem Verleger des Buches, Dr. Dietzsch, verständigten Dr. Fleischer und Assessor von Savigny; aber dennoch erschien der Brief bald darauf im „Berliner Tageblatt," von wo er dann seinen Lauf durch die gesamte Presse nahm und hier endlose Debatten hervorrief. Der Brief hatte nach den „Hist. pol. Bl." (Heft 8, Bd 146 v. 16. 10. 10) folgenden Wortlaut:

„Was mir in der Vorstellung am wenigsten gefällt, sind die spitzen Bemerkungen gegen die „Erwerbstätigen" in Berlin. Die „Erwerbstätigen" in Berlin wie in der ganzen Diözese Breslau habe ich von vornherein vor der Verseuchung des Westens zu bewahren gesucht. Mir ist schon die Interkonfessionalisierung der Arbeiterbewegung viel zu viel; sie auch noch auf die Arbeiterinnen zu übertragen, würde die Verwässerung des kath. Bewusstseins in die ganze arbeitende Klasse getragen haben. Darum habe ich die „erwerbstätigen" als streng konfessionell verlangt; wollen sie das nicht sein, so sollen sie sich nicht mehr katholisch nennen und als solche gelten wollen. So steht es mit den „erwerbstätigen" in Berlin.

Wie steht es mit der gleichen Organisation im Westen? Aus reinem Opportunismus, nur um die Macht der interkon-

fessionellen Vereine zu vereinigen, hat man sie den christlichen Gewerkschaften zugeführt. Und wie stellt sich die Zentrale des katholischen Frauenbundes dazu? Stellt sie sich in den Dienst dieser Bestrebungen? Übt sie die Patronage über sie aus? Das ist doch die Frage, die ja leider noch immer ungeklärt ist. Wie sehr der Frauenbund auf die Seite der interkonfessionellen Bewegung gestellt wird, haben wir erst vor kurzem in öffentlichen Schriften gelesen. Was hat der Frauenbund getan, um sich davon zu reinigen? Die Erklärung des Frauenbundes (Zentrale) gegen die Spahn'sche Behauptung ist mehr als kläglich, geradezu ein Zugeständnis, und die Empfindlichkeit soll nur die wunde Stelle verdecken, die getroffen und blossgelegt worden ist. Und dabei verlangt man im Westen noch Vertrauen von uns? Wir wollen unsere Hände und Gewissen rein bewahren. Wir wollen an der Verflachung alles kath. Empfindens nicht teilnehmen. Wir wollen weder die Arbeiter noch die Arbeiterinnen mit Klassenhass nähren, zum Klassen- und Machtkampfe erziehen und sie der Sozialdemokratie zuführen. Liest denn Frau N. . . die öffentlichen Blätter nicht? Und hat sie nicht gelesen, was der christliche Gewerkschaftssekretär Effert jüngst ausgeplaudert hat? Selbst den Sozialdemokraten war diese Offenherzigkeit zu weit gehend.

So liegt die Sache. Ich messe alles, was vom Westen kommt, mit diesem Massstabe und sehe immer wieder aus allen Bestrebungen den Pferdefuss durchscheinen. Ich habe noch einmal im Herbste den Versuch gemacht, wenigstens ein äusseres Zusammengehen zu ermöglichen. Alles scheiterte an dem wahrhaft häretischen Fanatismus, der im Westen bezüglich der sozialen Frage herrscht. Der Westen braucht unser Vertrauen nicht; er ist ja stark genug, seine Bestrebungen in seinen Kreisen durchzusetzen. In den Kreisen, in denen ich die Verantwortung trage, werde ich ihn auf das äusserste fernzuhalten suchen. Vertrauen aber kann ich weder den Grundsätzen noch der Taktik entgegenbringen.

Das ist mein Standpunkt, und wenn ich von ihm aus „offen" der Frau N. . antworten will, kann ich nur in diesem Sinne antworten".

Zur Aufklärung darüber, aus welchem Anlass und in welchem Zusammenhang Kardinalfürstbischof Kopp dieses Privatschreiben vom 12. Januar 1910 an Fräulein v. Schalscha als Vorsitzende des „Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands" gerichtet hat, glaubte die „Germania" folgendes anführen zu können:

„In der Zeitschrift „Hochland" (1909 Heft 11) hatte Professor Dr. Martin Spahn bekanntlich einen Artikel veröffentlicht, der in Nr. 272 2. Blatt der „Germania" vom 27. November 1909 in dem Artikel „Klarheit und Wahrheit" einer Kritik unterzogen wurde, in der es u. a. hiess:

Dass nach der Auffassung des Herrn Dr. Spahn auch der Katholische Frauenbund zur Mitarbeit an der Befreiung der Katholiken von dem „kirchlichen Drucke" herangezogen wird, haben wir noch nicht gewusst, erklären uns aber nun die Rührigkeit, mit der gewisse Sendbotinnen bei uns auftreten, und verstehen nun manches andere.

Der Zentralvorstand des Katholischen Frauenbundes erhob durch eine Erklärung in der „Germania" (Nr. 278 vom 4. Dezember 1909) gegen diese Bemerkungen öffentlich Protest, indem er sich darauf berief, dass er „von Anfang an eine einwandfreie kirchliche Gesinnung und entsprechende Haltung zu den kirchlichen Oberhirten gewahrt" habe. Daneben hat die in dem Schreiben des Herrn Kardinalfürstbischofs Kopp erwähnte Frau N. sich auch noch privatim bemüht, das Misstrauen gegen den Katholischen Frauenbund, wie es durch den „Hochland"-Artikel des Herrn Professor Dr. Spahn hervorgerufen war, durch einen längeren Brief zu beseitigen, der auch dem Herrn Kardinalfürstbischof Kopp unterbreitet worden ist. An diese „Darlegung" knüpft das Schreiben Sr. Eminenz an Fräulein v. Schalscha als die Vorsitzende des „Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands" an, und hiernach ist es zu verstehen, wenn in dem Schreiben kurzweg von den „Erwerbstätigen" in Berlin und in der Diözese Breslau die Rede ist. Kardinalfürstbischof Kopp, zu

dessen Diözese bekanntlich auch der Delegaturbezirk Berlin gehört, will die katholischen Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands, die sich ausdrücklich katholisch nennen, für den Bereich seines oberhirtlichen Sprengels als streng-konfessionelle Vereine erhalten wissen, während er befürchtet, dass die gleichen Frauenorganisationen und die Zentrale des Katholischen Frauenbundes im Westen zu den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften hinneigen. Dass dieses Misstrauen durch den „Hochland"-Artikel des Herrn Professor Dr. Spahn hervorgerufen und durch die vorhin bereits mitgeteilte Erklärung des Zentralvorstandes des Katholischen Frauenbundes aber nicht ganz beseitigt wurde, geht aus dem Schreiben Sr. Eminenz an die Verbandsvorsitzende Fräulein v. Schalscha sehr deutlich hervor.

Es wird auch niemandem, der halbwegs im politischen Leben bewandert ist, als eine überraschende „Enthüllung" erschienen sein, wenn der Herr Kardinalfürstbischof in seinem Privatbriefe bekundet, dass er kein Freund der Interkonfessionalisierung der Arbeiterbewegung ist und deshalb diese Interkonfessionalisierung wenigstens in seiner Diözese von der Arbeiterinnenbewegung fernzuhalten sucht. Wir haben annehmen zu dürfen geglaubt, dass das auch in Dortmund längst bekannt gewesen sei, und dass sich daraus der „Notschrei" an die Adresse des Kardinals Kopp, aber g e g e n ihn leicht erklären lasse. Es ist bekannt, dass auch andere Bischöfe den Interkonfessionalisierungsbestrebungen ablehnend gegenüberstehen, nicht bloss Kardinal Fürstbischof Kopp von Breslau. Wir wollen hier keine Namen nennen, sondern uns nur auf den *Kardinal Erzbischof Fischer von Köln* berufen, zumal dieser in liberalen Blättern, die von den wirklichen Dingen keine Ahnung haben, während der letzten Tage in einen schroffen Gegensatz zum Kardinal Kopp gesetzt worden ist. In seinem letzten *Fastenhirtenbriefe* sagt Kardinal Fischer u. a.:

„Eine in gewissen Kreisen beliebte Forderung ist die sogenannte *Interkonfessionalität*. Man verlangt, dass die einzelnen Konfessionen sich nicht von einander abschliessen sollen; man rügt es insbesondere, wenn die Katholiken sich in

katholischen Vereinigungen zusammentun, und spricht von Sonderbestrebungen, vom Sichabschliessen gegen das nationale Leben und die nationale Kultur, von einem Fremdkörper im eigenen Fleisch, und wie all die schalen Redensarten heissen.... Leider scheinen auch einzelne der Unserigen sich darüber nicht so ganz klar zu sein und erstreben eine Interkonfessionalisierung, oder vielmehr Konfessionslosigkeit auch dort, wo sie bisher aus guten Gründen als ausgeschlossen galt. Geht man doch hier und da so weit, dass man möglichst schon den Namen „katholisch" vermieden wissen möchte, und statt des mann- und herzhaften Bekenntnisses zu unserem heiligen katholischen Glauben von der sogenannten christlichen Weltanschauung spricht: als hätten wir uns unseres heiligen Glaubens zu schämen! Nein, geliebte Erzdiözesanen, keine unmännliche Furcht im Bekenntnis des katholischen Namens, keine Ausscheidung des katholischen Elementes aus unseren bewährten Vereinigungen oder bei sich als notwendig oder empfehlenswert herausstellenden neuen Gründungen!"

Kardinal Kopp hat sich in seinem Privatbriefe allerdings über die Interkonfessionalisierung schärfer ausgedrückt als Kardinal Fischer in seinem öffentlichen Fastenhirtenbriefe. Jedermann weiss aber aus eigener Erfahrung, dass man in einem nicht für die weitere Oeffentlichkeit bestimmten vertraulichen Privatschreiben die einzelnen Worte nicht so auf die Goldwage legt, wie bei einem für die Oeffentlichkeit bestimmten Schriftstück. Das hat Kardinal Fürstbischof Kopp am Schlusse seines Schreibens auch zur Genüge angedeutet."

Infolge der Veröffentlichung des Briefes des Herrn Kardinals Kopp an Frl. v. Schalscha kam es zu einem Meinungsaustausch zwischen ihm und der Zentrale des Katholischen Frauenbundes. Das Resultat dieses Meinungsaustausches wurde auf der Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes in Düsseldorf am 24. Okt. 1909 durch die Vorsitzende, Frau Geheimrat Dr. Hopmann-Köln, wie folgt mitgeteilt:

„Se. Eminenz Fürstbischof Kopp hat in hochherzigster Weise allen verhängnisvollen Wirkungen, die aus den indiskreten Veröffentlichungen der gegnerischen Presse für den Katholischen Frauenbund zu erwarten waren, dadurch den Boden entzogen, dass er in einem huldvollen Schreiben vom 11 Oktober an die Zentrale des Kathol. Frauenbundes sein Bedauern über die Vorkommnisse ausspricht und ausdrücklich hervorhebt, dass er auf sein Vertrauen zu der Zentralstelle des Kath. Frauenbundes keinen Schatten fallen lassen möchte. Se. Eminenz hat zugleich seine ausdrückliche Erlaubnis dazu gegeben, dass der Inhalt seines Schreibens in vorliegender Form auf der Generalversammlung und im Organ des Bundes unsern Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werde. Wir sind Sr. Eminenz zu aufrichtigem und dauerndem Dank verpflichtet für dieses entscheidende Eingreifen in diesem schwierigen Augenblick, und werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um der unentwegten Treue zu unserer hl. Kirche und der kath. Einigkeit in unserem Bunde eine sichere Stätte zu erhalten. Wir dürfen auch wohl hoffen, dass einem andern Missverständnis, als ob der Kathol. Frauenbund sich mit allen Ausführungen des Herrn Prof. Spahn in seinem „Hochland"-Artikel im August 1909 indentifizierte, ein für alle mal der Boden entzogen ist. Um jeder weiteren Missdeutung aber vorzubeugen, wollen wir es nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit die Erklärung abzugeben, dass der Kathol. Frauenbund sich die Ausführungen des Herrn Prof. Spahn in dem betreffenden „Hochland-Artikel" *in keiner Weise zu eigen macht.* Herr Prof. Spahn ist weder an der Gründung des Kathol. Frauenbundes beteiligt gewesen, noch hat er zu irgend einer Zeit auf seine Leitung einen Einfluss ausgeübt. Sein subjektives Urteil über die Arbeit unseres Bundes vermögen wir *als berechtigt nicht anzuerkennen.* Der K. F.-B. wird zur Entklerikalisierung des katholischen Volkes nie seine Hand bieten. Nach diesen bestimmten Erklärungen würde jede Wiederholung einer solchen Anschuldigung nicht nur uns tiefen Schmerz bereiten, sondern auch einer direkten Kränkung des Katholischen Frauenbundes gleich kommen."

Auch Herr Kardinalerzbischof *Dr. Fischer* von Köln kam in der gleichen Versammlung auf den Brief des Herrn Kardinalfürstbischofs Dr. Kopp zu sprechen. Er führte in der Beziehung folgendes aus:

„Ich nehme umso bereitwilliger an Ihrer Versammlung teil als in der letzten Zeit etwelche Schatten auf das Wirken des Vereins zu fallen drohten. Sie wissen, wohin ich ziele. Ich denke an einen von hoher Stelle rührenden Brief, der jüngst durch eine tadelnswerte Indiskretion in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Ich sage: tadelnswerte Indiskretion. In der Tat ist es zu verurteilen, ist unnobel und verdient schärfste Rüge, wenn Privatschreiben, die nur für eine gewisse Person bestimmt sind, ohne Wissen und ohne Zustimmung des Verfassers der breiten Öffentlichkeit übergeben werden. In Privatbriefen, die zudem oft in Eile, mitten unter dem Drang anderer Geschäfte geschrieben werden, legt man die Ausdrücke nicht so genau auf die Wagschale, lässt der Feder freieren Lauf, gebraucht leicht Wendungen, die man später bei ruhigerem Nachdenken vermissen möchte. Ist es uns selber nicht oft genug so gegangen und ist es kein Vertrauensbruch ohne Gleichen, wenn der Adressat oder solche, die irgendwie Kenntnis von dem Geschriebenen erhalten haben, nun ein derartiges Schreiben, sei es direkt oder indirekt, in die Zeitungen bringen oder gar versuchen, es als Eideshelfer für eine tendenziöse Schrift zu missbrauchen? Ich weiss es übrigens ganz bestimmt und bin autorisiert, es hier auszusprechen, dass der hohe Verfasser des in Rede stehenden Briefes die in denselben eingeflochtenen scharfen Ausdrücke bedauert, und dass er durchaus nicht die Absicht hatte, die man ihm unterstellt, weiss namentlich und erkläre es auf das allerbestimmteste, dass er die *treue kirchliche Gesinnung* des Frauenbundes in keiner Weise bezweifelt, ihn vielmehr ausdrücklich auch für die Zukunft seines Vertrauens versichert. Und wenn gar einzelne Blätter im In- und Ausland aus dem Brief einen Gegensatz zwischen den beiden deutschen Kardinälen konstruieren wollen, auch jetzt noch, nachdem ich am vorigen Sonntag in grosser Versammlung in Köln eine solche

Anschauung ins Reich der Fabel verwiesen habe, so können wir ja solche geschäftige Leute nicht hindern, wenn sie daran Freude finden; ich wiederhole nur, was ich in Köln gesagt habe: sie werden sich täuschen. Ich denke, damit ist die Angelegenheit mit dem Briefe für uns beseitigt."

Aus den weiteren Ausführungen des Herrn Kardinal-Erzbischofs Fischer sei noch folgender Passus erwähnt:

„Die Gegenwart steht vielfach vor neuen Aufgaben, hat neue Bedürfnisse, erfordert neue Kräfte. Es wäre töricht, wenn die deutschen Katholiken sich dem verschliessen wollten. Das ist der Grund gewesen für die Schaffung unseres Katholischen Frauenbundes. Er will, was Gutes und Gesundes an den derzeitigen Bestrebungen ist, fördern, will den katholischen Frauen und Jungfrauen einen Mittelpunkt für Wirken und Schaffen bilden, will ohne Eifersucht auch von anderseitiger Tätigkeit lernen, stellt sich aber grundsätzlich, mit Bewusstsein und Überzeugung auf katholischen Boden, in engem Anschluss an den Episkopat, und ist dadurch geschützt gegen Ausschreitungen und Missgriffe. Das ist das Charakteristische Ihres Bundes, verehrte Damen, der in dieser Woche in Düsseldorf tagt. So war es bisher; so wird es auch in Zukunft sein, und dieser Geist wird auch Ihre diesmaligen Beratungen leiten."

Der in dem Briefe des Herrn Kardinals erwähnte „Versuch" „wenigstens ein äusseres Zusammengehen zu ermöglichen", der aber scheiterte „an dem wahrhaft häretischen Fanatismus, der im Westen bezüglich der sozialen Frage herrscht", bezieht sich nach dem zuletzt erwähnten Artikel der „Hist.pol.Bl." auf den katholischen Volksverein. Damals verlangte der Herr Kardinal von der Leitung des Volksvereins, er möge seine Organisation nicht einseitig in den Dienst der christlichen Gewerkschaftsbewegung, sondern in gleicher Weise für Schlesien auch dem Berliner Verbande zur Verfü-

gung stellen. Das wurde aber vom Volksverein k a t e g o r i s c h a b g e l e h n t. Daher der Unwille des Kardinals. Im übrigen hat dieser seine Stellung zum Volksverein ausführlich in einer anlässlich des Breslauer Katholikentages in der Generalversammlung des katholischen Volksvereins gehaltenen Rede präzisiert. Er führte dort laut „Schles. Volksztg" (Nr. 397 v. 1. 9. 09) aus:

„Es ist mir aber ein Bedürfnis, zu zeigen, wie Ihre Bischöfe zu Ihnen stehen. Sie beurteilen den Volksverein nach seinen Statuten, nach den Aussprüchen der ihn leitenden Personen und nach der Tätigkeit, die er entfaltet, sowie nach ihren Erfolgen.

Was zunächst die Statuten angeht, so sagen sie klar und bestimmt, was der Volksverein den Katholiken Deutschlands sein will. Der § 1 der Satzungen lautet:

Zweck des Vereins ist die Förderung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft, insbesondere die Belehrung des deutschen Volkes über die aus der neuzeitlichen Entwicklung erwachsenen sozialen Aufgaben und die Schulung zur praktischen Mitarbeit an der geistigen und wirtschaftlichen Hebung aller Berufsstände.

Der Verein will zugleich die Angriffe auf die religiösen Grundlagen der Gesellschaft zurückweisen und die Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiete bekämpfen.

Sie kennen diesen Wortlaut; ich empfehle aber ihn oft zu lesen. Ich mache es auch so. So oft ich ein schiefes Urteil über den Volksverein höre, nehme ich seine Satzungen zur Hand und orientiere mich recht.

Diese Zweckbestimmung ist durch die Leiter des Volksvereins bei verschiedenen Gelegenheiten klar und deutlich erläutert worden. Der hochverehrte Herr Vorredner stand vor nicht langer Zeit vor dem obersten Hirten der Kirche, dem Papste Pius X., und erklärte ihm, nach seinen eigenen Worten, die ich wieder vorlesen möchte, „dass der Volksverein es sich nur angelegen sein lasse, das katholische Volk in aller Glaubenstreue zu erhalten, die wirtschaftliche Lage

immer mehr zu bessern, es zu bilden, sozial zu schulen und zur tätigen Teilnahme auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens anzueifern." Und segnend erhob sich die Hand des Heiligen Vaters über dem Redner und den Volksverein.

Ein hervorragendes Mitglied des Volksvereins setzte auf der vorjährigen Katholikenversammlung auseinander, der Volksverein beschütze die soziale Kleinarbeit; er denke nicht daran, die Selbständigkeit der einzelnen Organisationen einzuschränken, ihr Wirkungsgebiet zu beengen, im Gegenteil, er will sie stärken und fördern. „Der Volksverein ist für das ganze Volk!"

Ein weiteres Mitglied des Vorstandes bezeichnete auf derselben Generalversammlung unter den Aufgaben des Volksvereins auch die patriotische, indem es bemerkte, „uns treibt zur Arbeit die vaterländische, die nationale Gesinnung".

Was nun endlich die Tätigkeit des Volksvereins angeht, so hat der Herr Vorredner uns ein Bild von ihr entrollt, wie es nicht vollständiger, aber auch nicht vertrauenerweckender sein kann. Die Katholiken Deutschlands können mit ihrem Volksverein zufrieden sein.

Nur ich selbst bin es nicht. Ich suche die Mitgliederzahl der grössten Diözese Deutschlands und finde nur eben 25000, während die westlichen Teile über 200 000 bezw. 100 000 zählen. Ich muss mich daher der Mahnung der Herren Vorredner anschliessen und meine Diözesanen bitten, sich zahlreich dem Volksverein anzuschliessen.

Der Episkopat ist nicht besorgt, dass der Volksverein vom Zentrum beherrscht werde. Er ist kein politischer Verein und dient nur der Sozialpolitik.

Darum fasse ich mich kurz, wenn ich sage, der Volksverein bedarf keiner besonderen Vertrauenskundgebung von seiten seiner Oberhirten; er verdient ihr Vertrauen, er rechtfertigt ihr Vertrauen, er besitzt ihr Vertrauen! Und wenn ich dieses Verhältnis zwischen beiden noch näher schildern soll, so setze ich hinzu: Der Volksverein steht in engster Fühlung durch seine Zentrale mit dem Ortsbischof und durch diesen mit dem Gesamtepiskopat, und der Episkopat ist überzeugt, dass die Zentralleitung des Volksvereins stets bemüht

ist, auch die Fühlung der einzelnen Diözesanvertreter mit den Ordinarien den betreffenden Bischöfen zu vermitteln und zu erhalten.

So muss das Verhältnis zwischen dem Volksverein und dem Episkopate sein; denn der Volksverein ist für das katholische Volk, für das ganze Volk, und wo das katholische Volk ist, ist auch sein Episkopat. Und so ist das Verhältnis zwischen beiden. Möge es Gott segnen und erhalten!

Bevor ich aber diesen Segen ausspreche, möchte ich noch ein Wort hinzusetzen: Indem der verewigte Windthorst den Volksverein ins Leben rief, beabsichtigte er eine einheitliche Zusammenfassung aller katholischen Arbeiter. Der Verein sollte das einigende Band katholischer Sozialarbeit sein. Einigkeit war ja der Herzenswunsch des grossen Führers. Darum habe ich an seinem Sarge ihm als Vermächtnis den Scheidegruss in den Mund gelegt: Seid einig! Seid einig, rufe ich daher auch den Katholiken in bezug auf ihren Volksverein zu. Die Einigkeit tut not. Darum seid und bleibt es. Seid einig!"

Die am Schluss des Briefes des Herrn Kardinals enthaltene Bemerkung betreffend den Gewerkschaftssekretär *Effert* bezog sich laut „Köln. Volksztg" (Nr. 859 v. 12. 10. 10) auf einen Bericht der „Rhein.-Westf. Ztg" über eine Unterredung eines ihrer Redakteure mit Effert, wonach dieser sich für einen allgemeinen Bergarbeiterstreik ausgesprochen habe, durch den das gesamte Gewerbe, die gesamte Industrie lahmgelegt werde. Effert erklärte später in der „*Germania*", dass seine Darlegungen nicht richtig wiedergegeben worden seien, und der „*Bergknappe*", sowie das „*Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften*" haben Effert ausdrücklich dementiert.

§ 10. Montanus und Schmölder.

Ein paar Monate nach der Schopen'schen Broschüre „Köln eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus" erschien im Verlage von P. Hanstein in Bonn eine neue Broschüre aus katholischen Kreisen unter dem Titel: „Das alte und das neue Zentrum". Sie war im grossen und ganzen eine Zusammenfassung von Artikeln, die in der in Koblenz erscheinenden „Ständeordnung" zuerst erschienen waren. Ihr Verfasser nannte sich mit einem Pseudonym *Montanus*. Sie handelte vom Staatssozialismus und polemisierte gegen die Sozialpolitik des Zentrums und suchte darzulegen, dass das „neue" Zentrum im Gegensatz zum „alten" „die alten Forderungen des organisch-sozialen Aufbaues der Gesellschaft von unten herauf nicht mehr in den Vordergrund stellte, sondern die direkte Reglementierung des Wirtschaftslebens durch staatliche Gesetzgebung im Sinne Wilhelms II kritiklos mitmachte, ja zur Hauptaufgabe der Partei erhob." Versuche der Zentrumsgegner, aus dieser Schrift Kapital gegen das Zentrum zu schlagen, misslangen vollständig. Seitens des Zentrums wurde sie einhellig abgelehnt.

Fast um dieselbe Zeit liess Senatspräsident *Schmölder* am Oberlandesgericht Hamm bei Karl Georgi in Bonn unter dem Titel: „Zum Frieden unter den Konfessionen" eine Schrift erscheinen, die sich, wie er im Vorwort ausdrücklich erklärte, gegen das Zentrum richtete. Er verlangte nicht mehr und nicht weniger wie dessen Auflösung. Nach Schmölder beständen im

Zentrum zwei Richtungen, die er „Julius Bachem und Kölnische Volkszeitung" einerseits und „Krueckemeyer und Stimmen aus Maria Laach" anderseits benannte. Die Zentrumspresse tat diese Broschüre kurz ab, und sowohl Dr. Julius Bachem wie Dr. Krueckemeyer verwahrten sich dagegen, zu Parteihäuptern gestempelt zu werden. Ich habe das in einem längeren Artikel der „Hist.-pol.-Bl." (Bd 145, Heft 7) getan.

§ 11. „Marodeure" im Zentrum.

Am 25. Sept. 1910 fand in Dortmund eine Zentrumsversammlung statt, die sowohl in der Zentrumspresse als auch in der der Gegner Anlass zu den lebhaftesten Auseinandersetzungen geboten hat. Herr Graf *Praschma* hatte in derselben über die politische Lage gesprochen, deren Ernst für das Zentrum geschildert und im Anschluss daran in scharfen Worten das Vorgehen einzelner sich zur Zentrumspartei rechnender Herren getadelt, die liberalen Blättern zur Bekämpfung von Parteigenossen Material geliefert, oder das Zentrum schädigende anonyme Broschüren herausgegeben oder endlich in der ausländischen befreundeten Presse unhaltbare, einen Teil der Zentrumsanhängerschaft tief verletzende und herabsetzende Artikel veröffentlicht hätten. Graf Praschma hatte mit Rücksicht hierauf von Felonie gesprochen. (Siehe ‚Schles. Volksztg.' Nr. 451 v. 1. 10. 10.) Im Anschluss hieran hatte der Verleger der Dortmunder „Tremonia", Herr *Lensing*, das Wort ergriffen und u. a. folgendes ausgeführt:

„Ich spreche im Sinne der ganzen Versammlung und vieler tausenden treuer Kämpfer des Zentrums unseres gewaltigen Industriebezirkes, wenn ich dem Herrn Reichstagsabg. Grafen Praschma Folgendes erkläre: *Sagen Sie den kirchlichen Behörden*, dass das treue katholische Volk in der tiefsten Seele erbittert ist über gewisse *Marodeure in unseren Reihen*, welche da unsere in jahrelangen Arbeiten festgefügten Organisationen zu zerstören trachten. Unsere Arbeiter gehören zum grossen Teil den *christlichen Gewerkschaften* an.

Wir decken nicht mit unserem Schild jedes Wort, das mal ein christlicher Gewerkschaftssekretär gesprochen hat, aber wir sprechen aus, dass diese Gewerkschaften die geeignete Form seien, in welcher die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Arbeiter sich zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammenfinden. Wir erachten den *Volksverein für das katholische Deutschland*, diese Schöpfung Windthorst's, *so wie er ist*, für eine so notwendige und vortreffliche Einrichtung, *dass wir nichts an seiner Organisation geändert zu sehen wünschen*, wir sind endlich so stolz auf das *Zentrum*, seinen Charakter und seine Führer, dass wir es geradezu für eine Felonie halten, immer wieder mit abgetanen Doktorfragen den Anhängern des Zentrums die Freude an demselben nehmen zu wollen. Das Zentrum ist, was es ist, oder es ist nicht. Es muss mit diesen Marodeuren im eigenen Lager endlich ein Ende gemacht werden. Ich spreche es offen aus, was Hunderttausende denken, denn es geht ein Schrei der Entrüstung durch unsere Reihen, dass es Leute giebt bei uns, welche durch Verdächtigungen aller Art *nach oben* hin zu wirken und die festgefügten *Organisationen der deutschen Katholiken* zur Freude der Gegner zu unterwühlen suchen, welche nicht davor zurückschrecken, als Giftmischer in der „liberalen" Presse aufzutreten. Wir bitten Sie, Herr Graf, auch gegenüber der *bischöflichen Behörde Ihrer Diözese* diesen unsern *Notschrei* zur Geltung zu bringen. Niemals war das Zentrum so stark als jetzt, niemals waren wir so froher Hoffnung, die Früchte jahrelanger Arbeit zu ernten. Mit Wehmut gedenke ich in diesem Augenblicke des Nachrufes des hochwürdigsten Kardinals Kopp am Grabe Windthorst's: „Schlafe wohl, du guter und getreuer Führer, wir wollen die Einigkeit hochhalten, die du uns gelehrt hast." Wohlan denn, halten wir hoch die Fahne des Zentrums. Das Zentrum lebe hoch, hoch, hoch!"

Diese Ausführungen riefen in der Öffentlichkeit sowohl wegen der ganz ungewöhnlichen Schärfe der Sprache, als auch vor allem wegen des damit verbundenen „Notschreis" an die bischöfliche Behörde der

Diözese Breslau, d. i. an den hochwürdigsten Herrn Kardinalfürstbischof Dr. Kopp, ungeheures Aufsehen hervor. Alsbald nahm die „*Germania*" (No. 225 v. 30 Sept. 10) dazu in einem längeren Artikel unter der Ueberschrift: „Marodeure im Zentrum" Stellung. Zunächst tadelte sie dessen scharfe Ausdrücke gegenüber Parteigenossen, die doch nur das Beste für die Partei gewollt hätten, wobei sie besonders an die Verfasser der Broschüren „Köln eine innere Gefahr für den Katholizismus" und „Das alte und das neue Zentrum" dachte.

„Mag man", so schrieb die „Germania", „ihre Publikationen bedauern und ihre sachlichen Ausführungen sachlich widerlegen; aber es geht doch *entschieden zu weit*, und es ist nicht nur für die Gegner, sondern auch für die eigenen Kreise *irreführend*, wenn man in den stärksten Ausdrücken sogleich von „Marodeuren" und von „Felonie" spricht, und damit den Eindruck einer Spaltung hervorruft. Wir kennen keine Marodeure im Zentrum, keine Zentrumsmänner, die einer Felonie fähig wären und die auf eine Spaltung hinarbeiten könnten; wir sind vielmehr überzeugt, dass das Vertrauen des katholischen Volkes zu seinen Führern unerschüttert ist und dass die nächsten Reichstagwahlen ein glänzendes Zeugnis für die Einigkeit der Zentrumswähler ablegen werden, für ein Marschieren in vollständig geschlossener Linie, wie es bisher der Fall gewesen ist. Dazu genügt ein Appell an die bewährte Einigkeit und als Wahlparole das einzige Wort: „Zentrum"."

Weiter wies die „Germania" darauf hin, dass doch auch niemand „dem Urheber der unseligen Parole: „Wir müssen heraus aus dem Turm", die ungewollt den ganzen Streit eingeleitet hat, solche Spaltungsabsichten zuschreiben wird".

In ganz ausführlicher Weise befasste die „Germania" sich hierauf mit der *den kirchlichen Behörden* von allen

gläubigen Katholiken zu zollenden Hochachtung, um, wie folgt, zu schliessen:

„Um so mehr sollte man sich in katholischen Kreisen davor hüten, auch *nur den äusseren Schein* einer Erschütterung der Autorität unserer kirchlichen Oberhirten zu erwecken, als ob man zu einem *Kritiker* ihrer Worte und Taten berufen sei, als ob man ihnen *Vorwürfe* in der Öffentlichkeit machen dürfe, wie dem ersten besten Laien, als ob man offene und versteckte Angriffe gegen die Bischöfe oder gegen ein einzelnes Mitglied des Episkopats richten könne, um sie gewissermassen zur *Verantwortung* zu ziehen. Das wird das katholische Volk niemals zulassen dürfen, ohne sich selbst und seinen katholischen Glauben zu verleugnen. Und darum ist es gebieterische Pflicht, gegen jeden Versuch einer Herabsetzung des Vertrauens in die kirchlichen Autoritäten und selbst gegen den Schein eines solchen Versuches entschieden Verwahrung einzulegen. Dem katholischen Empfinden widerstrebt es allgemein — nicht nur im „Ghetto-Katholizismus", wie ein katholisches Blatt sich neulich wenig geschmackvoll ausdrückte — wenn in einer *öffentlichen Versammlung* oder in der *Presse* vor aller Öffentlichkeit der Episkopat oder ein einzelnes Mitglied desselben gewissermassen „koramiert" oder gar in Anklagezustand versetzt wird, wie es in der letzten Zeit leider vorgekommen ist. Darum halten wir es für unsere katholische Pflicht, *dagegen zu protestieren* und eine warnende Stimme zu erheben. Wir wollen von politischen „Marodeuren" im Zentrum nichts wissen, aber noch viel weniger von einer Felonie gegenüber der Kirche und ihren Oberhirten. Das „sentire cum ecclesia" muss unsere Losung sein!"

Dieser Artikel der „Germania" fand in der Presse die weitgehendste Beachtung. Eine Reihe von Zentrumsblättern druckte ihn zustimmend ab, während andere das Auftreten des Herrn Lensing in der Dortmunder Versammlung zu rechtfertigen suchten. Zu diesen letzteren gehörte die „*Köln. Volksztg.*", die in ihrer Nr. 823 vom 30 Sept. schrieb:

„Vollständig einverstanden sind wir, wenn die „Germania" weiterhin auf kirchlichem Gebiete Achtung und Gehorsam vor den *kirchlichen Autoritäten* verlangt. Was sie darüber sagt, können wir Wort für Wort unterschreiben ; die Achtung vor Papst und Bischöfen ist den deutschen Katholiken so selbstverständlich, dass, wie die „Germania" mit Recht bemerkt, in unserem deutschen katholischen Volke es nicht notwendig ist, solche Wahrheiten uns von einem Konvertiten (v. Ruville) sagen zu lassen. *Wir wüssten aber auch nicht, dass Herr Lensing oder sonst irgend jemand die Achtung vor unseren Bischöfen verletzt hätte.* Was Herr Lensing sagte, richtete sich ja selbstverständlich nicht gegen die Bischöfe und konnte sich um so weniger gegen sie richten, als sie gar keinen Anlass dazu gegeben hatten, an ihrer Gesinnung gegenüber der Zentrumspartei, so wie sie ist, zu zweifeln. Wenn man den Appell des Führers der Dortmunder Zentrumspartei an die Herren Bischöfe richtig verstehen will, dann muss man sich die Tatsache vergegenwärtigen, dass gerade die Kritiker des Zentrums und des Volksvereins, die in Broschürenund Zeitschriften sich haben vernehmen lassen, die bischöfliche Autorität für sich förmlich mit Beschlag belegen. Uns scheint, dass ein derartiges Operieren mit der bischöflichen und ebenso mit der päpstlichen Autorität zugunsten von Bestrebungen, die sich gegen die Organisationen der deutschen Katholiken in ihrem gegenwärtigen Bestande, gegen die Auffassung der grossen Mehrheit der Zentrumspartei und ihrer berufenen Führung, ja auch offen und versteckt gegen hervorragende Mitglieder des Episkopates selbst richten, mit der Achtung vor der kirchlichen Autorität, welche die „Germania" mit Recht fordert, sehr wenig verreinbar ist. Jedenfalls darf niemand sich wundern, wenn angesichts dieses ganzen Treibens sich im katholischen Deutschland und in der Wählerschaft des Zentrums immer dringlicher der Ruf erhebt, dass endlich einmal Schluss damit gemacht wird."

Die Dortmunder „*Tremonia*", das Organ des Herrn Lensing schrieb (Nr. 270 v. 1 Ost.):

„Wer den Artikel geschrieben hat, wissen wir nicht, soviel

aber steht fest, dass er von jemandem geschrieben ist, der bewusst oder unbewusst den „wilden Mann" spielt und wie ein Blinder von der Farbe spricht. Sollte der Artikelschreiber wirklich nicht verstanden haben, was Herr Lensing gesagt hat? Sollte er nichts davon wissen, was in unserm Lager leider seit Monaten vor sich geht? Von den *anonymen Broschüren* hat Herr Lensing *kein Wort gesagt*, weil er ihnen zu wenig Wert beilegt, noch weniger aber irgend eine Andeutung darüber gemacht, dass es Katholiken einfallen könnte, den kirchlichen Autoritäten den Gehorsam zu verweigern. Sein Notschrei richtete sich lediglich an den anwesenden Herrn Reichstagsabgeordneten Grafen Praschma, um ihm zu sagen, welche Auffassung in weiten Kreisen der Zentrumspartei herrscht über *gewisse Strömungen in unserem Lager*, welche die dringend notwendige Einigkeit zu unterwühlen geeignet sind. Wir weisen es mit Entrüstung von uns, als wenn es sich bei den Ausführungen des Herrn Lensing um irgend eine Auflehnung gegen die kirchlichen Autoritäten gehandelt haben könne. Es ist tief bedauerlich, dass ein katholisches Pressorgan, wie die „Germania," solche Andeutungen hat machen können. Nein, Graf Praschma sollte nur zur Mitwirkung aufgerufen werden, um an den geeigneten Stellen Aufklärung zu geben über Missverständnisse im eigenen Lager, *um den leidigen Streit über den konfessionellen oder interkonfessionellen Charakter des Zentrums, über den Charakter der christlichen Gewerkschaften*, über die segensreiche Tätigkeit des *Volksvereins* aus des Welt zu schaffen. Er sollte nach Möglichkeit veranlassen, dass jenen Leuten kein Gehör mehr gewährt werde, welche sich berufen fühlen, *die genannten Organisationen in ihrem Sinne umzumodeln* und damit das *Fundament zu untergraben, auf dem wir stehen*. Dass es die höchste Zeit war, nach der Richtung aus dem Volke heraus ein offenes Wort zu sprechen, das beweisen die zahlreichen Sympathiekundgebungen, welche den Worten des Herrn Lensing von allen Seiten gefolgt sind. Das Wort von der „Verseuchung des Westens" bildet gegenwärtig eine ständige Rubrik in der liberalen Presse. Die „Kölnische Zeitung" schwelgt ordentlich in Vergnügen, dass ein solches Wort gefallen sein soll in

einem Privatbriefe, den der hochwürdigste Kardinal Kopp von Breslau an eine hochadelige Dame gerichtet haben soll. Fast jeden Tag bringt die „Kölnische Zeitung" neue „Enthüllungen" aus unserem Lager, welche in allen katholischen Kreisen peinlich berühren müssen. Wohin soll das führen, wohin soll es mit der Verketzerung kommen, welche aus jeder Zeile des obigen „Germania"-Artikels hervorlugt? Wenn das Wort von der „Verseuchung des Westens" gefallen ist, dann kann es nur geschehen sein infolge einer falschen Information oder infolge von bedauerlichen Missverständnissen, denn der Westen ist nicht verseucht, er steht genau so treu und entschlossen zu Rom und zu den Oberhirten unserer Diözesen wie der Osten. Lasse man doch endlich die Unterstellung fallen, als folge der Westen einer von Köln oder M.-Gladbach ausgehenden „liberalen" Richtung, welche mit dem Katholizismus unvereinbar sei."

Das „*Düsseldorfer Tageblatt*" (Nr. 270 v. 2. Okt.) druckte den Artikel der „Germania" und im Anschluss daran die Auslassungen der „Tremonia" und der „Köln. Volksztg." ab und bemerkte seinerseits dazu:

„Die Auslassungen der beiden westdeutschen Parteiblätter zu dem Artikel der „Germania" sind *durchaus zutreffend.* Im Westen denkt wahrhaftig kein Katholik den kirchlichen Autoritäten die Achtung und den Gehorsam zu versagen."

Auf den Artikel der „*Germania*" hin veröffentlichte Herr *Lensing* unterm 2. Okt. 10 folgende Erklärung:

„In einem Teile der Presse ist meinen Ausführungen, welche ich in einer Dortmunder Zentrumsversammlung am 25. vorigen Monats machte, eine geradezu sinnverwirrende Bedeutung untergelegt, gegen welche ich in schärfster Weise Protest einlege. Herr Graf Praschma hatte in einer längeren Rede die politische Lage besprochen und das Verhalten des Zentrums bei der Finanzreform und Wahlrechtsvorlage verteidigt. Am Schluss seiner Rede wandte er sich gegen die Sozialdemokratie und rief seine Zuhörer in begeisternder

Weise auf zur Verteidigung der Kreuzesfahne Christi. Bei dieser Gelegenheit richtete er scharfe Worte gegen die, welche meist unter dem Schutze der Anonymität das Vertrauen zur kirchlichen Behörde und den berufenen Führern untergrüben. Der Schluss der Rede des Grafen bildete eine Mahnung zur Einigkeit. — An diese letzteren Gedanken knüpfte ich mein Schlusswort an, das ich begann mit einem Zitat aus der „Kölnischen Volkszeitung", um dann überzuleiten zu gewissen Artikeln der „Köln. Zeitung" der letzten Zeit. Diese charakterisierte ich dahin, dass sie nur auf einer groben Indiskretion von informierter Seite beruhen könnten. Gegenüber diesen Erscheinungen rief ich der Versammlung zu, dass alle solche Machinationen — deren Urheber ich Marodeure nannte — an der Treue und Einigkeit des katholischen Volksteiles zerschellen würden. Herr Graf Praschma möge auch seiner bischöflichen Behörde, zu der er zweifellos in guten Beziehungen stehe, diese Botschaft überbringen. Also nicht Mangel an Hochachtung gegenüber der kirchlichen Behörde, sondern genau das Gegenteil ist in meinen Worten zu suchen, die auch von der „Tremonia" nur im Auszuge wiedergegeben waren. Dass gerade die bischöfliche Behörde in Breslau von mir angerufen wurde, gegenüber den Marodeuren zur Einigkeit zu mahnen, war begründet in der Anwesenheit des Grafen Praschma, dann aber in meinem Zitat aus der denkwürdigen Grabesrede des hochwürdigsten Herrn Kardinals Kopp. Soll es denn den Katholiken nicht mehr erlaubt sein, die kirchlichen Behörden um Schutz anzurufen, wenn unberufene Leute bewusst oder unbewusst unsere Einigkeit untergraben? In dieser Auffassung über meine Rede und über deren Berechtigung gehe ich vollständig einig mit Herrn Grafen Praschma. Eine gegenteilige Andeutung in der gestrigen „Germania" hat keine Berechtigung. Mit Entrüstung weise ich die Insinuation zurück, als wenn in meinen Worten etwas anderes vorgelegen hat als das, was ich hiermit als authentischer Interpret derselben erkläre."

Inzwischen hatte sich auch die „*Schles. Volksztg.*" (Nr. 451 v. 1. Okt.) mit der Angelegenheit beschäftigt. Das

Blatt hatte zunächst in dem vom ihm über die Versammlung veröffentlichten Bericht (Nr. 444 v. 27. Sept.) den „Notschrei" des Herrn Lensing an die bischöfliche Behörde mit Stillschweigen übergangen. Nachdem nun aber die Öffentlichkeit sich so ausgiebig mit den Dortmunder Vorgängen befasst hatte, sah auch die „Schles. Volksztg." sich veranlasst, dazu Stellung zu nehmen. Nachdem sie sich zunächst über die Ausführungen des Grafen Praschma verbreitet hatte, schrieb sie mit Bezug auf den „Notschrei" des Herrn Lensing in der erwähnten Nr. 451:

„Zu unserem *lebhaftesten Bedauern* hat Herr Lensing es allerdings für angemessen und taktvoll gehalten, in diese Auseinandersetzung einer politischen Versammlung einen „Notschrei" an die bischöflichen Behörden, insbesondere auch diejenige des Grafen Praschma einzuflechten, der zu der Annahme Anlass gegeben hat, als wenn er damit nach dieser Richtung hin Vorwürfe habe erheben wollen. Wir haben deshalb in unserem neulichen kurzen Bericht über die Versammlung diese Ausführung des Herrn Lensing nicht wiedergegeben. Wir glauben und hoffen aber nach der ganzen katholischen Vergangenheit und verdienstvollen Tätigkeit des Herrn Lensing, dass ihm die Absicht irgendwelcher Unehrerbietigkeit gegen eine kirchliche Behörde ferngelegen hat, die wir selbstredend *mit aller Entschiedenheit zurückweisen müssten.*"

Die „Schles. Volksztg." veröffentlichte dann auch die bereits mitgeteilte Erklärung des Herrn Lensing vom 2. Oktober, enthielt sich aber im Interesse des Friedens eines weiteren Kommentars. Erst infolge einer Polemik mit der „Oberschles. Volksztg." in Ratibor kam sie in ihrer Nr. 465 vom 9. Oktober nochmals auf die Angelegenheit zurück und schrieb mit Bezug auf die von ihr wiedergegebene Erklärung des Herrn Lensing:

„Zu einer „*Zurücknahme*" unserer „Ausstellungen" oder einer „Billigung" der Lensingschen Rede hatten wir *nach* der Erklärung *um so weniger Veranlassung*, als wir uns an unsere eigenen Worte erinnerten und glaubten, dem Frieden in der Partei zu dienen, wenn wir die Erklärung des Herrn Lensing ohne eine Bemerkung unsererseits aufnahmen. Man soll nichts auf die Spitze treiben, und wenn jemand sich mit seinen eigenen Worten vergaloppiert hat, so sind wir die letzten, die ihm einen selbst halbwegs loyalen Rückzug erschweren. So viel gebietet uns, besonders, wenn es für die gute Sache von Interesse ist, *die Selbstzucht, die wir allerdings leider an mehreren Stellen bei dieser Gelegenheit nicht haben entdecken können.*"

Die „Germania" befasste sich nochmals in zwei längeren Artikeln (Nr. 227 vom 2. Oktober und Nr. 231 vom 7. Oktober) mit der Angelegenheit, in denen sie namentlich auf die Ausführungen der „Schles. Volksztg." und der „Tremonia" sowie auf die Erklärung des Herrn Lensing zu sprechen kam. Die „Germania" verurteilte es dabei in Übereinstimmung mit der gesamten Zentrumspresse ebenfalls aufs schärfste, wenn ein Zentrumsangehöriger die liberale Presse mit Informationen gegen seine Parteigenossen versehen sollte und erklärte, dass ein solcher Mann vollauf das Prädikat eines „Marodeurs" oder eines „Giftmischers" und die Verachtung jedes anständigen Mannes verdienen würde. „Aber", fügte sie hinzu „was haben die hochwürdigsten *Bischöfe* damit zu tun, dass man ihren Schutz gegen solche Marodeure im Zentrum anruft?" Und dann fuhr sie wie folgt fort (Nr. 231 vom 7. Oktober):

„In seiner Rede (nicht aber in seiner Erklärung) hat Herr Lensing auch von „*Verdächtigungen nach obenhin*" gesprochen. Wir wissen nicht, was er unter diesen „Verdächtigungen" gemeint hat, glauben aber nicht fehlzugehen in der Annahme, dass der Ausdruck „nach oben hin" auf den hochwürdigsten Episkopat oder auf einzelne Mitglieder desselben abzielt.

Wenn dem so ist, dann darf man doch wohl die Frage aufwerfen, ob Herr Lensing unseren *Episkopat für fähig* hält, „Verdächtigungen" zugänglich zu sein, ohne zu *prüfen*, wie es mit diesen Verdächtigungen bestellt ist? In der Erklärung des Herrn Lensing finden wir leider keine authentische Interpretation dieser Frage.

Besonders aber vermissen wir in der Erklärung des Herrn Lensing eine Erwähnung und eine Aufklärung über seine Aufforderung an den Grafen Praschma: „Sagen Sie den *kirchlichen Behörden*, dass das treue katholische Volk in der tiefsten Seele erbittert ist über gewisse Marodeure in unseren Reihen, welche da unsere in jahrelangen Arbeiten festgefügten Organisationen zu zerstören trachten." Als solche Organisationen nannte Herr Lensing in erster Linie die christlichen Gewerkschaften, dann den Volksverein für das katholische Deutschland und zuletzt das Zentrum. Nun wissen wir nicht, wie wir das schon ausgeführt haben, welche Zentrumskreise es wohl sein könnten, die die Organisation des *Zentrums* zu zerstören trachten, und wir wiederholen: „Wir kennen keine Marodeure im Zentrum, keine Zentrumsmänner, die einer Felonie fähig wären, und die auf eine Spaltung hinarbeiten könnten." Über die christlichen Gewerkschaften sind die Meinungen im katholischen Deutschland allerdings geteilt, insbesondere in geistlichen Kreisen, zumal Herr Professor Dr. Spahn vor ungefähr Jahresfrist im „Hochland" die christlichen Gewerkschaften als ein Mittel zur „Entklerikalisierung" gepriesen hat. Das Nähere dürfte Herrn Lensing nicht unbekannt sein Auch ist dabei zu beachten, dass über 100,000 katholische Arbeiter in den katholischen Fachabteilungen organisiert und dadurch den Wünschen der höchsten kirchlichen Behörde am besten zu entsprechen überzeugt sind.

Und wenn Herr Lensing in seiner Rede weiterhin an den Herrn Grafen Praschma die Aufforderung gerichtet hat, den kirchlichen Behörden zu sagen: „Wir erachten den *Volksverein für das katholische Deutschland*, die Schöpfung Windthorst's, *so wie er ist*, für eine so notwendige und vortreffliche Einrichtung, dass wir *nichts an seiner Organisation geändert zu sehen wünschen*", so drängt sich auch hier wieder

zunächst die Frage auf: Wer in aller Welt ist es, der diese Organisation des Volksvereins „*zu zerstören* trachtet"? Uns ist ein solches Bestreben, das wir selbstverständlich auf das schärfste verurteilen würden, nicht bekannt. Wohl aber wissen wir, und das dürfte auch Herrn Lensing nicht unbekannt geblieben sein, dass, wie es in einem Schreiben des Abgeordneten Graf Oppersdorff heisst, „unsere Bischöfe noch vor kurzem sich tatsächlich mit der Leitung des Volksvereins in einer Erörterung über *Änderung seiner Organisation* befunden haben", und dass insbesondere der Kardinalfürstbischof *Kopp* von Breslau durch Erlass vom 16. März d. J. erklärt hat:

Es ist vom *preussischen Episkopat* für angemessen erachtet, dass den oberhirtlichen Stellen von allen wichtigen Vorgängen und Veranstaltungen des katholischen Volksvereins K e n n t n i s gegeben werde. Da die Gründung neuer Zweigvereine des Volksvereins ohne Zweifel ein solcher Vorgang ist, wünsche ich, dass mir darüber *vorgängig* Mitteilung gemacht werde. (Vergl. „Germania" Nr. 101 vom 4. Mai d. J.)

Und nun erteilt Herr *Lensing* dem Herrn Grafen Praschma den Auftrag, den kirchlichen Behörden und seinem Oberhirten, dem Kardinalfürstbischof Kopp, zu sagen, „dass wir *nichts* an seiner Organisation geändert zu sehen wünschen!"

Wir haben diese Dinge hier anführen müssen, um unsere von einem Teil der katholischen Presse angegriffene Mahnung zur Achtung vor der Autorität der geistlichen Oberhirten näher zu rechtfertigen. Ist es denn hiernach zu viel gesagt, wenn wir erklärten, „man solle sich in katholischen Kreisen davor hüten, *auch nur den äusseren Schein* einer Erschütterung der Autorität unserer kirchlichen Oberhirten zu erwecken?" Oder will man hiernach noch behaupten, wir hätten den „wilden Mann" gespielt, oder wie ein Blinder von der Farbe gesprochen?"

Auch das „*Deutsche Volksblatt*" in Stuttgart (Nr. 225 v. 4 Okt.) übte an dem Vorgehen des Herrn Lensing scharfe Kritik. Es schrieb:

„Ein solch öffentlicher Appell gleicht einer *öffentlichen Anklage* wie ein Ei dem andern. Diese Erscheinung reiht

sich an andere nicht einwandsfreie Vorkommnisse, wonach bald dieser, bald jener Bischof wegen seiner Hirtentätigkeit in bestimmten katholischen Blättern, die sich unter Andersgläubigen als „nicht klerikal" bezeichnen, Spiessruten laufen muss. Das sind die eigentlichen und einzigen „*Marodeure*" im Zentrum; denn ob sie wollen oder nicht, der Schlusseffekt dieses Treibens ist eine Spaltung der Zentrumswählerschaft. Es mag sich eine Zeitung ihrer Verdienste noch so sehr rühmen, all dies gibt keinen Grund, um *über einen Bischof zu Gericht zu sitzen* und in eine *öffentliche Presspolemik* mit ihm einzutreten. Ein solches Verhalten ist umso tadelnswerter, als die Bischöfe durch keinerlei öffentliche Handlung eine Abwehr unbegründeter Angriffe erforderlich gemacht haben. Die *Überspannung der eigenen Autorität* nimmt sich neben der Einschränkung der bischöflichen Autorität mehr als sonderbar aus. Oder ist es nur ein Stadium im dem zum Programm erhobenen „Entklerikalisierungsprozess" der deutschen Katholiken? Dazu schweigt man gerne; wenn aber ein Bischof redet oder schreibt, dann werden die Federn gespitzt. Die ‚Germania' hat sich ein bleibendes Verdienst erworben, dass sie einmal offen auf diese Dinge hingewiesen hat. Wer den alten katholischen Sinn aufrecht erhält, der ist kein — Marodeur; solche sind eher unter jenen zu suchen, die mit ihren neuen Theorien langsam und zielbewusst vom bisherigen Wege abzuführen suchen. Sie mögen es gut meinen; aber sie nützen der katholischen Bewegung nicht. Die deutschen Katholiken brauchen als Führer nicht die Irrlichter moderner Wegesucher und Pfadfinder: sie marschieren unter Führung des Episkopats, wie es der geniale Katholikenführer Windthorst anno 1885 auf dem Katholikentag zu Münster so schön und wahr ausgeführt hat. Dieser echt Windthorstsche Geist möge uns alle beseelen und durchdringen, dann gibt es keine „Marodeure" mehr."

In der „*Germania*" (Nr. 228 v. 4. Okt. 10) veröffentlichte Abg. *Erzberger* einen Artikel „Windthorst und bischöfliche Autorität", in dem er, allerdings ohne die Rede Lensings direkt zu erwähnen, Windthorst als glänzendes Beispiel für die Haltung der katholischen

Parlamentarier den Bischöfen gegenüber hinstellte. Sodann veröffentliche Abgeordneter *Erzberger* in seiner Korrespondenz folgenden ihm vom Abgeordneten Grafen *Oppersdorff* zugegangenen, offensichtlich für die Öffentlichkeit bestimmten Brief:

„Sehr geehrter Herr Kollege!

Sie wünschen meine Ansicht zu dem Vorkommnis in Dortmund; ich beehre mich, Ihnen dazu nachfolgendes zu erwidern:

Zunächst den Tatbestand:

In der Nr. 812 der „Köln. Volksztg." las man unter „Dortmund, den 26 September 1910", dass dort in einer grossen Zentrumswähler-Versammlung der Reichstagsabg. Graf Praschma sprach, nach der „Germania" (Nr. 222) „geschlossene Einigkeit" empfahl und dann sagte; „Wer jetzt hinter der Front hetzt, begeht eine Gemeinheit, Felonie, Verräterei!" Es ist zuzugeben, dass Hetzer hinter der Front so scharfe Worte verdienen können; aber auch andere Sünder gegen die Einigkeit verdienen das gleiche Urteil.

Der Bericht der „Köln. Volksztg." (Nr. 811) lässt die Worte „Gemeinheit", „Felonie" aus; aber wie kann man ohne diese gehäuften Kraftworte des ersten Redners die Stimmung der Versammlung und das Nachfolgende begreifen? Nach dem Berichte der „Köln. Volksztg." wandte sich der Vorsitzende der Versammlung, Herr Verleger Lensing, öffentlich und direkt zum Grafen Praschma und rief ihm zu:

(Folgt der mitgeteilte Text der Rede Lensings.)

Also unsere gefestigten Organisationen: christliche Gewerkschaften, Volksverein, Zentrum sind von Marodeuren so bedroht, dass man von der politischen Rednertribüne aus Kirche und Bischöfe zu Hilfe ruft? Zu all dem passt nur der eine Ausdruck „sensationell".

An dem Notschrei zunächst von der Bedrohung des Zentrums — gemeint ist die gelegentliche theoretische Erörterung seines Charakters — erstaunte mich eines: Um den politischen Charakter der politischen Zentrumsfraktion recht

deutlich zu zeigen, ruft hier eine grosse Wählerversammlung, eine bewusstermassen *nur politische Zentrums-Versammlung*, durch ihren Vorsitzenden einseitig und ausschliesslich einen kathol. Kirchenfürsten, und ihn gerade in dieser Eigenschaft als Bischof, in feierlichster Weise zum Einschreiten herbei! Von der politischen Rednertribüne die *bischöfliche* Behörde in politische Divergenzen! Die Herren vermeinten doch nicht mit diesem gar nicht politischen aber unaussprechlich konfessionellen Vorstoss dieser Partei zu nützen? Wenn solches Mode wird, ist es vorbei mit der Definition von der politischen Zentrumspartei und die „üble Nachrede" vom konfessionellen Charakter haftet trotz 40-jährigen Protestes unwiderleglich. Wenn dieses sensationelle Beginnen also wirklich nicht als eine ernste Verwarnung des Herrn Fürstbischofs von Breslau gedeutet werden darf, es wäre an seinem offiziellen Zwecke gemessen, ein Unikum von Missgriff und durchgegangener Schecke.

Nun der Notschrei von den christlichen Gewerkschaften! Sie haben viele treue Freunde, und Schreiber dieser Zeilen gehört nicht zu den Gegnern christlicher Gewerkschaften. In Deutschland aber weiss schon der politisch und sozial Halbgebildete, was Herr Kardinal Kopp in seiner Diözese vom Volksverein verlangt, und dass er ein Anhänger der katholischen Fachabteilungen ist. Demgegenüber berührt es schon fatal und zweideutig, — mit der zugespitzten Einleitung: „Sagen Sie den kirchlichen „Behörden", in einer politischen Zentrumsversammlung — Männer der anderen Ansicht „in unseren Reihen" Marodeure genannt zu hören.

Geradezu erstaunlich aber ist es weiter, zu lesen, wie da dem Grafen Praschma, dem Gaste der Versammlung, einem Diözesanangehörigen des Fürstbischofs von Breslau, in Sachen des Volksvereins für das katholische Deutschland in einer grossen politischen Zentrummsversammlung vom Vorsitzenden der stürmische Auftrag erteilt wird, dem Herrn Kardinal von Breslau auszurichten, dass diese politische Zentrumsversammlung nichts geändert zu sehen wünsche an der Organisation des Volksvereins. Weiss doch ziemlich alle Welt, dass unsere Bischöfe noch vor kurzem sich tatsächlich

mit der Leitung des Volkvereins in einer Erörterung über Aenderung seiner Organisation befunden haben. Wir kennen viele, die dasselbe wünschen, wie die beiden Politiker in Dortmund, und ihre Zuhörerschaft, ihr Ziel aber ohne solche sensationelle Mittel verfolgen.

Angesichts dessen ist es zu bedauern, dass auch gar keiner der anwesenden Zentrumspolitiker sich in der Lage fühlte, ein Wort der Beschwichtigung, ein Wort der höflichen Ablehnung eines derartigen unerhörten Auftrages zu wagen.

Der Auftrag wurde gegeben und mit Schweigen übernommen. „Kölnische Volkszeitung" und „Germania" meldeten es in alle Welt. Man fragte sich erstaunt, ob denn Herr Graf Praschma nunmehr zu seinem Bischof fahren und ihm den Notschrei von den gewissen „Marodeuren", von den „Giftmischern" in der liberalen Presse und vom geforderten Verzicht auf jede Abänderung des Volksvereins überbringen würde? Auch der vielfache stürmische Beifall gehörte dann in diesen Auftrag mit hinein, und ebenso der stürmische Jubel der Versammlung bei dem Hochruf auf eben jenes, nicht konfessionelle, aber politische Zentrum, das hier — Sensation und Markstein in der immerwährenden Verteidigung seines rein politischen Charakters — dem Episkopat Deutschlands „aus erbitterter Seele" sagen lässt, wie dieser die zwei Gegenstände seines bischöflichen Interesses, Arbeiterorganisation und Volksverein, behandeln müsse.

Wir sind überzeugt, angesichts jener Zentrumsversammlung in Dortmund hätten Zentrumsmänner evangelischer Konfession sich ebenso wenig derartig an den Kardinal Kopp in Breslau herangemacht, wie etwa ein katholischer Redner im entsprechenden Falle sich gewiss nicht getraut hätte, die evangelische oberste Kirchenbehörde so lebhaft anzusprechen. Solche öffentlichen Intimitäten sind eben nur innerhalb derselben Konfession denkbar und erklärlich; sonst würden sie trotz des rein politischen Charakters der Versammlung den konfessionellen Frieden schwer bedrohen, und deshalb stellten sie, mag man es drehen wie man will, grosse politische Missgriffe dar. Wir befürchten, dass die beiden Herren Redner von Dortmund bei der mächtigen Stelle in Köln am

Rhein, die unsere Zentrumspolitik so tapfer und treu vor jeder konfessionellen Anfärbung behütet, einen schweren Stand haben werden.

Die „Schlesische Volkszeitung" (Nr. 451) ist „ermächtigt, darauf hinzuweisen", Herr Graf Praschma glaube, nur bloss den Ausdruck „Felonie" gebraucht zu haben. Man begrüsst die mildere Lesart, sie betrifft aber ganz Nebensächliches. Die Hauptsache ist: Die Stellung zu Herrn Lensings Vorstoss.

Die „Schlesische Volkszeitung" schreibt:

„Zu unserm (der Redaktion!) lebhaften Bedauern hat Herr Lensing es allerdings für angemessen und taktvoll gehalten, in diese Auseinandersetzung einer politischen Versammlung einen „Notschrei" an die bischöflichen Behörden, insbesondere auch diejenige des Grafen Praschma einzuflechten, der zu der Annahme Anlass gegeben hat, als wenn er damit nach dieser Richtung hin Vorwürfe habe erheben wollen. Wir (die Redaktion) haben deshalb in unserem kurzen neulichen Bericht über die Versammlung diese Ausführung des Herrn Lensing nicht wiedergegeben. Wir (die Redaktion) glauben und hoffen aber nach der ganzen katholischen Vergangenheit und verdienstvollen Tätigkeit des Herrn Lensing, dass ihm die Absicht irgendwelcher Unehrerbietigkeit gegen eine kirchliche Behörde ferngelegen hat, die wir selbstredend mit aller Entschiedenheit zurückweisen müssten."

Das ist nur die eigene, unanfechtbare Stellungnahme unseres schlesischen Zentrumsblattes zu dem Aergernis und dem bösen Anschein „irgendwelcher Unehrerbietigkeit." In Dortmund und seither schwieg man zu dem bösen Anschein, und ein Teil der westlichen Presse hat ihn noch nachträglich aufs äusserste verschärft. Man sollte meinen, nunmehr dürfe kein Beteiligter es an klarem Auftreten fehlen lassen. In der Tilgung solcher Aergernisse sollte, wem was dran liegt, nicht knauserig sein. Die „Schlesische Volkszeitung" stellt — und gewiss mit vollem Recht — den Herrn Grafen Praschma Herrn Lensing entgegen. Wenn nun nicht beide geehrte Herren, so sollte doch Graf Praschma recht bald die eigene Stimme erheben und sich laut und klar dem lebhaften Bedauern der „Schlesischen Volkszeitung" anschliessen. Wenn

beide weiter schweigen, der Zentrumsmann des Westens und des Ostens, so ist ihr Schweigen programmatisch, eine Erschütterung der Einigkeit. —

Was wollten Herr Graf Praschma und Herr Verleger Lensing in Dortmund? Der eine wollte Meinungsverschiedenheiten verstummen machen — der andere dem Episkopat öffentliche Weisungen erteilen, und beides geschah für unsere Einigkeit? Es ist nicht immer klug, Andersgesinnte der eigenen Familie standrechtlich als Hetzer, ihr Tun als Felonie zu verurteilen; es ist aber unerlaubt, die Stimmung einer politischen Volksversammlung gegen die Autorität unserer Bischöfe zu entwickeln und zu lenken. So sehen wir nach Dortmund die Einigkeit bedrohter als früher. Wer heute noch für sie wirken will, der beachte: Die echteste Grundlage der Zentrumstreue der Katholiken Deutschlands ist eine höhere Einigkeit: die unantastbare Einigkeit von Bischof und Volk.

Mit bestem Gruss

GRAF OPPERSDORFF,
Erbl. Mitglied des preussischen Herrenhauses,
Mitglied des Deutschen Reichstages.

Berlin, den 2 Oktober 1910.

§ 12. Die Kandidatur Spahn.

Inzwischen war im Reichstagswahlkreise Warburg-Höxter infolge des Hinscheidens des Abg. Schmidt eine Ersatzwahl notwendig geworden. Als Kandidat hierfür war in einer am 17 Juli 1910 in Altenbeken abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung Prof. Dr. Martin Spahn aufgestellt worden. Diese Nominierung rief vielfache Polemiken hervor. Infolgedessen veröffentlichte das zuständige Wahlkreiskomitee folgende Erklärung:

„Angesichts der vielfachen Angriffe auf den neuen Reichstagskandidaten Professor Dr. Martin Spahn-Strassburg, hält es das Wahlkreiskomitee für seine Pflicht, die Verhandlungen, welche mit diesem gepflogen wurden, der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. — Vor der Zentrumsversammlung in Altenbeken am 31 Juli d. I. sind dem Herrn Professor Spahn folgende Fragen vorgelegt:

1. Tritt der Herr Kandidat dafür ein, dass in dem bevorstehenden Sessionsabschnitt folgende Anträge dem Reichstage unterbreitet werden.
   a. der Toleranzantrag.
   b. der Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes?
2. Tritt der Herr Kandidat für die Aufhebung aller gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze ein, insbesondere des Enteignungs-, des Ansiedlungsgesetzes und des Sprachenparagraphen?
3. Tritt der Herr Kandidat für Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Elsass-Lothringen ein?

Diese Fragen hat der Herr Professor

Spahn mit einem unumwundenen Ja beantwortet und betont, dass er auch bezüglich der Einführung des Reichstagswahlrechts auf Preussen mit der Zentrumsfraktion übereinstimme.

Ausserdem hat der Herr Professor Spahn dem Vorstande des Wahlkreis- und der beiden Kreiskomitees erklärt, dass er auf kirchlichem Boden stehe und ein strenggläubiger Katholik sei.

Warburg, den 11. August 1910.

Das Wahlkreiskomitee:
gez. Kemper, Dechant, Vorsitzender."

Trotz dieser Erklärung richteten am 22 August 1910 eine Anzahl Abgeordneter an Prof. Spahn nachfolgendes Schreiben:

„Augsburg, den 22. August 1910.

Seiner Hochwohlgeboren
dem Herrn Universitätsprofessor Dr. M. Spahn,
Strassburg i. Elsass.

Sehr geehrter Herr Professor!

Gestatten Sie den Unterzeichneten, Ihnen heute in Angelegenheit Ihrer Reichstags-Kandidatur im Wahlkreise Warburg-Höxter eine offene Darlegung zu machen. Leider mussten wir damit notgedrungen erst die Tage der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Augsburg als Gelegenheit zur Aussprache untereinander und mit massgebenden Stellen abwarten.

Am 17. Juni sind Sie in der Vertrauensmänner-Versammlung zu Altenbeken als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Ihre Aufstellung geschah in Eile und in Verlegenheit um einen Kandidaten — insbesondere aber auf Grund Ihrer eigenen brieflichen Anerbietung.

Es konnte auch Ihnen, geehrter Herr Professor, seither nicht verborgen bleiben, welch' tiefe sich steigernde Verstimmung Ihre Kandidatur hervorruft.

Die Unterzeichneten stehen auf Seiten jener, welche

Ihre Kandidatur aufrichtig bedauern. Wir zweifeln nicht an Ihrem guten Willen, in Ihrer Weise der katholischen Kirche und der Zentrumspartei dienen zu wollen; Sie selbst aber werden sich der Erkenntnis nicht verschliessen, dass Ihre publizistische Tätigkeit bis in die jüngste Zeit hinein oft missverständlich, oft ärgerniserregend war.

Wir sehen klar und deutlich unüberbrückbare Gegensätze zwischen manchen in Ihren Publikationen niedergelegten Grundanschauungen einerseits und zwischen der alten Zentrumstätigkeit und den Grundanschauungen des katholischen Volkes anderseits. Diese Ansicht teilte gerade auch der verstorbene Abgeordnete Schmidt-Warburg und teilen die massgebendsten Stellen des katholischen Deutschland. Dieser Sachlage gegenüber können wir nicht schweigen. An dieser Sachlage können unseres Erachtens Wahlreden ebensowenig Wesentliches ändern, wie die Bejahung der Ihnen seinerzeit vorgelegten drei Fragen.

Deshalb gestatten sich die unterzeichneten Abgeordneten der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichtages an Sie, geehrter Herr Professor, das ergebene Ersuchen zu richten, von Ihrer Kandidatur noch in letzter Stunde zurücktreten zu wollen.

Wir stellen dieses Ersuchen in voller Kenntnis seiner Tragweite und besonders auch in voller Würdigung des persönlichen Opfers, welches Ihnen hier nahegelegt wird — gewiss nicht aus einer persönlichen Abneigung.

Wir erfüllen damit unsere klarerkannte Gewissenspflicht gegenüber unserer Partei, gegenüber unseren Zentrumswählern und gegenüber den Katholiken Deutschlands. —

Mit vorzüglicher Hochachtung sind wir
geehrter Herr Professor ergebenst
Oppersdorff. Mayer (Pfarrkirchen). *Erzberger. Gleitsmann. Leser. Kohl. Haeusler. Uebel. L. Gerstenberger. Dr. Jaeger. Dr. Heim. Dr. Pfeiffer. Pütz. Beck* (Aichach).

Durch eine Indiskretion gelangte dieser Brief an die „Augsb. Abendztg.", die ihn veröffentlichte. Er ging dann durch die gesamte Presse und rief lange Debatten hervor. Prof. Spahn gab auf den Brief keine Antwort,

hielt vielmehr an seiner Kandidatur fest und wurde auch gewählt. Mitte September veröffentlichte dann die Korrespondenz Erzberger folgenden Brief des Grafen Oppersdorff:

„Berlin, den 16. September 1910.
Roonstrasse 3.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Infolge längerer Abwesenheit bekam ich die Zeitungsberichte der letzten 14 Tage über die Wahl in Warburg-Höxter sehr verspätet zu Gesichte. Neben der kurzen Richtigstellung, die Ihre geehrte Korrespondenz freundlicherweise schon brachte, verdienen gewisse erhebliche Irrtümer der Berichterstattung über Vorgänge bei dieser Reichstagswahl im Interesse der wahrheitsgetreuen Information der Zentrumsanhänger doch immer wieder und selbst verspätet richtiggestellt zu werden.

Zunächst konnte in Augsburg ein jeder erfahren, dass manche der Abgeordneten, die den Brief nicht mitunterzeichneten, dies nur aus taktischen und formalen Erwägungen heraus unterliessen, andere boten ihre Unterschrift verspätet an; einige von den 22, welche die „Kölnische Volkszeitung" als Verweigerer der Mitunterschrift besonders aufführte, waren überhaupt nicht ersucht worden, mit zu unterschreiben oder waren auf der Generalversammlung garnicht erschienen. Derlei Irrtümer wiegen, wenn sie nur auf Flüchtigkeit beruhen, nicht sehr schwer, müssen aber berichtigt werden.

Anders steht et schon mit der fröhlichen Behauptung eines Augsburger Berichtes der „Kölnischen Volkszeitung", er erfülle einen besonderen Wunsch aller namentlich aufgeführten 22 Herren, indem er deren Bedauern zum Ausdruck bringe, dass Reichstagsabgeordnete ein solches „Eingreifen in die Rechte des Wahlkreises" mitgemacht haben. Hier kann ich dem Berichte keinen Glauben schenken. Ich halte es für unmöglich, dass sämtliche aufgeführten 22 dem Berichterstatter diesen Auftrag wirklich erteilten, denn von einem Eingreifen in die Rechte des Wahlkreises zu reden, ist offenkundig eitel Flun-

kerei. Wir haben an Professor Spahn einen Privatbrief gerichtet, dessen Inhalt wir nachdrücklich vertreten. Niemand kann wünschen und am allerwenigsten können es die 22 Reichstagabgeordneten wünschen, sich durch die Behauptung blossgestellt zu sehen, dass Privatbriefe gerichtet an Reichstagskandidaten und enthaltend eine Stellungnahme zu deren Wahl an sich unzulässig seien, oder etwa, dass bei mehreren Mitunterzeichnern solche Privatbriefe aufhörten Privatbriefe zu sein und zum „Eingriff in die Rechte eines Wahlkreises" anschwöllen.

Wir taten nichts dergleichen. Wir haben keinen offenen Brief geschrieben; wir haben weder an das Wahlkomitee noch an die Wähler appelliert; wir haben die in Warburg-Höxter bestehende Neigung zur Gegenkandidatur nicht gefördert; wir haben eben nicht in den Wahlkreis „eingegriffen". Trotzdem nun in der Presse vom unzulässigen Eingriff und vom angetasteten Selbstbestimmungsrecht des Kreises zu reden, ist Redensart und Irreführung der Anhänger unserer alten Zentrumspartei, welche — selbst ja oft genug unter feindseliger Irreführung weiter Kreise leidend — im eigenen Hause ähnliches nicht aufkommen lassen darf. Möge also — um einen jüngst gebrauchten treffenden Ausdruck der „Kölnischen Volkszeitung" zu benutzen — dieses „Bärenkuriosum" vom imaginierten Eingriff nunmehr endgültig verscharrt bleiben — so sauer dies gerade unter Brüdern einer ehrbaren Polemik auch fallen mag.

Aber die vorzeitige Veröffentlichung des Briefes in der gegnerischen Presse! Mit der haben wir nichts zu schaffen, und übrigens macht selbst eine unstatthafte Veröffentlichung einen Privatbrief nicht zum „Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht" eines Wahlkreises. Zu der Alternative der „Augsburger Postzeitung" „entweder einer der 14 oder Spahn selbst" füge ich hinzu „oder auch die wohlbekannte harmlose gute Akustik der Journalisten-Tribünen aller grossen Kongresse" oder auch noch etwas ganz anderes usw. Es muss ja garnicht — so wunderschön es wäre — mit schlechten Dingen zugegangen sein! Wir also haben jedenfalls nichts damit zu schaffen, die Zurückweisung der zweiten

Alternative durch Herrn Professor S p a h n ist inzwischen auch schon erfolgt, und so wären wir denn auch mit diesem pikanten Detail fertig geworden.

Schliesslich aber bleibt nur mehr die Hauptsache zu behandeln übrig. Warum ging denn niemand auf diese, auf das meritorische unseres Briefes ein? War gegen die uns allesamt verblüffende Zentrumskandidatur des Herrn Professor S p a h n wirklich gar nichts zu erinnern? Das ist der Kernpunkt, aber darüber herrscht Schweigen, gerade auch bei denen, die sich mit der formellen Seite unseres Vorgehens ausführlich beschäftigten.

Bei sehr vielen, bei den meisten, denen man begegnete, war aus guter Kenntnis aller Vorgänge die gewissenhafte Überzeugung vorhanden, diese Kandidatur könne nicht gebilligt, sie müsse im Interesse der guten Sache bedauert werden. Das ist das rechte Stimmungsbild auch von Augsburg.

Wir schrieben damals über unser Vorgehen an Herrn Professor S p a h n:

> „Wir erfüllen damit unsere klar erkannte Gewissenspflicht gegenüber unserer Partei, gegenüber unseren Zentrumswählern und gegenüber den Katholiken Deutschlands".

Hier musste man einsetzen, wollte man uns „im Interesse der Einheit und Geschlossenheit" eines anderen belehren. Wir handeln doch alle aus gewissenhafter Überzeugung.

> Mit besten Grüssen bin ich, sehr geehrter Herr Kollege,
>
> Ihr ergebener
>
> gez. Graf v o n O p p e r s d o r f f,
> Mitglied des Deutschen Reichstags,
> Erbliches Mitglied des Preussischen Herrenhauses."

Zur richtigen Beurteilung der Kandidatur Spahn dürften zwei Briefe dienen, die er in der Angelegenheit an den Dechanten *Kroeger*-Höxter richtete und die später in der Presse (u. a. „Frankf. Ztg." Nr. 154 v. 4. 6. 11) zur Veröffentlichung gelangten. In einem Briefe vom 13 Juli 1910 schrieb Prof. *Spahn*:

„Ich hatte vor ungefähr 3 Wochen an einen mir befreun-

deten angesehenen Herrn im Zentrum geschrieben, ob es rätlich erscheine, dass ich mich mit Rücksicht auf die bevorstehende Erledigung der elsass-lothringischen Verfassungsfrage für den Schluss der Legislaturperiode um ein Mandat bewürbe und er eventuell andere Herren des Fraktionsvorstandes fragen wolle, ob sie mich für Warburg-Höxter empfehlen würden.

Wenn ich wünsche, in Berlin selbst nächsten Winter die Fraktion in den reichsländischen Angelegenheiten beraten zu können, so geschieht es, weil ich hoffe, dadurch dem Zentrum hierzulande und auch der katholischen Sache einen entschiedenen Dienst leisten zu können. Um unsere Partei ist es eine eigne Sache: mehr der Name als der Geist haftet ihr an. Das Volk ist sehr gut, aber die „Führung" widerstrebt dem innigen Anschluss ans Zentrum. Wetterlé dominiert und er möchte unter Zurücksetzung des Zentrums und des Katholizismus im Bunde mit Daniel Blumenthal, einem fanatischen Antiklerikalen, vorgehen und alle Elsässer und Lothringer unter eine Fahne sammeln ohne Rücksicht auf das spezielle Wohl der Bevölkerung und notwendige Vorkehrungen zum Schutze des Katholizismus. Darüber wird nun der Verlauf der Beratungen über die Verfassungsfrage voraussichtlich entscheiden; ob seine Bestrebungen oder unsere Sache siegen, je nachdem werden voraussichtlich unsere Wahlen verlaufen. Von den jetzigen Zentrumsabgeordneten des Landes stehen die zentrumstreuen Will und Hoen zu sehr ausserhalb der speziellen elsässischen Verhältnisse, um das Augenmass für die taktischen Wirkungen der Beratungen und Beschlüsse zu haben. Vonderscheer und Hauss stehen unter Wetterlés Einfluss, so bin ich auf die Idee gekommen, in der Hoffnung brauchbar mitraten zu können, an das Mandat zu denken. Es würde mir hier im Lande die ausreichende Autorität gegenüber den Einheimischen und auch der Regierung geben, die vor allem das deutsche Zentrum nicht hochkommen lassen will und der Fraktion ermöglichen, stets auf dem laufenden gehalten zu werden. Es würde sich daher nur um den nächsten Winter

handeln. Ich habe 1911 einen anderen Kreis in Aussicht, wenn ich mich noch zu bewerben wünschte. Nur würde ich bitten, nicht zu sagen, dass ich mich beworben habe."

In einem Briefe vom 28. Juli 1910 hiess es:

„Sie schreiben selbst von der Uneinigkeit und dem Zwiespalt im eigenen Lager zurzeit. Nur daraus wollen Sie sich erklären, dass man Ihnen mit der Verdächtigung kommt, ich stände nicht fest auf dem Standpunkte des Zentrums. Was kann man dafür zum Beweis anführen? Seit der Reichstagsauflösung habe ich es als meine Pflicht angesehen, ohne alle Rücksicht auf meine persönliche, wissenschaftliche und gesellschaftliche Stellung für die Partei, der ich aus innerster Ueberzeugung angehöre, offen einzutreten. Ich habe im „Hochland" die politischen Aufsätze übernommen, um an dieser Stelle auf unsere Akademikerkreise für das Zentrum wirken zu können. Hier im Lande verschreien mich die Liberalen als den fanatischsten Zentrumsmann, den es gibt. An energischer Betonung des Zentrumsstandpunktes lasse ich es gewiss nicht fehlen. Aber allerdings habe ich in der Partei im Reiche Gegner. Einerseits bei den Männern der Richtung Roeren. Wie ich meine, mit Unrecht; denn mich bewegen sehr oft ähnliche Bewegungen wie Roeren. Sodann sympathisieren mit mir nicht die Männer von der Art Erzbergers. Ich schätze Herrn Erzbergers Fleiss und Rührigkeiten; aber ich vermisse an ihm den politischen Blick, dass Mass und vor allem die ideale Vertiefung, die mir für einen Zentrumspolitiker ganz unentbehrlich scheint, und durch die sich unsere früheren Führer so sehr ausgezeichnet haben, er hat wohl bemerkt, dass ich so über ihn denke und erwidert mir meine Meinung mit allerhand Ausstreuungen, dass ich gar kein Zentrumsmann sei. Leider steht ihm für derlei Ausstreuungen bei seinem Einfluss ein gut Teil unserer Presse offen. Ich bitte Sie, in dieser Hinsicht den Redaktionen der Zentrumsblätter, die im Wahlkreise gelesen werden, keinen Zweifel Ihrerseits zu lassen, dass sie jetzt den einmal aufgestellten Kandidaten aus Parteizucht zu unterstützen haben. Die Aufregung über den „Hochland"-Artikel ist mir um so unbegreif-

licher, als die Fraktion tatsächlich doch nicht für das Reichstagswahlrecht in der letzten Kampagne eingetreten ist und die ganze Tendenz meines Artikels darauf hinausgeht, die Haltung der Fraktion, ohne dass ich speziell von ihr spreche, als durchaus gerechtfertigt erscheinen zu lassen gerade vor den Augen solcher Männer, die auf dem Boden des Reichstagswahlrechtes grundsätzlich stehen. . . . . Auf mein treues Mitmarschieren mit der Partei können Sie sich verlassen."

Nach der Wahl Spahns machten sich seitens dessen Gegner Bemühungen geltend, seine Aufnahme in die Zentrumsfraktion zu verhindern. Namentlich sollte dem eine von Graf Oppersdorff verfasste Schrift dienen: „Eine Gewissensfrage: Ist Martin Spahn Zentrumsmann? Material zur Begründung des Augsburger Briefes der 14 Reichstagsabgeordneten an den Reichstagskandidaten Herrn Prof. Spahn in Strassburg", die bereits vorher vertraulich versandt worden war, und jetzt im Buchhandel in Karl Heymanns Verlag in Berlin erschien. Prof. Spahn suchte sich demgegenüber in einer längeren Darlegung an die Fraktion zu rechtfertigen. Das Resultat war, dass seine Aufnahme in die Fraktion erfolgte. Dagegen hatte die Angelegenheit einen unangenehmen Ausgang für den Grafen *Oppersdorff*. Die „Köln. Volksztg." (No. 158 v. 22. 2. 11) berichtete darüber:

„Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags hat, wie die „Neisser Zeitung" mitteilt, dem Reichstagsabg. Grafen Oppersdorff wegen seines Vorgehens gegen seinen Fraktionskollegen Grafen Praschma (durch den bekannten öffentlichen Brief inbetreff der Dortmunder Versammlung) die schärfste Missbilligung schriftlich und mündlich ausgesprochen, weil seine Polemik die schuldige Rücksicht gegen einen Kollegen verletzte. Auch mit den neueren Angriffen des Grafen Oppersdorff gegen Prof. Dr. Martin Spahn, Reichstagsabgeordneter für Höxter-Warburg, insbesondere mit der Art der Verbreitung der Oppersdorffschen Broschüre, hat sich der „Neisser Zeitung" zufolge der Vorstand der Fraktion beschäftigt und, unbeschadet der Stellung zu dem Abg. Prof. Spahn selber, dieses Vorgehen in derselben Weise scharf gerügt."

§ 13. „Die wiederhergestellte Einigkeit."

Am 24 Oktober 1910 trat der Landesausschuss der preussischen Zentrumspartei, verstärkt durch die nichtpreussischen Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion sowie durch mehrere Vertrer der Zentrumspresse, zu einer Sitzung zusammen. In derselben gab der Abg. Roeren folgende Erklärung ab:

„1. Ich trete nunmehr unzweideutig und vorbehaltlos auf den Boden des Beschlusses des Landesausschusses vom 28. November 1909 und werde alle weitere direkte oder indirekte Vertretung einer anderen Formulierung unterlassen.

„2. Nachdem sich gezeigt hat, dass die Schopensche Broschüre: Köln, eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus die Einigkeit in der Zentrumspartei gefährden kann, will ich die frühere Empfehlung derselben nicht mehr aufrecht erhalten.

„3. Ich hoffe und wünsche, dass der ganze Streit, der sich an die sogenannte Osterdienstagskonferenz geknüpft hat, auf seiten der Teilnehmer der Konferenz wie ihrer Gegner weder in der Presse noch in Versammlungen fortgesetzt wird."

Der Landesausschuss beschloss diese Erklärung zu veröffentlichen und ersuchte gleichzeitig die Zentrumspresse, „die Polemik über alle an die sogenannte Osterdienstagskonferenz sich anknüpfenden Streitfragen von jetzt ab gänzlich einzustellen".

Bald darauf brachte der „Osservatore Romano" (No. 304 v. 4 Nov. 10) unter der Ueberschrift: „Die

wiederhergestellte Einigkeit zwischen den deutschen Katholiken" folgende aus Berlin datierte Zuschrift:

„Es ist bemerkt worden, wie in den letzten Zeiten zwischen den Katholiken Deutschlands Spaltungen und Uneinigkeiten bestanden, welche Veranlassung gaben, für die Zukunft dieses Volkes zu fürchten, das bisher so leuchtende Beweise seiner Organisationskraft und seiner Arbeitsfreudigkeit gegeben hatte. In den letzten Tagen jedoch haben die Gemüter angefangen sich zu beruhigen, und die Feinde des katholischen Volkes haben mit Bestürzung und nicht ohne eine gewisse Enttäuschung gesehen, dass die Einigkeit und die Eintracht von neuem am Horizont zu erscheinen beginnen.

Es wäre zu langwierig, die verschiedenen Phasen dieser inneren Spaltungen bis ins Einzelne zu erklären; es wird genügen zu zeigen, dass diese sich hauptsächlich auf einige, die Definition des deutschen Zentrums und die Arbeiterfrage betreffende Punkte bezogen.

Was das Zentrum anbelangt, so nahmen zwei Abgeordnete, die Herren Roeren und Bitter, an, dass die bisher gegebene Auffassung vom Wesen des Zentrums, in bezug auf die katholische Idee, nicht bestimmt genug war. Das Zentrum wurde in der Tat als eine politische Partei betrachtet, deren Zweck es war, die religiöse Freiheit zu verteidigen, und im übrigen mit den Ordnungsparteien für die materielle Wohlfahrt des Landes praktisch zu arbeiten. Fast sämtliche Zentrumsabgeordnete waren immer katholisch; in früheren Zeiten waren in seinen Reihen mehr Evangelische als jetzt, da nur noch einer gezählt wird. Alle die katholischen Abgeordneten hatten sich stets eine Gewissenspflicht daraus gemacht, die Regeln des katholischen Lebens für sämtliche religiösen und moralischen Fragen zu befolgen, und das katholische Volk Deutschlands zeigte immer das grösste Vertrauen zu dieser Partei. Einige Katholiken jedoch waren der Ansicht, dass das Verhältnis zwischen dem Zentrum und dem katholischen Volk genauer in dem Programm des Zentrums selbst ausgedrückt werden sollte; die zwei oben erwähnten Abgeordneten trugen diesem Wunsch Rechnung und defi-

nierten das Zentrum als „eine auf dem katholischen Gedanken basierte Partei". Wenn man mit dieser Definition nur ausdrücken wollte, dass die katholischen Mitglieder des Zentrums in sämtlichen Fragen die Norm und das Prinzip der katholischen Religion befolgen sollten, so sagte sie nichts Neues, und konnte sogar als überflüssig erscheinen. Es wurde aber in dieser Definition eine Tendenz erblickt, die geeignet war, den politischen Charakter dieser Partei zu ändern, und es war zu befürchten, dass die Zentrumsgegner darin eine Umwandlung in eine konfessionelle Partei erblicken würden, was, in einen Lande gemischter Religion wie in Deutschland, dem Zentrum ernste Schwierigkeiten verursachen könnte. Die Zentrumsgegner bemühten sich in der Tat, der Partei Schwierigkeiten zu machen, indem sie dieselbe als eine konfessionelle, mehr oder weniger konstitutionswidrige Partei darstellten und infolgedessen ihr die Fähigkeit zu einer ernsten politischen Arbeit absprachen. Die anderen Zentrumsabgeordneten waren aber mit Recht besorgt wegen der ernsten Folgen, die aus einer Aenderung in dem Programm und in der Definition des Zentrums entstehen konnten. Die schlecht verhehlte Freude, mit der die liberale Presse diese neue Bewegung begrüsste, war schon ein genügender Beweis ihrer Unzweckmässigkeit, und musste zum wenigsten Besorgnis erregen.

Länger als ein Jahr hat sich dieser Streit um die Definition des Zentrums in der Presse und in anonymen Schriften breit gemacht. Die Verfasser der letzteren, im übrigen wohl bekannt, hatten im Laufe des Jahres eine grössere Heftigkeit gezeigt.

Wie es in solchen Fällen unvermeidlich ist, fehlte es auch nicht an Uebertreibungen, und es war zu befürchten, dass die entstandenen Zerwürfnisse tiefer werden könnten, da die diesbezügliche Polemik in der Presse nicht aufhören wollte. Vor zwei Monaten wurden Vergleichsversuche angestellt und diese waren schliesslich in einer in Berlin am 24. vorigen Monats abgehaltenen Versammlung von Erfolg gekrönt.

Der Abgeordnete Roeren erklärte dabei, dass er von nun an die für die Definition angegebene Formel annehmen würde, so wie diese am 29. November 1909 festgelegt worden war, versprach ferner, keinen Zweifel über seine aufrichtige

Zustimmung entstehen zu lassen, und jede weitere Polemik in dieser Frage aufzugeben. Dieselbe Versammlung beschloss ferner, die ganze katholische Presse zu ersuchen, polemische Artikel darüber nicht zuzulassen. In dieser Weise ist ein Einvernehmen entstanden, welches, wie wir hoffen wollen, von Dauer sein wird.

* * *

Die soziale und Arbeiterfrage war das andere Gebiet in diesem lebhaften Streite. Die katholischen Arbeiter Deutschlands sind schon in katholischen Arbeitervereinen organisiert, welche in erster Linie danach trachten, die religiösen Gefühle bei den Arbeitern zu erhalten, und dann die sozialen Fragen nach der Regel der katholischen Religion behandeln. Man muss ausserdem bemerken, dass in Deutschand die katholischen Vereine die Grundlage der ganzen katholischen Arbeitervereinigung sind. Wenn man dieses Prinzip stets gegenwärtig gehabt hätte, wären vielleicht Streit und Missverständnisse vermieden worden.

Da sich aber die katholischen Vereinigungen mit dem erwünschten Nachdruck um die materiellen Interessen der Arbeiter nicht kümmern konnten, weil die religiöse und moralische Seite dabei erheblich verloren hätte, wurden im Jahre 1898 Syndikate (Gewerkschaften) gegründet, welche den Arbeiter vor den Arbeitgeber-Syndikaten (Verbänden) schützen, und ihn hindern sollten, der mächtigen Vereinigung der sozialdemokratischen Syndikate (Gewerkschaften) beizutreten. Der ausschliesslich praktische Zweck dieser Syndikate (Gewerkschaften) war, insbesondere den Arbeitern günstige Arbeitsverträge zu verschaffen, und sie infolgedessen vor der Sozialdemokratie zu bewahren, welche ihnen diese Vorteile als eine zu grosse Lockung anbot, als dass sie hätten widerstehen können, wenn sie nicht anderweitig die nötige Hilfs- und Schutzmöglichkeit gefunden hätten. Diese Syndikate (Gewerkschaften) sind daher gegen die Sozialdemokratie gegründet worden, und ihr richtiger Name hätte antisozialdemokratische Syndikate (Gewerkschaften) sein sollen. Es war also kein Grund vorhanden, die evangelischen Arbeiter

nicht auch aufzunehmen, welche ohnedies durch die Arbeit der Sozialdemokratie verloren gegangen wären. Die Organisationen wurden christliche Syndikate (Gewerkschaften) genannt; ihre Tendenz war aber so genau definiert, dass man jeden Verdacht für ausgeschlossen hielt. Einige Katholiken aber glaubten, dass diese christlichen Syndikate (Gewerkschaften) auf einem interkonfessionellen religiösen Gedanken errichtet wären, und sie trugen die Angelegenheit von dem praktischen auf den theoretischen Boden, d. h. sie widmeten mehr Aufmerksamkeit der Frage der religiösen Basis, welche die katholischen mit den evangelischen Arbeitern verbinden sollte, anstatt die Verbindung als eine antisozialdemokratische Vereinigung anzusehen. Daher wurde eine neue Organisation, nämlich die „katholischen Syndikate" (Fachabteilungen), gegründet, mit dem Hauptsitz in Berlin, während der Hauptsitz der „christlichen Syndikate" (Gewerkschaften) in Köln war. Diese katholischen Syndikate (Fachabteilungen) aber konnten nur in Gegenden wenig entwickelter Industrie mit Erfolg wirken, und die Erfahrung zeigte bald, dass nur die christlichen Syndikate (Gewerkschaften) gegen die sozialdemokratische Bewegung erfolgreich sein konnten. Während die christlichen Syndikate (Gewerkschaften) 300.000 Mitglieder, darunter 40.000 Evangelische, zählten, hatten die katholischen Syndikate (Fachabteilungen) nur 15.000 Mitglieder.

Die katholischen Syndikate (Fachabteilungen) sind besonders im Osten vertreten und in der Diözese Trier, während die christlichen Syndikate (Gewerkschaften) sich in den andern Diözesen befinden. Die Syndikats (Gewerkschafts)-Frage wurde leider die Ursache einer endlosen Polemik; einige Mitglieder der christlichen Syndikate (Gewerkschaften) drückten sich in Prinzipienfragen ziemlich ungeschickt aus, und ihre Gegner zogen Angriffsargumente daraus, obschon die Zentraldirektion der christlichen Syndikate (Gewerkschaften) die von dem einen oder dem andern der Mitglieder gemachten Irrtümer nicht gutgeheissen hatte. Diese Polemik bezog sich in der Hauptsache auf das Argument des Interkonfessionalismus, wurde öfters sehr heftig, so dass sie die Aufmerksamkeit der liberalen Presse auf sich zog, welche einen Gefallen an diesen inneren

Streiten fand. Ihre Freude jedoch durfte nicht von langer Dauer sein. Der Kardinal Fischer in Köln erklärte am 16. vorigen Monats in einer prächtigen Rede, dass die Kardinäle Deutschlands vollkommen zwischen sich und dem übrigen Episkopat einig seien, und die darauf folgenden Erklärungen des Kardinals Kopp in Breslau liessen darüber keinen Zweifel mehr. Andererseits erschien in den letzten Zeiten mit grösserer Klarheit und Bestimmtheit die Wichtigkeit der katholischen Arbeitervereinigungen als Grundlage für die soziale Organisation, und es wurde vorgeschlagen, in diesem Winter eine neue Agitation zu beginnen, um neue Vereinigungen zu gründen und die alten zu stärken. In keiner Gegend entwickelten sich die katholischen Arbeitervereinigungen so sehr, als in solchen, wo sich die christlichen Syndikate (Gewerkschaften) verbreiten, und wenn sich diese zwei Organisationsformen wie bisher in paralleler Weise entwickeln, wird nichts mehr für die katholischen Ideen der Arbeiter zu befürchten sein. Es ist übrigens klar, dass die christlichen Syndikate (Gewerkschaften) ihre 40.000 evangelischen Mitglieder nicht in die Arme der Sozialdemokratie werfen können, was passieren würde, wenn sie in rein katholische Syndikate (Fachabteilungen) verwandelt würden.

„Unter den Katholiken Deutschlands waren Gerüchte verbreitet, die eine gewisse Verstimmung hervorgerufen hatten. Es war die Rede von einer bevorstehenden Aktion von Rom aus gegen das Zentrum, gegen die christlichen Syndikate (Gewerkschaften) und den Volksverein; nur aber Feinde der Kirche konnten solche Gerüchte, deren Zweck zu offenbar war, verbreiten. Es ist zu hoffen, dass eine geduldige und rege Arbeit diese Unruhe wieder ersetzen wird, welche die in diesen Zeiten so notwendige Tatkraft behindert, um so mehr, da schon die nächste Reichstagswahl für die Katholiken sehr gefahrvoll zu werden droht. Die Wahlen werden wahrscheinlich im Laufe des nächsten Frühjahrs stattfinden, und es ist zu wünschen, dass vorher keine kostbare Zeit in nutzlosem Streiten verloren wird, sondern dass ohne Rast im Verein mit den Bischöfen und mit christlichem und liebevollem Vertrauen dem Heiligen Stuhl gegenüber gearbeitet wird.

Die Katholiken Deutschlands haben in diesen letzten Zeiten durch ihre grossartigen Kundgebungen für den Heiligen Vater ihre aufrichtige Anhänglichkeit an Rom gezeigt. Diese Einigkeit mit dem Heiligen Stuhl wird für sie eine Garantie für die Einigkeit untereinander sein, welche so notwendig in einer Zeit ist, wo sämtliche Feinde der Kirche die Blockformel und die internationalen Verschwörungen für ihre allgemeinen Angriffe auf die Braut Christi benutzt haben. P.—f."

Diese vom „Osservatore Romano" veröffentlichte Zuschrift fand in der deutschen und auch in der ausserdeutschen Presse grosse Beachtung, und es wurde vielfach so dargestellt, als habe es sich hier um eine Auslassung des „Osservatore Romano" selbst gehandelt. Dieser Auffassung trat der „Osservatore Romano" in seiner Nr. 310 v. 10. Nov. 10 entgegen, indem er unter der Überschrift „Eine Korrespondenz betreffend" folgende Erklärung veröffentlichte:

„Der Pariser „Univers" gab in seiner Nummer vom 6. d. M. unter der Ueberschrift „Wiederherstellung der Einigkeit unter den deutschen Katholiken" den Inhalt einer Korrespondenz wieder, die unserer Zeitung am 30. Oktober aus Berlin zuging und in unserer Nummer vom Freitag, den 4. November veröffentlicht wurde. Um die tatsächliche Lage der Dinge genauer zu fixieren, und damit die Meinung der Leser dieser angesehenen französischen Zeitschrift nicht irgendwie verwirrt werde, müssen wir dieses sehr befreundete Blatt darauf aufmerksam machen, dass die Mitteilungen und Beurteilungen, die es aus dem „Osservatore Romano" wiedergegeben hat, nicht zu einem *Artikel*, sondern zu einer einfachen Korrespondenz gehören. Wir beschränken uns für unseren Teil, mit lebhafter Zufriedenheit die Nachricht aufzunehmen, dass sich unter den Katholiken Deutschlands die Einigkeit anbahnt, an der es nicht fehlen kann, wenn sich alle in einer so schwierigen Sache den vom Hl. Stuhle in den allgemeinen Grundsätzen und

in den besonderen Fällen vorgeschriebenen Normen gleichförmig machen. — In einem Lande, das sich nach seinen historischen, religiösen und ökonomischen Bedingungen aus so verschiedenen Elementen zusammensetzt, wie Deutschland, wäre es nicht verständig, eine einzige Verhaltungsmassregel aufzustellen, und der Hl. Stuhl hat jetzt und früher nicht beabsichtigt, eine solche aufzuerlegen. Aber wer die verwickelte Frage mit reinem Auge und aufrichtiger Gesinnung betrachtet, wird sich nicht irren können. Die päpstlichen Weisungen sind für Niemanden ein Geheimnis, weil sie in bezug auf die allgemeinen Grundsätze in den amtlichen Aeusserungen des Hl. Stuhles sich verkörpern, und weil für die Einzelfälle die Bischöfe da sind, die wie Rom denken, und auch besondere Aktenstücke, über deren Wert und Authentizität kein Zweifel entstehen kann".

§ 14. „Unsaubere Machenschaften."

Im Laufe der Jahre wurde auch der deutsche Episkopat wiederholt in die schwebenden Streitigkeiten hineingezogen. Bekanntlich sind ja auch die deutschen Bischöfe über die gewerkschaftliche Organisationsform geteilter Ansicht. Für die Organisation auf rein katholischer Grundlage sind namentlich die Bischöfe Korum von Trier und Kardinal Kopp von Breslau, während der verstorbene Kardinal Fischer — und mit ihm die meisten übrigen Bischöfe — der Organisation in christlichen Gewerkschaften den Vorzug gab. Der katholische Volksverein unterstützt bekanntlich allein die christlichen Gewerkschaften, auch der noch im Herbst 1909 geäusserte Wunsch des Kardinals Kopp, sich für den Bereich der Diözese Breslau gleicherweise in den Dienst der katholischen Fachabteilungen zu stellen, konnte, wie erwähnt, den Volksverein nicht zu einer Änderung dieser Haltung bewegen. Daher erklärt sich wohl auch mit der Erlass des Herrn Kardinals Kopp vom 16. März 1910, dass ihm vor der Gründung neuer Zweigvereine des katholischen Volksvereins innerhalb seiner Diözese davon Mitteilung zu machen sei, was in anderen Diözesen, z. B. Köln, nicht verlangt wird. Daher auch die unwillige Äusserung des Herrn Kardinals über die Haltung des Volksvereins in dem erwähnten Briefe an Frl. von Schalscha. Aus dieser abweichenden Haltung der beiden Kardinäle der gewerkschaftlichen Organisation — und in Verfolg hiervon dem katholischen Volksverein gegenüber, wollten manche eine Gegnerschaft der beiden Kardinäle unter

sich konstruieren. Besonders geschah dies nach Veröffentlichung des erwähnten Briefes des Kardinals Kopp an Fräulein von Schalscha. In einer am 16. Oktober 1910 in Köln stattgehabten Versammlung wies *Kardinal Fischer* solche Behauptungen als „unsaubere Machenschaften" entschieden zurück und betonte nachdrücklich die Einigkeit des deutschen Episkopats. Gleichzeitig bezeichnete er es als eine „Gewissenspflicht für die deutschen Katholiken" geschlossene Einheit zu bewahren. Bestehende Differenzen solle man „mit Klugheit, mit Mässigung, mit Liebe und Selbstverleugnung auszugleichen suchen." Laut „Köln. Volksztg." (No. 87. v. 17 Okt. 10) führte der Herr Kardinal aus:

„In den letzten Zeiten sind bei uns im eigenen Lager etwelche Zwiespalte entstanden. Schadenfroh hat sich alsogleich eine gewisse Presse derselben bemächtigt, bauscht sie auf, sucht Streit zu schüren und redet hohnlachend von der Spaltung der deutschen Katholiken.

Man hat sich nicht entblödet, in dieser Hinsicht allerlei Märchen zu verbreiten, insbesondere auch in bezug auf die Person des Erzbischofs von Köln, hat gar den Versuch unternommen, die beiden deutschen Kardinäle gegen einander auszuspielen, sie als entzweit darzustellen, von einer Aktion des Heiligen Vaters zu reden, die bevorstehe; andere sagen gar, sie sei bereits ergangen. Ich protestiere mit Entrüstung gegen diese unsauberen Machenschaften. Die Leute, die auf eine Uneinigkeit des deutschen Episkopats spekulieren, werden sich gründlich täuschen. Die Bischöfe, und zumal die deutschen Kardinäle, werden ihnen diese Freude nicht machen; dazu sind wir viel zu umsichtig und viel zu gewissenhaft. Aber jene Leute werden sich auch täuschen, wenn sie überhaupt mit einer Uneinigkeit unter den deutschen Katholiken rechnen und daraus Schlüsse für die Zukunft ziehen.

In der Tat, die deutschen Katholiken müssten geradezu

den Verstand verloren haben, wenn sie in den dermaligen Zeitläuften sich spalten und gegenseitig befeinden wollten. Bestehen gewisse Differenzen, so werden sie dieselben mit Klugheit, mit Mässigung, mit Liebe und Selbstverleugnung auszugleichen suchen, aber sie werden darüber nicht unterlassen, die Einheit, die geschlossene Einheit zu bewahren, die, zumal in der jetzigen Zeitlage, eine Gewissenspflicht für die deutschen Katholiken ist. Sie war bisher ihre Zierde, sie wird es auch ferner sein: einig alle untereinander im Dienste unserer gemeinsamen heiligen Sache — einig in Nord und Süd, in Ost und West — einig die verschiedenen Stände —, einig die Laien, der Klerus, des Episkopat — und endlich einig alle in vollendeter Einheit um den Mittelpunkt der Einheit geschart, um den Apostolischen Stuhl!"

In gleichem Sinne hat Kardinal Fischer sich bekanntlich wiederholt ausgesprochen. Zu den als „unsaubere Machenschaften" gekennzeichneten Ausstreuungen gehörte auch die vom „Osservatore Romano" dementierte Meldung von einer angeblich in Köln durch Msgr. Pardini angestellten kirchlichen Untersuchung, sowie die von der Mailänder „Perseveranza" in die Welt gesetzte und in Deutschland verbreitete Nachricht, Kardinal Fischer werde sich in Rom gegen die von Kardinal Kopp gegen ihn erhobene Anklage des Modernismus zu verteidigen haben. Selbst ein katholisches Blatt des Saarreviers machte sich die Behauptung zu eigen, Kardinal Fischer werde sich in Rom „gegen den gegen ihn erhobenen Vorwurf des Modernismus" verteidigen müssen und berief sich dabei auf „hochangesehene Mitglieder des katholischen Klerus der Erzdiözese Köln" als seine Gewährsmänner. Am selben 16. Oktober 1910, an dem Herr Kardinal Fischer sich in Köln so scharf gegen die „unsauberen Machenschaften" aussprach, sandte er der „Saarbrücker Volkszeitung," dem führenden katholischen Blatte des Saarreviers, ein Telegramm mit der Bitte um Veröffent-

lichung, in dem er die Meldung des betreffenden Blattes als „groben Unfug und von A bis Z erdacht" bezeichnete.

Die Behauptung von einer angeblichen Untersuchung in der Diözese Köln wurde auch durch den päpstlichen Nuntius in München, *Frühwirth*, kategorisch dementiert. Der Münchener Vertreter der „Augsb. Postztg." berichtete darüber in der Nr. 222 v. 1910 des Blattes:

„Angesichts der sich immer noch behauptenden Zeitungsnachrichten über eine vorgebliche durch den Heiligen Stuhl in der Kölner Erzdiözese angeordnete Untersuchung, begab ich mich auf die Nunziatur, wo es mir vergönnt war, mit Sr. Exzellenz dem päpstlichen Nuntius über das fragliche Thema zu sprechen. Msgr. Exzellenz Frühwirth empfing mich mit der gewohnten Liebenswürdigkeit, und, nachdem er den Zweck des Besuches erfahren, äusserte er sich wörtlich wie folgt:

„Die Nachrichten über eine vorgebliche Untersuchung, welche die Prälaten Msgr. Pardini und Msgr. Dandini in der Erzdiözese Köln zu halten beauftragt seien, ist auch mir bereits zu Gehör gekommen. Aber Sie dürfen ganz kategorisch und in der allerbestimmtesten Weise die Sache in Abrede stellen. Seine Eminenz der Kardinal-Staatssekretär hat mich auf meine dahinbezügliche Anfrage ermächtigt und mir aufgetragen, einem jeden, der es wissen will, zu erklären, dass ein solches Gerücht jeglicher Grundlage entbehre und nichts sei als eine reine Erfindung. Weder Msgr. Pardini, noch Msgr. Dandini, noch sonst irgend jemand, hat vom Heiligen Stuhle eine solche Sendung empfangen".

Ebenso wie Kardinal *Fischer* wies auch Kardinal *Kopp* die Behauptung von einer angeblichen Uneinigkeit der Bischöfe entschieden zurück. Wie der Berliner „Arbeiter" (Nr. 46 v. 13. 11. 10) mitteilte, richtete dieser am 6. November an die Katholiken Pankows bei Berlin,

als diese ihm anlässlich der Einweihung der dortigen neuerbauten katholischen Kirche einen imposanten Fackelzug darbrachten, eine Ansprache, in der es hiess:

„In engster Einheit und Einigkeit stehen die gläubigen Kinder der Kirche mit ihren Bischöfen, wie diese mit dem Oberhaupte der Kirche und miteinander. Das ist das gegenseitige, von Gott gewollte Verhältnis. Ihr wisset, teure Freunde, dass dieses Verhältnis in jüngster Zeit Missdeutungen erfahren hat.

Insbesondere legte man Euren Bischöfen Uneinigkeit, Misstrauen und sogar eine niedrige Gesinnung unter. Ihr könnt ganz unbesorgt sein: es sind Trugschlüsse und haltlose Vermutungen.

Keiner Eurer Bischöfe hat zum anderen die Stellung eingenommen, wie sie erdichtet worden ist. In unwandelbarer Liebe und Einigkeit stehen Eure Bischöfe zusammen, und unerschütterlich ist ihr gegenseitiges Vertrauen zueinander!

Nein, wir werden es an uns nicht fehlen lassen, Euch das Vorbild engster Einigkeit zu geben".

§ 15. „Zur Vorgeschichte der Zentrumspartei."

Aus Anlass des 40 jährigen Jubiläums der Zentrumspartei i. J. 1911 hatte Prof. *M. Spahn* im „Hochland" (8. Jahrg. Heft 10. Juli 1911) einen Artikel unter der Ueberschrift: *„Zur Vorgeschichte der Zentrumspartei"* veröffentlicht. Gleich zu Beginn desselben findet sich folgender Passus:

„Tiefgreifender Zwist über ideelle und taktische Gegensätze erfüllt seit Jahren das innere Leben der Partei, und gerade an den partikularistischen Stimmen in ihr verschaffte sie sich Rückhalt: der Osten wurde gegen den Westen, Süddeutschland gegen die Rheinprovinz, Trier gegen Köln ausgespielt. Man hat im letzten Herbst den Geist der Zucht, der dem Zentrum im hohen Masse eigentümlich ist, durch ein Schweiggebot anrufen müssen, so sehr drohte der Streit in den eigenen Reihen überhand zu nehmen, und trotzdem züngeln die Flammen noch heute hie und da empor. Nicht dadurch aber ist die Partei dem Zerfall preisgegeben, wie ihre Gegner es wünschen. Dass es zu solchen Meinungsverschiedenheiten in ihrem Schoss gekommen ist, lässt sich vielmehr aus den Umständen ihrer gegenwärtigen Entwickelung ohne düstere Verheissungen erklären. Die Partei hat die Jahrzehnte hinter sich, da der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Abwehr des Kulturkampfes lag und sie sich in allen inneren Schwierigkeiten nur darauf zu berufen brauchte, dass sie kirchenpolitisch unentbehrlich sei. Doch auch jene Uebergangszeit naht schon ihrem Ende oder ist schon abgelaufen, wo ein durch Sachkenntnis und kluge Taktik geförderter Opportunismus in Fragen allgemeiner staatlicher Natur die nützlichste Verhaltungsweise für die Partei war. Sie muss ihre Stellungnahme innerhalb der grossen deutschen Parteien bestimmter als bis-

her bezeichnen, ihr inneres Verhältnis zu den Hauptaufgaben des Staats- und Kulturlebens klären. Ohne Krise kann sie dazu kaum gelangen, denn zu vielerlei und zum Teil sich widereinander sträubende Kräfte haben beim Werden des Zentrums mitgewirkt. Heftige Reibungen zwischen ihnen sind jetzt, da die Entscheidung drängt, natürlich. Nicht die Tatsache ist gefährlich; sie darf sogar als ein Beweis dafür, dass das Leben in der Partei nicht stockt, begrüsst werden. Bedenklich wäre nur, wenn die Gegensätze nicht zum Austrag kämen. Man sollte all das, was in der Partei in Gärung begriffen ist, bis in ihre Anfänge zurückverfolgen können: es möchte wohl die Verständigung oder die *Trennung* erleichtern."

Dieser Artikel rief wiederum gewaltiges, unliebsames Aufsehen hervor. Unter der Ueberschrift: „Nicht „Verständigung oder Trennung" — sondern Einigkeit" wurde der „*Germania*" (No. 167 v. 25. 7. 11) dazu „von berufener Seite" geschrieben:

„In der Juli-Nummer des „*Hochland*" findet sich ein Aufsatz des Professors *Dr. Martin Spahn* „Zur Vorgeschichte des Zentrums", der nicht ohne Widerspruch hingenommen werden kann, zumal er geeignet ist, *aufs neue Verwirrung* zu stiften. Im Anschluss an das 40jährige Jubiläum der Zentrumspartei hält es Professor Spahn für opportun, nützlich und zutreffend, folgende Sätze zu schreiben:

(Folgt der mitgeteilte Passus)

So weit der Strassburger Geschichtsprofessor, dem man sagen muss, dass vorher dies alles viel schöner und knapper schon Bismarck vor fast 40 Jahren gesagt hat und dann durch die Geschichte *widerlegt* wurde.

Wenn man dieses Angebinde zum Jubiläum: „tiefgreifender Zwist über ideelle Gegensätze", gegeneinander „ausspielen", „Schweigegebot", „bestimmter bezeichnen", „Gegensätze zum Austrage kämen", und dann die kategorische Forderung: „Verständigung oder Trennung", auf einer einzigen Seite des „Hochland" liest, dann muss jeder, der die Dinge nicht näher kennt, annehmen, die *Zentrumspartei*

stehe vor einer Katastrophe, vor dem Zerfall oder vor einer *gründlichen inneren Wandlung*. Wenn dies wahr sein würde, dann könnte man ja manch schiefes Urteil über das Zentrum im In- und Auslande verstehen, aber es ist gottlob nicht so, wie es Professor Martin Spahn schildert. Würde sich die Zentrumspartei in dem Zustande befinden, wie die Strassburger Diagnose lautet, dann wäre sie verloren, und der geschickteste Arzt könnte ihr keine Rettung mehr bringen, geschweige denn gar politische Kurpfuscher. Hier ist ein solch schiefes und *falsches* Bild von den Verhältnissen im Zentrum gegeben, dass im Interesse der Wahrheit und der Partei umso entschiedener sich Widerspruch erheben muss, als der Verfasser selbst seit einem halben Jahre zur Zentrumsfraktion des Reichstags gehört und daher seiner Stimme eine Autorität und ein Gewicht beigelegt werden könnten, die ihr nicht gebühren.

Sehen wir uns die einzelnen Punkte dieser „Parteidiagnose" näher an. Taktische Gegensätze werden gewiss in einer Partei stets vorhanden sein, nicht nur im Zentrum; sie waren auch in diesem stets da; sie sind aber heute nicht häufiger, als früher. Wenn das Zentrum 1909 noch geschlossen gegen die Erweiterung der Erbschaftssteuer stimmen konnte, so war dies doch ein Meisterwerk jener Taktik, die auch der Gegner am Zentrum anerkannte. „*Tiefgreifender Zwist über ideelle Gegensätze*" wird *doch soeben von allen Seiten* in *Abrede gestellt*, und der Landesausschuss Preussens hat, verstärkt durch Süddeutsche, sich *einmütig* über den politischen Charakter der Partei ausgesprochen. *Differenzen in der Gewerkschaftsfrage* haben auch andere Parteien, *selbst die Sozialdemokraten; die Partei als solche hat gar keine Stellung zu der Frage genommen, sondern zählt Anhänger beider Richtungen zu ihren Wählern und Gewählten.* Da es *religiöse* Ursachen sind, die hier Meinungsverschiedenheiten gezeitigt haben, der Papst aber sich gegen keine Richtung ausgesprochen hat, muss doch das Zentrum nicht päpstlicher sein als der Papst. Weiss der Verfasser noch andere ideelle Gegensätze, so nenne er sie im einzelnen — diese allgemeine Anklage führt zu keinem Resultat, sondern schafft nur *Besorgnis und Verwirrung*. *Vollständig unzutreffend* ist,

was der Verfasser über das Ausspielen der einzelnen Landesteile sagt; auch in der Gewerkschaftsfrage ist dies nicht zutreffend. Die süddeutschen Abgeordneten und die Rheinländer gehen vielmehr in den allermeisten Fragen Hand in Hand. Man kann mit weniger Worten kaum mehr falsche Behauptungen aufstellen, als es in diesem Punkte der Spahn'schen Auslassungen geschieht. Köstlicher Humor liegt in der Bekanntgabe des Schweigegebotes des Augustinusvereins; denn dieses wurde zum ganz überwiegenden Teil gerade *zu gunsten des neugewählten Abg. Dr. Martin Spahn-Warburg* erlassen! Es muss somit der *gesamten* Schilderung der Parteiverhältnisse durch Spahn entgegengetreten werden: die Leser des „Hochland" werden durch solche Behauptungen *irregeführt*. Da nun der ganze Untergrund unhaltbar ist, so kann auch *nur ein Luftschloss* auf ihm erstellt sein.

„Kirchenpolitisch unentbehrlich" ist auch heute noch das Zentrum; die Debatte über den Antimodernisteneid hat dies klar erwiesen. Wenn nicht alle Zeichen der Zeit trügen, so wird gerade die nächste Zukunft beweisen, dass das Zentrum auf diesem Gebiete *mit der grössten Entschiedenheit* zu arbeiten haben wird. *Die Trennung von Staat und Kirche* pocht immer deutlicher an die deutschen Türen; sowohl in der Abwehr dieser Forderung wie eventuell in der gerechten Durchführung dieser aufgenötigten Frage liegt die grose Aufgabe des Zentrums. Es bedeutet eine *völlige Verkennung aller Zeitkämpfe* (bei einem Historiker doppelt auffallend), wenn man annimmt, dass die Zeit der kirchenpolitischen Unentbehrlichkeit des Zentrums vorüber sei. Gerade darum aber muss das Zentrum das *alte* bleiben; es hat gar nicht nötig, seine Stellung „bestimmter zu bezeichnen" oder „sein Verhältnis zu den Staats- und Kulturaufgaben zu klären." Wir *widersetzen uns mit aller Energie einer solchen inneren Umgestaltung des Zentrums, wir halten am alten Zentrum der Windthorst, Ketteler, Mallinckrodt und Reichensperger fest, denn so* hat es die Wählerschaft des Zentrums liebgewonnen *und so* will sie es erhalten wissen. Unsere Wähler kennen keine „Uebergangszeit" und wollen von dem angeblich bevorstehenden *„Neuzentrum" nichts* wissen. Die Tätigkeit des

Zentrums hat sich so markant unter den anderen Parteien abgehoben, dass es nichts weiteres braucht, und wer hier etwas „Bestimmteres" will, der kann *nur auf die Spaltung der Partei* hinarbeiten. Dass das Zentrum gar sein Verhältnis zu den Hauptaufgaben des Staats- und Kulturlebens erst „zu klären" hätte, ist nicht nur eine den Liberalen abgelernte Phrase, sondern wäre auch ein *Armutszeugnis* für die verflossenen 40 Jahre Zentrum. In den Reihen derer, die den Zentrumsgedanken *erfasst* haben, ist man sich *stets klar*, wie man sich zu den Staatsfragen und Kulturfragen zu stellen hat, und es ist ein starkes Stück, der Partei zu unterstellen, sie wisse nicht, was sie auf diesem Gebiete wolle. Dadurch arbeitet man nur den Gegnern in die Hände.

Angesichts dieser Tatsachen wissen wir auch nicht, was zur „Entscheidung drängen" soll, welche Gegensätze ausgetragen werden müssen, und warum eventuell eine „Trennung" in Aussicht gestellt wird. Es können *höchstens solche* den Abschied nehmen, die nicht gesonnen sind, am *alten* Zentrumsgeist festzuhalten. Wir protestieren daher auch gegen das Unterfangen, durch solche Schlagwörter und Phrasen in die Zentrumspartei Uneinigkeit zu tragen. Wer den Gedanken der Trennung so ausspricht, wie Professor Spahn, dem muss mit vollem Nachdruck entgegengetreten werden; das heisst man *mit dem Feuer spielen*, dadurch werden Debatten hervorgerufen, die der Partei nichts nützen, aber sehr viel Schaden anrichten können. Das muss unbedingt gesagt werden.

Die ganze Frage ist falsch gestellt; es handelt sich gar nicht um „Verständigung oder Trennung", sondern um die Aufrechterhaltung der alten Einigkeit; das ist unsere Aufgabe und unser Ziel. Man kann dem Verfasser des Artikels keine bessere Antwort geben, als der in demselben Wahlkreise wie M. Spahn gewählte Landtagsabgeordnete Geheimrat Würmeling sie vor seinen Wählern, die auch diejenigen Spahns sind, in folgenden Worten gegeben hat:

„In ausländischen Blättern, die mit unseren Verhältnissen nicht genügend vertraut sind und die wahrlich Anlass genug

hätten, vor ihrer eigenen Türe zu kehren, macht man uns Vorwürfe, wie: „Wir stehen am Vorabend einer Bombe, die das katholische Lager auseinandersprengt". (Der „Hochland"-Artikel sagt leider etwas Aehnliches. D. V.) Von anderer Seite hält man uns vor, wir Katholiken legten die Grundsätze des christlichen Lebens, ja die katholischen Glaubenslehren nach den Bedürfnissen der Politik aus. Nein, wenn wir das täten, hätten wir es viel bequemer gehabt. Man fragt sich unwillkürlich: Sind wir, die den Kulturkampf durchgefochten haben, denn ganz anderen Sinnes geworden, oder sind unsere Söhne so aus der Art geschlagen, dass sie die Tugenden ihrer Väter so wenig nachahmen?! Wir Aelteren, die wir in der Glut des Kulturkampfes gestählt sind, wir müssen uns wundern, dass gegen die deutschen Katholiken solche Vorwürfe erhoben werden. Sagten doch die deutschen Bischöfe in ihrem Fuldaer Hirtenschreiben, als der Kulturkampf abgebrochen wurde, dass die deutschen Katholiken ein Schauspiel für Engel und Menschen gewesen seien. Was sollte uns denn passiert sein, dass wir jetzt zu solchen Dingen fähig wären? Wie kommt man dazu, *diesen Zwist hineintragen zu wollen in unsere Reihen*, in einer Zeit, wo wir von Feinden bedrängt sind, und, auf uns allein gestellt, einem schweren Wahlkampfe entgegensehen? Ist *dass denn zu verantworten?* Der Streit über die angebliche Konfessionalität des Zentrums sollte doch endgültig begraben sein, nachdem die massgebenden Faktoren der Zentrumspartei einstimmig den alten Grundsatz von neuem bekräftigt haben, dass das Zentrum keine konfessionelle Partei sei. Ich darf daran erinnern, dass auch Bischof Ketteler Zeuge für diesen Grundsatz ist, wenn er erklärte, er würde dem Zentrum nicht beigetreten sein, wenn es eine konfessionelle Partei sei. Erfreulicherweise hat auch neuesten Zeitungsnachrichten zufolge der päpstliche Nuntius in München mit Entschiedenheit die schweren Anklagen gegen die Katholiken Deutschlands verurteilt. Eine Lehre wollen wir aus diesen Vorgängen ziehen: *unsere volle Einigkeit wollen wir nun erst recht aufrecht erhalten.* Wir dürfen uns keine Seitensprünge, weder nach links noch nach rechts leisten, wie eine Phalaux müssen wir zusammenstehen im Lande, wie in der Fraktion. Sorgen wir dafür; halten wir *die Einigkeit aufrecht!*"

Die Wähler der Abgeordneten Würmeling und Spahn haben diesen Worten *begeistert zugestimmt:* im „*Hochland*" aber liest man es *ganz anders.* Da wird der „Zwist hineingetragen in unsere Reihen," wie Abg. Würmeling so treffend sagte. Heute tun dem Zentrum nicht gelehrt sein wollende Abhandlungen über „Verständigung oder Trennung" not, sondern heute gibt es nur eine Parole: *Einigkeit.* Wer sich in diese nicht fügen will oder nicht fügen kann, der ist ein Schädling für die Partei, wer immer er auch sein möge. Die Zentrumspresse kann auch nicht solche Auslassungen wie im „Hochland" mit Schweigen hinnehmen, weil gerade die letzten Ereignisse gezeigt haben, welches grössere Uebel dann entsteht, als wenn zur richtigen Zeit ein deutsches Wort gesagt wird. *Unser katholisches Volk und die Zentrumswähler wollen die Einigkeit unter allen Umständen aufrecht erhalten; sie wollen vom Spintisieren nichts wissen,* und sie werden mit Entschiedenheit allen jenen entgegentreten, welche den Ball der „Trennung" „Klärung", „Uebergangszeit" usw. in die Partei werfen wollen. *Das Zentrum bleibt, was es war seit den Tagen seiner Gründung;* die Forderungen und Aufgaben des Tages mögen sich ändern, der *Grundgedanke bleibt derselbe: er ist auch die beste Garantie für die Einigkeit.*"

Die „Köln. Volksztg" (No. 632 v. 25. 7. 11.) gab die Auslassungen Spahns ebenfalls wieder und bemerkte dazu u. a.:

„Demgegenüber bemerkt die „Germania," und wir stimmen ihr darin bei, wer den Gedanken der *Trennung* so ausspreche wie Dr. Spahn, dem müsse mit vollem Nachdruck entgegengetreten werden. Das heisse mit dem Feuer spielen, und dadurch würden Debatten hervorgerufen, die der Partei nichts nützten, aber sehr viel Schaden anrichten könnten. *Einigkeit* müsse die Parole sein. „Wer sich in diese nicht fügen will oder nicht fügen kann, der ist ein Schädling für die Partei, wer immer er auch sein möge. Die Zentrumspresse kann auch nicht solche Auslassungen wie im ‚Hochland' mit Schweigen hinnehmen, weil gerade die letzten Ereignisse gezeigt haben, welches grössere Uebel dann entsteht, als wenn zur richtigen Zeit ein deutsches

Wort gesagt wird". Ganz einverstanden, und darum haben wir immer zur rechten Zeit ein deutsches Wort gesagt."

Aehnlich äusserte sich die „*Augsb. Postztg*" (Nr. 168 v. 27. 7. 11.) Auch die „*Schles. Volksztg*" (Nr. 335 v. 26. 7. 11.) schloss sich den Ausführungen der „*Germania*" an. Besonders heftig äusserte sich das „*Deutsche Volksblatt*" (Nr. 168 v. 26. 7. 11.) in Stuttgart. Zum Schluss des langen Artikels hiess es:

„Darum *protestieren wir* nachdrücklich und laut gegen die Versuche, Zwist und Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen. Wem die Zentrumspartei so, wie sie ist, nicht passt, *der mag ruhig gehen*; für unberufene Reformer ist im Zentrum kein Platz, weil wir wahrlich *bessere* Dinge zu tun haben, als um der phantastischen und geistreichelnden, um jeden Preis nach Originalität haschenden Ideen eines Eigenbrödlers halber einen Zwist in die Partei tragen zu lassen, der sie aufs Schwerste in ihrem Gefüge und ihrem Bestande erschüttern könnte.

Darum wäre es endlich an der Zeit, dass Professor Spahn künftig uns mit Artikeln gütigst *verschone*, an denen nur unsere Gegner ihre helle Freude haben können. Und dieser Wunsch ist umso gerechtfertigter, als Professor Spahn die Geduld der deutschen Katholiken wie des Zentrums oft genug schon auf eine schwere Probe gestellt hat."

Dem gegenüber sandte *Prof. Spahn* dem Paderborner „Westf. Volksbl." (Nr. 206 v. 3. 8. 11.) folgende Zuschrift:

„Strassburg, 1. August 1911.

Sehr geehrte Redaktion!

Infolge eines erneuten Vorstosses der „Germania," dessen Herkunft leicht festzustellen ist, haben auch Sie Notiz von einem Passus meines letzten „Hochland"-Aufsatzes genommen und einige kritisierende Bemerkungen hinzugefügt. Zu meiner Freude lauten diese Bemerkungen abgewogener als die einiger anderer Blätter, und überdies argumentieren Sie

(wofür ich Ihnen besonders dankbar bin) als die einzigen mit wirklichen Tatsachen. Ich habe im „Hochland" ohne Zweifel die inneren Verhältnisse der Partei während der letzten Jahre zwar nicht pessimistisch geschildert, aber als unerfreulich und aufgeregt gekennzeichnet. Von der Fraktion sprach ich dabei mit keiner Silbe, die grossen Massen unserer Wähler nahm ich ausdrücklich aus, wie aus der Fortsetzung der zitierten Stelle hervorgeht. Dort jedoch, wo sich das in der Partei pulsierende Leben, auch für den Gegner sichtbar, vorzüglich kundgibt, in den Diskussionen zwischen den Parteiorganen und zwischen einzelnen Gruppen Parteiangehöriger, ist es in den letzten Jahren sicher recht heiss zugegangen. Mein Aufsatz kam *Ende Juni* in die Hände der „Hochland"-Leser. *Acht Tage später* brach der Streit um die Beurteilung des Zentrums und des deutschen Katholizismus durch P. Weiss aus. Diesen Streit nannte die „Kölnische Volkszeitung" den „Kulminationspunkt" der Aufregung und Erbitterung der letzten Jahre. Das „Deutsche Volksblatt", die „Allgemeine Rundschau" und andere Blätter brachten ungemein erregte Artikel. Die „Augsburger Postzeitung" äusserte sich unter der Ueberschrift: „Ein Ende des Spiels" und rief zum Schluss aus, dass „die deutschen Katholiken am Ende ihrer Geduld angelangt" seien. In dem schon angezogenen Artikel wandte sich die „Kölnische Volkszeitung" gegen die „Elemente" „bei uns wie im Auslande," die, unter dem Vorwande einer Bekämpfung modernistischer Ideen, ihre Sonderansichten *auf politischem und sozialem Gebiete* zur Geltung zu bringen suchen. . . . Nur eine Stimme regt sich überall, die immer mehr Ausdruck findet in den Worten: So kann es nicht mehr weiter gehen! Es sind jetzt ernste Zeiten, und sie verlangen ganzen Mannesmut. Wir vertrauen darauf, dass der gegenwärtige Kulminationspunkt der Aufregung nur eine heilsame Episode war, und dass es gelingt, den Krankheitsstoff *endlich auszuscheiden*." Heute, 1. August, heisstes in derselben „Kölnischen Volkszeitung": „Nur eine Partei von der Stärke der Vergangenheit des Zentrums konnte solche Dinge aushalten, ohne in ihrem Kern erschüttert zu werden."

Den Lesern des „Hochland" dürfte unter diesen Umständen der Streit um P. Weiss nur bestätigt haben, was ich kurz vorher ihnen sagte. Beunruhigt oder gar verwirrt sind sie, die zum grossen Teile sich über die Diskussionen in der Partei genau auf dem Laufenden halten, weder durch meinen Aufsatz noch durch den Streit um P. Weiss worden. Denn wie dieser Streit ausging, bestätigte er nicht nur meine Charakteristik der Tatsachen, sondern er unterstützt wohl auch meine Auffassung: es sei damit allein nicht ausreichend geholfen, dass die Parteileitung die Zeitungen und Versammlungen zum Schweigen über unsere Meinungsverschiedenheiten veranlasste, es müsse auch eine innerliche Verständigung über diese Meinungsverschiedenheiten herbeigeführt werden. M. E. hat seither Herr Justizrat Karl Bachem aus dem Streit um P. Weiss ganz dieselbe Nutzanwendung gezogen, in der „Kölnischen Volkszeitung" vom 22. Juli, wo er sagt: „Es ist aber doch vielleicht, objektiv betrachtet, ganz gut gewesen, dass die strittige Frage nochmals *grundsätzlich* und *gründlich* verhandelt werden musste. Das trägt zu weiterer Klärung bei, und wenn endlich einmal völlige Klärung auf allen Seiten über diese Frage eingetreten sein wird, dann wird die alte Einigkeit und Festigkeit der Zentrumspartei in vollem Umfange — von einem Häuflein Unbelehrbarer vielleicht abgesehen — wieder hergestellt sein."

Nun habe ich im „Hochland" freilich nicht nur von Verständigung, sondern auch von Trennung gesprochen. Ich drängte nicht zur Trennung, forderte nicht zu ihr heraus, wie es wohl einzelne der vorhin erwähnten, erregten Artikel taten. Aber ich übernahm die Verantwortung, ohne jede Verhüllung, ganz kurz und hart einmal herauszusagen, wohin zuletzt fortgesetzte Unverträglichkeit nicht führen muss, aber führen kann. Die Notwendigkeit, darauf einmal hinzulenken, hat sich mir während des letzten halben Jahres, aus meiner Beobachtung der Vorgänge im elsässischen Parteigetriebe und dessen, was damit vom Reiche her Zusammenhang hat, zwingend ergeben. Dabei war ich sogleich gefasst auf eine Anzahl teils gehässiger, teils infolge mangelhafter Orientierung gereizter Artikel, auch auf falsche Hoffnungen in der liberalen

Presse. Die Verfasser einzelner solcher Artikel in Zentrumsblättern werden inzwischen vielleicht schon selbst wieder stutzig geworden sein, als sie sahen, dass sie den geradezu tobenden Beifall des Herrn Wetterlé ernteten.

Gerne benutze ich noch die Gelegenheit, Sie zu der klaren, entschiedenen Art zu beglückwünschen, womit Sie soeben Ihre Stellung zu den Vorgängen in meinem Wahlkreise als ganz und unbedingt von den geordneten Instanzen des Wahlkreises abhängig bezeichnet haben. Sie haben damit allen Freunden der Parteidisziplin in Warburg-Höxter aus dem Herzen gesprochen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Dr. M. Spahn, M. d. R."

§ „Lebens- und Gewissenfragen".

Das hier erwähnte Buch von P. Alb. Maria Weiss O. Pr. führt den Titel: „*Lebens und Gewissensfragen*" und ist im wesentlichen eine Zusammenfassung von Artikeln, die der Verfasser in einem Zeitraum von 20 Jahren in der „Linz. Quartalschrift" hatte erscheinen lassen. Das Buch erregte gewaltiges Aufsehen und rief lebhafte Debatten hervor, an denen sich auch der Autor durch mehrere Erklärungen beteiligte. Sehr scharf wandte sich namentlich die „Köln. Volksztg." (Nr. 529) gegen das Buch, bezw. gegen einzelne Teile desselben. In derselben Richtung bewegte sich ein von einem geistlichen Mitgliede der Zentrumsfraktion verfasster Artikel, der gleichzeitig in der „Köln. Volksztg." (Nr. 540), der „Germania" (Nr. 145) und der „Schles. Volksztg." (Nr. 287) erschien. Dagegen erfuhr das Buch eine recht wohlwollende Besprechung in der „Literarischen Beilage der „Augsb. Postztg." (Nr. 30 v. 7. 7. 11) durch Prof. Dr. Seitz in München. Gegen den erwähnten Artikel des geistlichen Mitgliedes der Zentrumsfraktion veröffentlichte P. Weiss in der Ratiborer „Oberschles. Volksztg". (Nr. 162) eine Erklärung, in der es u. a. hiess:

„Aus dieser absichtlichen Verschiebung der Sachlage erklären sich leicht die Verkehrtheiten, die in diesem Streite die Geister verwirren. Kein Wort, das nicht in politischem Sinne gedeutet oder vielmehr missdeutet wurde. In der „Germania" (Nr. 145) wird das ganze Buch — und zwar offiziel — als eine Brandschrift gegen das Zentrum ausgelegt. Der Verfasser des langen, langen Artikels findet das Zentrum bedroht, weil das

Buch an dem modernen Wort Weltanschauung keinen Gefallen findet und weil es warnt vor einer verkehrten Auslegung des Buches: Aus der Sakristei heraus!

Wenn das Buch bedenkliche Grundsätze in Seelsorge und Predigt tadelt, wird es hier so gedeutet, als schriebe es über die Politik des Zentrums. Obgleich das Buch erklärt, dass es zunächst für den Klerus bestimmt ist, wird es hier als ein politisches Manifest behandelt. Alle die Aufsätze, die seit 20 Jahren von Tausenden in der „Linz. Quartalschrift" gelesen wurden, ohne dass einer die öffentliche Ordnung davon bedroht fand, sind nun auf einmal eine grosse Gefahr geworden, nicht zwar eine religiöse Gefahr — diese gibt es ja nicht! — wohl aber eine politische Gefahr.

Damit hat jener Artikel der „Germania", der die Anweisungen des Geheimerlasses zur Ausführung bringt, die Lage leider nur zu genau dargestellt."

Darauf sandte Geheimrat *Dr. Porsch* der „Oberschles. Volksztg." eine Entgegnung, die ebenfalls mitsamt dem hier wiedergegebenen Passus aus der Erklärung des P. Weiss in der „Schles. Volksztg." (No. 333 v. 25. 7. 11) zum Abdruck gelangte und folgenden Wortlaut hatte:

„Breslau, den 19. Juli 1911.

An die Redaktion der „Oberschlesischen Volkszeitung", Ratibor.

In der Beilage zu Nr. 162 Ihres Blattes vom heutigen Tage veröffentlichen Sie Darlegungen unter dem Titel:

„Religiöse Gefahr oder politische Gefahr?",

welche von dem vielgenannten neuesten Buche des Pater Weiss handeln. Ihre Darlegungen beschäftigen sich auch mit einem Artikel, welcher gleichlautend in Nr. 145 der „Germania", Nr. 287 der „Schlesischen Volkszeitung" und Nr. 540 der „Kölnischen Volkszeitung" erschienen ist. Dieser Artikel ist von einem geistlichen Mitgliede der Zentrumsfraktion im Preussischen Abgeordnetenhause, übrigens keinem Herrn aus Gladbach, geschrieben worden, lediglich zu dem Zweck,

dafür zu sorgen, dass nicht aus den das Zentrum betreffenden Darlegungen des Pater Weiss an irgend einer Stelle etwas für wahr gehalten wird, was nicht wahr ist.

Ihre Darlegungen enthalten hinsichtlich dieses Artikels eine vollständige „Verschiebung der Sachlage", um mich Ihres Ausdruckes zu bedienen, und das nötigt mich, nachstehende Erklärung abzugeben, damit keinerlei Irrtümer entstehen:

1. Es ist unwahr, dass der Artikel in irgend welchem Zuhammenhange mit dem sogenannten Geheimzirkular steht.

2. Es ist unwahr, dass der Artikel „das ganze Buch" des Pater Weiss „als eine Brandschrift gegen das Zentrum auslegt".

Was der Artikel will, habe ich oben schon kurz gesagt. Ich zitiere aus demselben dafür auch noch folgende Stelle:

„Es ist aber um so bedauerlicher, dass Pater Weiss unreife und unrichtige Aeusserungen eines jungen Literaten, der ohne Autorisation seine Elaborate schreibt, in dem Index des Buches unter der Rubrik „Zentrum" ausdrücklich angibt, und dass er an anderer Stelle des Buches ausdrücklich sagt: der Schreiber dieser Artikel wird nicht müde, immer wieder zu erklären, es werde hoffentlich niemand glauben, dass er seine Kundgebungen ausspreche o h n e a u s d r ü c k l i c h e G u t h e i s s u n g aus der Mitte jener, die in Berlin die Geschicke des katholischen Deutschlands lenken. Der durch das Zitat im Index aufmerksam gemachte Leser muss also wohl annehmen, dass die Aeusserungen des Berliner Korrespondenten die Ansicht der Zentrumspartei bezw. -Leitung wiedergeben, was der Wahrheit und dem Vorgehen der Partei noch in den letzten Kämpfen des Preussischen Abgeordnetenhauses und des Reichstages nicht entspricht".

3. Es ist unwahr, dass der geistliche Verfasser des Artikels „das Zentrum bedroht" findet, „weil das Buch an dem modernen Wort Weltanschauung kein Gefallen findet und weil es warnt vor einer verkehrten Auslegung des Buches „aus der Sakristei" heraus".

Vielmehr weist der Artikel darauf hin, dass die von P. Weiss bemängelten Grundsätze über eine christliche Weltan-

schauung lediglich von einem jungen, dem Zentrum unbekannten Literaten herrühren, dessen Ausführungen in keiner Weise als Ansichten des Zentrums angesehn werden können.

4. Es ist unwahr, dass der Artikel, „wenn das Buch bedenkliche Grundsätze in Seelsorge und Predigt tadelt, dies so deutet, als schriebe (das Buch) es über die Politik des Zentrums".

5. Endlich ist es unwahr, dass in dem Artikel des geistlichen Abgeordneten „das Buch, das zunächst für den Klerus bestimmt" sei, als politisches Manifest behandelt wird, dass „alle die Aufsätze, die seit zwanzig Jahren von Tausenden in der „Linzer Quartalschrift" gelesen wurden, nun auf einmal eine grosse Gefahr geworden seien, nicht zwar eine religiöse Gefahr, wohl aber eine politische Gefahr". Vielmehr schreibt der geistliche Abgeordnete im Eingange seines Artikels ganz ausdrücklich:

„Die Kritik an unerfreulichen Erscheinungen und Symptomen lässt nur zu oft die Betonung des Guten und Erfreulichen vermissen. Pater Weiss, der zunächst für Geistliche schrieb, durfte voraussetzen, dass der Klerus selbst diese notwendige Retouche an dem Zeitbilde vorzunehmen imstande war. Deshalb hat man in den Kreisen des Klerus stets gern und ohne Widerspruch den vielbelesenen, fleissigen Ordensmann gehört.

Ich weiss nicht, ob es richtig war, dass Pater Weiss diese Aufsätze, die unter den angedeuteten Einschränkungen beim Klerus, der die deutschen Verhältnisse genau kennt, ganz gut wirkten, nun der weitesten Oeffentlichkeit übergibt. Es liegt eine grosse Gefahr darin, dass man in all den Kreisen Deutschlands und des Auslandes, die der Entwickelung der Zeitverhältnisse ferner stehen, ein falsches Urteil sich bilden wird. Ich stehe gar nicht an, zu betonen, dass nach meiner Ansicht diese Wirkung von Pater Weiss gewiss nicht beabsichtigt ist. Hätte er sie nicht voraussehen müssen? Es ist aber eine Pflicht der Selbstachtung für alle, die Pater Weiss in seinen Aufsätzen kritisiert hat, jedesmal das Bild zu vervollständigen, wenn die Möglichkeit zur Wirklichkeit wird, dass nämlich der nicht genau orientierte Leser ein

einseitiges oder gar falsches Urteil sich bildet. Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich als Zentrumsabgeordneter und, was ich hinzusetze, als geistlicher Abgeordneter, die nachfolgenden Zeilen geschrieben, um falschen Urteilen über meine Partei zuvorzukommen, nicht aber, um den guten Willen des Verfassers zu bestreiten."

Diese vorstehende Erklärung bitte ich, in die nächste Nummer Ihres Blattes aufnehmen zu wollen.

Ergebenst
Dr. Porsch,
Vorsitzender der Zentrumsfraktion
im Preussischen Abgeordnetenhause."

Dazu sandte P. Weiss der „Oberschles. Volksztg." folgende weitere Entgegnung:

„1. Abg. Dr. Porsch behauptet: „Es ist unwahr, dass der Artikel (des geistlichen Abgeordneten in der „Germania") in irgend welchem Zusammenhange mit dem sogenannten Geheimzirkular steht."

Darauf ist zu erwidern: Das ist in meinem Artikel „Religiöse Gefahr oder politische Gefahr" auch garnicht behauptet worden. Gesagt wurde dort nur, dass der Artikel dieselbe Idee wie das Geheimzirkular verfolge.

2. Abg. Dr. Porsch behauptet: „Es ist unwahr, dass der Artikel „das ganze Buch" des P. Weiss als eine Brandschrift gegen das Zentrum auslegt."

Darauf ist zu erwidern: Diesen Eindruck muss jeder Leser des betreffenden „Germania"-Artikels, der nicht gleichzeitig auch mein Buch gelesen hat, gewinnen. Man höre sich nur um: Allenthalben begegnet man bei dem einseitig orientierten Publikum der Auffassung, dass ich mit meiner Schrift das Zentrum direkt treffen wollte. (Dabei heisst die betreffende Ueberschrift meines Buches nicht „Zentrum", sondern ausdrüchlich: „Ansichten darüber.")

3. Unrichtig ist auch die Behauptung des Abg. Dr. Porsch, „dass die von P. Weiss bemängelten Grundsätze über eine christliche Weltanschauung lediglich von einem jungen dem Zentrum unbekannten Literaten herrühren, dessen Aus-

führungen in keiner Weise als Ansichten des Zentrums angesehen werden können." Nirgends — weder in meinem Buche noch in meinem Artikel — ist gesagt, worden, dass die Ansichten des unbekannten „jungen Literaten" die Ansichten des Zentrums seien.

Der übrige Teil der Erklärung ist eine einfache Wiederholung des Artikels der „Germania". Auf diesen abermals zu antworten — siehe meine in Nr. 147 der „Oberschles. Volksztg." abgedruckte erste Abwehr — würde eine Reihe von Artikeln, wenn nicht gar den Abdruck des ganzen Buches verlangen. Damit hat sich aber die Erörterung in ein Gebiet verloren, das auf dem Wege von „Berichtigungen" und „Antworten" sicher nicht klarer gestellt werden, sondern — soweit das überhaupt noch möglich ist — nur noch verwirrter gemacht werden kann."

Die „*Germania*", die diese Erklärung in ihrer Nr. 170 v. 28. 7. 11 zum Abdruck brachte, bemerkte dazu:

„Wir können zu Punkt 2 nur noch einmal betonen, dass der Redaktion der „Germania" nichts ferner lag, als die Lebens- und Gewissensfragen der Gegenwart als „Brandschrift" gegen das Zentrum hinzustellen. Wir würden es entschieden ablehnen, in eine allgemeine Verurteilung des sehr empfehlenswerten, in mancher Beziehung sogar notwendigen Werkes einzustimmen. Auch der geistliche Abgeordnete, der in der „Germania" einige Punkte aus dem Werk richtig stellte, hat es abgelehnt, über den Rahmen seines Artikels hinaus sich an der Debatte gegen P. Weiss zu beteiligen. Das ist, wie ersichtlich, ja auch genau der Standpunkt des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, des Geheimen Justizrats Dr. Porsch. Und von dieser Auffassung liess auch die Redaktion der „Germania" sich leiten".

Die „*Schles. Volksztg.*" brachte die Erklärung von P. Weiss in ihrer Nr. 339 v. 28. 7. 11 und bemerkte ihrerseits dazu:

„Dazu ist zu bemerken:

Zu 1): In seinem Artikel sagt P. Weiss wörtlich: „Damit hat jener Artikel der „Germania", der die Anweisungen des Geheimerlasses zur Ausführung bringt, die Lage leider nur zu genau dargestellt".

Zu 2): Dazu bemerkt die „Germania" in ihrer Nummer 168: „Diese Auffassung ist durchaus irrig: in der betreffenden Nummer der „Germania" erschien allerdings eine Zuschrift eines geistlichen Abgeordneten über die „Lebens- und Gewissenfragen der Gegenwart", aber es handelte sich darin nur um Richtigstellung einzelner auf das Zentrum bezüglicher Punkte. D. R. d. Germ".

Zu 3): In dem Werke des P. Weiss heisst es Bd. 1, S. 151: „So äussert sich der bekannte Korrespondent aus Berlin in einer Zuschrift vom 5. Juli 1910 an die „Neuen Züricher Nachrichten". Ueber diesen Korrespondenten äussert sich P. Weiss Bd. 2, S. 486, Anm. 1: Der bekannte Berliner Korrespondent, dessen Ansichten wir wiederholt vorgeführt haben (1. 151 ff., 418 ff.), wird nicht müde, immer wieder zu erklären, es werde hoffentlich niemand glauben, dass er seine Kundgebungen ausspreche, ohne ausdrückliche Gutheissung aus der Mitte jener, die in Berlin die Geschicke des katholischen Deutschland lenken, und was er da zum besten gäbe, sei immer noch das mindeste von dem, was er auf dem Herzen habe".

Hiernach irrt sich sich P. Weiss in allen drei Punkten".

Was das hier wiederholt erwähnte „Geheimzirkular" betrifft, so schrieb *Dr. Karl Bachem* in der „Köln. Volksztg" (Nr. 592 v. 12. 7. 11) darüber:

„Das „Geheimzirkular" ist eine *ernste und gewissenhafte Denkschrift*, welche ein streng kirchlich gesinnter Theologe ausgearbeitet hatte, um eine hohe kirchliche Stelle über Inhalt und Tragweite des Buches von P. Weiss zu orientieren. Es ist dann auch anderen Stellen, für die es bestimmt worden, unterbreitet worden, nicht zum mindesten den massgebenden Stellen in Rom, denen man für gewöhnlich

keine modernistischen Geheimzirkulare zu übersenden pflegt. Es ist in nüchterner, leidenschaftsloser Darstellung in echt kirchlichem Sinne abgefasst, ein erster Mahnruf, in diesen schweren Zeiten die deutschen Katholiken vor weiteren Spaltungen, Aufregungen und Beunruhigungen zu schützen, welche dem Heil der Kirche ebenso widerstreben wie dem Heil der Seelen."

Dr. Karl Bachem hatte diese Ausführungen in einem längeren Artikel gemacht, der sich neben dem Weiss'schen Buche speziell auch mit der „*Corresp. de Rome*" beschäftigte, die in ihrer No. 102 v. 4. Juli einen Artikel gebracht hatte unter der Ueberschrift „Die „religiöse Gefahr" in Deutschland, dokumentiert durch diejenigen, welche sie leugnen. Ein Geheim-Zirkular gegen das Buch von P. Weiss." In diesem Artikel hiess es:

„Das Buch von P. Albert M. Weiss O. Pr. „Lebens und Gewissensfragen der Gegenwart" — über welches wir ausführlich berichtet haben — wurde vom „Generalstab" des deutschen Modernismus verurteilt, bevor es überhaupt veröffentlicht war. Nachdem er vergeblich versucht hatte, dessen Veröffentlichung zu verhindern, benutzt der „Generalstab" alle Mittel, um das Buch zu unterdrücken. Unter diesen Mitteln befindet sich ein geheimes Zirkular, welches den zahlreichen mit dem „Generalstab" verbundenen Zentren gesandt wurde.

Dieses geheime Zirkular ist ein schönes Gegenstück zu den berühmten geheimen Schriftstüken der Münsterschen Liga. Es kommt zwar nicht aus dieser Quelle, um so besser; das beweist aber, dass es nicht bloss die wunderbare Antiindexliga ist, welche diese etwas verrosteten Mittel anwendet.

Und wirklich, ebenso wie wir sofort die geheimnisvollen Papiere von Münster erhalten haben, ebenso erhielten wir schon gleich in den ersten Tagen das gegenwärtige Rundschreiben. Unsere Verpflichtung, die Studien über das Buch von P. Weiss und das Buch The priest zu veröffentlichen, haben uns jedoch gezwungen, die Veröffentlichung bis zu dem heutigen Tage zu verschieben."

Mit Rücksicht darauf, dass die „Corresp. de Rome" von mehreren Seiten als offiziöses Organ des Vatikans bezeichnet worden war, hatte ein Münchener Mitarbeiter der „Köln. Volksztg" eine Audienz beim Nuntius Frühwirth erbeten und erhalten. Ueber diese Audienz veröffentlichte die „Köln. Volksztg" in ihrer No. 600 v. 15. 7. ii einen Bericht, in dem es hiess:

„Der päpstliche Nunzius Msgr. *Frühwirth* ermächtigt Ihren Korrespondenten, in der entschiedensten Weise zu erklären, dass die „Correspondance de Rome" *in keiner Weise offiziös* oder inspiriert ist, dass die zuständige höhere Behörde in keiner Weise von den Publikationen jener „Correspondance de Rome" vor deren Veröffentlichung Kenntnis hat und mithin in keiner Weise eine Verantwortung hierfür übernimmt. Der Nunzius bedauert den Ton, in welchem der Artikel der „Correspondance de Rome" abgefasst ist. „Und ich bedauere ihn nicht nur," so erklärte er wörtlich, *ich missbillige ihn*. Was dann die Mitteilungen über das Geheimzirkular anlangt, so entbehrt dieser Vorwurf vollständig der tatsächlichen Unterlagen; denn ich selbst erhielt schon am 22. Juni eine Kopie dieses Zirkulars. Ich erhielt es also zehn Tage früher, bevor die „Correspondance de Rome" sich darüber verlauten liess, und es kann in keiner Weise die Rede sein von einem Geheimzirkular, wenn dasselbe zur Kenntnis der zuständigen kirchlichen Behörde gebracht worden ist. Ich *protestiere* auf das entschiedenste gegen den Inhalt der vom „Corriere della Sera" und andern liberalen ausländischen Zeitungen veröffentlichten Artikel, in denen so schwere Anklagen gegen die Katholiken Deutschlands und gegen das Zentrum erhoben wurden, und in denen man sogar einen Schatten werfen möchte auf die unantastbare Person Seiner Eminenz, des durch seinen steten Eifer rühmlich bekannten *Erzbischofs von Köln*. Doch muss ich, soweit meine Kenntnis reicht und mir von zuständiger Seite versichert wird, sagen, dass die vom „Corriere della Sera" und anderen liberalen Zeitungen ausgestreuten Mitteilungen nicht von den Kreisen der „Correspondance de Rome" herrühren, dass an der Veröffentlichung dieser Artikel

weder Benigni noch ein anderer Prälat direkt oder indirekt Anteil hat."

Gegen den erwähnten Artikel Dr. Bachems sandte *P. Weiss* dann nochmals an die „Köln. Voksztg" (No. 619 v. 21. 7. ii) eine Erklärung, in der er die Absicht irgend eines Angriffes auf das Zentrum in Abrede stellt. Diese Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

„In Nr. 592 Ihres Blattes erschien ein längerer Artikel aus der Feder des Herrn Dr. Karl Bachem, der neben vielem, was mir durchaus aus meiner deutschen Seele geschrieben ist, den Passus enthält: „Gerade das ist das Verhängnivsolle an dem Buche des P. Weiss, dass es — ich wiederhole es: ohne böse Absicht des Verfassers, aber objectiv und tatsächlich — denjenigen im eigenen Lager wieder Wasser auf ihre Mühle liefert, denen seit Jahren schon das Zentrum nicht recht ist, so wie es ist, die es ummodeln und nach ihren Sonderideen umdeuten wollen, obwohl kein Zeitpunkt für solche Experimente ungeeigneter ist wie der gegenwärtige. Noch schlimmer ist, dass das Weiss'sche Buch die Ueberzeugungstreue der katholischen Mitglieder des Zentrums in Frage stellt und so das Vertrauen der Wähler zu den Zentrumsfraktionen in den deutschen Parlamenten erschüttert. Noch niemals hat im deutschen Lande jemand so über das Zentrum geredet wie dieses Buch!" Es ist *unwahr*, dass ich die Ueberzeugungstreue der katholischen Mitglieder des Zentrums in Frage gestellt habe, und es ist ebenso u n w a h r, dass „noch niemals im deutschen Lande jemand so über das Zentrum geredet hat, wie mein Buch". *Wahr* ist vielmehr, dass ich *nirgends* die Ueberzeugungstreue auch nur eines katholischen Mitgliedes der Zentrumspartei in Frage gestellt habe; und *wahr* ist ferner, dass ich *zu keiner Zeit* und *nirgends* mich aburteilend über das Zentrum geäussert habe, und dass ich lediglich *falsche Ansichten über das Zentrum gebrandmarkt habe, gerade, damit sie nicht weiter fressen und Verderben anrichten.* P. Weiss."

Das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt", das diese

Erklärung ebenfalls abdruckte, machte dazu folgende vernünftige Bemerkung (No. 166 v. 24. 7. 11):

„Diese recht dankenswerte Erklärung des Dominikanerpaters dürfte den Streit darüber beendigen, dass das Zentrum in diesem lesenswerten Buche angegriffen worden sei; denn den „Ansichten über das Zentrum", denen der Verfasser entgegentritt, sind auch wir stets entgegengetreten. Man lasse endlich einmal den Streit ruhen und halte am alten Zentrum fest, das uns unsere Väter geschenkt haben!"

§ 17. Eine weitere Resolution des Augustinusvereins.

Anlässlich des Mainzer Katholikentages hielt der Augustinusverein am 6 Aug. 11 in Mainz eine Generalversammlung ab, die sich mit all' den schwebenden Fragen befasste und mehrere Resolutionen annahm. Zur innern Politik wurde einstimmig nachfolgende Resolution angenommen:

„Die zur Erörterung der politischen Lage in Mainz zusammengetretene Generalversammlung des Augustinusvereins spricht der Leitung der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages volles Vertrauen und rückhaltlose Zustimmung zu ihrer politischen Gesamthaltung aus. Insbesondere billigt sie die Stellung der Fraktionsleitung zu den beiden wichtigsten Beratungsgegenständen der jüngsten Session des Reichstages: der Reichsversicherungsordnung und der Verfassung für Elsass-Lothringen.

Die Generalversammlung erkennt es als die dringendste Pflicht der Zentrumspresse, angesichts der Reichstagswahlen von der Partei alles fern zu halten, was deren Aktionsfähigkeit und Aktionsfreudigkeit irgendwie zu beeinträchtigen geeignet ist. Die Zentrumspresse kann nicht nachdrücklich genug alle Bestrebungen bekämpfen, welche darauf abzielen oder die Wirkung haben, die von den Begründern der Deutschen Zentrumspartei und von den deutschen Katholiken zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen geschaffenen politischen und sozialen Organisationen zu verdächtigen und in ihrer Wirksamkeit zu behindern.

Auf das entschiedenste weist sie es zurück, wenn ausländische katholische Pressorgane, welche die deutschen Verhältnisse nicht kennen und namentlich für die Vorbe-

dingungen der Wirksamkeit des Zentrums kein Verständnis haben, einseitige, unwahre und ungerechte Urteile über die deutschen Katholiken und ihre politische Tätigkeit verbreiten.

Die Zentrumspresse darf die Organisationen, welchen die deutschen Katholiken ihre starke Position im öffentlichen Leben verdanken, nicht antasten lassen, sondern muss alles aufbieten, um sie zu erhalten, zu festigen und auszubauen. Die Zentrumspresse hat die Pflicht, die Leitung der Zentrumsfraktion in dem Bestreben zu unterstützen, jeder Tätigkeit einzelner, wodurch die Disziplin der Fraktion gelockert oder das Gefühl der Zusammengehörigkeit abgeschwächt werden kann, entgegenzutreten, und zwar unerbittlich ohne Rücksicht auf Personen. Auch Sonderaktionen unberufener und unverantwortlicher Persönlichkeiten sind unbedingt abzulehnen, und noch viel weniger darf ein Organ der Zentrumspresse sich dazu hergeben, die von den Begründern der deutschen Zentrumspartei und von den deutschen Katholiken zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen geschaffenen politischen und sozialen Organisationen zu verdächtigen, selbst solche Aktionen einzuleiten oder zu unterstützen.

Die Generalversammlung des Augustinusvereins weiss nichts von „Richtungen" innerhalb der Zentrumspartei. Sie kennt nur eine einheitliche Partei, welche die in mehr als vierzigjähriger Tätigkeit erprobte, von grossen Lehrmeistern in ihren Richtlinien festgelegte Politik fortzusetzen entschlossen ist."

§ 18. Der anti-ultramontane Reichsverband.

An den Auseindersetzungen innerhalb der deutschen Katholiken hatte sich u. a. auch der Herausgeber der Centralauskunftstelle für die Katholische Presse, Herr *Dr. Karl Maria Kaufmann*, früher in Köln, jetzt in Frankfurt a/M. lebhaft beteiligt. Er hatte dabei scharf gegen die sogenannte Kölner Richtung Stellung genommen und war infolge seiner Stellungnahme, speciell wegen privater Mitteilungen über eine ihm vom Hl. Vater gewährte Audienz, die in die Oeffentlichkeit gekommen waren, vom verstorbenen Kardinal Fischer aufgefordert worden, die Diözese Köln, deren Verband er nicht angehörte, zu verlassen. Es entbehrt nun nicht des pikanten Beigeschmacks, dass dieserhalb ausgerechnet seitens des anti-ultramontanen Reichsverbandes öffentlich Protest erhoben wurde. Besagter Protest hatte laut „Mannheimer Generalanz." (Nr. 216 v. 10. 5. 11) folgenden Wortlaut:

„Im März 1911 hat der Erzbischof von Köln, Herr Fischer, in seinem amtlichen Organ, dem „Kirchlichen Anzeiger für Köln" (Nr. 7), folgenden Erlass veröffentlicht: „Unserm hochwürdigen Klerus ist wohl bekannt, dass ein gewisser Nichtdiözesanpriester, der seit mehreren Jahren die Gastfreundschaft dieser Erzdiözese geniesst, kürzlich, alsbald nach unserer letzten Romreise sich nach Rom begeben hat und nach einer Audienz beim Heiligen Vater und bei Seiner Eminenz, dem Kardinal-Staatssekretär, sofort nach seiner Rückkehr nach Köln schriftliche Mitteilungen verbreitete, die zur Verwirrung der Katholiken in diesen Landesteilen und zur Ver-

letzung und Schwächung der erzbischöflichen Autorität geeignet waren. Deshalb haben wir nach einem entsprechenden, eingehenden Bericht an den Heiligen Stuhl und nach einer von ihm empfangenen huldvollen Rückantwort diesem Priester eröffnen lassen, er möge baldigst die Diözese verlassen und in seine Diözese zurückkehren, oder mit Zustimmung seines eigenen Ordinarius, dem wir über die ganze Angelegenheit Mitteilung gemacht haben, sonstwo seinen Wohnsitz nehmen".

Der auf diese Weise vom Erzbischof von Köln nach eingeholter Genehmigung des Papstes aus dem Gebiet der Diözese Köln, d. h. aus einem grossen Teil der Rheinprovinz Ausgewiesene ist der deutsche und preussische Staatsbürger Dr. K a u f m a n n, der sich durch Stellungnahme zu gewissen sozial-politischen Fragen dem Bischof von Köln „lästig" erwiesen hatte. Deshalb dekretieren der Papst in Rom und der Bischof in Köln seine Ausweisung „aus diesen Landesteilen", d. h. aus einem Teil des preussischen und deutschen Staatsgebietes. Der Gemassregelte bestätigt seine Ausweisung in einer Erklärung vom 3. April d. J.: „Am 4. März liess mich Herr Kardinal Fischer durch das Generalvikariat auffordern, die Erzdiözese Köln bis zum 1 April zu verlassen. Ein Grund für diese Massregel war nicht angegeben. Ich bat um Aufschub mit Rücksicht auf Verträge und geschäftliche Verbindungen, die nicht so schnell gelöst werden konnten. Der Aufschub wurde mir nicht gewährt. Auch meine Bitte um Zurücknahme der formellen Ausweisung gegen mein Versprechen, am 1. April die Erzdiözese Köln freiwillig verlassen zu wollen, blieb unberücksichtigt. Gegen die Massnahmen des Oberhirten der Kölner Erzdiözese bin ich natürlich machtlos und ich muss mich gehorsam beugen".

Da nach Artikel 3 und 4 der Verfassung des Deutschen Reiches Freizügigkeit und Wahlfreiheit des Wohnortes vom Staate gewährleistete Grundrechte eines jeden Staatsbürgers sind, so liegt hier ein von religiöser Stelle ausgehender Angriff gegen den Geist der Reichsverfassung und eine Vergewaltigung eines Deutschen vor. Wir halten es für unsere Pflicht, öffentlich gegen dieses unerhörte Vorgehen des Kölner Bischofs Einspruch zu erheben und Staat, Volksvertretung

und Presse aufzufordern, diese unter religiösem Gewande sich vollziehende Missachtung staatsbürgerlicher Rechte auf das entschiedenste zurückzuweisen.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Antiultramontanen Reichsverhandes. Admiral von Knorr, 1 Vorsitzender; Professor Geheimrat von Hansemann, 2. Vorsitzender; Graf von Hoensbroech; Generaldirektor Horn; Dr. W. Lohmann, M. d, A.; Dr. Graf Matuschka; Regierungsrat Dr. Poensgen."

§ 19. Graf Oppersdorff und „Oesterreichs Katholisches Sonntagsblatt".

Im sommer 1911 kam es innerhalb des schlesischen Zentrums zu langdauernden Auseinandersetzungen, in deren Mittelpunkt Graf Oppersdorff stand. Besonders verschärft wurden die Auseinandersetzungen durch mehrere Artikel des in Wien erscheinenden „Oesterreichs Katholisches Sonntagsblatt", die völlig unberechtigte Angriffe auf das deutsche Zentrum enthielten, und die den Grafen Oppersdorff in Gegensatz zur Zentrumsfraktion stellten, indem es so dargestellt wurde, als ob Graf Oppersdorff allein den richtigen katholischen Standpunkt vertrete. Hiergegen wurde in der Zentrumspresse scharf Stellung genommen; U. a. schrieb die „*Germania*" (siehe „Schles Volksztg" No. 387 v. 25. 8. 11):

„*Oesterreichs Katholisches Sonntagsblatt*" veröffentlicht in Nr. 34 vom 20. August in Form eines Artikels einen anonymen Brief an die Redaktion der „Augsburger Volkszeitung", der auch *ungerechte Angriffe gegen die Zentrumsfraktionen* enthält, die entschieden zurückgewiesen werden müssen. In diesem Artikel werden u. a. die Fragen aufgeworfen:

1) — Wo ist die Zurechtweisung der *Zentrumsfraktion* für die *unkatholische Haltung* bei den Angriffen im *Reichstage* gegen den Papst der Borromäusenzyklika? 2) Wo ist die Zurechtweisung der *Zentrumsfraktion* für ihre *Felonie*, mit der sie bei der letzten Kultusdebatte im Preussischen Abgeordnetenhause den Gegnern der Kurie ostentativ zur Seite trat?

Die Vorwürfe gegen die Zentrumsfraktionen, die in diesen

beiden Fragen enthalten sind, sind, wie unsere Leser wissen, *durchaus unbegründet*. Die Haltung der Zentrumsfraktion sowohl im Reichstage wie im Preussischen Abgeordnetenhause war gewiss nicht unkatholisch, und es ist geradezu eine *Niederträchtigkeit*, wenn der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses die „Felonie" vorgeworfen wird, sie sei bei der letzten Kultusdebatte den Gegnern der Kurie ostentativ zur Seite getreten. Es hiesse dem Urheber dieser *niederträchtigen Verleumdung* zu viel Ehre erweisen, wenn man sich sachlich über diese Dinge mit ihm auseinandersetzen wollte. Auf diese und ähnliche Angriffe, die „Oesterreichs Katholisches Sonntagsblatt" schon früher gegen das Zentrum gerichtet hat, trifft der Abschnitt der Resolution zu, welche die Generalversammlung des Augustinusvereins am 6. August dieses Jahres in Mainz beschlossen hat:

„Auf das entschiedenste weist sie es zurück, wenn *ausländische katholische Pressorgane*, welche die deutschen Verhältnisse nicht kennen und namentlich für die Vorbedingungen der Wirksamkeit des Zentrums kein Verständnis haben, *einseitige*, *unwahre* und *ungerechte Urteile* über die deutschen Katholiken und ihre Tätigkeit verbreiten."

Dieser Abschnitt der Resolution des Augustinusvereins war, wie sich aus der Diskussion über denselben ergab, schon damals insbesondere auch gegen „Oesterreichs Katholisches Sonntagsblatt" gerichtet Wenn dieses Blatt gleichwohl seine *ungerechten Angriffe und niederträchtigen Verdächtigungen* gegen die Zentrumsfraktionen fortsetzt, so müssen diese Angriffe von der Zentrumspresse mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, falls es nicht angezeigt erscheint, sie einfach zu ignorieren, damit sie durch eine Polemik nicht eine Bedeutung gewinnen, auf die sie keinen Anspruch haben."

In einem Artikel der „Köln. Volksztg." (Nr. 719 v. 23. 8. 11) hiess es mit Bezug auf den *Grafen Oppersdorff*:

„Das „Oesterreichische Katholische Sonntagsblatt" lässt, wie es scheint, nur noch einen Zentrumsabgeordneten gelten, den Grafen Oppersdorff, den es mit den ausgesuchtesten Lobsprüchen verfolgt und also wohl als im Gegensatze zum

Zentrum stehend betrachtet. Wie uns scheint, ist alle Veranlassung gegeben, dass der genannte Zentrumsabgeordnete sich zu diesen inm im Gegensatze zu der Zentrumsfraktion zugefügten Lobsprüchen öffentlich erklärt. Es ist ein dringendes Interesse der gesamten deutschen Zentrumspartei, dass die Unklarheit, welche durch die andauernde Ausnutzung der Persönlichkeit des Grafen Oppersdorff im Gegensatze zur Zentrumsfraktion und zur Zentrumspartei geschaffen wird, ausgeräumt werde".

Dazu sandte *Graf Oppersdorff* der „Köln. Volksztg." eine Erklärung, die diese in ihrer Nr. 727 v. 25. 8. 11 zum Abdruck brachte, und in der es u. a. hiess:

„Ich möchte Sie im Interesse der Sache bitten, Ihren Lesern durch Abdruck dieses Briefes Kenntnis davon zu geben

1. dass ich den oder die, offenbar von Ihnen gemeinten, in Nr. 32 und 34 des „Oesterr. Kath. Sonntagsblattes" erschienen Artikel weder geschrieben noch veranlasst habe; weder von ihrem Erscheinen vor anderen Lesern Kenntnis hatte, noch ihren oder ihre Verfasser kenne;

2. dass mir von Differenzen prinzipieller Natur zwischen mir und dem Zentrumsprogramm nicht das geringste bekannt ist, und dass ich bereits und nicht zum ersten Male vor zwei Monaten in der „Neustädter Zeitung" öffentlich erklärt habe: „Ich stehe mit beiden Füssen und uneingeschränkt auf dem Boden des Zentrumsprogramms"."

In einem längeren Kommentar hierzu bemerkte die „Köln. Volksztg." u. a.:

„Vor allem vergreift sich Graf Oppersdorff in der Adresse. Es ist höchst seltsam, dass Hr. Graf Oppersdorff auch diese sich geradezu aufdrängende Gelegenheit nicht benutzt, um die *verleumderische Zentrumshetze* des „Oesterreichischen Katholischen Sonntagsblattes" ausdrücklich und so energisch, wie es bei der Schwere der Anschuldigungen für einen Zentrumsabgeordneten als selbstverständlich gelten sollte, *zu missbilligen* und zwar an den Stellen zu missbilligen, von denen sie ausgeht."

Nach einer ganzen Reihe weiterer Artikel in den verschiedensten Zentrumsblättern, Erklärungen des Grafen Oppersdorff, Antworten hierauf etc. brachte der Glatzer „Gebirgsbote" (No 75 v. 19. 9. 11), das Zentrumsorgan des damals vom Grafen Oppersdorff im Reichstage vertretenen Wahlkreises Glatz- Habelschwerdt, folgende Erklärung des Grafen Oppersdorff:

„In letzer Zeit wurde meine Person des öftern von der in- und ausländischen Presse in Gegensatz gebracht zum Zentrum nnd seiner parlamentarischen Führung. Da diese Publikationen zu manchen den Parteiinteressen abträglichen Missverständnissen Anlass geben konnten, trat im Zentralkomitee des *Katholikentages* in Mainz, dem auch ich angehöre, die Anregung an mich heran, mich *öffentlich* zu diesen die wirkliche Situation entstellenden Artikeln zu *äussern*; eine Anregung, der ich entsprach.

„Mit Rücksicht auf Erfahrungen der letzten Monate regte ich meinerseits an, dass mir zwei angesehene Mitglieder des Zentralkomitees bei der Abfassung der Erklärung redaktionell zur Seite ständen. Dieser Vorschlag fand die allgemeine Billigung des Zentralkomitees. Aus Gründen, die nicht in meiner Person lagen, verzögerte sich jedoch die Abfassung der Erklärung. Nachdem mir die Mitteilung geworden, dass der Grund der Verzögerung weggefallen, sandte ich den Entwurf meiner Erklärung telegraphisch mit der Bitte um Rückäusserung an die von mir zur Mitredaktion gebetenen beiden Delegierten des Zentralkomitees, den Herrn Fürsten *Alois Löwenstein* und den Herrn Justizrat *Schmitt*, den Vorsitzenden des Lokalkomitees des Mainzer Katholikentages.

„Ohne jede Aenderung wurde mein Entwurf als der von mir im Zentralkomitee in Mainz abgegebenen Erklärung entsprechend angenommen.

„Da meine Wähler es sind, denen ich in erster Linie Klarheit und Wahrheit schuldig bin, *erkläre ich hiemit*:

„*Jede Aeusserung* in der in- und ausländischen Presse, die mich in *Gegensatz zu meiner Partei* oder ihrer derzeitigen

parlamentarischen Führung zu stellen sucht, ist *unbegründet* und wird von mir *als unberechtigt abgelehnt.*

„Und jede Aeusserung, die dem Zentrum oder seiner derzeitigen parlamentarischen Vertretung und Führung Untreue gegen seine Grundsätze, Untreue gegen seine treureligiöse Gesinnung vorwirft, habe ich *stets auf das nachdrücklichste missbilligt und missbillige sie auch heute.*

„Besonders aber *missbillige ich jeden Angriff* auf die treukatholische Ueberzeugung der verdienten *Zentrumsführer* und ihre Betätigung dieser Ueberzeugung in der Praxis der Parlamente. *Graf v. Oppersdorff*,

erbliches Mitglied des Herrenhauses, Mitglied des deutschen Reichstags".

Mit dieser Erklärung hatten sich dem genannten Blatte zufolge die Herren Fürst Löwenstein, Justizrat Schmitt, Graf Droste-Vischering und Frhr. v. Hertling einverstanden erklärt.

Für den Grafen Oppersdorff hatten die stattgehabten Auseinandersetzungen insofern noch ein unangenehmes Nachspiel, als er infolge einer in der „Oberschles. Volksztg." (Nr. 206 v. 8. 9. 11) veröffentlichten Erklärung, in der er dem Vorsitzenden des Augustinusvereins den Vorwurf politischer Unaufrichtigkeit gemacht hatte, aus dem Augustinusverein ausgeschlossen wurde.

Die „Schles. Volksztg" druckte obige Erklärung ebenfalls in ihrer No. 431 v. 20. 9. 11 ab und bemerkte dazu:

„Der Abg. Graf von Oppersdorff würde der Zentrumspartei und sich selbst einen grossen Dienst erwiesen haben, wenn er diese Erklärung früher abgegeben hätte. Nichtsdestoweniger freuen wir uns, dass e n d l i c h von seiten des Grafen von Oppersdorff eine Forderung erfüllt worden ist, die wir im Interesse der Partei seit langer Zeit vertreten haben und vertreten mussten. Dass wir dabei auf dem rechten Wege waren, hat der Ausgang der Sache gezeigt."

§ 20. Die Katholische Aktion.

Unterm 25. Aug. 1911 hatte der oberschlesische Pfarrer *Dr. Nieborowski* in der „*Oberschles Volksztg.*" eine Erklärung veröffentlicht, in der er sich als Verfasser des fraglichen, dem Grafen Oppersdorff zu Unrecht zugeschriebenen Artikels in „Oesterreichs Katholisch. Sonntagsblatt" bekannte. Diese Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

„Der in Nr. 369 der „Schlesischen Volkszeitung vom 14. August d. J. in der gemeinsten Weise persönlich beschimpfte „Geistliche im Regierungsbezirk Breslau" bin ich, mein Pfarrdorf ist die Stadt Reichthal. Der Artikel in Nr. 32 von „Österreichs Katholischem Sonntagsblatt" stammt von mir, und ich vertrete ihn auch heute noch voll und ganz. Mein einziges Motiv dabei war das katholische Interesse, wie die „S. V.", deren Mitarbeiter ich war und der ich vorher offen gesagt, dass und warum ich sie nunmehr bekämpfen müsste, sehr gut weiss. Graf Oppersdorff, gegen den die „S. V." bei jeder passenden Gelegenheit hetzt, hat mit dem Artikel des genannten Wiener Blattes nichts zu tun, er konnte ihn nicht kennen, und ich habe weder ihn noch jemand andern ins Vertrauen gezogen. Dass katholische Stimmen, welche das Zentrum vor der jetzt so eifrig, aber verhüllt betriebenen Überleitung ins christlich-sozial-nationale Fahrwasser warnen wollen, nur in ausländischen Blättern zu Worte kommen können, ist traurig genug. Schuld daran ist die „Leibwache des Herrn Julius Bachem", der Augustinusverein, der sich vollständig in den Händen der „Kölner Richtung" befindet und es heute noch in der Hand hat, jedes kleinere und mittlere katho-

lische Blatt, das „Köln" nicht zu Willen ist, durch Absprechen des Zentrumscharakters zu ruinieren, namentlich aber einen allzumutigen Redakteur brotlos zu machen. Gegen die Beschimpfungen der „Schlesischen Volkszeitung" werde ich mich zu verteidigen wissen."

Die in dieser Erklärung apostrophierte „Schles. Volksztg." schrieb mit Rücksicht auf dieselbe (Nr. 411 v. 8. 9. 11):

„Wir hatten in Nr. 369 der „Schles. Volksztg." vom 15. August uns mit Artikeln zu beschäftigen, die „Oesterreichs Katholisches Sonntagsblatt" aus Preussisch-Schlesien am 6. August veröffentlicht hatte. Die zweite dieser Zuschriften stammte, wie das Blatt ausdrücklich hervorhob, von einem „*angesehenen Geistlichen*". Durch diese Bemerkung sollte dem Inhalt des Schmähartikels ein besonderes Relief verliehen werden. Da in dem Artikel nicht nur das Zentrum als Ganzes, sondern auch die „Schles Volksztg." mit den schärfsten und ungerechtfertigtsten Angriffen bedacht worden war, haben wir uns energisch zur Wehr gesetzt, um so mehr, als wir von vornherein der Ueberzeugung waren, der Urheber solcher ungeheuerlicher und schwach motivierter Angriffe könne unmöglich ein so hohes Ansehen geniessen, wie es ihm das Wiener Sensationsblatt bescheinigt hatte. Und da der ganze Inhalt der Zuschrift als Verfasser einen Mann kennzeichnete, der, zweifellos von den besten Absichten beseelt, doch einen geradezu bedauerlichen Mangel an politischem Verständnis und an Solidaritätsgefühl mit seiner Partei hierdurch an den Tag legte, war es unsere journalistische Pflicht, dies möglichst deutlich zum Ausdruck zu bringen. Auf einen groben Klotz gehört bekanntlich ein entsprechender Keil, und wo Holz gefällt wird, fallen Späne! Dass auch ein Span dabei einmal sich verirren kann, ist begreiflich. Und so fiel denn auch einer, wie wir nachträglich zu unserem Bedauern aus mehreren Zuschriften erfahren, auf die falsche Seite! Der betreffende Einsender hat sich nämlich inzwischen selbst gemeldet, es ist Pfarrer *Dr. Niborowski* von *Reichthal*. Dem im unserer Polemik gebrauchten

Ausdruck „Pfarrdorf" lag, wie wir hier ausdrücklich feststellen möchten, selbstverständlich nicht die geringste verletzende Absicht zugrunde. Die Beurteilung der verhängnisvollen politisch-publizistischen Tätigkeit des Herrn Dr. Nieborowski soll natürlich durch diese Feststellung keineswegs eine Aenderung erfahren."

Der Augustinusverein beantwortete die Erklärung Dr. Nieborowskis mit folgender Gegenerklärung, die in allen grösseren Zentrumsblättern erschien:

„Herr Pfarrer Dr. Nieborowski in Reichthal (Schles.) hat unterm 25 August cr. eine öffentliche Erklärung erlassen, in welcher er sagt:

> „Dass katholische Stimmen, welche das Zentrum vor der jetzt so eifrig, aber verhüllt betriebenen *Ueberleitung ins christlich-sozial-nationale Fahrwasser* warnen wollen, nur in *ausländischen* Blättern zu Worte kommen können, ist traurig genug. Schud daran ist die „Leibwache des Herrn Julius Bachem", der *Augustinusverein*, der sich vollständig in den Händen der „Kölner Richtung" befindet und es heute noch in der Hand hat, jedes kleinere und mittlere katholische Blatt, das „Köln" nicht zu willen ist, durch Absprechen des Zentrums-Charakters zu ruinieren, namentlich aber einen *allzu mutigen Redakteur dauernd brotlos zu machen*".

Diese Erklärung ist durch zahlreiche Blätter gegangen und gegen den Augustinus-Verein ausgebeutet worden. Wir nehmen daraus Veranlassung zu folgender Erklärung:

1. *Mitglied* des Augustinus-Vereins kann jeder Katholik werden, der sich zu den satzungsmässigen Bestrebungen des Vereins bekennt. Bei der Aufnahme von Mitgliedern wird nicht darauf geachtet, wie sie über die Frage der Organisation der Katholiken, insbesondere über die Anschauungen denken, die man neuerdings mit dem Namen „Berliner" und „Kölner Richtung" bezeichnet.

2. Die *Generalversammlungen* des A.-V. finden abwechselnd in allen Teilen Deutschlands statt. Regelmässig wird eine Generalversammlung am Tagungsort der Generalver-

sammlung der Katholiken Deutschlands einberufen. Die bedeutsamste Versammlung findet jedes Frühjahr in *Berlin* statt, und zwar in Verbindung mit den Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages. Jedes Mitglied kann auf diesen Versammlungen zu Worte kommen und sich rückhaltlos aussprechen; nie ist die Rede beschränkt worden. Tatsächlich kommen bei den Debatten die verschiedenen Anschauungen zum Ausdruck, und jedes Mitglied hat dabei lediglich die Bedeutung, welche dem Gewichte der von ihm beigebrachten Gründe zukommt. Auf zahlreichen Generalversammlungen haben eingehende und lebhafte Erörterungen über die Tagesfragen stattgefunden, und immer ist man zu einstimmigen Beschlüssen gelangt.

Auch in der jüngsten Versammlung zu *Mainz* vom 6. August 1911 ist eingehend und rückhaltlos verhandelt worden. Es waren auch Mitglieder in der Versammlung anwesend, welche die von dem Vorstand vorgelegte, gegen die Quertreibereien im In- und Auslande in der schärfsten Weise sich wendende Resolution mittelbar als gegen sich gerichtet empfinden mussten. Bei der Abstimmung ist die Resolution *widerspruchslos* angenommen worden.

3. Noch niemals ist der A.-V. in der Lage gewesen, einer katholischen Zeitung den Zentrumscharakter abzusprechen und sie zu *ruinieren*; noch viel weniger ist jemals ein kath. Redakteur durch den A.-V. brodlos gemaht worden.

4. Der leitende *Vorstand* des A.-V. wird jeweils in freier Wahl von der Generalversammlung gewählt. Seine *Unabhängigkeit und Selbständigkeit ist dadurch gewährleistet.* Herr Justizrat Dr. Julius Bachem hat *niemals* dem Vorstande des A.-V. angehört und nie den Anspruch erhoben, ihm anzugehören. Es befindet sich zurzeit kein Mitglied der Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" im Vorstande des A.-V. Die Bezeichnung des A.-V. als „Leibwache des Herrn Julius Bachem" muss demnach als eine durchaus *haltlose Insinuation* zurückgewiesen werden.

5. Herr Pfarrer Nieborowski ist *niemals Mitglied* des A.-V. gewesen und kann deshalb aus eigener Wissenschaft über dessen Wirksamkeit nichts sagen.

Umsomehr hätte er sich einer Verdächtigung dieses nun schon so lange in voller Oeffentlichkeit wirkenden Vereins enthalten sollen.

Düsseldorf, 14. September 1911.

Der Vorstand des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse.

Dr. Ed. Hüsgen, I. Vorsitzender.
L. Lensing, II. Vorsitzender.
Dr. P. Weilbächer, Generalsekretär."

Inzwischen war in der „Oberschles. Volksztg." (No. 202 v. 3. 9. 11) folgende Erklärung erschienen:

„Unter Bezugnahme auf die schweren Angriffe, welche die „Schles. Volksztg." in letzter Zeit gegen eine Anzahl hochangesehener Persönlichkeiten des Klerus und des Laienstandes, wie z. B. des Grafen *Oppersdorff*, des Pfarrers Dr. *Nieborowski*, des Paters *Weiss* u. a. m., richtete, erklären die unterzeichneten Geistlichen:

1) Dass sie das Vorgehen der „Schles. Volksztg," des sogenannten Zentralorgans der Schlesischen Zentrumspartei, *durchaus missbilligen* und die Verunglimpfungen katholischer Priester und ehrenwerter Männer, welche es als ihre Gewissenspflicht ansehen, vor drohenden Gefahren zu warnen, auf das entschiedenste verurteilen.

Sie sind der Meinung, dass eine derartige Polemik, wie sie in letzter Zeit seitens der „Schles. Volksztg." geübt wird, geeignet ist, das Ansehen des katholischen *Klerus* und der schlesischen *Zentrumsabgeordneten* in den Augen des Volkes herabzusetzen und in weiteste Kreise Verstimmung und Verbitterung zu tragen, und das zu einer Zeit, wo Einigkeit und Arbeitsfreudigkeit unter dem katholischen Volke *ganz besonders notwendig* sind.

2) Gegenüber den Angriffen dieser Zeitung und anderer Blätter auf die „*Oberschlesische Volkszeitung*" und den Versuchen, letztgenannter Zeitung den *Zentrumscharakter abzusprechen*, erklären die Unterzeichneten *mit allem Nachdruck*, dass sie die gegenwärtige Haltung der „Oberschlesischen

Volkszeitung" *vollauf billigen* und auch ihrerseits in der sogenannten „*Kölner Richtung*" eine *schwere Gefahr für den deutschen Katholizismus* erblicken.

Erzpriester *W. Pfleger*, Ostrog. Stadtpfarrer *K. Ulitzka*, Ratibor. Erzpriester *F. Kaluza*, Rogau. Religions- und Oberlehrer *J. Lux*, Ratibor. Pfarrer *Melzer*, Woinowitz. Pfarrer *Schliwa*, Jankowitz. Pfarrer *Namyslo*, Janowitz. Pfarrer *Porschke*, Kreuzenort. Pfarrer *Bugiel*, Herzogl. Zawada. Pfarrer *Berg*, Ruderswald. Pfarrer *Lesczyk*, Benkowitz. Pfarrer *M. Kosellek*, Sudoll. Pfarrer *Anders*, Eckersdorf, Kreis Namslau. Pfarrer *Hiller*, Kaulwitz. Pfarrer *Drost*, Schmograu. Kuratus *Pasternack*, Glauche. Erzpriester *Hettwer*, Kreuzendorf. Pfarrer *Kubis*, Michelsdorf. Pfarrer *Polednia*, Wallendorf. Weltpriester *Ledmon*, Sudoll. Weltpriester *Melz*, Benkowitz. Kaplan *Edler*, Kreuzenort. Pfarrer *Warzecha*, Gross-Bargen. Pfarrer *Losse*, Bankwitz. Pfarrer *Raczek*, Karlsruhe OS."

Die „Schles. Volksztg.", die diese Erklärung ebenfalls in ihrer Nr. 405 v. 5. 9. 11 zum Abdruck brachte, wies die gemachten Vorwürfe entschieden zurück und bemerkte am Schluss ihres die Ueberschrift: „Eine Erklärung gegen das Zentrum" tragenden Artikels:

„Lebhaft bedauern wir im Interesse der deutschen, aber ganz besonders der schlesischen Zentrumssache, diese Erklärung. Die Unterzeichner sagen, die Sorge um die „ganz besonders notwendige Einigkeit und Arbeitsfreudigkeit unter dem katholischen Volke" habe ihnen die Feder in die Hand gedrückt, und in demselben Augenblick, unmittelbar vor den schweren Kämpfen der Reichstagswahlen stellen sie wieder eine Frage zur Diskussion, von deren Behandlung sich noch nicht übersehen lässt, welchen Schaden sie anrichten wird. Zwar ist es möglich, dass nicht alle Unterzeichner über die Verhältnisse so orientiert gewesen sind, wie es zur richtigen Würdigung unbedingt nötig gewesen wäre. Und daher glauben wir zu der Annahme berechtigt zu sein, dass vielleicht doch eine Stunde kommen wird, in der manche der in Frage Kommenden bedauern werden, die Erklärung mit unterzeichnet zu haben."

Alsbald nahm auch der *Geschäftsführende Ausschuss der Schlesischen Zentrumspartei* zu der Angelegenheit Stellung. In der „Schles. Volksztg." (Nr. 415 v. 10. 9. 11) veröffentlichte er folgende Erklärung:

Breslau, den 9. Sept. 1911.

Gegenüber der in Nr. 202 der Ratiborer „Oberschlesischen Volkszeitung" vom 3. September 1911 erschienenen Erklärung des Herrn Erzpriesters Pfleger und 24 anderer geistlicher Herren sieht sich der Geschäftsführende Ausschuss der schlesischen Zentrumspartei genötigt, folgendes festzustellen:

H. Pater *Weiss* hat in einem kürzlich erschienenen Buche die Politik des jetzigen Zentrums in einer Weise dargestellt, die die schärfste Abwehr der zuständigen Parteiinstanzen notwendig machte. Hr. Graf *Oppersdorff* hat öffentlich diese Schrift verteidigt. In- und ausländische Blätter haben daraufhin die politische Tätigkeit und sogar die treukatholische Gesinnung der jetzigen Zentrumsführer auf das perfideste angegriffen und verdächtigt und den Grafen Oppersdorff als den alleinigen Träger wahrer, katholischer Gesinnung und Zentrumstradition im Gegensatz zu jenen Männern hingestellt, ohne dass Graf Oppersdorff sich dagegen verwahrt und diese Angriffe missbilligt hätte. Hr. Pfarrer Dr. *Nieborowski* hat in einem Artikel eines dieser ausländischen Blätter, als dessen Verfasser er sich bekennt, in ähnlicher Weise die Zentrumsführer angegriffen. Die „*Oberschlesische Volkszeitung*" hat diese Artikel teils ohne Kommentar wiedergegeben, teils zustimmend besprochen. *Daher hat die „Schlesische Volkszeitung"* als Zentralorgan der Schlesischen Zentrumspartei *nicht nur das Recht*, sondern auch die *Pflicht*, gegen diese Angriffe mit aller Schärfe Stellung zu nehmen, im Interesse der Partei und um die Irreführung unserer Wähler zu verhindern. Die obige Erklärung der geistlichen Herren muss deshalb den Anschein erwecken, als wenn sie sich diese Angriffe auf die Zentrumsleitung zu eigen machten. Im Interesse der gerade heute so notwendigen Einigkeit in der Partei müssen wir dieses nur auf das tiefste bedauern und *mit der Parteidisziplin für unvereinbar* erklären. Alle diese

Angriffe geben uns Veranlassung, *unser rückhaltloses Vertrauen zur Leitung der Partei* im Reichstage und im Preussischen Landtage auszusprechen. Dabei sind wir überzeugt, die überwältigende Mehrheit der Zentrumswähler Schlesiens hinter uns zu haben.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Schlesischen Zentrumspartei.

J. A.:
Generalbevollmächtigter Justizrat Dr. *Stephan*,
Stellvertretender Vorsitzender."

Sofort veröffentlichten Erzpriester *Pfleger* und die übrigen Mitunterzeichner der ersten Erklärung, zu denen inzwischen noch einige weitere Herren gekommen waren, folgende Gegenerklärung:

„Gegenüber der in Nr. 415 der „Schlesischen Volkszeitung" veröffentlichten Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses der Schlesischen Zentrumspartei auf den in Nr. 202 der „Oberschlesischen Volkszeitung" veröffentlichten Protest habe ich im Auftrage der 34 mitunterzeichneten Geistlichen folgendes zu erwidern:

1) Wir geben unter entschiedenem Protest unserem lebhaftesten *Bedauern* darüber Ausdruck, dass heute noch eine offizielle Parteiinstanz an der *öffentlichen Irreführung* festhalten kann, dass unser Protest gegen das Zentrum an und für sich gerichtet wäre, nachdem gegen diese *Unterstellung* bereits zu wiederholten Malen schärfste Verwahrung in der „Oberschlesischen Volkszeitung" eingelegt wurde.

Tatsachen, gegen die wir protestieren, waren einerseits die überaus gehässigen und persönlichen, den Gepflogenheiten der anständigen Zentrumspresse ins Gesicht schlagenden und inzwischen auch von einer ganzen Reihe anderer Blätter unserer Partei verurteilten *Ausfälle* der „Schlesischen Volkszeitung", und andererseits die nach unserer *festen Ueberzeugung* auf bedenklichen Irrwegen befindliche sogenannte „Kölner Richtung", auf deren Existenz und Bestrebungen die Dr. Stephan'sche Erklärung zu unserem Befremden mit keinem Worte Bezug genommen hat.

2) Mir müssen diese beleidigenden und provozierenden Angriffe um so mehr *missbilligen und bedauern,* als sich für die schwerwiegende Unterstellung, dass wir uns „Angriffe gegen die Zentrumsleitung zu eigen gemacht hätten", in unserer Erklärung *nicht die geringste Begründung findet.* Denn wir betonen noch einmal mit allem Nachdruck, dass die „Schlesische Volkszeitung" und ihre bedauerliche Kampfesweise und vor allem die sogenannte „Kölner Richtung" in unseren Augen *nie und nimmer das Zentrum bedeuten.*

Wir als die geborenen Führer des katholischen Volkes wollen für unser katholisches Volk ein einiges, grosses, starkes Zentrum, aber ein *wahrhaft katholisches* Zentrum ohne „Kölner" Beimischung, ohne verschwommene Interkonfessionalisierung.

Gerade wir *schlesische* Zentrumsmitglieder müssen unter Berufung auf den § 17 des Wahlorganisationsstatuts der Schlesischen Zentrumspartei, wonach nur „überzeugungstreue Katholiken" als Kandidaten aufgestellt werden dürfen, gegen die sogenannte „Kölner Richtung", die eine Interkonfessionalisierung des Zentrums erstrebt, *mit aller Energie uns erheben.*

In der Beurteilung der Gefahren aber, die aus dieser sogenannten „Kölner Richtung" unserer katholischen Kirche drohen, und in der Warnung vor diesen Gefahren lassen wir uns von der die Interkonfessionalisierung betreibenden Presse *keine Vorschriften machen. Dieser* Richtung gilt der Kampf.

Sollten aber — was wir nicht annehmen — *offizielle Instanzen* die Gefahren verkennen oder gar mit der „Kölner Richtung" und ihrer Kampfesweise sich *identifizieren,* dann müssten wir *auch gegen sie mit allem Ernste unsere Stimme erheben.* Denn die Einigkeit ist zwar ein sehr hohes und notwendiges, aber nicht das höchste Gut. Viel höher steht uns unsere heilige, katholische Sache.

Necessaria unitas politica, sed magis necessaria integritas catholica.

Und wir sind gewiss: Zum Schutze dieser bedrohten katholischen Sache wird sich auch unser oberschlesisches katholisches Volk wie ein Mann erheben, wenn es erst ein-

mal von seinen berufenen geistlichen Führern über die gegen wärtigen und kommenden Gefahren aufgeklärt wird.

Wer etwas anderes hinter unserer Stellungnahme wittert, der verdächtigt ohne Grund.

Erzpriester *M. Pfleger*, Ostrog. Stadtpfarrer *K. Ulitzka* Ratibor. Erzpriester *J. Kaluza*, Rogau. Religions- und Oberlehrer *J. Lux*, Ratibor. Pfarrer *Melzer*, Woinowitz. Pfarrer *Schliwa*, Jankowitz. Pfarrer *Namyslo*, Janowitz. Pfarrer *Porschke*, Kreuzenort. Pfarrer *Bugiel*, Herzogl. Zawada. Pfarrer *Berg*, Ruderswald. Pfarrer *Leszczyk*, Benkowitz. Pfarrer *M. Kosellek*, Sudoll. Pfarrer *Anders*, Eckersdorf, Kreis Namslau. Pfarrer, *Hiller*, Kaulwitz. Pfarrer *Drost*, Schmograu. Kuratus *Pasternak*, Glauche. Erzpriester *Hettwer*, Kreuzendorf. Pfarrer *Kubis*, Michelsdorf. Pfarrer *Polednia*, Wallendorf, Weltpriester *Ledwon*, Sudoll. Weltpriester *Melz*, Benkowitz. Kaplan *Edler*, Kreuzenort. Pfarrer *Warzecha*, Steinersdorf. Pfarrer *Losse*, Bankwitz. Pfarrer *Raczek*, Karlsruhe O.S. Pfarrer *Reif*, Markowitz. Pfarrer *Bernert* Nieder-Rydult. Pfarrer *Nowak*, Lubom. Pfarrer *Ballon*, Lissek. Kaplan *Pigulla*, Ostrog. Kaplan *Poganiuch*, Markowitz. Pfarrer *Hahnel*, Fischgrund. Pfarrer *Powollik*, Gammau. Kuratus *Latzkowski*, Oberwitz. Kaplan *Kampka*, Fischgrund."

Die „Schles. Volkztg." legte gegen die ihr hier erneut gemachten Vorwürfe entschieden Verwahrung ein (Nr. 425. v. 16. 9. 11). Von den unter den beiden Erklärungen als Unterzeichner stehenden Herren erklärten die Herren Stadtpfarrer *Ulitzka*-Ratibor und Pfarrer *Warzecha*-Gross-Bargen öffentlich, dass sie die Erklärungen nicht unterzeichnet hätten. Unterm 16. Sept. veröffentlichte der stellvertretende Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses der Schlesischen Zentrumspartei, Justizrat Dr. *Stephan* in Beuthen O.S. in der „Schles. Volksztg." (Nr. 427 v. 17. 9. 10) erneut folgende Erklärung:

„Erst heute bei meiner Rückkehr von einer grösseren Reise habe ich von den öffentlichen Erklärungen Kenntnis

erhalten, welche zu der Kundgebung des Geschäftsführenden Ausschusses der Schlesischen Zentrumspartei vom 9. September cr. in verschiedenen Blättern erfolgt sind. Diese Erklärungen erheben zwar auch allerlei Vorwürfe gegen mich persönlich; ich halte es jedoch nicht für erspriesslich, nun auch meinerseits oder namens des Geschäftsführenden Ausschusses der Schlesischen Zentrumspartei die öffentliche Erörterung in der Presse fortzusetzen, vielmehr wird die streitige Angelegenheit in einer besonderen Vertrauensmännerversammlung, für welche der Geschfätsführende Ausschuss bereits bei seiner letzten Sitzung einen Termin in Aussicht genommen hat, eingehend erörtert werden.

Da sich Herr Pfarrer Dr. Nieborowski in einer Zuschrift vom 11. d. Mts., welche gleichfalls erst heute in meine Hände gelangt ist, darüber beklagt, dass sich aus der Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 9. September cr. der Vorwurf herauslesen lasse, auch seine Angriffe seien ähnlich perfide gewesen, wie diejenigen gewisser Blätter, so stelle ich demgegenüber fest, dass ein solcher Vorwurf nicht beabsichtigt war, wie denn überhaupt nicht die Absicht bestanden hat, den in der Erklärung bezeichneten Herren Böswilligkeit zu imputieren.

Beuthen OS., den 16. September 1911.

Dr. Stephan, Justizrat."

Am 25. Sept. ii fand dann in *Ratibor* eine Versammlung statt, die von weittragender Bedeutung wurde, weil in ihr die sogenannte Katholische Aktion, die sich direkt gegen das Zentrum richtet, gegründet wurde. Ueber den Verlauf derselben berichtete die „Oberschles. Volksztg." (No. 222):

„Eine stattliche Anzahl von Priestern und gebildeten Laien aus allen Teilen Oberschlesiens fand sich gestern nachtmittag im „Deutschen Hause" hierselbst zu einer vertraulichen Aussprache über die durch die bekannten Erklärungen der 35 Geistlichen geschaffene innerpolitische Lage zusammen. Nach fast vierstündigen, fruchtbaren Beratungen einigte man sich auf folgende zwei Programmpunkte:

1) „Wir erstreben die Anerkennung, dass das *Zentrum eine politische* Partei ist, welche die Interessen des gesamten Volkes nach den *katholischen* Grundsätzen auf *allen* Gebieten des öffentlichen Lebens zu vertreten hat.

2) Wir verlangen, dass die gesamte andere Betätigung der Katholiken im öffentlichen Leben im innigsten Anschluss an die *hl. katholische Kirche* und ihr *Oberhaupt* zu geschehen hat."

Mit dieser Formulierung ist das Vorgehen der 35 Unterzeichner jener bekannten Erklärungen *abgelöst* und auf die breitere Grundlage einer *Aktion* für das gesamte katholische Deutschland gestellt worden. Zu ihrer Durchführung und Popularisierung wurde ein zehngliedriges *Aktionskomitee* gebildet. Wir nehmen jetzt schon zustimmende Zuschriften aus dem geistlichen und Laienstande entgegen."

Weiter hielt Herr Pfarrer *Dr. Nieborowski* in derselben Versammlung eine Ansprache, in der er gegen die Katholiken Deutschlands ganz ungeheuerliche Vorwürfe erhob. Die Oeffentlichkeit erfuhr davon erst neun Monate später durch das von Herrn Dr. Nieborowski herausgegebene „Katholische Deutschland". Nach besagtem Blatte (No. 19 v. 30. 6. 12) hatte Dr. Nieborowski damals in Ratibor ausgeführt:

„Die Hauptschwierigkeiten liegen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete. Hier, meine Herren, ist die „Kölner Richtung" so stark, dass der *hl. Vater* bereits mehrmals *gezwungen* wurde, das *entscheidende Wort zurückzuhalten*, einerseits, indem die Reichsregierung selbst die Hand über die interkonfesionellen Organisationen auf diesen beiden Gebieten schützend gehalten hat, anderseits, indem der hl. Vater den Ungehorsam seiner deutschen katholischen Kinder fürchten muss, die ganz in der Hand einer sie irreführenden Presse sich noch befinden. . . . . Ja, meine Herren, so steht es, ich sage ganz offen, der *hl. Vater muss sogar das Schisma fürchten*, wenn er seine klaren Forderungen, die er nicht verkürzen kann, auf die politische, sich interkonfessionell nennende Organisation und

die soziale entsprechende Verbindung richten will. Und er fürchtet Kampf und Seelenverlust, er *fürchtet das Schisma seiner deutschen Kinder*. Wie oft habe ich schon die Frage gehört: Es ist ja längst klar, was der Papst will, warum spricht er seine Forderung an die katholischen Deutschen nicht klar und offen aus? — Hier, meine hochw. Herren, haben Sie die Antwort: Es ist so weit mit uns gekommen, *dass er das Schisma fürchten muss*. Und deswegen seine Sehnsucht nach dem Aufstehen einer treupäpstlichen Presse zur wirklichen Aufklärung des katholischen Volkes. Ja, meine hochwürdigen Herren, der hl. Vater hofft auf uns, er wartet auf uns."

Mit Recht bemerkte hierzu das „*Deutsche Volksbl.*" (No. 148 v. 3. 7. 12):

„Nun kommt Herr Pfarrer Dr. Nieborowski und hat den traurigen Mut, der ganz erdrückenden Mehrheit der deutschen Katholiken vorzuwerfen, sie *seien für den Abfall reif*, und der Heilige Vater sei gezwungen, „das entscheidende Wort zurückzuhalten", weil er „sogar das Schisma fürchten müsse"! Das ist doch eine glatte Verleumdung der erdrückenden Mehrheit der deutschen Katholiken, eine Verleumdung, wie sie schlimmer gar nicht mehr auszudenken ist! Eine solche Verleumdung wagt man den deutschen Katholiken ins Gesicht zu schleudern, die unter der Führung der jetzt von den Quertreibern so verlästerten Männer den Kulturkampf der 70er Jahre siegreich durchgekämpft haben, denen Papst Leo XIII. und *Pius X.* wiederholt das höchste Lob wegen ihrer kirchlichen Treue gespendet, und von denen ein italienischer Kirchenfürst, Kardinal *Ferrari* von Mailand, vor wenigen Jahren das stolze Wort gesprochen: „Germania docet" — Deutschland ist unser Lehrer! Und heute gibt es im Deutschen Reiche Katholiken und Priester, die nicht davor zurückscheuen, dieses treue katholische Volk als für den Abfall reif hinzustellen und zu verleumden! Soll das noch katholisch sein?"

Am 10 Okt. 1911 fand dann in Breslau die von Dr. Stephan in Aussicht gestellte *Vertrauensmänner-*

versammlung der schlesischen Zentrumspartei statt. Ueber den Verlauf derselben berichtete die „Schles Volksztg." in ihren Nr. 467, 469. v. 11, 12 Oct. 11 wie folgt:

„Die heutige *Vertrauensmännerversammlung* der Schlesischen Zentrumspartei, die von dem Vorsitzenden Abgeordneten Geheimen Justizrat *Dr. Porsch* geleitet wurde, war so zahlreich besucht wie keine ihrer Vorgängerinnen. Ueber 200 Vertrauensmänner aus allen Teilen der Provinz waren anwesend; ausserdem folgende Reichs- und Landtagsabgeordnete bezw. Mitglieder des Herrenhauses: Graf Valetin *Ballestrem*, *Berndt*, Dr. *Fleischer*, *Geisler*, *Giemsa*, *Glowatzki*, *Goebel*, Graf *Henkel-Donnersmarck*-Romolkwitz, *Horn*, *Hubrich*, *Klose*, Graf *Magnis*, Graf *Oppersdorff*, Graf *Praschma*, Freiherr *von Reitzenstein*, *Richtarski*, *Stanke*, Graf *Strachwitz*-Berthelsdorf, *Strzoda*, *Stull*, Graf *Zieten* und Dr. *Zimmer*. Die Tagesordnung lautete: „*Besprechung der augenblicklichen Parteiwirren.*" Dazu lagen folgende vier Anträge von Pfarrer Dr. *Nieborowski*-Reichthal vor:

„1) Die Vertrauensmännerversammlung spricht ihre Missbilligung aus über die Erklärung des Geschäftsführenden Ausschusses der Schlesischen Zentrumspartei vom 9. September d. J. und erklärt dieselbe für ungültig.

2) Die Vertrauensmännerversammlung verlangt, dass die „Schlesische Volkszeitung" nicht weiter in einem Sinne redigiert wird, der dem katholischen Gefühl der Mehrheit der schlesischen Zentrumswähler widerspricht, und tadelt die persönliche Polemik, mit welcher sie achtbare Parteimitglieder beleidigt hat.

3) Die Vertrauensmännerversammlung stellt sich auf den Standpunkt des Programms der „Katholischen Aktion für Deutschland" vom 25. September d. J., welches dem Zentrumsprogramm durchaus nicht widerspricht.

4) Gegen die Bestrebungen, den § 17 des Wahlorganisationsstatuts abzuschaffen, nimmt die Vertrauensmännerversammlung entschieden Stellung."

Die Versammlung trat zuerst in die Beratung der Anträge

3 und 4 ein. Im Laufe der sehr eingehenden Debatte wurde von Herrn Dr. Nieborowski folgender Abänderungsantrag gestellt:

„Die Vertrauensmännerversammlung sieht das Zentrum als eine politische Partei an, welche die Interessen des gesamten Volkes nach katholischen Grundsätzen zu vertreten hat."

Hierzu brachte Abg. Graf *Strachwitz*-Berthelsdorf folgenden Antrag ein:

„Die Vertrauensmännerversammlung der Schlesischen Zentrumspartei geht mit Rücksicht auf den bis jetzt zu recht bestehenden einstimmigen Beschluss der Zentrumsfraktions-Vorstände des Reichstages und des Landtages sowie des Landesausschusses der Zentrumspartei vom 28. November 1909 über den Antrag Nieborowski zur Tagesordnung über."

Eine mehrstündige Beratung über diese Frage ergab eine vollständige Einmütigkeit der Versammlung bis auf Herrn Dr. *Nieborowski* und einen oder zwei Anhänger; schliesslich wurde der Antrag Graf Strachwitz unter grossem Beifall *mit allen gegen 3 Stimmen angenommen* und so über die Anträge Dr. Nieborowski zur Tagesordnung übergegangen.

Darauf erfolgte die Beratung der Anträge Dr. Nieborowski 1 und 2 (siehe oben). Hierzu lag folgender Antrag Graf *Kerssenbrock*-Schurgast vor:

„Die Vertrauensmännerversammlung der Schlesischen Zentrumspartei spricht unter Ablehnung des Antrages des Pfarrers Dr. Nieborowski zu 1) dem Geschäftsführenden Ausschuss ihr volles Vertrauen aus."

Dieser Antrag wurde *mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.*

Zuvor erklärte der Vorsitzende Geheimrat Dr. *Porsch*, dass er durch eine Badekur in Homburg verhindert gewesen sei, an den Beratungen des Geschäftsführenden Ausschusses teilzunehmen und keine Verantwortung für dessen Publikationen trage. Gleichwohl erkläre er sich mit den anderen Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses vollständig solidarisch. Er bitte deshalb, zur Leitung dieser Verhand-

lungen einen andern Vorsitzenden zu bestellen. Die Versammlung beruft als solchen den Abg. Grafen *Strachwitz*-Berthelsdorf, zu dessen Stellvertreter Erzpriester *Buchwald*-Beuthen. — Antrag 2 wird dann von Herrn Dr. Nieborowski zurückgezogen und dafür folgender Antrag gestellt:

„Die persönliche Polemik der „Schlesischen Volkszeitung" wird ausdrücklich getadelt."

Hierzu wurde von Generaldirektor Justizrat Dr. *Stephan* folgender Antrag gestellt:

„Ich beantrage, über den Antrag Nieborowski zu 2) mit Rücksicht darauf, dass gegen die „Schlesische Volkszeitung" wegen verschiedener Aeusserungen ein Gerichtsverfahren schwebt, dessen Ausgang abzuwarten ist, und dass es ausserdem nicht angängig erscheint, lediglich einen Antrag gegen die „Schlesische Volkszeitung" zu stellen, zur Tagesordnung überzugehen."

Der Antrag Dr. Stephan wurde *mit allen gegen die Stimme des Pfarrers Dr. Nieborowski angenommen.*

Damit sind die Anträge Dr. Nieborowski erledigt.

Darauf erfolgte die Besprechung der Angelegenheit des Abg. Grafen *Oppersdorff*. Nach eingehender Aussprache wird hierbei folgende, vom Abg. *Stanke* beantragte Resolution *mit allen gegen die Stimme des Herrn Dr. Nieborowski angenommen:*

„Die Vertrauensmännerversammlung der Schlesischen Zentrumspartei erklärt sich *gegen alle Sonderbestrebungen*, durch welche die — zumal in der jetzigen Zeit — so notwendige Einheit der Partei gefährdet, das Vertrauen zur Parteileitung erschüttert und die Parteidisziplin gelockert wird."

Hierauf vertagte sich die Versammlung. Zur Proklamierung der Kandidaturen findet Anfang Dezember eine besondere Vertrauensmännerversammlung statt.

Auf der hier angekündigten Vertrauensmännerversammlung wurde die Kandidatur des *Grafen Oppersdorff* nicht mehr proklamiert, da sich inzwischen die

Vertrauensmänner seines bisherigen Wahlkreises Glatz-Habelschwerdt mit grosser Majorität gegen seine Wiederaufstellung ausgesprochen hatten. Dafür kandidierte er als Kandidat der Zentrumspartei im Wahlkreise Fraustadt-Lissa, wo er auch gewählt wurde, trotzdem *Frhr. v. Hertling* in zwei Telegrammen an Seminar-Direktor Dr. Thunert seine Wahl als „nicht erwünscht" im Interesse der Einigkeit der Zentrumspartei bezeichnet hatte. Graf Oppersdorff hatte übrigens auch in Berlin als offizieller Zählkandidat der Zentrumspartei fungiert. Dennoch unterblieb seine Wiederaufnahme in die Zentrumsfraktion. Es war darüber allerdings kein Fraktionsbeschluss zustande gekommen, im Vorstande hatte die Angelegenheit nur zur Beratung gestanden, und Abg. Roeren hatte sich dabei — im Gegensatze zu den übrigen Mitgliedern — für die Aufnahme erklärt. Aber es waren auf Anordnung des damaligen Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums eine Reihe Handlungen erfolgt, aus denen Graf Oppersdorff seine Nichtaufnahme als geschehen erachtete. In einer in seinem kurz zuvor gegründeten Blatte „Wahrheit und Klarheit" veröffentlichten Erklärung äusserte er, die Nichtaufnahme als gegebene Tatsache hinzunehmen. Damit erübrigte sich für die Fraktion eine weitere Stellungnahme.

Leider liess Graf Oppersdorff sich in der Folge wiederholt nicht nur in seinem Blatte „Wahrheit und Klarheit", das doch nur der Förderung der katholischen Sache dienen sollte, sondern auch ausserhalb desselben zu bedauerlichen und ungerechtfertigten Polemiken gegen das *Zentrum* verleiten, sowie zu ebenso ungerechtfertigten hässlichen *persönlichen* Angriffen, speciell auch gegen den verdienten Zentrumsführer Geheimrat *Dr. Porsch*. Man kann ihm dabei ohne weiteres zu gute halten, dass auch er vielfach nicht mit Seidenhand-

schuhen angefasst worden ist, aber gerade ein Mann von so hervorragender Begabung wie Graf Oppersdorff, der sich in der Vergangenheit so manches Verdienst um die katholische Sache und das Zentrum erworben hat, muss sich doch sagen, dass durch ein solches Auftreten weder dem Zentrum noch der katholischen Sache gedient wird. Das wird ihm sicherlich auch der freudige Widerhall, den diese seine Artikel bei unsern Gegnern gefunden, gezeigt haben, wie nicht minder die einstimmige Verurteilung seiner Angriffe in der katholischen und Zentrumspresse. Mit Recht hat speciell Abg. Dr. Porsch auf dem am 9. Juni 1912 in Wiesbaden abgehaltenen Parteitag mit Bezug hierauf ein entschiedenes Wort gesprochen.

Ende Dezember 1911 wurde dann nachfolgendes Zirkular an eine grosse Anzahl von Adressen in Deutschland versandt:

„*Das Katholische Deutschland*"
Organ zur Vertretung katholischer Grundsätze
auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.
Mainz. Katholischer Verlag *Breslau.*
Mainz, Breidenbacherstr. 12 — Telephon 1177.

S t r e n g v e r t r a u l i c h!

Ew. Hochwürden
Hochwohlgeboren

gestatten wir uns, eine h o c h b e d e u t s a m e Angelegenheit zur vertraulichen Kenntnisnahme ergebenst zu unterbreiten.

Durch die Ihnen ja bekannten Bestrebungen der sogenannten Osterkonferenz und der schlesischen katholischen Aktion sowie die daran sich anschliessende Zeitungspolemik hat sich in weiten Kreisen derjenigen deutschen Katholiken und Zentrumsanhänger, die sich mit der „Tendenz und dem Terror der Bachemschen Richtung" nicht einverstanden erklären können, das *Bedürfnis* nach einer *unabhängigen Zentrumszeitung*, die auf dem Boden katholischer Grundsätze steht, eingestellt.

Um diesen Wünschen entgegenzukommen, bildete sich im Laufe der letzten Monate ein aus führenden Persönlichkeiten der oben erwähnten Bewegungen zusammengesetztes Komitee, das nach wiederholten eingehenden Beratungen beschlossen hat, nach den Reichstagswahlen unter dem Titel:

„*Das Katholische Deutschland*"
Organ zur Vertretung katholischer Grundsätze auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens

ein Blatt der gedachten Art erscheinen zu lassen. Als Verlagsort wurde Mainz gewählt, und zwar wegen seiner zentralen Lage, seines alten katholischen Namens und wegen günstiger technischer Verhältnisse.

Die Tendenz der neuen Zeutung, die zunächst als Wochenblatt gedacht ist, soll nun im einzelnen bestehen:

1. in dem sachlichen, aber unerschrockenen Kampfe für das alte Windthorstsche Zentrum gegen die sog. Kölner Richtung, die bekanntlich bestrebt ist, das spezifisch katholische Moment aus unserem Kulturleben und besonders unseren Organisationen tunlichst auszuschalten;
2. in der vornehmen, aber energischen Abwehr des persönlichen Verleumdungs- und Entstellungsfeldzuges der von der „Kölnischen Volkszeitung" und ihren Ablegern systematisch gegen alle Andersdenkenden geführt wird, und
3. in der Sammlung aller derjenigen Kräfte, die gegen die Bachemschen Verwässerungsbestrebungen einmal ein offenes, freies, katholisches Wort reden wollen.

Im übrigen nimmt sich das neue Blatt die beiden am 25. September in Ratibor beschlossenen Programmpunkte zum Motto:

1. Wir erstreben die Anerkennung, dass das Zentrum eine politische Partei ist, welche die Interessen des gesamten Volkes nach den katholischen Grundsätzen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu vertreten hat;
2. Wir verlangen, dass die gesamte andere Betätigung der Katholiken im öffentlichen Leben im innigsten

Anschluss an die hl. katholische Kirche und ihr Oberhaupt geschehen muss.

Da als Verbreitungsgebiet des neuen Organs naturgemäss ganz Deutschland in Betracht kommt, hat das Komitee geglaubt, das Unternehmen auf eine möglichst breite Grundlage stellen und möglichst viel Gleichgesinnte zur Mitarbeit am dem verdienstvollen Werke heranziehen zu sollen. Es nahm deshalb von den Angeboten einzelner grösserer Kapitalisten Abstand und vereinbarte, eine unter dem Namen „Katholischer Verlag" einzutragende G. m. b. H. zu begründen und Anteilscheine à Mk. 500, deren Depot die Deutsche Bank in Mainz übernimmt, auszugeben. In diesem Modus liegt nicht nur eine grössere Gewähr für die Selbständigkeit, sondern auch für die Rentabilität des Blattes, die indessen schon trotz des billigen Preises des populär auszugestaltenden Organs gesichert erscheint, da dem Komitee neben einer längeren Liste hervorragender Mitarbeiter bereits gegen 4000 Privatadressen zur Verfügung stehen, die ohne weiteres als Abonnenten angesehen werden können.

An Ew. Hochwohlgeboren gestatten wir uns nun ebenfalls mit der herzlichen Bitte um gefl. Uebernahme eines oder mehrerer Anteilscheine zu wenden. Ihr grosses Interesse an unserer Angelegenheit ist uns bekannt. Nun heisst es, die zuwartende Stellung aufzugeben und zur Tat überzugehen. Das Ergebnis der Ersatzwahlen in Immenstadt, Düsseldorf, Konstanz hat gezeigt, dass es die höchste Zeit zum Eingreifen ist, und leider steht auch zu befürchten, dass die nahenden Reichstagswahlen das in noch höherem Masse dartun werden. Deshalb müssen wir sofort nach diesen Wahlen mit einer, von einseitig beeinflussten Instanzen unabhängigen und furchtlosen Zeitung zur Stelle sein, welche zum wirklichen Wohle der Partei und der katholischen Sache das ungetrübte Fazit der Wahlergebnisse zieht und diejenigen Leute, welche auch dann noch nicht wissen, was auf dem Spiele steht, aufklärt und aufrüttelt.

Wir erinnern gleichzeitig an das Wort, das Bischof Korum laut einem soeben veröffentlichten Briefe Stegerwald's 1908 gesprochen hat:

„Wäre ich anstatt Bischof von Trier noch Professor in Strassburg, so würde ich einen rücksichtslosen Kampf gegen die „Kölnische Volkszeitung" führen. Wenn ich das Geld hätte, würde ich längst eine eigene Zeitung gegen die „Kölnische Volkszeitung," gegründet haben."

Auch dieser Ausspruch ist Tausenden aus der Seele geprochen. Deshalb sind wir überzeugt, dass sich auch Ew. Hochwohlgeboren an unsrem Unternehmen gerne beteiligen werden und bitten — die Namen bleiben geheim — um baldgefl. diskrete Nachricht an untenstehende Adresse. Um während der Wahlen Pressfehden zu vermeiden, die durch Uebereifer auf der andern Seite dem Zentrum schaden könnten, sind diese Mitteilungen, die nur brieflich und nur an sorgfältig ausgewählte Adressen versandt werden, streng geheim zu halten.

Zu jeder näheren Auskunft gerne bereit

Das Komitee des katholischen Verlags
(Mainz, Breidenbacherstr. 12) i. A. (gez.)"

Hierzu ist berichtigend zu bemerken, dass die Osterdienstagskonferenz mit dieser Neugründung nicht das Geringste zu tun hat. Das neue Blatt erschien dann zum ersten Male am 18 Febr. 1912, aber nicht, wie angekündigt, in Mainz, sondern in Breslau. Es handelt sich dabei ausgesprochen um ein gegen das Zentrum gerichtetes Blatt. Hat „Das katholische Deutschland" doch auch bereits in seiner No. 7 v. 7. April 12 ausdrücklich erklärt, dass es das Zentrum zu einer konfessionellen Partei machen wolle.

Wörtlich heisst es dort:

„Als die „Osterkonferenz aussprach, das Zentrum sei eine Partei, die „im Einklang mit der katholischen Weltanschauung wirke, wurde von der „Kölnischen Volkszeitung" dagegen vorgebracht, dass diese Erklärung das Zentrum schliesslich doch zu einer katholischen Partei machen würde. Die Osterkonferenz-Mitglieder erschraken damals noch vor

diesem Hydrakopf einer angeblich verfassungswidrigen katholischen, „konfessionellen" Partei und suchten das zu widerlegen. Aber hierin hatte „Köln" recht. Sobald einmal die katholische Weltanschauung irgendwie als verpflichtend für das Zentrum hingestellt wird, treibt die eiserne Konsequenz dazu, es zu einer grundsätzlich katholischen Partei in ausgeführtem Sinne zu machen. Aber wir fürchten diesen Hydrakopf nicht mehr, wir sagen ja, es ist eine Partei auf katholischer Grundlage, *ja es ist eine katholische politische Partei*, aber es ist auch eine Verfassungspartei, welche die Interessen des gesamten Volkes nach den katholischen Grundsätzen zu vertreten hat. Wir atmen auf, der Hydrakopf ist abgeschlagen, und wir werden durch unermüdliches Nachbrennen ein neues Hervorwachsen zu hindern wissen."

Fünf Tage nach Erscheinen der ersten Nummer des „Kath. Deutschland" schrieb die freisinnige „Bresl. Ztg." (No. 135 v. 23 Febr.):

„Das Katholische Deutschland" ist das Organ betitelt, das *Kardinal Kopp* zur Bekämpfung der Kölner Richtung in Breslau n e u g e g r ü n d e t hat, und das bezeichnenderweise nicht in der Druckerei der „Schlesischen Volkszeitung" in Auftrag gegeben ist. Unsere Leser erinnern sich, dass Kardinal Kopp eine heftige Fehde nicht nur gegen „den verseuchten Westen" ins Leben gerufen hat, sondern dass er auch die Zentrumspartei als solche in ihrem heutigen Bestande als ein Uebel f ü r die katholische Sache ansieht. Diese Zentrumspartei ist dem streitbaren Kardinal zu selbständig der Kirche gegenüber, und zu weltlich . . . In der Verfechtung dieser Richtung hatte Kardinal Kopp schliesslich in Deutschland fast nur noch den Grafen Oppersdorff auf seiner Seite, der dementsprechend nach seiner jetzt erfolgten Wahl in den Reichstag auch nicht als Mitglied der Zentrumsfraktion aufgenommen worden ist."

Sofort erhielt das Blatt von Kardinal Kopp folgende Zuschrift:

„Breslau, den 23. Februar 1912.

Die geehrte Redaktion bitte ich bezüglich der in der heutigen Morgen-Nummer gebrachten Mitteilung über mich die nachfolgende Erklärung aufzunehmen:

Ich habe die Zeitung: Das katholische Deutschland *weder gegründet noch mitgegründet*, erhalte vielmehr durch die „Breslauer Zeitung" von ihrem Bestehen die erste Kunde. *Ebenso wenig ist diese Zeitung mein Organ*, da ich nicht einmal Abonnent bin. *Mit der schlesischen Zentrumspartei stehe ich in keinem Gegensatze*, kann also durch sie keine Niederlage erlitten haben. *Ich vertrete überhaupt keine Politik, die sich gegen das Zentrum richtet.*

G. Kard. Kopp."

Kurze Zeit darauf brachte die „Schles. Ztg." (Nr. 159 v. 3. 3. 12) folgenden einer Essener Korrespondenz von angeblich „bestinformierter Seite" aus Breslau zugegangenen Bericht:

„Der Zuschrift, welche Kardinal Kopp an die Redaktion der „Breslauer Zeitung" sandte, und in welcher er erklärte, keine Politik zu vertreten, die sich g e g e n das Zentrum richte, wird eine besondere Bedeutung n i c h t zugelegt, da der Fürstbischof nicht auch gleichzeitig erklärt, dass er diese Politik billige! Wenn also die „Kölnische Volkszeitung" meint, die Erklärung des Kardinals bedeute eine zwar höfliche, aber entschiedene Abschüttelung des Blattes „Das katholische Deutschland" und dessen Hintermänner, so befindet sie sich in einem starken Irrtum. Die „Akteure" und „exaltierten Spintiseure" (so nennt der „Badische Beobachter" wahrhaft katholische Männer) g e h e n i m P a l a i s a u f d e r D o m i n s e l z u j e d e r T a g e s z e i t e i n u n d a u s, und schon die allernächste Zeit wird den Beweis dafür erbringen, dass die bösen „Exaltados" sich g a n z b e s o n d e r e r W e r t s c h ä t z u n g d e r h o h e n B r e s l a u e r D o m g e i s t l i c h k e i t erfreuen."

Darauf entgegnete alsbald die „Schles. Volksztg." (Nr. 104 v. 5. 3. 12):

„Demgegenüber können wir, *von berufener Seite dazu besonders ermächtigt*, erklären, dass die in der betreffenden Korrespondenz erhobenen *Behauptungen direkt unwahr* sind. Es *widerspricht der Wahrheit*, dass die Hintermänner der katholischen Aktion im Palais auf der Dominsel zu jeder Tageszeit ein- und ausgehen und dort etwa ein offenes Ohr finden, ferner, dass sie sich ganz besonderer Wertschätzung der hohen Breslauer Domgeistlichkeit erfreuen. *Im Gegenteil, wir können erklären, dass von der massgebenden Stelle die Neugründung des Wochenblattes der katholischen Aktion, diese selbst und ihre Propagierung aufs schärffste verurteilt werden.*

Sollten übrigens die Akteure einmal versuchen, im „Palais auf der Dominsel" für ihre Bestrebungen Propaganda zu machen, so würde ihnen die entsprechende deutliche Antwort zuteil werden."

Am 25. Sept. 1912 tagte in Beuthen O.S. eine Vertrauensmännerversammlung der Schlesischen Zentrumspartei, die von über 200 Vertrauensmännern besucht war und von Geheimrat Dr. Porsch geleitet wurde. Neben 25 schlesischen Reichs- und Landtagsabgeordneten der Zentrumspartei wohnte der Versammlung als Gast auch Reichs- und Landtagsabgeordneter Oberlandesgerichtsrat Marx-Düsseldorf bei. Die Versammlung befasste sich u.a. auch mit der „Katholischen Aktion" und nahm (laut „Schles. Volksztg." Nr. 442 v. 26. 9. 12) einstimmig folgende Resolution an:

„Bereits im Jahre 1911 hat die Vertrauensmännerversammlung der Schlesischen Zentrumspartei zu der in Schlesien gegründeten sogenannten „Kath. Aktion für Deutschland" Stellung genommen, indem sie über den Antrag, die Vertrauensmännerversammlung möge sich auf den Standpunkt der „Kath. Aktion" für Deutschland stellen, zur Tagesordnung überging. Trotzdem wird noch heute unter den schlesischen Zentrumswählern für dieses Programm gearbeitet. Daher sieht sich die heute in Beuthen tagende Vertrauensmännerversammlung der Schlesischen Zentrumspartei genötigt, die sog. „Kath.

Aktion für Deutschland" wiederholt auf das entschiedenste abzulehnen und die Zentrumswähler davor zu warnen. Die Vertrauensmännerversammlung hält eine *Zugehörigkeit zur „Kath. Aktion" mit einer ferneren Zugehörigkeit zur Zentrumspartei für unvereinbar.*"

An der Spitze ihrer Nr. 482 v. 19. 10. 12 brachte die „Schles. Volksztg." dann unter der Überschrift *„Kardinal Kopp verurteilt die sog. „Katholische Aktion"*" folgende Notiz in auffälligem Druck:

„Gegenüber den andauernden scharfen Angriffen der von Pfarrer *Dr. Nieborowski* geleiteten sogenannten „Katholischen Aktion" und des von ihm herausgegebenen Organs „Das Katholische Deutschland" gegen Führer und Anhänger des Zentrums, insbesondere gegen die Herren Dr. Porsch und Dr. Herschel, sind wir in der Lage zu erklären, dass *Se Eminenz Form und Inhalt dieser Angriffe missbilligt.*"

Unterm 31. Okt. 1912. (Nr. 502) veröffentlichte die „Schles. Volksztg." an der Spitze des Blattes noch folgendes:

„Das katholische Deutschland", das Organ der sog. „Katholischen Aktion", befasst sich in Nr. 36 vom 27. Oktober mit den von uns in Nr. 482 vom 19. Oktober an der Spitze unseres Blattes veröffentlichten, gegen ihr Auftreten gerichteten Sätzen und greift uns dabei in der schon wiederholt gekennzeichneten Weise an, indem es u. a. dort sagt:

„Wir halten es für ausgeschlossen, dass Se. Eminenz einem durch so hinterlistige, unkatholische Gehässigkeit verächtlichen Blatt, wie der „Schlesischen Volkszeitung", seine Herzensmeinung zur Verbreitung anvertrauen wird. Wenn ein Bischof seinem Priester etwas zu sagen hat, gibt es für ihn andere Wege."

Wir hielten es daher für unsere Pflicht, diese Nummer des „Kath. Deutschland" Sr. Eminenz Herrn

Kardinal Kopp mit einem Begleitschreiben zu übersenden, worin wir sagten:

„Ew. Eminenz

erlauben wir uns in der Anlage die neueste Nummer der Wochenschrift „Das katholische Deutschland" des Herrn Pfarrer Dr. Nieborowski in Reichthal ganz gehorsamst zu überreichen, und insbesondere auf den darin stehenden Artikel: „Eine neue „Kölner" Lüge" aufmerksam zu machen, in welchem wir der Lüge, Hinterlist und sogar unkatholischer Gehässigkeit geziehen und verächtlich genannt werden, weil wir den uns von den Herren Dr. Porsch und Dr. Herschel als von Eurer Eminenz gebilligt übergebenen Satz über die sogenannte katholische Aktion in Nr. 482 der „Schlesischen Volkszeitung" veröffentlicht und dazu das wiederholt haben, was wir bereits am 5. März d. Is. als mit Eurer Eminenz Meinung übereinstimmend in dieser Angelegenheit „von der massgebenden Stelle" veröffentlicht hatten."

Auf dieses unser Schreiben ist uns von Sr. Eminenz folgende Antwort zur Veröffentlichung zugegangen:

„Breslau, den 28. Oktober 1912.

An die Redaktion der Schlesischen Volkszeitung hierselbst.

Indem ich den Empfang der mir zugesandten Zeitung „Das katholische Deutschland" bestätige, kann ich nur tief bedauern und missbilligen, wie jenes Blatt hochverdiente Männer fortwährend zum Gegenstand einer gehässigen Polemik macht.

G. Card. Kopp,
Fürstbischof von Breslau."

Damit dürfte die Angelegenheit wohl für jeden hinlänglich geklärt sein.

§ 21. „Die Machenschaften gegen die deutschen Katholiken."

Peinliches Aufsehen erregte im Frühjahr 1912 ein in der „Augsb. Postztg" (No. 49 v. 1. 3. 12) erschienener Artikel: „Die Machenschaften gegen die deutschen Katholiken", der dem Blatte angeblich „aus informierten Kreisen in Rom" zuging. Dieser Artikel, zu dessen Verbreitung sich bedauerlicherweise auch mehrere andere angesehene Zentrumsblätter hergaben, enthielt eine Reihe ganz ungeheuerlicher und unglaubwürdiger Beschuldigungen gegen Msgr. *Benigni*, den Herausgeber der „Correspondence de Rome," einer inzwischen eingegangenen Korrespendenz, deren Auslassungen wiederholt den berechtigten Unwillen der deutschen Katholiken erregt hatten. Andere führende Zentrumsblätter waren den Auslassungen des Augsburger Blattes mit Recht sofort entschieden entgegen getreten. Die „Correspondence de Rome" wies die gegen Benigni erhobenen Beschuldigungen ebenfalls alsbald nachdrücklichst zurück (No. 26 v. 8. 3. 12). Gleichzeitig brachte der „Osservatore Romano" (No. 68) folgende offiziöse Note:

„Aus Anlass einer gifterfüllten Korrespondenz.

Wir lesen in der „Augsburger Postzeitung" eine sogenannte Korrespondenz aus Rom, in der in wahrhaft nichtswürdiger Weise ein hervorragender römischer Prälat angegriffen wird, indem wahnwitzige und beleidigende Anschuldigungen gegen ihn erhoben werden. Eine solche Veröffentlichung verdient nicht einmal die Ehre, dementiert zu wer-

den, es genügt, sie dem Tadel der Gutgesinnten zu überweisen."

Nichts desto weniger fuhr die „Augsb. Postztg" in ihren Angriffen gegen Benigni fort, so speciell in ihrer No. 59 v. 13. 3. 12 in einem Artikel, der die gleiche Ueberschrift trug, wie der in No. 49 des Blattes veröffentlichte. Nunmehr nahm der Kardinalstaatssekretär selbst Stellung. Unter dem gleichen Titel, den die erwähnten beiden Artikel trugen, veröffentlichte die „Augsb. Postztg." an der Spitze ihrer No. 61 v. 15. 3. 12 folgende Erklärung:

„*Se. Eminenz der Herr Kardinalstaatssekretär Merry del Val* lässt uns durch den Hochwürdigsten Herrn *Bischof von Augsburg* wissen, dass er gegenüber unseren Gewährsmännern die Behauptungen der römischen Zuschrift in Nr. 49 der „Augsburger Postzeitung" als *unwahr und ehrenrührig für den Hl. Stuhl und dessen Funktionäre* bezeichnen muss. Wir nehmen von diesem amtlichen Dementi Notiz."

Ein Wort des Bedauerns, wie man es wohl hätte erwarten dürfen, fand die „Augsb. Postztg." für ihr Vorgehen leider nicht.

§ 22 Ein Artikel der „Kreuzzeitung."

Noch ungleich grösseres Aufsehen rief ein von der „Kreuzztg" (No. 84 v. 20. 2. 12) unter der Ueberschrift: „Die Kurie und der deutsche Katholizismus" veröffentlichter Artikel hervor, der dem Blatte, wie dies einleitend bemerkte, von hervorragender katholischer Seite zugegangen war. In seiner Nr. 93 v. 24. 2. 11 bemerkte das Blatt ergänzend hierzu, dass der Artikel nicht aus Deutschland stamme. Der Verfasser wohne im Auslande. Die vor allem in Betracht kommenden Stellen finden sich in nachstehendem Artikel wiedergegeben, den die »Germania« als Erwiderung in ihrer No. 45 v. 25. 2. 12 veröffentlichte:

„*Die Kurie und der deutsche Katholizismus.*

Von hochgeschätzter berufener Seite wird uns geschrieben:

Unter vorstehender Aufschrift bringt die „Kreuzzeitung" in Nr. 84 eine ihr „von hervorragender katholischer Seite" zugesandte Zuschrift, „die zwar vom streng katholischen Standpunkte aus geschrieben ist, aber auch allen national empfindenden Evangelischen vieles zu denken gibt".

Inwieweit diese Zuschrift „von hervorragender katholischer Seite" stammt, müssen wir dem Urteil der „Kreuzzeitung" überlassen. Aber „vom streng katholischen Standpunkte aus" ist sie *nicht* geschrieben. Sie ist vielmehr in ihrem Hauptteile ein buntes Gemisch von ungeklärten und falschen Auffassungen über den streng katholischen Standpunkt und die tatsächliche Lage der katholischen Kirche in Deutschland. Und darum ist diese Zuschrift zwar geeignet, „vieles zu denken zu geben", aber leider nicht in allweg Zutreffendes und manch Irreführendes. Schon der Umstand, dass sich

der Verfasser mit seinen zum Teil ungeheuerlichen Anklagen gegen die höchste Autorität der katholischen Kirche in die Oeffentlichkeit eines politischen Tageblattes und zwar eines *nicht* katholischen begibt, hat wenig vom streng katholischen Standpunkte. Wir wollen diese vielleicht gut gemeinte Verirrung nicht weiter betonen, aber auf den Inhalt der Zuschrift etwas einzugehen, nötigt uns die Liebe zu unserer katholischen Kirche und zu unserem deutschen Vaterlande. Beiden ist nur mit Wahrheit und Klarheit gedient; beide leiden unter Unklarheit und Unwahrheit, mögen diese auch ohne jeden bösen Willen, ja in guter, aber irregehender Absicht verbreitet werden.

Die Zuschrift geht aus von dem diesjährigen Fastenhirtenbriefe des Herrn Erzbischofs von Köln, Eminenz Fischer. „Es findet sich darin ein scharfer Protest gegen die in letzter Zeit in verschiedenen ultramontanen Organen des Auslandes hervorgetretenen Verdächtigungen des deutschen Katholizismus, Verdächtigungen, die auch von gewissen überkatholischen Fanatikern des Inlandes begierig aufgenommen, weiterverbreitet und bekräftigt worden sind." So lautet nun der Protest des Kardinals allerdings nicht ganz, da er weder von „ultramontanen Organen des Auslandes"noch von „überkatholischen Fanatikern des Inlandes" redet, sondern von „Stimmen aus katholischen Kreisen im Inland und Ausland" spricht, die in der letzten Zeit laut geworden seien „und die Katholiken Deutschlands und namentlich die von Westdeutschland betreffs ihrer katholischen Glaubenstreue zu verdächtigen wagten und eine Unterscheidung aufstellten zwischen *römischen*, oder, wie andere sagten, *katholischen* Katholiken und *deutschen* Katholiken"; sodann tief beklagt, dass „auch bei uns einzelne Stimmen in die Anklage einstimmen und es wagen, unser katholisches Deutschland als geistig verseucht darzustellen, als antirömisch und antipäpstlich, als gefährdet im Glauben, als liebäugelnd mit den Andersgläubigen, als bereit, mit ihnen, ja auch mit denen, welche die christlichen Grundsätze preisgegeben haben, eine Einigung zu bilden auf Grund eines unbestimmten, in der Luft schwebenden, *sogenannten* Christentums, das kein Christentum mehr ist."

Gegen solche Stimmen Protest einzulegen, ist der greise Metropolit vollauf berechtigt, und jeder deutsche Katholik wird ihm das Dank wissen, und am meisten gerade der Hl. Vater in Rom, der ganz gewiss solchen Verdächtigungen keinen Glauben schenkt. Dafür ist gesorgt durch den Herrn Kardinal Fischer selbst, dessen kühner Initiative das katholische Deutschland den unvergesslichen eucharistischen Kongress von Köln verdankt, über den der apostolische Delegat, Kardinal Vinzenz Vannutelli, dem Papste ausführlich berichtet hat, derselbe Kardinal Vannutelli, der schon auf der prachtvollen Festfahrt nach Köln, den Rhein hinab von Mainz bis Köln, wie er selbst in seiner Tischrede damals ausführte, nicht genug staunen konnte über die Erweise tiefsten katholischen Glaubens, die ihm ununterbrochen von Ort zu Ort an beiden Ufern der alten, katholischen „Pfaffengasse" in den jubelnden, seinetwegen herbeigeströmten Volksmassen vor Augen traten. Aber ausser dem Oberhirten von Köln gibt es in den weiten deutschen Landen noch eine stattliche Zahl von Mitraträgern, die in der lebendigsten Korrespondenz mit „der Kurie in Rom" stehen und, wie es ihres Amtes ist, dem Papste genaue und eingehende Berichte über den Stand der katholischen Kirche in Deutschland erstatten, schriftlich und mündlich. Dieser Tatsache gegenüber, die anscheinend dem Verfasser der Zuschrift an die „Kreuzzeitung" entgangen ist, lässt sich die „hervorragende katholische Seite" nun so vernehmen:

„Es ist zu wünschen, dass das Wort des Erzbischofs von Köln überall gehört, verstanden und befolgt werden möge. Es ist namentlich zu wünschen, dass es auch an der Stelle Beachtung finde, wo die Denunzianten und Verleumder ihren stärksten Rückhalt wissen: bei der Kurie in Rom. Oder sagen wir es deutlicher. Es ist endlich an der Zeit, dass die leitenden römischen Persönlichkeiten, vor allem der Papst selber endlich einmal ihr Ohr denen leihen, die zur Beurteilung des deutschen Katholizismus berufen sind. Es ist endlich einmal an der Zeit, Ernst zu machen mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit: Audiatur et altera pars! Denn bisher hat man in Rom ausschliesslich auf die Stimmen der

schlimmsten Feinde des deutschen Katholizismus gehört. Und es ist leider zu befürchten, dass auch das Wort des Erzbischofs und Kardinals in den Wind gesprochen sein wird. Beachtet wird es in Rom werden, daran ist nicht zu zweifeln; aber wie — das ist die Frage. Möglich, dass es den Oberhirten der grossen rheinischen Erzdiözese den Thron des hl. Maternus kosten wird. Er selbst braucht in seinem Hirtenbriefe die Wendung, die fast einer Anspielung auf diese Möglichkeit gleichkommt. Auch der Erzbischof von Perugia hat vor anderthalb Jahren sein Amt niederlegen müssen, weil er nicht entschieden genug im Sinne der Kurie gegen den angeblichen Modernismus seines Klerus eingeschritten ist. Solche Kundgebungen, wie der diesjährige Kölner Hirtenbrief, solche Proteste von berufenster Stelle scheinen in heutiger Zeit ihre Bedeutung verloren zu haben. Das Wort eines Bischofs dringt nicht mehr durch; es gilt allein noch das Wort des Papstes und seiner unverantwortlichen Ratgeber. Was besonders Kardinal Fischer betrifft, so hat er das Ansehen, das er vielleicht einmal in Rom genoss, längst ebenso verscherzt, wie der Nuntius Frühwirth in München und alle, die das katholische Deutschland gegen übertriebene und ungerechte Beschuldigungen in Schutz genommen haben. Wenn der ganze deutsche Episkopat im Sinne Fischers in Rom vorstellig würde, so würde das vielleicht den Erfolg haben, die Eiferer zu einer vorläufigen Zurückhaltung zu bestimmen; eine Aenderung des Systems würde selbst dadurch schwerlich bewirkt werden. Anerkennenswert ist es jedenfalls, dass sich der Kölner Erzbischof für seine Person freimütig in die Bresche gestellt hat. Die in Rom auf den Gang der Kirchenregierung Einfluss ausüben, haben ihre eigene, ein für allemal feststehende Ueberzeugung, oder, wo diese etwa nicht vorhanden ist, ihre bestimmte zäh festgehaltene Willensrichtung. Dagegen kommt niemand auf. Von einem der einflussreichsten sagte vor Jahren einmal jemand, der ihn genau kannte: Er glaubt an die Unfehlbarkeit des Papstes, aber er glaubt noch viel fester an die eigene Unfehlbarkeit."

Das sind so ungeheuerliche, durch keinen anderen Beweis als die nackte Behauptung des Verfassers dieser Zu-

schrift gestützte Auslassungen, Verdächtigungen und Anklagen gegen den Heiligen Vater und gegen die ganze gegenwärtige oberste Regierung der katholischen Kirche, dass man sich fragen muss: *Das soll ein hervorragender Katholik geschrieben haben? Und das soll vom streng katholischem Standpunkte aus geschrieben sein?* Für eine solche Ausbeutung seines Hirtenbriefes wird der Erzbischof von Köln sich schön bedanken, und ebenso für die „Anerkennung", die ein solcher Katholik einem Kardinal ausgerechnet in der „Kreuzzeitung" dafür ausspricht, „dass er sich für seine Person freimütig in die Bresche gestellt habe." Wir aber fragen: *Was muss man in Rom von den deutschen Katholiken denken, wenn „hervorragende katholische Seiten", sich in protestantischen Zeitungen so vernehmen lassen.*

Allein die Zuschrift dieses Katholiken fährt in gar wenig katholischem Tone und mit Phrasen, denen man sonst in ausgesprochen antikatholischen Organen begegnet, also fort:

„Nun muss man vom römischen Standpunkt aus allerdings sagen: Die Intransigenz hat in der Tat doch auch einiges für sich. Eine religiöse Krisis liegt in der Luft; die Scheidung der Geister, die sich nicht erst seit gestern vorbereitet, wird kommen. Leo XIII. glaubte dem Modernismus durch Kompromisse begegnen zu können. Die Ideen seiner grosszügigen Programme atmen liberalen Geist. Nun hat sich aber gezeigt, dass eine Vertiefung der Wissenschaften, eine ausgiebige Verwertung der modernen Forschungsresultate, ein praktisches Verständnis für die heutige Kultur die Glaubensgefahr nur noch vermehrt. Daher die Reaktion unter Pius X. Nicht mehr Kompromisse, sondern Kampf, nicht Einigung, sondern Scheidung, nicht Ideen, sondern Taten. Und was für Taten! Taten der derben Faust — die freilich darum nicht aufhören, Taten treu besorgter Hirtenliebe zu sein. Denn das Herz Pius X. kennt keine andere Liebe, als die grosse, starke Liebe zu seiner Herde, die er gefährdet weiss, zur Kirche Christi, die er verfolgt sieht. Herrschsucht und Fanatismus sind dem *Papste* fremd; aber er ist beseelt von unbeugsamem Willen, zu retten, was noch gerettet werden kann. Und daher scheut er vor Strenge, ja selbst — wie beim

Modernisteneid — vor Gewalt nicht zurück. Das ist von seinem Standpunkte durchaus folgerichtig. Nur kann erst die Zukunft lehren, ob die intransigente Politik der Gegenwart über die konziliante der Vergangenheit wird dauernd triumphieren können. Die Erfolge stehen noch aus. Eine resolute chirurgische Operation ist manchmal das letzte Mittel, den erkrankten Körper zu heilen; sie kann aber auch, namentlich wenn sie von ungeübten Händen ausgeführt wird, Verblutung zur Folge haben."

Es ist wirklich schwer, zu sagen, was grösser ist, die *Anmassung*, mit der hier über die Regierung Leos XIII. und Pius X. gesprochen und ein Papst gegen den anderen ausgespielt wird, oder die *Konfusion* der Ideen. Man bedenke nur: „Leo XIII. glaubte dem Modernismus durch Kompromisse begegnen zu können". Was meint dieser Mann mit „Modernismus"? Was für eine Vorstellung hat dieser Katholik von dem wirklichen Verhältnisse des katholischen Glaubens zur wahren Wissenschaft und Kultur und welche Kenntnis von dem, was darüber noch das letzte Vatikanische Konzil ausdrücklich gelehrt hat? Was hier von der „derben Faust" des Papstes, der „vor Gewalt nicht zurückscheut", und von der „intransigenten (päpstlichen) Politik" der Gegenwart gegenüber der „konzilianten" der Vergangenheit gesagt wird, noch einmal: das kann nur ein Katholik schreiben, der, ohne es wohl selbst zu ahnen, schon bedenklich im praktischen Modernismus steckt, den die Enzyklika Pascendi so energisch gebrandmarkt hat. Wir wiederholen: Was wird Rom aus solchen Auslassungen schliessen müssen über den von Kardinal Fischer mit Recht so eifrig in Schutz genommenen Katholizismus in Deutschland? —

Nachdem der in Eifer geratene Verfasser die Verantwortung für den in seinen Augen dunklen „Ausgang des Experimentes denen überlässt, die die Urheber und Träger und *Anstifter* der gegenwärtigen päpstlichen Politik sind", geht er dazu über, die in Betracht kommenden „Probleme", die seines Erachtens zweifellos „über den Rahmen rein innerkirchlicher Fragen hinausragen", nach zwei Gesichtspunkten zu verfolgen, nach dem *religiösen* und dem *natio-*

nalen. Von dem ersteren, dem religiösen, führt er aus: „Das *Christentum* der deutschen Katholiken läuft in der gegenwärtigen Krisis *Gefahr*. Nicht in dem Sinne, wie es die bekannten Scharfmacher behaupten, die schon in dem Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Katholiken mit ihren evangelischen Mitbürgern eine religiöse Gefahr für die Katholiken erblicken, und die von allen Katholiken der Welt gerade die deutschen als modernistisch verseucht erklären."

Einen Beweis für diese überaus schwere Anklage, die in ihrer uneingeschränkten Allgemeinheit durchaus nicht zutrifft, und „allen national empfindenden Evangelischen vieles zu denken gibt", was ihre übererbten Vorurteile und ihre irrigen Auffassungen über eine vorhandene Krisis in der katholischen Kirche unseres Vaterlandes zu festigen und zu mehren nur zu sehr geeignet ist, erspart sich die Zuschrift. Gewiss birgt ein Zusammenleben und Zusammenarbeiten von Bekennern verschiedenen Glaubens immer eine gewisse religiöse Gefahr. Kein Einsichtiger und Erfahrener kann das leugnen. Aber diese Gefahr kann und muss, wo sie nun einmal, wie in unserem leider um die Einheit des Glaubens gebrachten Vaterlande, besteht, paralysiert und überwunden werden. Ueber die Grösse dieser Gefahr im ganzen und im einzelnen, über die Mittel und Wege, ihr zu begegnen, kann es verschiedene Ansichten geben und gibt es. Das Endurteil darüber ist dem Gewissen des Einzelnen überlassen, das sich an den Grundsätzen und Lehren seiner Glaubensüberzeugung orientiert und in wichtigen Zweifelsfällen den Katholiken an das Urteil seiner geistlichen Lehrer und Hirten weist. Aber ein Scharfmachen, das das genannte Zusammenleben und Arbeiten uneingeschänkt und auf allen Gebieten als religiöse Gefahr für die Katholiken hinstellt, ist unseres Wissens noch von niemand vertreten, und wer es täte, wäre so wenig ernst zu nehmen, als wer ohne Beweis die deutschen Katholiken für am meisten von allen in der Welt modernistisch verseucht erklären wollte.

Aber die religiöse Gefahr besteht nach unserem Autor auch gar nicht in dem, was er jene „Scharfmacher" an die Wand malen lässt.

„Nein, da liegt die religiöse Gefahr wahrlich nicht, sie kommt den deutschen Katholiken von ganz anderer Seite. Der deutsche Katholizismus hat unter der Behandlung, die ihm gegenwärtig von der römischen Kirche zuteil wird, eine Belastungsprobe auszuhalten, der er vielleicht nicht gewachsen ist, weil ihm Uebermenschliches, um nicht zu sagen, Unmenschliches zugemutet wird. Der Katholizismus ist vom Autoritätsprinzip, vom Glauben an das unfehlbare Lehr- und Hirtenamt der Kirche nicht mehr zu trennen, seitdem die Unfehlbarkeit des Papstes im Jahre 1870 auf dem Vatikanischen Konzil feierlich zum Dogma erhoben worden ist. Ganz richtig haben die leitenden Persönlichkeiten der Kirche erkannt, dass eine Stärkung des Autoritätsgefühls zugleich eine Stärkung des Glaubens bedeuten würde. Fast alle namhaften Massnahmen der letzten Jahre zielen darauf hin. Allein religiöses Autoritätsgefühl wird heute nicht mehr durch Gewalt erzeugt, wenigstens nicht bei germanischen Völkern. Sklavische Furcht ist keine Grundlage dafür, sondern nur Ehrfurcht und Liebe. Wo es nicht auf Ueberzeugung beruht, da ist es überhaupt nicht vorhanden. Diese Ueberzeugung von dem göttlichen und unfehlbaren Charakter der kirchlichen Oberleitung wird durch die Ueberspannung ihrer autoritativen Ansprüche verhängnisvoll erschüttert. Wenn Gehorsam, nein, wenn viel mehr als das: wenn innere Zustimmung des Verstandes auch für solche Verordnungen und Massregeln gefordert wird, die auf offenbar falschen Informationen, auf unrichtigen und ungerechten Beschuldigungen beruhen, da kann auch der Glaubenstreueste an der Autorität irre werden. Und damit ist schon die Loslösung von der Kirche gegeben."

Auch bei diesen Auslassungen kann ein unterrichteter Katholik den Gedanken nicht unterdrücken: Wie wenig kennt dieser Mann seinen Katechismus! Als ob in der katholischen Kirche jemand „Uebermenschliches", ja „Unmenschliches" zugemutet würde! Als ob der katholische Glaube — das ist doch an dieser Stelle unter dem modernen Wort „Katholizismus" zu verstehen — erst seit 1870 vom „Autoritätsprinzip", d. h. von dem Glauben an ein in letzter

Instanz auf dem Gebiete der Glaubens- und Sittenlehre unfehlbares Lehramt der Kirche nicht mehr trennbar gewesen sei, und als ob es nicht ein „unfehlbares Hirtenamt" in der Kirche gäbe. Als ob es irgend eine „Massnahme", d. h. eine Tätigkeit der Kirche gäbe, die nicht auf Grund der von Christus eingesetzten, ihn vertretenden „Autorität" im weiteren oder engeren Sinne gegeben würde; heute so gut, wie zu den Zeiten der Apostel! Als ob die Grundlage der Autorität der Kirche für den Katholiken eine Gefühlssache sei, und nicht vielmehr die im wohlbegründeten Glauben ergriffene Wahrheit von der göttlichen Einsetzung dieser Autorität als der Trägerin des Lehr-, Priester- und Hirtenamtes in der Kirche Christi! Als ob dieser Glaube jemals in der katholischen Kirche durch Gewalt erzwungen worden wäre, oder überhaupt erzwungen werden könnte, und auf etwas anderem beruhen könnte, als auf gewissenhafter Ueberzeugung. Als ob die Ueberzeugung von dem göttlichen und unfehlbaren Charakter der kirchlichen Autorität den Sinn hätte, dass ohne weiteres jede Weisung in der Lehre und jede Anordnung im Regiment, auch beim Papste, im strengen Sinne des Wortes „göttlich und unfehlbar" sei! In all diesen Sätzen ist der Verfasser dieser Zuschrift in bedauerlicher Unkenntnis dessen, was die katholische Kirche darüber heute wie früher lehrt und festhält. Und aus dieser Unkenntnis, oder genauer gesagt, aus der unbegründeten Erschwerung dessen, was der Katholik zu glauben und zu leisten hat, rührt, wie es scheint, die dunkle Stimmung, der gereizte Ton, die finstere Wolke, die ihm den freien Blick in die Gegenwart und den Ausblick in die Zukunft benimmt.

Das klingt am deutlichsten hervor in dem Satze, wo er meint, es werde „eine innere Zustimmung des Verstandes auch für solche Verordnungen und Massregeln gefordert, die auf offenbar falschen Informationen, auf unrichtigen und ungerechten Beschuldigungen beruhen." Es ist hier nicht der Ort, den grotesken Irrtum dieser Annahme und Anklage darzutun. Es möge dem Verfasser, der offenbar eine tief religiös empfindende Natur ist, genügen, wenn wir ihm völlig recht geben: Ja, w e n n das in der katholischen Kirche wirklich

gefordert würde, dann könnten nicht bloss, nein, dann müssten gerade die Glaubenstreuesten an der Autorität der Kirche irre werden und von ihr abfallen. Aber dieses verhängnisvolle W e n n trifft eben n i c h t zu. Auch nicht im Syllabus Pius X. und im sogenannten Modernisteneide. Darüber ist doch, als in Deutschland über diesen Eid von ganz unberufener Seite ein Korybantenlärm erhoben wurde, genug Aufklärung gegeben, und die Tatsache, dass tausende und abertausende von katholischen Priestern anstandslos diesen Eid geleistet haben, dürfte allein genügen, um den Gedanken abzuweisen, es werde darin etwas Unsittliches gefordert und beschworen.

Nein, nicht da liegt die religiöse Gefahr für die katholische Kirche in der jetzigen Welt überhaupt und in Deutschland insbesondere. Nicht in einer *Belastungsprobe*, die „dem deutschen Katholizismus von der römischen Kirche zuteil wird, und der er vielleicht nicht gewachsen ist, weil ihm Uebermenschliches, um nicht zu sagen Unmenschliches zugemutet wird", wie diese Zuschrift in einer katholische Ohren verletzenden Weise sich ausdrückt. Eine solche „Belastungsprobe" gibt es für den *gläubigen* Katholiken überhaupt nicht, am wenigsten in unseren Tagen. Oder was wäre es denn, was diese Belastung hervorriefe? Etwa die Enzyklika Pascendi mit ihrem Syllabus und ihrer erneuten Einschränkung in der von den Priestern geforderten Eidesformel gegen die Irrtümer des Modernismus und für die Massnahmen des obersten Lehrers und Wächters in Glaubens- und Sittensachen zur Abwehr der modernistischen Seuche? Ein *Katholik* kann daran keinen Anstoss nehmen, und wer von dieser Seuche nicht ergriffen ist, kann in diesen Lehren und Forderungen des Papstes keine Belastung finden. Was da gelehrt, gefordert und beschworen wird, ist nicht neu, insofern es den alten katholischen Glauben betrifft, ist nicht lästig, weil es den Weg für diesen Glauben sichert, ist nicht mal etwas Ungewöhnliches, da das kirchliche Lehramt von jeher nicht zum wenigsten dadurch seines Amtes gewaltet hat, dass es die jeweils auftauchenden religiösen Irrlehren öffentlich stigmatisierte und unter anderem auch den Eid als Berufung auf Gottes Allwissenheit zur Bekräftigung dafür forderte, dass das Bekenntnis: „Dies

glaube ich, dies verwerfe ich" rückhaltlos rein und wahr gemeint und geleistet werde.

Aber worin soll die „Belastungsprobe" denn liegen? Etwa in den übrigen Verordnungen und Regierungshandlungen Pius X., wie die Aufstellung des grossen Erzbischofs Karl von Mailand anlässlich seines Centenariums zum Vorbild für die Bischöfe und Priester unserer Tage? Oder in einzelnen Erlassen, die zum voraus dem mit Sehnsucht erwarteten Werke der Neukodifizierung des kanonischen Rechtes entnommen sind, etwa des Motuproprio Quantavis diligentia? Ja, über diese päpstlichen Handlungen hat der Chorus der Gegner der katholischen Kirche gerade in Deutschland einen Lärm geschlagen, wie er eben in der ganzen Welt nur in Deutschland möglich ist. Daraus ist der katholischen Kirche in Deutschland, wir wissen das recht wohl, etwas Last und Kampf entstanden. Was soll das? Ein solcher uns ganz ungerechtfertigt aufgenötigter Kampf muss eben getragen und geführt werden. Mit allen loyalen Mitteln. Nur um diesen Preis ist, wie die Dinge einmal und einstweilen liegen, der religiöse Friede in Deutschland zu haben. Wir Katholiken provozieren nicht, am wenigsten tut das der Hl. Stuhl, der gerade in Sachen der so böswillig missdeuteten und ausgeschlachteten Borromäus-Enzyklika, auch neuerdings in Sachen des Privilegium fori seine Friedfertigkeit durch weitestgehende Nachgiebigkeit Deutschland gegenüber gezeigt hat.

Aber eine grosse Gefahr für die katholische Kirche in Deutschland bestände darin, wenn die Katholiken ihre hl. Sache nicht um jeden Preis verteidigen, wenn sie die Gegner durch unberechtigte Zugeständnisse zum Frieden stimmen, wenn sie eine Versöhnung der „modernen Kultur" und des „Liberalismus", insofern sie unversöhnliche Feinde des Christentums, der katholischen Kirche und der christlichen Kultur sind, irgendwie anbahnen wollten. Und der erste, verhängnisvollste Schritt zu diesem Irrgange ins Verderben wäre eine Lockerung des Bandes, das uns deutsche Katholiken wie alle andern des Erdkreises mit dem Mittelpunkte und dem Herzen der katholischen Kirche verbindet, mit ihrem sichtbaren Haupte, dem Stellvertreter Christi auf

Erden, dem römischen Papste. *Darin liegt unsere grösste religiöse Gefahr.* Wie gross sie ist, weiss Gott allein. Aber eine Sprache, wie sie die Zuschrift eines hervorragenden deutschen Katholiken bis hierher in der „Kreuzztg." führt, und Ideen, Klagen und Anklagen, wie sie hier laut werden, müssen für den, der dem Verfasser nicht mildernde Umstände zuerkennen kann, ein höchst *bedenkliches* Symptom für die Grösse dieser Gefahr in Deutschland sein.

Die dunklen Züge, die diese Zuschrift weiterhin noch zeichnet von dem Abfall des Katholiken, der an seiner Kirche irre wird, zum baren Atheismus, nicht zum Protestantentum, und die Ausführungen über den Unsegen konfessioneller Hetze, vom *nationalen* Standpunkte betrachtet, enthalten sehr beherzigenswerte Gedanken, aus denen der edle Charakter und die gute Absicht des Verfassers hell hervorleuchtet. Es sind Gedanken, die in der Tat auch allen national gesinnten Evangelischen vieles zu denken geben, und von allen beherzigt werden sollten, die sich an dem mit unloyalen Mitteln geführten Kampfe gegen die katholische Kirche beteiligen, und dabei doch gute Deutsche sein und bleiben wollen. Möchte der Verfasser der Zuschrift sich in seinen religiösen Anschauungen zu derselben Klarheit durchringen, die sich in diesen politischen Ausführungen zeigt. Wir wollen sie, weil wir sie so vortrefflich finden, unseren Lesern unterbreiten:

„Was der katholischen Kirche verloren geht, geht dem Christentum verloren. Das ist der Punkt, um dessentwillen alle, denen an der Erhaltung des Christentums in der Welt und im deutschen Vaterlande gelegen ist, ihre teilnahmsvolle Aufmerksamkeit auf *die Krisis richten müssen, die gegenwärtig dem deutschen Katholizismus droht.* Und darum handeln die unverantwortlich, die aus konfessioneller Abneigung durch ihr altkluges Vorgehen die deutschen Katholiken in einen Konflikt mit ihrer höchsten Autorität geradezu mit Gewalt hineintreiben. Sie handeln unverantwortlich vom religiösen und vom nationalen Standpunkt aus.

Auch vom *nationalen!* Das mögen sich diejenigen gesagt sein lassen, bei denen positiv religiöse Interessen nicht mass-

gebend sind, bei denen freilich negativ religiöse Tendenzen destruktiver Art vielfach eine um so hervorragendere Rolle spielen. Welch unberechenbaren Schaden hat sich das deutsche Volk schon durch seine inneren Kämpfe zugefügt! Blutet es nicht noch an den Wunden, die ihm der „Kulturkampf" geschlagen hat? Ist etwa das Misstrauen der Konfessionen gegeneinander, dessen gehässige Schärfe gerade aus der unseligen Zeit der siebziger Jahre stammt, verschwunden? Wieviel erfolgreicher könnte die deutsche Kulturarbeit sein, wenn der Hader der Parteien verstummte, *wenn ungetrübter konfessioneller Friede* wäre! Hier handelt es sich aber noch um etwas anderes, worüber freilich oberflächliche Politiker sich niemals den Kopf zerbrechen werden, das aber von allen ernsten Denkern nicht gründlich genug erwogen werden kann. Jedem edlen Menschen wird das Wohl und Wehe seiner Mitmenschen am Herzen liegen. Jeder gute Deutsche muss wünschen, dass sein Volk — mag es sich um die Gesamtheit oder einen Bruchteil handeln — vor Seelenkämpfen und Gewissensnöten bewahrt bleibe, die zu den furchtbarsten gehören, die sich denken lassen. Der Deutsche wandelt seine Religion nicht wie ein altes Kleid; und der deutsche Katholik scheidet nicht aus seiner Kirche *ohne die gewaltigsten seelischen Erschütterungen.* Manch einer bleibt für sein Leben ein innerlich *gebrochener Mann.* Und in solches Unglück sollte man die deutschen Katholiken hineinstossen wollen? Und doch sind Tausende an der Arbeit, die diese Katastrophe verwirklicht sehen möchten. Daran arbeitet die gesamte jüdische Presse, daran arbeitet der Evangelische Bund, und daran arbeitet planmässig auch die Partei, die sich nationalliberal nennt. In Zeitungen und Zeitschriften, in Volksversammlungen und im Parlament, öffentlich und geheim müht man sich ab, zu beweisen, dass das Zentrum eine konfessionelle Partei sei, dass die deutschen Katholiken auch in rein politischen und sozialen Fragen von Rom abhingen und jedem Winke des Papstes, auch gegen das Staatsinteresse, willenlos gehorchen müssten. Warum? Um womöglich *immer noch schärfere Massnahmen der römischen Kurie zu provozieren* — nichts erregt ja *in den Ohren dieser Hetzer freudigere Sensation* als das Wort „Motuproprio" —

und um so die Katholiken im öffentlichen Leben des Deutschen Reiches entweder unmöglich zu machen oder sie zum Abfall von ihrem kirchlichen Oberhaupte zu zwingen und sie so dem religiösen Bankerotte auszuliefern. Das sind verhängnisvolle Bestrebungen, die nicht der Stärkung und nicht dem Frieden des deutschen Volkstums dienen. Wir haben aussen Feinde genug; wir brauchen sie nicht im Innern zu schaffen. Kampf ist notwendig und ist gut, im Leben des einzelnen wie im Leben der Völker, aber es darf kein unedler Kampf sein. Wer weiss, wie bald wir uns nach aussen stark und kampfbereit zeigen müssen. Bis dahin richten wir unsere Kampfeslust gegen den wahren inneren Feind, die unselige „Zwietracht."

Der „Osservatore Romano" veröffentlichte in seiner No. 59 v. 28. 2. 12. folgende offiziöse Note:

„Leggiamo nella „*Neue Preussische Zeitung*" (Kreuz-Zeitung) del 20 corr. un articolo intitolato „*Die Kurie und der deutsche Katholizismus*", pieno di false affermazioni, di critiche ingiustificate ed ingiuriose, di insinuazioni malevole sui rapporti fra la S. Sede ed i cattolici tedeschi e sugli effetti che l'attuale azione della Curia. Romana produrrebbe in Germania dal punto di vista religioso e nazionale. Non avremmo rilevato tale articolo, simile a tandi altri i quali appaiono sulle colonne del giornalismo ostile alla Chiesa, se non si pretendesse che autore ne sia un importante personaggio cattolico. A dire il vero, pare incredibile che un cattolico abbia potuto pubblicare uno scritto cosi riprovevole ed oltraggioso verso il Sommo Pontefice e l'autorità della Chiesa. Ma, checchè sia di ciò, ci sembra ad ogni modo necessario di mettere gli egregi cattolici della Germania in guardia contro simili manovre, le quali tendono a disseminare in mezzo ad essi i più erronei principî, ad eccitare fra di loro la disunione e la discordia, ad ispirare diffidenza contro la Sede Apostolica, centro di unità religiosa. Certamente nessuno potrebbe porre in dubbio la religione e la fedeltà verso il Sommo Pontefice della grande maggioranza dei cattolici tedeschi come, in particolare, (teniamo ad affermarlo) nessuno ha mai inteso

di attaccare o mettere in sospetto i genuini sentimenti cattolici dei fedeli dell'Archidiocesi di Colonia, e sopratutto del venerando e degnissimo loro Presule, l'E.mo Sig. Cardinale Fischer, ma ben altro giudizio deve portarsi sopra alcuni individui o gruppi (che non mancano in Germania, come pur troppo esistono anche in altri paesi), i quali sostengono e propagano dottrine erronee, e per sfuggire poi al meritato biasimo, cercano di confondersi coi veri cattolici e di far credere che ricadano sopra di questi le riprovazioni loro inflitte.

Così pure la Santa Sede non ha condannato le Associazioni interconfessionali operaie, come tali, nè si è ancora pronunciata sulla polemica intorno ai due diversi sistemi di Associazioni, vigenti in Germania, che anzi ha lasciato ai Vescovi la libertà di preferire l'uno o l'altro secondo il loro prudente arbitrio e tenendo conto delle circostanze locali e degli speciali bisogni delle loro diocesi; ma non può nascondere le sue preoccupazioni per il grave pericolo che presentano alcune dottrine ed alcune tendenz contrarie agl'insegnamenti della Chiesa, specialmente in materie sociali e politico-religiose. E' quindi da augurarsi che tutti indistintamente i cattolici tedeschi, respingendo qualsiasi incitamento alla diffidenza verso Roma e procurando la perfetta concordia fra di loro, si attengano fedelmente e strettamente alle direzioni della Santa Sede e dell'Episcopato, giacchè soltanto in tal guisa la loro azione potrà essere veramente efficace per il bene della religione e della patria."

In deutscher Uebersetzung:

„Wir lesen in der „*Neuen Preussischen Zeitung*" (Kreuzzeitung) vom 20. d M. einen Artikel, betitelt: „Die Kurie und der deutsche Katholizismus", der voll ist von falschen Behauptungen, von ungerechtfertigten und beleidigenden Kritiken, von übelwollenden Unterstellungen über die Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und den deutschen Katholiken und über die Wirkungen, die das gegenwärtige Vorgehen der Römischen Kurie in Deutschland vom religiösen und nationalen Gesichtspunkte aus hervorrufen werde. Wir

würden diesen Artikel, der so vielen andern ähnlich ist, die in den Spalten der der Kirche feindlichen Presse erscheinen, nicht hervorgehoben haben, wenn nicht behauptet wäre, dass ein hervorragender Katholik der Verfasser sei. In Wirklichkeit erscheint es unglaublich, dass ein Katholik ein Schreiben veröffentlichen konnte, das so verwerflich ist und beschimpfend gegen den Hl. Vater und gegen die Autorität der Kirche. Aber wie dem auch sei, es scheint uns unbedingt nötig, die ausgezeichneten Katholiken Deutschlands vor solchen Manövern zu warnen, welche darauf ausgehen, in ihrer Mitte die grössten Irrtümer zu verbreiten, Zwietracht und Uneinigkeit zwischen ihnen zu säen und Misstrauen gegen den Apostolischen Stuhl, den Mittelpunkt der religiösen Einheit, zu erregen. Gewiss kann niemand die religiöse Gesinnung und die Treue der grossen Mehrheit der deutschen Katholiken zum Papst bezweifeln, wie besonders — wir legen Wert darauf, es zu betonen — niemand je beabsichtigt hat, die echte katholische Gesinnung der Gläubigen der Erzdiözese Köln und vor allem ihres sehr verehrungswürdigen Oberhirten, Eminenz Kardinal Fischer, anzugreifen oder in Zweifel zu ziehen. Aber ganz anders muss das Urteil über gewisse Individuen oder Gruppen (woran es in Deutschland nicht mangelt, wie es solche ja auch in andern Ländern gibt) lauten, welche irrtümliche Lehren aufrecht erhalten und verbreiten, und die, um dem verdienten Tadel zu entgehen, sich unter die wahren Katholiken mischen und glauben machen wollen, dass auf diese der ihnen zugedachte Verweis falle.

Der Heilige Stuhl hat nicht die interkonfessionellen Arbeitervereinigungen als solche verurteilt; auch hat er sich noch nicht über die Polemik zwischen den beiden in Deutschland bestehenden Organisationssystemen ausgesprochen; vielmehr hat er den Bischöfen die Freiheit gelassen, nach ihrem klugen Ermessen und mit Rücksichtnahme auf die lokalen Verhältnisse und die besonderen Bedürfnisse ihrer Diözesen eins dem andern vorzuziehen; aber er kann seine Sorgen wegen der grossen Gefahr nicht verhehlen, die gewisse, der Lehre der Kirche, besonders auf sozialem und religiös-politischem Gebiet entgegengesetzte Lehren und Tendenzen in

sich schliessen. Daher ist zu wünschen, dass alle deutschen Katholiken ohne Unterschied jedwede Anregung zum Argwohn gegen Rom von sich weisen, für vollkommene Eintracht unter sich sorgen und sich getreulich und eng an die Weisungen des Hl. Stuhles und des Episkopates halten, denn nur auf diese Weise kann ihre Aktion wahrhaft erspriesslich sein für das Wohl der Religion und des Vaterlandes."

Die „*Germania*", deren Uebersetzung ich hier gefolgt bin, bemerkte zu der Note des „Osservatore Romano" in ihrer Nr. 49 v. 1. 3. 12:

„Die weittragende Bedeutung dieser Note des „Osservatore Romano" liegt auf der Hand, und man wird sicher nicht irregehen in der Annahme, dass sie nicht allein auf den Herrn Kardinalstaatssekretär zurückzuführen ist. Es war vorauszusehen, dass der Artikel der „Kreuzzeitung" beim Hl. Stuhl unliebsames Aufsehen erregen würde. Es musste um so mehr auffallen, als er nicht eine vereinzelte Erscheinung ist. Es sind in der letzten Zeit nicht wenige Pressäusserungen erschienen, die offenbar demselben Zwecke dienen sollen, so dass man den Gedanken kaum unterdrücken konnte, es werde in Deutschland darauf hingearbeitet, den Heiligen Vater und seine Regierung bei den deutschen Katholiken zu diskreditieren, und es werde nach einem reiflich überlegten und einheitlichen Plane vorgegangen. Die Note des „Osserv. Romano" betont indes, dass der Hl. Stuhl von dem Artikel der „Kreuzzeitung", der vielen anderen in verschiedenen Blättern erschienenen ähnlich sei, keine Notiz genommen hätte, wenn als Verfasser nicht ein „hervorragender Katholik" bezeichnet worden wäre. Dass der Verfasser katholisch ist, kann man der „Kreuzzeitung" schon glauben; eine andere Frage aber ist, w i e er katholisch ist, und diese ist in dem bezüglichen Artikel der „Germ." vom letzten Sonntag wohl zur Genüge beleuchtet. Die „Kreuzzeitung" hat hinterher versichert, dass der Verfasser im Ausland lebe. Nun, dann ist er zum mindesten durch mannigfache Fäden mit Deutschland verbunden, und er hat sich über alle Stömungen im deutschen Vaterlande sehr eingehend informiert. Die ganze Fassung des

Artikels verriet übrigens den geübten Journalisten. Der Artikel der „Kreuzzeitung" ist von der „Germania" genügend gewürdigt worden, sodass es nicht notwendig ist, an dieser Stelle nochmals darauf zurückzukommen. Unsere Leser werden leicht die Ueberzeugung gewinnen können, dass die scharfe Zurückweisung der merkwürdigen, zum grossen Teil *unkatholischen* Ausführungen durchaus am Platze ist.

Die Note warnt die „ausgezeichneten Katholiken Deutschlands" vor ähnlichen (simili) Manövern, die die gröbsten Irrtümer zu verbreiten, die Eintracht zu zerstören, das Vertrauen zum Apostolischen Stuhl als dem Zentrum der religiösen Einheit zu untergraben bezwecken. Ja, es wird sogar betont, dass eine solche Warnung unbedingt notwendig sei. Und warum? Nicht mit Bezug auf die grosse Mehrheit der Katholiken, die wegen ihrer religiösen Gesinnung und wegen ihrer Treue zum Apostolischen Stuhl gelobt wird, wobei noch die echt katholische Gesinnung der Gläubigen in der Erzdiözese Köln und vor allem die des Kardinals Fischer eine besondere Ehrung erfährt, sondern wegen „gewisser Individuen und Gruppen", „die irrige Lehren aufrecht erhalten und verteidigen und, um dem verdienten Tadel zu entgehen, sich unter die wahren Katholiken mischen und glauben zu machen suchen, dass auf diese der ihnen zugedachte Verweis falle". Es ist ausserordentlich erfreulich, dass der Hl. Stuhl die deutschen Katholiken in ihrer Allgemeinheit zu hoch einschätzt, als dass er sie für Dinge verantwortlich macht, die schliesslich doch nur das Werk einzelner Persönlichkeiten und Gruppen sind. In der Tat, was hat das katholische Deutschland in seiner Allgemeinheit damit zu schaffen, wenn einmal von dieser oder jener Seite dem Apostolischen Stuhl das Recht bestritten wird, auf das soziale Leben der Katholiken seinen Einfluss geltend zu machen, wenn einmal von Dogmen geredet wird, die nur im politischen, nicht im religiösen Sinne aufzufassen seien; wenn man der parlamentarischen Vertretung des katholischen Volkes gegen päpstliche Erlasse eine Haltung zumutet, die dem katholischen Empfinden und den katholischen Ueberlieferungen widerspricht? Wer solche und ähnliche An-

schauungen vertreten will, muss aber auch den Mut haben, allein dafür einzustehen; die Gesamtheit der deutschen Katholiken dafür haftbar machen zu wollen, sich hinter den grossen katholischen Schirm verbergen zu wollen, wenn sich Widerspruch gegen solche Anschauungen regt, ist eines geraden, aufrechten Mannes nicht würdig. Der Hl. Stuhl wird nicht umsonst auch diese sonderbaren Rettungsversuche besonders beleuchtet haben.

Was die Note im „Osservatore Romano" über die gegenwärtige Haltung des Hl. Stuhles in der Gewerkschaftsfrage sagt, ist nicht neu. Neu ist dagegen die Betonung der Sorgen angesichts der schweren Gefahr, welche gewisse, der Lehre der Kirche entgegengesetzte Lehren und Richtungen einschliessen, besonders auf sozialem und religiöspolitischem Gebiet. Das ist für jeden, der an den Kundgebungen des Hl. Vaters nicht mit verbundenen Augen vorbeigeht, klar und deutlich genug. Zum Schluss mahnt die Note die deutschen Katholiken zur Eintracht, zur treuen Befolgung der Direktiven des Hl. Stuhles und des Episkopates, weil nur so ihre Aktion für Kirche und Vaterland erspriesslich sein könne. Für Katholiken bedarf dieser Satz keines Beweises. Auch glauben wir im Sinne der Gesamtheit der Katholiken Deutschlands zu handeln, wenn wir die Versicherung abgeben, dass sie stets ihre Ehre darein setzen werden, in unentwegter Treue zum Papst zu leben und zu sterben."

Dem kann man nur zustimmen.

§ 23. Erneute Stellungnahme des Augustinusvereins.

Am 18 März 1912 tagte in Berlin die übliche Frühjahrs-Generalversammlung des Augustinusvereins. In derselben gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme:

„1. Die Generalversammlung bedauert auf das lebhafteste die von gewissen Quertreibern durch neugegründete Pressorgane und Korrespondenzen systematisch betriebene Verdächtigungen gegen die Gesinnungstreue der berufenen Vertretungen und Organisationen der Zentrumspartei.

2. Gegenüber diesen Verdächtigungen und Irreführungen, welche in der gegnerischen Presse ausgebeutet werden gegen Zentrum und Organisationen der deutschen Katholiken, warnen wir unsere Parteifreunde vor jeder Verwirrung und Uneinigkeit. Wir ersuchen unsere Freunde, mit derselben geschlossenen Einigkeit, die bisher die Partei ausgezeichnet hat, allen Anfeindungen zum Trotz unverbrüchlich festzuhalten an dem politischen Programm Windthorsts, dessen Jahrhundertfeier wir in diesen Tagen begehen.

3. Die Einigkeit in Partei und Presse ist nötiger denn je. Die Parteiinstanzen werden gebeten, über diese Einigkeit mit aller Strenge zu wachen und eintretendenfalls unnachsichtlich die Konsequenzen zu ziehen."

Auch diese Resolution hatte gleich den früheren, in gleichem Sinne gehaltenen keinen irgendwie nennenswerten praktischen Erfolg.

§ 24. Zentrum und Konservative.

Einen neuen Zwischenfall, der indessen bald beigelegt wurde, schuf eine Veröffentlichung in der „Tägl. Rundschau" (Nr. 187 v. 22. 4. 12.). Das Blatt veröffentlichte den Wortlaut eines angeblichen Briefes des Kaplans Schopen an den früheren Provinzial der Weissen Väter in Trier, Dr. Jos. Froberger. Der erste Absatz des Briefes hatte folgenden Aufsehen erregenden Wortlaut:

„Stotzheim, 11. November 1910.

Ew. Hochwürden!

Das Gerücht geht, und ich selber erfuhr es als festverbürgte Tatsache von meinem mit Fassbender und anderen Abgeordneten in steter Fühlung stehenden Dechanten, dass der Vorstand der konservativen Fraktion dem Zentrum das Ultimatum gestellt habe, der Hyperkatholizismus müsse aufhören oder die konservative Fraktion werde alle Verbindungen mit dem Zentrum abbrechen. Die konservative Fraktion sei zu dieser Stellungnahme mit Rücksicht auf den Evangelischen Bund genötigt. Ich nahm im ersten Augenblick an, man habe sich mit meinem guten alten Dechanten einen Scherz erlaubt, und selbst seine ausdrücklichen Versicherungen, er wisse, dass es ganz bestimmt wahr sei, haben mich bis heute nicht vollends überzeugen können. Auf dieses Ultimatum hin — so hiess es weiter — habe der Landesausschuss Roeren geladen und zu der bekannten Erklärung gezwungen. Es liegt mir sehr viel an der Klarstellung dieser Tatsache, und da Sie, wie ich hörte, selbst schon manchen bedenklichen Artikel

der Volkszeitung unterdrückt zu haben sich äusserten und lebhafte Verdienste für die Zügelung der Kölner Richtung für sich in Anspruch nehmen, so möchte ich Sie dringend bitten, doch für eine gründliche Aufklärung der angedeuteten Vorgänge Sorge zu tragen."

Dieser Brief erfuhr aber alsbald sowohl in formeller Hinsicht, wie in materieller eine Richtigstellung. In formeller Hinsicht wurde durch Dr. *Froberger* alsbald festgestellt, dass er einen solchen Brief niemals erhalten habe („Köln. Volksztg." Nr. 361 v. 24. 4. 12). Kaplan Schopen bestätigte das in einer Zuschrift an die „Köln. Ztg." (Nr. 466 v. 26. 4. 12), wobei er gleichzeitig mitteilte, der Brief habe seinerzeit gleichzeitig an Herrn Dr. Froberger und einige andere Persönlichkeiten abgehen sollen; die jetzige Veröffentlichung sei ohne sein Wissen erfolgt.

In materieller Hinsicht bestritten alle irgendwie in Betracht kommenden Persönlichkeiten und Faktoren die Richtigkeit des Inhalts des Briefes. Zunächst bestritt Herr Dechant *Schweinem*, Herrn Schopen derartige Mitteilungen gemacht zu haben. („Köln. Volksztg." Nr. 361 v. 24. 4. 12), während Herr Schopen in der erwähnten Zuschrift an die „Köln. Ztg." nach wie vor an der Tatsache der Mitteilung festhielt. Aber sei dem wie ihm wolle, für den Politiker ist nur die Frage von Wert, ob der Inhalt der angeblichen Mitteilungen auf Wahrheit beruht oder nicht. Und in der Hinsicht liegen die bündigsten Dementis vor. Zunächst veröffentlichte die „Köln. Volksztg" (Nr. 363 v. 25. 4. 12) eine Drahtmeldung aus Berlin, in der es hiess:

„Gegenüber dem von der sogen. Kölner Korrespondenz veröffentlichten Brief des Hrn. Kaplan Schopen, in dem behauptet wird, dass der Vorstand der konservativen Fraktion dem Zentrum das Ultimatum gestellt habe, der Hyperkatholizismus müsse aufhören, oder die Fraktion werde alle Ver-

bindungen mit dem Zentrum abbrechen, sind wir von den *Vorsitzenden der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses* ausdrücklich ermächtigt, diese Behauptung vom ersten bis zum letzten Wort als eine jeder Unterlage entbehrende *freie Erfindung* zu bezeichnen. Niemals hat der Vorstand der konservativen Fraktion ein solches Ultimatum oder eine ähnliche Forderung an ein Mitglied des Vorstandes einer der beiden Fraktionen gestellt. Damit werden auch alle übrigen aus dieser Behauptung gefolgerten Schritte hinfällig. Zugleich ermächtigt uns Hr. Professor *Fassbender* zu der Erklärung, dass er, der gewissermassen als Gewährsmann für die Quelle Schopens genannt wird, *niemals weder brieflich noch mündlich* eine derartige oder eine ähnliche widersinnige Aeusserung dem Hrn. Dechanten Schweinem gemacht hat."

Ein gleiches Dementi erfolgte von konservativer Seite. Die „*Deutsche Tagesztg.*" bezeichnete die Meldung in ihrer Nr. 203 vom 23. April als „*aufgewärmte Ente*" und bemerkte sehr richtig dazu: „Gegenüber dem kurzen Gedächtnis der liberalen Presse, die diese Meldung als gewichtige Neuheit behandelt, wollen wir unsere Leser nur daran erinnern, dass jene Behauptung bereits vor einiger Zeit aufgestellt und von den zuständigen Stellen als *durchaus haltlose Erfindung* gekennzeichnet worden ist." Und die „Kreuzztg." (Nr. 191 v. 24 April 12) schrieb:

„Da dieser Klatsch eigentlich von keinem verständigen Menschen ernst genommen werden kann, haben wir ihn bisher nicht erwähnt. Da ihn aber sogar die „Frankfurter Zeitung" abdruckt (wenn auch ohne Schlüsse daraus zu ziehen), so müssen wir doch feststellen, dass *kein wahres Wort* daran ist."

Damit war dieser Ente definitiv der Hals umgedreht.

§ 25. Mandatsniederlegung des Abg. Roeren.

Berechtigtes Aufsehen erregte im Frühjahr 1912 die Mandatsniederlegung des Abg. *Roeren*, der ein ganzes Menschenalter hindurch unentwegt und treu für die Interessen der Zentrumspartei eingetreten war. Geheimrat Roeren begründete seine Mandatsniederlegung mit folgender, den Vorsitzenden der Zentrumsfraktionen des Reichs- und Landtags sowie der Zentrumspresse übermittelten Erklärung:

„Solange ich dem Zentrum angehöre, habe ich es stets als selbstverständlich betrachtet, dass sich die Tätigkeit desselben — in allen Fragen natürlich, bei denen die Weltanschauung überhaupt in Betracht kommt — im Einklang mit den Grundsätzen der *katholischen Weltanschauung* zu befinden hat. In diesem Sinne habe ich auch stets, so lange ich im politischen Leben stehe, also länger als dreissig Jahre hindurch, in meinen Reden oder schriftlichen Ausführungen die auf den Charakter oder das Wesen des Zentrums sich beziehenden Fragen behandelt.

Erst vor einigen Jahren wurde gegen die Festlegung dieses Satzes von einem Teil der Presse Widerspruch erhoben mit der unbegründeten Anklage, dass dieser Satz mit dem Begriff des Zentrums unvereinbar sei und zur Umwandlung des politischen Charakters in einen *nichtpolitischen, konfessionellen* führen müsse. Der unerquickliche Streit, der darauf in der Presse entstand, hat den verstärkten Landesausschuss der preussischen Zentrumspartei in der Sitzung vom 28. November 1909 beschäftigt, in der die bekannte Erklärung über das Wesen des Zentrums erlassen wurde. In dieser Erklärung, an deren Formulierung ich selbst mitgearbeitet habe, wird

der *politische Charakter* ausdrücklich festgestellt. Ich bin derselben, da der *politische* Charakter des Zentrums von mir stets betont worden ist, beigetreten, jedoch, um jedem Missverständnis vorzubeugen, unter der ausdrücklichen Betonung, dass ich an dem angegebenen Grundsatz bezüglich des Einklangs mit der katholischen Weltanschauung festhalte.

Die Erwartung, dass die Pressfehde aufhören oder doch in ruhigere Bahnen gelenkt würde, hat sich nicht erfüllt. Es fand deshalb eine zweite Sitzung des Landesausschusses am 23. Oktober 1910 statt, in welcher abermals eine Aufforderung erging, den Streit in der Presse und in den Versammlungen beiderseits ruhen zu lassen. Ich meinerseits unterstützte diese Aufforderung noch durch eine besondere Erklärung, in der ich ausserdem bestätigte und wiederholte, dass ich vollständig auf dem Boden des Beschlusses vom 28. November 1909 stehe und auf jedwede anderweitige Formulierung dieses Beschlusses verzichte. Letzteres konnte ich umso eher, als mir schon bisher jede Aenderung an der Fassung des Beschlusses ferngelegen hatte.

Es trat für kurze Zeit einige Ruhe ein, dann aber begannen wieder, und zwar in steigender Heftigkeit, die alten Angriffe. Ich habe mich trotzdem von jeder weiteren Behandlung der Streitfrage und trotz aller Provokationen von jeder Erwiderung zurückgehalten, vielmehr die Angelegenheit in loyaler Weise vor der unter diesen Umständen allein gegebenen Stelle, nämlich in der am 14. ds. Mts. im Abgeordnetenhause stattgefundenen *Fraktionssitzung*, in der über den Streit auf katholischer Seite verhandelt wurde, zur Sprache gebracht.

Die Auseinandersetzungen, die sich hieran anknüpften, haben ergeben, dass eine Verteidigung des von mir vertretenen Grundsatzes, selbst den fortgesetzten Provokationen gegenüber, für mich in meiner Stellung als Mitglied der Fraktion als ausgeschlossen gelten muss. Diese Lage würde für mich unerträglich sein, ich müsste sie als unwürdig bezeichnen. Ich bin deshalb nicht in der Lage, mein Mandat länger beizubehalten, und zwar weder dasjenige zum Abgeordnetenhaus, noch auch in Konsequenz davon dasjenige zum Reichstag.

Ich scheide ohne Bitterkeit, aber nicht ohne Wehmut aus einer Fraktion, der ich nahezu dreissig Jahre lang, schon unter Windthorst, angehört und mit Begeisterung angehangen habe und an die mich so manche Erinnerung früherer Zeiten unzertrennlich geknüpft hat. Deshalb werden diejenigen der Gegner, die vielleicht jetzt eine Verschärfung des „Streites im eigenen Lager" erhoffen, jedenfalls, was meine Person angeht, sich enttäuscht sehen. Ich werde das Haus, in welchem ich so viele Freundschaft und so treue Freunde gefunden habe, beim Verlassen nicht mit Steinen bewerfen. Ernste Fragen müssen ernst und sachlich behandelt werden. Und wenn das geschieht, dann wird sich, eher als man vielleicht jetzt erwartet, die Einsicht Bahn brechen, dass der Grundsatz: — die Tätigkeit des Zentrums habe sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu befinden — wahrlich nicht als „Hyperkatholizismus" oder „Quertreiberei" zu bezeichnen ist, sondern dass es der Grundsatz des alten v. Mallinckrodt-Windhorstschen Zentrums ist, dem auch der Rest meines Lebens gehören soll. Köln-Lindenthal, Februar 1912. Hermann Roeren."

Gleichzeitig richtete Geheimrat Roeren an seine Wähler folgende Erklärung:

„Aus der vorstehenden Erklärung, die ich den Vorsitzenden der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Landtags überreicht habe, geht hervor, dass ich mich entschlossen habe, mein Mandat niederzulegen. Der Entschluss ist mir insbesondere in Rücksicht auf die Wähler, denen dadurch sobald schon wieder die Unannehmlichkeiten und Opfer einer Neuwahl auferlegt werden, schwer geworden. Allein, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, war der Schritt, den ich getan habe, eine Notwendigkeit, der gegenüber alle persönlichen Rücksichten zurücktreten müssen. Ich vertraue auf die Einsicht und das gerechte Urteil der Wähler, dass sie mir deshalb nicht zürnen werden. Ich scheide von meinem Wahlkreise und allen meinen Wählern mit tiefem Schmerze. Wo man seit länger als 20 Jahre stets ungeteiltes Vertrauen und so viele aufrichtige Freundschaft gefunden hat, da fühlt man

sich heimisch und wird einem das Scheiden schwer. Aber ich werde trotz Loslösung der Bande, die uns durch das Mandat miteinander verknüpften, durch dankbare und freundschaftliche Erinnerung auch für die Zukunft mit den Wählern verbunden bleiben, wie ich denn anderseits hoffe und darum bitte, dass die Wähler auch mir ein freundliches Angedenken bewahren mögen.
Köln-Lindenthal, 28. März. 1912. Hermann Roeren."

Die Niederlegung der Mandate durch Herrn Roeren wurde in beiden von ihm bisher vertretenen Wahlkreisen, sowohl dem Reichstagswahlkreis Saarburg-Merzig-Saarlouis wie dem Landtagswahlkreis Trier-Stadt und Land schmerzlich empfunden, und die Kreiswahlkomitees beider Kreise sprachen ihm den Dank für seine bisherige Tätigkeit aus. Das Kreiswahlkomitee der Zentrumspartei des Wahlkreises Trier Stadt und Land beschloss in seiner Sitzung vom 9. April einstimmig, folgendes Schreiben an Herrn Geheimrat Roeren zu senden:

„Hochverehrter Herr Geheimrat!

Bei Ihrem Scheiden aus der langjährigen parlamentarischen Vertretung des Wahlkreises Trier Stadt und Land ist es dem Zentrumswahlkomitee Ihres bisherigen Kreises nicht nur Ehrenpflicht, sondern auch Herzensbedürfnis, Ihnen den Ausdruck lebhaftesten Dankes für all Ihr Mühen und Sorgen um die Wahrung der Interessen des Kreises zu übermitteln. Namentlich gedenken wir mit unbeschränkter Anerkennung Ihrer verdienstvollen Tätigkeit in der Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit und Ihres offenen und mannhaften Eintretens für die idealen Ziele des Zentrums, und insbesondere für die Freiheit und die Rechte der Katholiken in Staat und Reich. So lange die Fahne des Zentrums über dem Wahlkreise Trier wehen wird, bleibt es in diesem Kreise unvergessen, dass Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, lange und mühevolle Jahre in den vordersten Reihen der Zentrums-

kämpfer gestanden und für die Verwirklichung des Zentrumsprogramms mitgekämpft haben.

Mit unserem Danke verbinden wir den Ausdruck des Wunsches, dass es Ihnen nach Gottes Willen noch lange Jahre vergönnt sein möge, die wohlverdiente Ruhe zu geniessen.

Mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren ergebenst:
Der Vorstand des Wahlkomitees der Zentrumspartei Trier, Stadt und Land".

Was die von Geheimrat Roeren erwähnte Fraktionssitzung der Zentrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses vom 14. Febr. betrifft, so bemerkte Justizrat Julius Bachem dazu in einem im „Tag" (Nr. 86 vom 13. April 1912) veröffentlichten Artikel, dass die Stellungnahme der Fraktion in der betreffenden Sitzung infolge „öffentlicher Auslassungen" des Herrn Geheimrats Roeren (wohl ein von diesem kurz zuvor im „Aar" veröffentlichter Artikel) erfolgt sei. Ich kenne die in der Fraktion erfolgten Auseinandersetzungen nicht. Jedenfalls ist aber die von Herrn Geheimrat Roeren daraus gezogene Schlussfolgerung, als ob das Zentrum jemals in Weltanschauungsfragen seine Politik im Gegensatze zur katholischen Weltanschauung machen könne, unzutreffend. Armin Kausen hat, wie ich bereits angeführt habe, mit Recht hierzu geäussert, man müsse über eine solche Unterstellung förmlich erschrecken. Ich habe daher den Schritt Roerens nicht verstehen können, und wie mir dürfte es auch vielen anderen gegangen sein. Hinzukommt, dass der Austritt aus beiden Zentrumsfraktionen Herrn Roeren von keiner Seite nahegelegt wurde, vielmehr durchaus freiwillig erfolgt ist.

§ 26. Schluss.

Endlich wäre noch ein Wort über einige in der letzten Zeit erfolgte Blattgründungen zu sagen, wobei speziell die bereits von mir erwähnten von Graf Oppersdorff herausgegebene Wochenschrift „Wahrheit und Klarheit" und das in Breslau als Organ der sogenannten katholischen Aktion erscheinende Wochenblatt „Das katholische Deutschland" in Betracht kommen. Zweifelsohne sind die dahinter stehenden Kreise von den besten Absichten beseelt. Sie wollen lediglich der katholischen Weltanschauung zum Siege verhelfen, die nach ihrer Meinung von einem Teile des Zentrums und der massgebenden Persönlichkeiten innerhalb der Zentrumspartei nicht gebührend berücksichtigt wird. Aber abgesehen davon, dass sie sich in diesem Kampfe um die katholische Weltanschauung wiederholt von ungerechten Urteilen und von Masslosigkeiten nicht fern gehalten haben, die nur allzu berechtigten Widerspruch herausfordern müssen, und abgesehen davon, dass sie einseitig nur das in ihren Augen Tadelnswerte der von ihnen bekämpften Richtung, nicht aber auch das zweifelsohne Verdienstvolle erwähnen und so schon dadurch allein vielfach ein falsches, der Wirklichkeit nicht entsprechendes Bild in ihrem Leserkreise hervorrufen, muss auch an die alte Wahrheit erinnert werden, dass das Bessere vielfach ein Feind des Guten ist. Das Zentrum hat in seiner vierzigjährigen Tätigkeit bewiesen, dass es stets für die Interessen des katholischen Volksteils eingetreten ist, dass es stets der

katholischen Weltanschauung auch im öffentlichen Leben den ihr zukommenden Platz gewahrt wissen will. Es besteht daher auch für das katholische Volk absolut kein Anlass, den erprobten Grundsätzen des Zentrums untreu zu werden und sich zu einer katholisch-konfessionellen Partei zusammen zu schliessen. Das katholische Volk hat seinerzeit das Zentrum geschaffen, das katholische Volk hat das Zentrum gross und stark gemacht. Das Zentrum seinerseits hat das nie vergessen, sondern dem katholischen Volke seine Treue gewahrt in guten wie in schlimmen Tagen. Beide gehören unzertrennlich zusammen, und wie das Zentrum weiterhin nur blühen und gedeihen kann, wenn das katholische Volk einig und geschlossen hinter ihm steht, so möge umgekehrt das katholische Volk stets dessen eingedenk sein, dass seine religiösen und politischen Rechte nur so lange als gesichert gelten können, wie ein starkes Zentrum vorhanden ist, das stets zur Wahrung und Verteidigung dieser Rechte auf der Wacht steht. Von diesem Gesichtspunkte möge man an die Lösung aller Differenzen und Meinungsverschiedenheiten herangehen. Dadurch dient man am besten der Kirche wie dem Vaterlande. Man vergesse aber auch niemals das viel zitierte Wort des Hl. Augustinus: „In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas."

Das Buch über das Zentrum!

Wertvolle Ausgabe! Unentbehrlich für jeden Politiker!

Im Verlage der Intern. Verlagsb. „Messis" Amsterdam, ist soeben erschienen:

DAS DEUTSCHE ZENTRUM

VON

M. ERZBERGER,

MITGLIED DER ZENTRUMSFRAKTION DES DEUTSCHEN REICHSTAGES.

Eleg. broschiert, 8° 146 S.: Preis Mk. 1.80.
(Zweite vermehrte Auflage.)

EINIGE STIMMEN DER PRESSE ÜBER DIE ERSTE AUFLAGE:

Kölnische Volkszeitung: Mittagsausgabe No. 235, 50. Jahrgang, 22 März 1910:

Vieles, was in der Hast des politischen Getriebes leicht vergessen wird, wird von dem Verfasser der Schrift in Zusammenhang mit der allgemeinen Politik des Reiches gewertet. Dadurch erhält die Schrift eine über die Bedürfnisse der unmittelbaren Gegenwart hinausreichende Bedeutung und verdient in den Kreisen der Zentrumsanhänger, namentlich auch der jüngeren Mitglieder, die nur vom Hörensagen von den grossen Traditionen der Partei wissen, verbreitet und aufmerksam gelesen zu werden.

Schlesische Volkszeitung No 145, 42. Jahrgang, 1 April 1910:

Alle die parlamentarischen und sonstigen Ereignisse im Leben der Partei, die dem Auge des flüchtigen Zeitungslesers entgangen sind, werden hier in den logischen Zusammenhang eingeführt und an die Stelle gerückt, die ihnen gebührt. Manche Einzelheit, die an sich vielleicht

kaum der Mühe wert erschienen wäre. späteren Geschlechtern überliefert zu werden, erscheint uns in dieser Aufstellung doch in anderen Bedeutung.

De Maasbode No. 10512. 42 Jaargang, 2 April 1910:
Mooie bladzijden zijn gewijd aan de werkzaamheid van het Centrum op het gebied der staathuishoudkunde en aan de organisatie van de partij.

Limburger Koerier No. 78, 65 Jaargang, 5 April 1910:
Voor eenieder. die onder „politiek" niet enkel verkiezingstaktiek en polemiek verstaat, maar zich ook met de grondslagen en parlementaire geschiedenis en. vooral, filosofie van het Staatsrecht. bezighoudt. zal Erzberger's geschrift eene welkome aanwinst voor studie-materiaal zijn.

Das Vaterland, Wien, No. 156, 51 Jahrgang, 7 April 1910:
Das Buch verdient die weiteste Verbreitnng. Der neue Verlag für politische volkswirtschaftliche und apologetische Studien hat ein schätzenswertes Werk begonnen, in der Schulung der Wähler liegt der Schwerpunkt politischer Reife und gerade die Wähler, ob Deutsch oder Oesterreichisch. sie können viel lernen aus M. Erzbergers „Das Deutsche Zentrum".

Die Freistatt, Wien: 2 Jahrgang, No. 14, 9 April 1910:
Vor mir liegt eine sehr verdienstvolle Arbeit des deutschen Reichstagsabgeordneten Erzberger: „Das deutsche Zentrum".

Ulmer Volksbote No. 86, 18 April 1910:
Diese interessante für alle Katholiken der Welt sehr lehrreiche Schrift stellt das deutsche Zentrum für alle völker in das Licht von Wahrheit und Recht und verschafft den Lesern in einer kernhaften hochfeinen Form einen Einblick in die wahre Weltanschauung des Zentrums und zugleich einen klaren Blick in das politische Leben.

De Tijd No. 19044, 21 April 1910:
Zooals men ziet verdient het boek geraadpleegd te worden door allen. die omtrent het wezen en de verrichtingen van het Duitsche Centrum op de hoogte willen wezen. Eene menigte feiten kon de schrijver uit zijn eigen parlementaire ervaring verwerken, en hij doet het in helderen vorm.

Das Zentrum No. 30, 22 April 1910:
Diese interessante für alle Katholiken der Welt sehr lehrreiche schrift verdient tatsächlich allgemeine Beachtung.

Het Centrum No. 7853, 26 Jaargang, 28 April 1910:
Menige oogenschijnlijk kleine zaak, welke in zich nauwelijks den moeite waard is voor het nageslacht te worden bewaard, verschijnt in een geheel ander licht. Het is een nuttig boekje, dat etc.

University of British Columbia Library

DUE DATE

FORM 310

132082.

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 01276 5134

DISCARD